

ל"ט, מס

מדינת ישראל

משרד הממשלה

משרד

יחיד

אמנו - קשרים עם
הממשלה.

4.88 - 3.88

מס. חיק מקור.

9710/10



שם תיק: גרמניה - קשרים עם הפרלמנט

מזהה פיוז: חצ-9710/10

מזהה פריט: 00018c3

כתובת 2-120-2-14-5

תאריך הדפסה: 20/02/2017

מחלקה

אירופה



בדן, ב' ניסן תשמ"ח

22 במרץ 1988

103.11 - 765

1314

א ל : אירופה 1 ✓

מאת : השגרירות, בדן

הנידון : לחץ מפלגתי בנושא האירועים בטחונים

נ"ס
ס'ק'מ

כפ"ן - יטמל
בדן כחמל

(במקור חתום בינ"ל)

מפרסום מפלגתי של ה- ס.פ.ד. אנר למדים, שבלאנדטאג של מדינת נידרזאכסן עלתה דרישה של סיעת "הירוקים" להימנע מקיום ביקור בישראל^{של} נשיאות הבית. בידיעה נאמר, טראש סיעת הסוציאליזמוקראטיים, גרהרד שרודר, פנה אף הוא לנשיא הבית ועמד על הצורך לבקר בישראל ולהביע הזדהות עם קיומה, כדי שאפשר יהיה גם לבקרה על מעשים שאינם מקובלים על המבקרים.

בברכה,

גד כהן

העתק: הסמ"ד / בינ"ל 1

MAEA

(a) 01.01
404

Politik aktuell

Gerhard Schröder will

an Israel-Reise festhalten

ppp Hannover (st) Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Gerhard Schröder, hat sich dafür ausgesprochen, an der geplanten Reise des Landtagspräsidiums nach Israel trotz der Menschenrechtsverletzungen durch israelische Militärs festzuhalten. In einem Brief an den Präsidenten des Hannoveraner Landtags, Edzard Blanke, widersprach Schröder am Mittwoch damit der Haltung der Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landesparlament, die Blanke zu einer Absage der Reise zum 40jährigen Jubiläum der Gründung des Staates Israel aufgefordert hatte. Nur wenn sich der Landtag auch symbolisch durch die Reise „ohne wenn und aber“ zum Existenzrecht Israels bekenne, lasse sich deutlich machen, daß die Bejahung dieses Existenzrechts „keine Zustimmung zur aktuellen israelischen Regierungspolitik“ bedeute.

Das unmißverständliche Festhalten an der Grundsatzposition mache „gerade uns Deutsche erst kritikfähig“. Schröder geht davon aus, daß in den Gesprächen in Israel „unsere Kritik an den von der israelischen Regierung zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen deutlich gemacht wird“. Zu einer solchen Kritik seien die Deutschen „auch auf dem Hintergrund unseres besonderen Verhältnisses zu dem Staat Israel nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet“, unterstrich Schröder.

Fragen an Bonner Unter-

stützung für Schlesier-Organ

ppp Bonn (rs) Der SPD-Bundestagsabgeordnete Horst Sielaff will wissen, „in welcher Form und in welchem finanziellen Umfang“ die Bundesregierung dem Organ der Schlesischen Landsmannschaft, „Schlesische Nachrichten“, Unterstützung gewährt. Anlaß der parlamentarischen Anfrage des SPD-Politikers, der auch

Vorsitzender des Zentralverbandes Mittel- und Ostdeutscher (ZMO) ist, ist ein Beitrag des Vorsitzenden der Landsmannschaft, Herbert Hupka, wonach die Volksrepublik Polen ein „Geschöpf Stalins“ sei. Sielaff sieht in dieser Behauptung, wie er am Mittwoch gegenüber PPP erläuterte, den Versuch, die Verantwortung des Hitler-Regimes für das Schicksal des polnischen Staates zu leugnen. Vor diesem Hintergrund richtet der SPD-Parlamentarier an die Bundesregierung die weitere Frage, ob sie die von Hupka dargelegte Position teilt. Sielaff erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß Bundeskanzler Kohl „jährlich“ zu den Treffen der Schlesischen Landsmannschaft fährt.

SPD kritisiert schnellere

Abschiebung von Flüchtlingen

ppp Bonn (jr) Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin hat die vom Bundeskabinett beschlossene schnellere Abschiebung von Flüchtlingen verurteilt. Es sei bedauerlich, daß damit die Probleme von Flüchtlingen unter dem „Stichwort Abschreckung“ abgehandelt würden, erklärte die SPD-Politikerin am Mittwoch gegenüber PPP in Bonn. Sie begrüßte ausdrücklich, daß der Asylbeauftragte der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), Mildenberger, darauf aufmerksam gemacht habe, wie sehr sich die Situation der de-facto-Flüchtlinge damit noch weiter verschlechtere. Positiv wertete die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende auch die Anregung Mildenbergers, bei den de-facto-Flüchtlingen über eine Lockerung des Arbeitsverbots nachzudenken. De-facto-Flüchtlinge sind Asylsuchende, die nicht asylberechtigt sind, aber aus humanitären oder politischen Gründen nicht ausgewiesen werden. Der Asylbeauftragte der Sozialistischen Fraktion des Europaparlaments, Heinz Oskar Vetter, hat vor kurzem gegenüber PPP darauf hingewiesen, daß rund 300.000 de-facto-Flüchtlinge in der Bundesrepublik leben. Die vom Kabinett beschlossene Änderung des Asylverfahrensgesetzes schreibt das bis Ende 1988 befristete beschleunigte Verfahren für „eindeutig aussichtslose Asylverfahren“ als Dauerrecht fest.



בון, כו' באדר, התשמ"ח
15 במרץ, 1988

166

103.2

לא

אל : מר ט. בבלי, מנהל אירופה I
מאת: השגריר, בון

הנדון: הדיון בבונדסטאג

בהמשך למברקנו (המברק של גד כהן) מ-2.3.88

מצ"ב הנני מעביר אליכם פרטי-כל של הדיון בבונדסטאג. לא אסחיר בפניכם
שהפרכתה של התקפה על ישראל להפגנת ירידות גרמה לנו קצת נחת...

אני כותב מכתבים אישיים לנשיא הבונדסטאג ולכל אחד מהנואמים.

בברכה,

יצחק בן-ארי

אורי!

העתק: מר י. ענוג, המשנה למנכ"ל



RECEIVED BY THE SECRETARY

OFFICE OF THE SECRETARY

1967

103.5
4x4

THE SECRETARY OF THE

OFFICE OF THE SECRETARY

OFFICE OF THE SECRETARY

THE SECRETARY OF THE

THE SECRETARY OF THE

103.5

THE SECRETARY OF THE

THE SECRETARY OF THE



Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

69. Sitzung

Bonn, Freitag, den 11. März 1988

Inhalt:

Erweiterung der Tagesordnung 4686 C

Tagesordnungspunkt 26:

Aussprache über die Lage im Nahen Osten, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten

Dr. Stercken CDU/CSU 4667 B

Gansel SPD 4669 D

Frau Dr. Hamm-Brücher FDP 4672 B

Schily GRÜNE 4674 B, 4680 D

Genscher, Bundesminister AA 4674 C

Frau Renger SPD 4676 D

Frau Geiger CDU/CSU 4678 C

Frau Bulmahn SPD 4681 D

Tagesordnungspunkt 27:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (Drucksachen 11/281, 11/1892, 11/1943)

Dr. Stark (Nürtingen) CDU/CSU 4683 D

Singer SPD 4684 C

Kleinert (Hannover) FDP 4684 D

Frau Nickels GRÜNE 4685 C

Engelhard, Bundesminister BMJ 4686 A

Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Bundesministers der Finanzen auf Einwilligung in die Veräußerung bundeseigener Grundstücke in Mannheim-Schönau (Drucksache 11/1992) 4686 C

Tagesordnungspunkt 28:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. de With, Singer, Frau Dr. Daubler-Gmelin, Bachmaier, Klein (Dieburg), Dr. Pick, Schmidt (München), Schütz, Stiegler, Wiefelspütz, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Rechts der Untersuchungshaft (Drucksache 11/688)

Singer SPD 4686 D

Marschewski CDU/CSU 4688 D

Frau Nickels GRÜNE 4690 A

Funke FDP 4691 B

Engelhard, Bundesminister BMJ 4692 B

Nächste Sitzung 4693 C

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten . . . 4695* A

Anlage 2

Ämtliche Mitteilungen 4695* C

Anlage 3

Beurteilung des Fan-Gutachtens und Gründe für die Nichtveröffentlichung; Konsequenzen für die Vorbereitung der Fußball-europameisterschaft

MdAnfr 75, 76 04.03.88 Drs 11/1937

Brauer GRÜNE

SchrAntw PStSchr Spranger BMI 4695* D

(A)

(C)

69. Sitzung

Bonn, den 11. März 1988

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident Dr. Jenninger: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe Punkt 26 der Tagesordnung auf:

Aussprache über die **Lage im Nahen Osten, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten**

Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratung zwei Stunden vorgesehen. Stimmen Sie dem zu? — Es ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stercken.

(B) **Dr. Stercken (CDU/CSU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Welchen Sinn hat diese Debatte, und was sollten wir mit ihr zum Ausdruck bringen? Es kann wirklich kein Zweifel mehr daran bestehen, daß die Völker des **Nahen Ostens** der Kriege und Konflikte überdrüssig sind. Sie werden sich einer gerechten Friedensordnung nicht widersetzen, wenn dies für sie Befreiung von Angst und Not bedeutet. Dieser weithin gewonnenen Erfahrung widersprechen nicht die Anzeichen einer politischen und religiösen Radikalisierung, die oft nur deshalb eine Chance erhalten, weil gerechte Lösungen auf sich warten lassen.

Die Mehrheit will endlich Frieden, Sicherheit und Entwicklung. Wenn solche Einsicht auch noch nicht Allgemeingut ist, **so sollten es eben unsere Gedanken und Beiträge sein, diejenigen zu ermuntern, die Frieden suchen.** Es wäre verhängnisvoll, wenn am Ende die derzeitigen Spannungen noch verstärkt würden. Das kann nicht der Zielsetzung deutscher Außenpolitik entsprechen; denn gerade aus unserem Lande sollte man Worte der Besonnenheit, der Versöhnung und der Aufforderung zur Zusammenarbeit hören können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie soll denn auch nur einer dieser Konflikte enden, wenn diese vielfach historischen Auseinandersetzungen nicht durch einen neuen Anfang überwunden werden, durch ein neues Prinzip der Zusammenarbeit, durch die allein Frieden geschaffen wird?

Das gilt insbesondere für den nun schon seit sechs Jahren anhaltenden **Krieg zwischen dem Irak und dem Iran**. Er ist Bestandteil der gesamten Konfliktsituation im Nahen Osten und kann daher nicht ausgeklammert werden.

Deutsche und europäische Politik ist gut beraten, wenn sie sich weiterhin mit beiden Seiten im Dialog befindet und das ganze politische und wirtschaftliche Gewicht darauf konzentriert, den Frieden, auf den sich die miteinander Kämpfenden besinnen sollten, als die Voraussetzung ihres Überlebens und einer menschenwürdigen Entwicklung ihrer Länder zu begreifen.

Die barbarischen Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung sind kein Weg zu diesem Frieden. Von den Völkern ist längst zu hören, wie sehr sie diesen Krieg hassen. Die Verantwortung liegt allein bei den Regierenden, die auch nach dem Willen der Vereinten Nationen an den Verhandlungstisch gehören, weil sie wie alle erfahrenen Beobachter wissen, daß dieser Krieg nicht gewonnen werden kann.

Es gibt nicht die geringste Aussicht auf eine militärische Entscheidung. Warum also wird das Morden fortgesetzt? Diese eindringliche Frage an die Regierenden und die Regierten sollte den Willen bestärken, das Schlachtfeld mit dem Verhandlungstisch zu tauschen. Auch ein noch so trickreiches Konzept führt nicht an dieser einzigen Lösungsmöglichkeit vorbei.

Der Brief des iranischen Außenministers an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 28. Februar 1988 scheint ein Schritt auf dem Weg zur Respektierung der **Resolution 598 des Sicherheitsrates** zu sein. Leider sind inzwischen von einem Regierungssprecher in Teheran erneut Vorbedingungen geltend gemacht worden, die nicht Bestandteil der Resolution sind.

Es sollte keinen Zweifel an unserer Haltung geben: Wir erwarten von den Kriegführenden, daß sie sich der eindringlichen Bitte der gesamten Völkergemeinschaft der Vereinten Nationen unterwerfen. Bringen Sie Ihren Völkern den Frieden, den Ihnen Gott aufgetragen hat! Das ist nämlich sein Wille.

Es war seit dem Ausbruch der Kampfhandlungen auch für uns Deutsche schwer, in manchen Grenzbezirken des Exports das Sensible vom Unbedenklichen zu unterscheiden. Aber machen wir daraus bitte keine Waffenlieferungen an Kriegführende! Das will niemand von uns, und deshalb sollten wir es uns auch nicht unterstellen.

(Gansel [SPD]: Wir sollten es auch nicht tun!)

(D)

Dr. Stercken

- (A) Andere müssen sich fragen lassen, ob sie weiterhin die Verantwortung tragen können, an der Fortsetzung dieses Krieges mitzuwirken.

(Zuruf von den GRÜNEN: Um den Krieg geht es doch gar nicht!)

Die **deutsche Außenpolitik** hat in Teheran wie in Bagdad in diesem Sinne mitgewirkt. Wie die Vereinten Nationen und interparlamentarische Initiativen hat sie sich bemüht, die Gefahr einer Ausgrenzung des Irans zu vermeiden. Ich hatte in Teheran den Eindruck, daß man dies als einen guten Dienst bewertet hat.

Mit solchen Bemühungen ist allerdings nicht zu vereinbaren, was von Seiten der Hizbollah im Libanon unter deutlichen Verbindungen mit Teheran unserem Landsmann **Rudolph Cordes** angetan wird. Seit sich vor drei Wochen der stellvertretende iranische Ministerpräsident über das Fernsehen an die französische Regierung gewandt hat, wissen wir, daß ein direkter **Zusammenhang zwischen den Geiselnahmen im Libanon und Zielsetzungen der iranischen Politik** ausdrücklich bestätigt worden ist. Seine Erpressung war überdeutlich: Wenn Frankreich seine Politik gegenüber dem Iran nicht ändere, könne eine Befreiung der französischen Geiseln im Libanon nicht erwartet werden. Dies ist nach meiner Erkenntnis das erste Mal, daß sich die iranische Regierung mit kriminellen Aktionen identifiziert. Wir übersehen nicht, wie oft dies in der Praxis geschieht, aber es ist doch etwas anderes, ob dies ohne erkennbare Schuldige geschieht oder ob sich eine Regierung offen zu einem Verbrechen bekennt. Um dies auch als Christ klar auszusprechen:

- (B) Ein Staat, der sich ausdrücklich auf sein Handeln im Namen Gottes beruft, sollte davor zurückschrecken, in seinem Namen Verbrechen zu billigen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Präsident Assad hat dem Bundesminister des Auswärtigen wie auch mir die volle **Unterstützung Syriens** bei der Befreiung aller Geiseln zugesagt. Mein Besuch im Libanon hat mir gezeigt, daß dies ernst gemeint ist. Syrien bringt darin auch seinen Wunsch zum Ausdruck, seine Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft, insbesondere zur Bundesrepublik Deutschland, zu verbessern. Ich empfehle, dieses Interesse zu nutzen. Dies kann auch dazu dienen, die Bereitschaft zum Dialog in der Region zu fördern.

Ohne Frieden gibt es keine wirtschaftliche Entwicklung, ohne Frieden gibt es auch keine Investitionen. Können wir also in der Frage der Geiseln im Libanon der Unterstützung Syriens sicher sein, so möchte ich von dieser Stelle einmal mehr an die Regierung in Teheran appellieren, die konstruktive deutsche Außenpolitik dadurch zu erleichtern, daß durch ein Machtwort des Iran dieser menschenverachtende Terror beendet und Rudolph Cordes seiner Familie zurückgegeben wird.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Ein weiterer Bruder Hamadei befindet sich zur Zeit in Teheran. Mit ihm kann die iranische Regierung jederzeit in Verbindung treten, um dem Eindruck entgegenzuwirken, daß sie sich weiterhin mit Verbre-

chen zu identifizieren gedenkt. Ich kann mir vorstellen, daß sich der ganze Deutsche Bundestag dieser Aufforderung anschließt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Zeichen des Friedens und der Zusammenarbeit braucht auch der **Libanon**. Seine Destabilisierung ist nicht die Folge der Anwesenheit fremder Truppen auf seinem Territorium. Die untereinander verfeindeten Gruppen in seinem Land müssen zur nationalen Einheit zurückkehren und sich auf ein Arbeitsprogramm verständigen, an dessen Ende eine von allen gebilligte staatliche Ordnung steht. Es wird keinen dauerhaften Frieden und keine nationale Unabhängigkeit geben, solange sich die Konfliktparteien nicht darauf verständigen, ihr Staatswesen gemeinschaftlich zu betreiben. Unzureichende staatliche Machtmittel machen den Libanon weiterhin von außerlibanesischen Interventionen abhängig. Auch hier verstärkt eine Parteinahme für diese oder jene Gruppe das Spannungsfeld.

Unser Rat für das noch funktionsfähige Parlament sollte daher sein, die verbliebenen Institutionen nationaler Zusammenarbeit zu stärken, um einen neuen Anfang zu ermöglichen. Nicht fremde Mächte sind gefordert, sondern die Libanesen selbst. Wenn die staatliche Ordnung wieder gefestigt ist, gibt es keinen Grund und keinen Vorwand mehr, fremde Truppen, syrische oder israelische und schließlich auch die der Vereinten Nationen, auf libanesischem Territorium zu stationieren.

Das wird allerdings kaum möglich sein, wenn nicht zugleich eine Lösung für das Los unzähliger Flüchtlinge, vor allem im Libanon, in Syrien, in Jordanien, aber auch für das Schicksal der in den von Israel besetzten Gebieten lebenden **Palästinenser** gefunden wird. Wer 40 Jahre seines Lebens in Lagern verbringen mußte, ist mit Sprüchen nicht mehr abzuspeisen. Er verlangt nach Menschlichkeit und Freiheit. Dies hätte sich gegebenenfalls schon erreichen lassen können, wenn nicht in den 50er und 60er Jahren die Parole von der Vernichtung **Israels** die Politik vieler arabischer Staaten und Organisationen bestimmt hätte.

(Dr. Ehmke [Bonn] [SPD]: Das ist wahr!)

Lange Jahre hat der Staat Israel diesen Existenzkampf führen müssen. Niemand in der Region war bereit, den Überlebenden eine Heimstatt zu geben und ihrem Staat Grenzen des Friedens zu gewähren.

Dies hat sich heute allerdings grundlegend geändert. Ein Blick auf alle Nachbarn Israels und auf die politische Einschätzung in aller Welt zeigt, daß es **im Augenblick keine ernsthafte Bedrohung für die Existenz des Staates Israel gibt und daß sich daher unser Augenmerk auch auf eine menschliche und gerechte Lösung für das Schicksal aller derer richten muß, die endlich aus den öden, kollektiven und inhumanen Lebens- und Herrschaftsformen befreit werden müssen.**

Doch dies ist nur auf dem Weg der **Verhandlung und der Zusammenarbeit**, nicht durch eine neue Konfrontation zu erreichen. Auf eine solche Zielsetzung

Dr. Stercken

- (A) sollten sich alle unsere Beiträge konzentrieren. Mit naßforschenden Erklärungen ist niemandem geholfen, am allerwenigsten denen, deren Leiden wir beenden möchten. Da sollten wir uns eher an den intensiven Bemühungen des amerikanischen Außenministers orientieren, der mit großer Geduld den Versuch unternommen hat, schon jetzt einen Durchbruch zu erzielen.

Ich will nicht untersuchen, wie günstig der augenblickliche Zeitpunkt dafür war. Nach meinem Urteil wird sich vor den Wahlen in Israel wenig bewegen. Um so eindringlicher ist schon jetzt unser Appell, danach an der Organisation von Menschlichkeit und Gerechtigkeit aktiv mitzuwirken. Dies darf nicht an formalen Einwänden scheitern. Auch für die Interessen der Israelis gibt es heute viel mehr Verständnis bei seinen Nachbarn, weil sich auch ihre Sicherheit, ihr Frieden und ihre Unabhängigkeit nicht einseitig organisieren lassen.

Auch die Sowjetunion scheint inzwischen zu erkennen, daß einseitige Optionen Konflikte verlängern, die von niemandem gewonnen werden können. Die offenbar erwogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen könnte sich daher positiv auf diesen Prozeß auswirken. Wenn die von mir dargestellte Analyse so zutrifft, dann kann unser Rat im Augenblick nur sein, bis zur Aufnahme der Gespräche behutsam und menschlich zu verfahren. Ich meine, daß es gerechtfertigt ist, auf einen solchen Gang der Dinge zu vertrauen. Man wird sich noch einige Monate gedulden müssen. Um so wichtiger ist es, daß bald ein Zeichen aller gegeben wird, daß Menschlichkeit und Gerechtigkeit für alle am Ende des jetzt begonnenen Prozesses stehen.

(B)

Ich verzichte auf Ratschläge, wie das alles im Rahmen vieler Konferenzen erreicht werden könnte. Allen Betroffenen muß die Gelegenheit gegeben werden, für ihr Recht zu plädieren. Wie soll am Ende ein Frieden stehen, wenn sich der Kampf im Untergrund fortsetzt?

In dieser Auffassung bin ich auch durch den früheren Außenminister und jetzigen Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der Knesset, Abba Eban, bestärkt worden. Er empfiehlt uns nicht, die Biographien palästinensischer Führer zu studieren, sondern zu erforschen, was sie heute denken. Was sind jetzt ihre Vorstellungen? Wie stellen sie sich ihren Frieden mit Israel vor? Wer nimmt ein repräsentatives Mandat für sie wahr?

Als Parlamentarier sind wir Parlamentäre. Der Auswärtige Ausschuß wird in der nächsten Woche mit einer Delegation in Tunis sein. Ich habe Arafat bitten lassen, uns auf diese Fragen Antwort zu geben. Gilt sein Wort für alle, ist dies ein Wort des Friedens und der Versöhnung, dann werde ich jedenfalls meinen israelischen Freunden empfehlen, einen neuen Weg zu wagen.

Ich sage dies als Angehöriger eines Volkes, dessen politische Führung einen Abgrund zwischen den Völkern der Deutschen und der Juden aufgerissen hat. Die Erinnerung bleibt Bestandteil unserer Gegenwart und unserer Zukunft. Mit guten Gedanken haben wir dennoch stabile Brücken über diese Schlucht gebaut.

(C) Wir wissen, wie schwer das war. Warum sollte die Feindschaft der letzten Jahrzehnte, die so viel Leid bei Israelis und Arabern verursacht hat, nicht ähnlich überwunden werden? Achtung und Zusammenarbeit statt Haß und Krieg!

In Europa schaffen wir heute historische Gesten des Friedens und der Versöhnung. Warum schließen wir dies für die Lösung der Probleme im Nahen Osten aus? Die Woche der Brüderlichkeit habe ich nie selektiv verstanden. Sie betrifft auch die Brüderlichkeit mit den arabischen Semiten. Wer jemanden ausschließt, trägt letztlich nicht zum Frieden bei.

Wenn wir uns in der Europäischen Gemeinschaft nicht so intensiv mit den formellen Fragen beschäftigt hätten, wäre vielleicht das politische Beispiel deutlich geworden, das wir mit der Organisation dieser Friedensordnung aller Welt gegeben haben. Wir haben gezeigt, daß man Frieden nicht herbeireden oder nur einen Friedensvertrag unterschreiben muß, sondern daß dieser Frieden die Organisation von Zusammenarbeit ist. Daher ist die Gemeinschaft wie kein anderer Gesprächspartner befähigt, Empfehlungen zu erläutern, die nicht einen Kirchhofsfrieden im Nahen Osten entstehen lassen, sondern die den Umgang miteinander konstruktiv mit Leben erfüllen.

Nahum Goldmann hat schon vor drei Jahrzehnten – ich komme zum Schluß – solche Gedanken ausgesprochen. Er war seiner Zeit voraus. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft hat im Gespräch mit König Hussein von Jordanien erfahren können, welche Gedanken sich in diesem Dialog der Verantwortlichen für die Sache des Friedens erschließen lassen. Nur darum muß es uns in dieser Stunde des Ringens für den Frieden gehen.

(D)

Salam, Shalom!

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Gansel.

Gansel (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine „Aussprache über die Lage im Nahen Osten“, insbesondere in den von Israel besetzten Gebieten“, wie es in der Tagesordnung des Bundestages heute heißt, kann nicht eine Aussprache nur über die anderen sein. Sie ist in einem deutschen Parlament unvermeidlich auch eine Aussprache über uns selbst. Eine Aussprache über den Nahen Osten kann sich aber auch nicht auf die Politik Israels beschränken; denn in zweifacher Weise gilt, was der Theologe Helmut Gollwitzer so formuliert hat:

Wo jüdisches Unrecht größer gemalt wird und mit strengeren Maßstäben gemessen wird als Unrecht anderswo, da regt sich Antisemitismus in moralischer Tarnung.

Das größte Unrecht im Nahen Osten ist der Krieg. Deshalb spreche auch ich zunächst über das größte Unrecht im Nahen Osten, den Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. In diesem Krieg sind nunmehr seit acht Jahren fast eine Million Menschen getötet, verwundet, vertrieben worden. Die Rüstungsindustrien der ganzen Welt profitieren davon, auch bei uns. Die

1944
1945
1946

1947

1948
1949
1950

Gansel

- (A) Menschen scheinen darüber in Vergessenheit geraten zu sein, auch bei uns.

Wo blieb die Entrüstung derer, die heute die Benutzung jugendlicher Steinewerfer für den gewalttätigen Protest der Palästinenser beklagen, als Tausende junger Iraner für die alljährliche Frühjahrsoffensive in das Maschinengewehrfeuer geschickt wurden? Wo war die Kritik, die heute am Tränengas der israelischen Armee Anstoß nimmt, als die irakische Luftwaffe mit Giftgasgranaten und -bomben die chemische Kriegsführung begann?

Herr Außenminister, hat die Bundesregierung wirklich alles getan, um auszuschließen, daß Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland bei der Produktion dieser Chemiewaffen dabei waren? Wir sind für diesen Krieg mitverantwortlich, solange die Waffen der iranischen Infanterie auf Maschinen produziert werden, für die die Bundesrepublik noch im letzten Jahr Ersatzteillieferungen genehmigt hat. Solange irakische Raketen in den Städten des Iran einschlagen und noch ein irakischer Offizier Raketentechnik an einer Bundeswehrhochschule studiert, sind wir beteiligt, Herr Vorsitzender.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die SPD hat den Beitrag von Außenminister Genscher zu dem Beschluß 598 des UN-Sicherheitsrats mit der ultimativen Forderung, die Feindseligkeiten einzustellen, begrüßt. Aber seit August 1987 streiten die Diplomaten darüber, ob dieser Beschluß nur als Ganzes oder schrittweise umgesetzt werden kann. Inzwischen wird weiter geschossen und gestorben.

- (B) Wenn der Iran nicht wiederum mit Herrn Genscher taktiert, sondern wirklich bereit ist, einen Waffenstillstand zu akzeptieren, sobald eine internationale Kommission durch die UNO eingesetzt wird, um die Kriegsschuldfrage zu klären — also nicht erst, wenn sie die Kriegsschuld des Irak festgestellt hat —, dann sollte diese Chance genutzt werden. Andernfalls werden gezielte und abgestufte Sanktionen gegen den Iran und möglicherweise auch gegen den Irak notwendig. Es geht jetzt auch um die **Funktionsfähigkeit und Glaubwürdigkeit der UNO**, die für die Zukunft unserer Welt so wichtig ist.

Es gibt an der UNO berechnete und viel unberechtigte Kritik. Wer sich aber von Vorurteilen freimachen kann, wird gerade im Nahen Osten sehen, daß es ohne die Vereinten Nationen mehr Krieg und Elend und weniger Hoffnung gäbe.

Im Libanon leisten die Hilfsorganisationen der UNO und das Internationale Rote Kreuz eine großartige Arbeit, die wir weiter — auch finanziell — unterstützen müssen. Dort herrscht nun seit 13 Jahren ein Bürgerkrieg religiöser, ethnischer und sozialer Gegensätze, aber auch ein Stellvertreterkrieg fremder Einmischung von Palästinensern, Syrern, Israelis, Iranern und Amerikanern, von dem man sich in Deutschland erst betroffen fühlte, als auch Deutsche zu Opfern von Geiselnahmen wurden. „Im Libanon ist ein ganzes Volk zur Geisel genommen“ sagte der libanesisches Staatspräsident, als er besorgt nach dem Schicksal der Deutschen befragt wurde. Man vergißt allzu leicht über dem Leid eines Deutschen, dessen Heimkehr wir fordern, 3 Millionen Libanesen.

(C) Die Innenminister in der Bundesrepublik Deutschland — und wir — müssen verantworten, wie mit Asylbewerbern aus dem Libanon umgegangen wird. Wer Frauen und Kinder in den Libanon zurückschickt, kann sie zu Geiseln machen. Wer Männer zurückschickt, macht sie womöglich zu Geiselnehmern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Die Soldaten der UN-Friedenstruppen, die Blauhelme, sind in diesem archaischen Krieg die wahren Helden. Sie versuchen, Frieden zu schaffen, ohne Waffen einzusetzen, und mehr als 100 von ihnen haben dabei ihr Leben geopfert. Der kommandierende General aus Irland, sein Adjutant von den Fidschi-Inseln und sein spanischer Zivilberater, wie ich sie 1983 in Beirut erlebt habe, symbolisieren für mich die gemeinsame Verantwortung der Menschheit für ihr Überleben, die Hoffnung auf eine mit Machtmitteln ausgestattete internationale Rechtsordnung, die eines Tages die nationalen Heere und die Milizen ablösen und den Krieg und Bürgerkrieg der Zukunft verhindern wird.

Aber das ist schöne Utopie. Häßliche Realität ist die Eskalation der Gefühle und Gewaltmanifestationen zwischen Palästinensern und Israelis: Straßenbarrikaden und prügeln Soldaten, Steinwürfe und tödliche Schüsse — auch auf Frauen und Kinder —, Terror und Gegenterror.

Sind wir Deutsche zu solchen wechselseitigen Beschreibungen berechtigt? Müssen oder dürfen wir für die israelische oder für die palästinensische Seite Partei ergreifen? Ist eine Nahostpolitik der Bundesregierung überhaupt zu legitimieren?

(D)

Es gibt bei uns die Tendenz, diese Frage zu umgehen, indem die Formulierung von Nahostpolitik in die Gremien der Europäischen Gemeinschaft verlagert wird. Ich bin aber überzeugt, daß wir uns von der Last der Geschichte nicht befreien können.

(Sehr wahr! bei der FDP)

Wir können sogar für die Politik frei werden, indem wir uns zu dieser Last bekennen.

Ich sage das als deutscher Sozialdemokrat. Carlo Schmid ist 1945 Mitglied der SPD geworden, weil die SPD als einzige Partei nach Nazi Herrschaft und Krieg ihren Namen nicht ändern mußte — so sagte er. Die Reichstagsfraktion der SPD hat keine Stimme für Hitler gegeben. Meine Partei hat keine Nürnberger Gesetze und keinen Globke wiedergutzumachen. Die Frauen und Männer, die die SPD für meine Generation erhalten haben, sind selbst durch die Hölle der KZs, den Schmerz der Emigration und die Gefahr des Widerstands gegangen. Viele haben mit und für ihre jüdischen Brüder und Schwestern gelitten.

Ich habe bei Kurt Schumacher gelesen und bei Willy Brandt gelernt, daß sie das nicht für die SPD gemacht haben, sondern für ihre Mitmenschen und für ihr Volk. Sollte es also eine Kollektivschuld des deutschen Volkes je gegeben haben und gar weiter geben, so wäre es nicht möglich, sich als Sozialdemokrat von seinem Teil durch das moralische Guthaben der eigenen Partei zu befreien.

(Beifall bei der SPD)

Gansel

- (A) Ich gehöre zwar zu der Generation, in der es aus Altersgründen eine individuelle Schuld an den Verbrechen gegen die Juden nicht mehr geben kann. Aber ich kann doch die Haftung für die Taten der Generation meiner Eltern nicht von mir weisen und die Scham für die historischen Untaten meines Volkes nicht abstreifen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Hirsch [FDP])

Ja, ich bin überzeugt, daß wir nur insoweit Deutsche sein können, wie wir uns zu dieser Bindung bekennen.

Es gibt nicht die Gnade der späten Geburt, und eine Arroganz der Spätgeborenen darf es nicht geben.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Sich so nach Gelegenheit zu drücken ist eine deutsche Untugend, wie es auch eine deutsche Untugend ist, in der Politik extrem zu vereinfachen: Die einen Deutschen wollen am erfolgreichen Israel bewältigen, was Deutsche den Juden angetan haben, indem sie die Politik Israels vorbehaltlos unterstützen. Die anderen identifizieren sich mit der PLO, weil sie eine Wiedergutmachung für die Leiden der Palästinenser wollen, die sie als „Opfer der Opfer“ bezeichnen. In dieser Formulierung liegt eine unerträgliche Gleichsetzung von Nazi-Deutschland mit Israel, also von Tätern und Opfern.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

- (B) Der Staat Israel war für die Juden nicht nur die Erfüllung einer religiösen und politischen Sehnsucht des letzten Jahrhunderts. Er war auch die notwendige Form des Überlebens nach den Jahren der Verfolgung, des Holocaust. Durch diese Staatsgründung wurden die Palästinenser Opfer weiter wirkender Untaten, die die Deutschen an den Juden begangen hatten. Die Kausalkette, die die Nazis in Gang gesetzt hatten, reicht eben von Polen bis Palästina, von 1933 bis 1988 und weiter.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Historische Kausalität nimmt uns aber nicht die politische Entscheidungsfreiheit. Selbst die einfachen Positionen der einen wie der anderen Deutschen werden nämlich in dem Maße problematisch, wie die Politik Israels im eigenen Land und die der PLO in den eigenen Reihen umstritten sind.

Weil er sich gegen die offizielle Politik für den friedlichen Ausgleich entschieden hatte, wurde unser Freund, der PLO-Funktionär Issam Sartawi, auf der Konferenz der Sozialistischen Internationale 1983 ermordet. Wir müssen heute an ihn denken.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Weil sie der Gewalt der Waffen und der harten Linie ihrer Regierung nicht mehr trauen, haben junge Israelis den militärischen Dienst im Libanon verweigert

und jetzt in Massen für die Menschenrechte der Palästinenser in den besetzten Gebieten demonstrieren. (C)

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Nein, wir alle können der Entscheidung für eine selbstverantwortete Politik nicht entgehen. Ich bin überzeugt, daß Geschichte einen Sinn haben könnte, hielte sie **Vergebung für die Deutschen** bereit, so weit, wie sie zu einem sicheren Überleben und zu einem friedlichen Nebeneinander von Israelis und Palästinensern beitragen könnten. Es liegt an uns, der Geschichte diesen Sinn zu geben, auch indem wir es versuchen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN und der CDU/CSU)

Eine **deutsche Nahostpolitik** ist nicht aus Opportunismus, sondern aus Überzeugung eine Politik, die weder anti-israelisch noch anti-palästinensisch ist. Wir sind **pro-israelisch und pro-palästinensisch**.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir sollten deshalb weniger verurteilen und mehr helfen.

Unsere Aufgabe ist es nicht, den vielen Nahostplänen weitere hinzuzufügen. Vielleicht können wir dazu beitragen, daß Selbstvertrauen und Vertrauen wachsen, daß endlich mit einem begonnen wird. Israel muß wissen, daß wir seinem Recht auf staatliche Existenz und sichere Grenzen fest verbunden sind. Aber durch brennende Autoreifen, durch Streiks und selbst durch Steinwürfe palästinensischer Jugendlicher wird die Sicherheit Israels nicht gefährdet. Eine Armee, die gegen solchen Widerstand eingesetzt wird, kann nicht militärisch siegen, sie kann politisch verlieren. Es helfen deshalb nur politische Lösungen. Auch das rechte Spektrum der israelischen Politik muß dabei erkennen, daß eine schleichende Annexion der besetzten Gebiete, die den Palästinensern nur Bürgerrechte zweiter Klasse gewährt, nicht gelingen kann. Israel wird kein Apartheidstaat werden.

(Beifall bei der SPD)

Der militärische Flügel der PLO muß erkennen, daß der unbewaffnete Aufstand im Gaza-Streifen und im Westjordanland in der Weltöffentlichkeit und in der Staatengesellschaft für die Sache der Palästinenser mehr bewirkt hat als die Kommando- und Terroraktionen der letzten Jahre.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Immer mehr Israelis werden erfahren, daß die **Palästinenser ein Volk** sind mit dem Recht auf Selbstbestimmung. „Wir sind ein Volk, der Feind macht uns ohne unseren Willen dazu, wie das immer in der Geschichte so war“, hat Theodor Herzl, der Begründer der zionistischen Bewegung, vor über hundert Jahren über die Juden geschrieben. „In der Bedrängnis stehen wir zusammen, und da entdecken wir plötzlich unsere Kraft.“ Erkennen die Israelis in diesem Zitat heute nicht auch das Werden einer palästinensischen Nation?

Gansel

- (A) Ob die Palästinenser ihre organisatorische Identität in einem souveränen Staat, in einer Konföderation mit Jordanien oder in anderer Weise finden, wird erst am Ende eines Friedensprozesses und nicht an seinem Anfang beantwortet werden können. Diese Antwort wird nicht ohne die PLO gegeben werden, die die überwiegende Mehrheit der Palästinenser als ihre Sprecherin anerkennt.

Wer jetzt aber aus der Bundesrepublik **Maximalforderungen** nach einem souveränen Palästinenserstaat in die eine Richtung oder begrenzte Autonomie in die andere Richtung aufstellt, der muß wissen, daß er sich nicht nur klüger gibt als die Betroffenen selbst, sondern auch dazu beitragen kann, daß der **Verhandlungsprozeß** überhaupt nicht beginnt.

Das palästinensische Volk ist auf der Suche nach seinem Staat, und es wird ihn mit Gewalt finden, wenn ihm nicht durch Verhandlungen geholfen wird. Auch dabei wird die UNO wieder eine wichtige Rolle spielen. Es wäre gut, wenn die Generalversammlung die Resolution revidieren würde, in der der Zionismus mit dem Rassismus gleichgesetzt wird,

(Beifall bei allen Fraktionen)

und es wäre gut, wenn das israelische Parlament jenes Gesetz aufheben würde, das israelischen Bürgerinnen und Bürgern verbietet, mit Mitgliedern der PLO zu sprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Herr Präsident! In diesen Tagen wird der Staat Israel 40 Jahre alt. Wir wünschen ihm zum Jahrestag alles Gute. Wir wünschen dem Staat Israel das Beste: eine friedliche Zukunft und glückliche Entwicklung mit den Staaten, die seine Nachbarn sind und seine Nachbarn sein werden.

(B)

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Hamm-Brücher.

Frau Dr. Hamm-Brücher (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir alle waren von den letzten Worten, die Sie gesprochen haben, Herr Kollege Gansel, sehr bewegt. Ich möchte Ihnen ausdrücklich dafür danken und auch daran anknüpfen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, die heutige Debatte steht im Schatten — das haben die Vorredner auch zum Ausdruck gebracht fortgesetzter und eskalierender Unruhen in den von Israel besetzten Gebieten der West Bank und des Gazastreifens. Sie steht unter dem Eindruck von Gewalttätigkeiten und Übergriffen auf israelischer Seite sowie von neuerlichen Terrorüberfällen auf Seiten der Palästinenser. Auf diese Eskalation von Gewalt und Gegengewalt reagiert auch die deutsche Öffentlichkeit teilweise mit berechtigtem Entsetzen und Empörung. Beides darf nach unserer Überzeugung auch in dieser Debatte nicht ausgeklammert werden. Dennoch kann diese Debatte nur dann wirklich weiterführen, wenn auch heute unmißverständlich deutlich wird, daß die Bundesregierung

und der Deutsche Bundestag das **Recht Israels auf Existenz in gesicherten Grenzen** bekräftigen — wie die Vorredner das auch getan haben — wie Sie das **Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser** anerkennen, sowie wir das übrigens schon seit Jahren in allen Regierungen vertreten haben.

(C)

Meine Damen und Herren, wenn es auch derzeit den Anschein haben mag, daß beide Prinzipien zu einem schier unvereinbaren Gegensatz auseinanderdriften, so müssen wir dennoch alles in unseren Kräften stehende versuchen, um dazu beizutragen, daß sich die gemäßigten Kräfte in beiden Lagern im Sinne einer künftigen Vereinbarkeit aufeinander zubewegen. Sie haben das auch vorhin ausgeführt, Herr Kollege Gansel. Nur wenn es gelingt, beiden Prinzipien zur Anerkennung zu verhelfen, dann wird der Friedensprozeß im Nahen Osten in Gang kommen und mit viel Geduld schließlich auch erfolgreich sein können. Darum ist die Bundesregierung seit Jahren bemüht. Diese Bemühungen werden von meiner Fraktion im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, derzeit unter deutscher Präsidentschaft, nachdrücklich unterstützt.

Wir danken in diesem Zusammenhang Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der sich in diesem Geiste unverdrossen um eine Deeskalation bemüht.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, daß wir mit dieser Unterstützung unserer **besonderen Verantwortung**, von der unsere **Beziehungen zum Staate Israel** geprägt sind, am besten gerecht werden können. Deshalb brauchen wir gegenüber unverletzlichen Gewalttätigkeiten und Übergriffen, die von einzelnen israelischen Soldaten ausgeübt wurden und die dafür bestraft werden sollen, nicht blind und stumm zu sein. Wir dürfen aber auch nicht blind und stumm sein gegenüber dem keineswegs gewaltfreien Vorgehen überwiegend jugendlicher Palästinenser, die ihrerseits die hierauf nicht vorbereiteten israelischen Soldaten provozieren. Man kann das Abend für Abend im Fernsehen sehr genau beobachten. Es wird oft auch sehr einseitig dargestellt, daß es allein die israelischen Soldaten seien, die sich Übergriffe zu schulden kommen lassen. An diese besondere Verantwortung gilt es auch mit Blick auf die 40. Wiederkehr der Gründung des Staates Israel zu erinnern — wie das Herr Kollege Gansel schon getan hat — sowie an die Tatsache, daß im gleichen Zeitraum vor 40 Jahren die Gründung der Bundesrepublik Deutschland auf den Trümmern des nationalsozialistischen Unrechtsstaates, der den einmaligen Völkermord an über 6 Millionen Juden verschuldet hatte, ihren Anfang nahm.

(D)

An der Wiege des Staates Israel standen die **Todesängste der Überlebenden des Holocaust**. In Yad Vashem sind sie zu Stein geworden, jeden Besucher, vor allem jeden deutschen Besucher, von neuem erschütternd und mahnend. Diese Ängste, neuerlich vertrieben und vernichtet zu werden, fanden in dem niemals aufgegebenen Haß und dem Vernichtungswillen auf arabischer Seite immer neue Nahrung während dieser 40 Jahre. Diese Todesängste haben die Politik dieses Staates und das Bewußtsein der Israelis geprägt. Sie

Frau Dr. Hamm-Brücher

- (A) bestimmen ihren Überlebenswillen und ihr Überleben wollen, meine Damen und Herren. Wer als Deutscher diese Ängste, neuerlich vertrieben und vernichtet zu werden, nicht begreift, nicht begreifen will, nicht immer von neuem zu begreifen versucht, dem wird es nicht gelingen, das Vertrauen des jüdischen Volkes zu gewinnen und damit zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Juden beizutragen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Es ist Herbert Riehl-Heyse zuzustimmen, wenn er kürzlich in der SZ schreibt:

Die Wahrheit ist, daß ein Volk, aus dessen Mitte sechs Millionen Menschen abgeschlachtet worden sind, nicht ohne Grund eine traumatische Angst vor wirklichen und eingebildeten Feinden entwickelt hat. Erst von von diesem Punkt aus ... kann die Auseinandersetzung beginnen.

Es ist auch dem Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel zuzustimmen, wenn er sagt, daß er persönlich die Meinung nicht teile, daß die Deutschen angesichts ihrer Vergangenheit berufen seien, zu moralischen und grundsätzlichen Fragen in der ganzen Welt Aussagen zu machen. Ich finde das mutig und richtig.

Wer diese Todesängste ignoriert oder auch bagatelisiert, der muß auch heute hier in dieser Debatte an die ungezählten Äußerungen des unvermindert tödlichen Hasses seitens der Araber und Palästinenser erinnert werden, wie sie in ungezählten Bekundungen und ja auch in wiederholten Angriffskriegen zum Ausdruck kamen. Ich zitiere aus **Flugblättern**, die am 8. und 9. Januar dieses Jahres in den von Israel besetzten Gebieten verteilt wurden:

Das sind die Juden, die Brüder der Affen, die Profitmörder, die Blutsauger und Kriegshetzer. Laßt das Blut unserer Toten nicht umsonst vergossen worden sein, sondern verwandelt jeden Blutstropfen in eine Feuerbombe und in einen Sprengsatz, der die Juden in Fetzen reißen wird!

Das ist der Ton, meine Damen und Herren, den wir verurteilen müssen und dem wir eine Absage erteilen müssen, auch in dieser Stunde.

(Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, angesichts dieser tödlichen Bedrohung – niemand kann sie weglegen – sei festgestellt: Wenn man sich über die Gewalttätigkeiten einzelner israelischer Soldaten in der Tonlage empört, wie es derzeit ziemlich einseitig und einäugig von der „Nationalzeitung“ bis hin zu antisraelischen linken Verfechtern im Brustton der Selbstgerechtigkeit geschieht, dann werden wir unserer fortwährenden Verantwortung gegenüber dem Staat Israel und seinen Bürgern ganz sicher nicht gerecht werden können.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD sowie bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wie wir aus unserer eigenen leidvollen Geschichte wissen, erzeugt Haß immer neuen Haß, Gewalt immer neue Gewalt, Unrecht immer neues Unrecht, und das

in einem scheinbar unausrottbaren Teufelskreis. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, muß das erste und wichtigste Ziel einer deutschen und europäischen Nahostpolitik sein, und das in engster Kooperation und Abstimmung mit den amerikanischen Bemühungen. Es kommt darauf an, die Gemäßigten, die zu Verhandlungen bereiten Politiker auf beiden Seiten zu unterstützen. Das ist das Gebot der Stunde. Wir müssen mit vereinten westlichen Kräften den **europäisch-arabischen Dialog** fördern und darauf hinwirken, daß die arabische Seite endlich von ihrem dreifachen Nein gegen das Existenzrecht Israels Abstand nimmt. Dieses dreifache Nein wurde zuerst auf der Konferenz von Khartum 1967 ausgesprochen. Es lautet:

Kein Friede mit Israel.
Keine Verhandlung mit Israel.
Keine Anerkennung Israels.

Dann müssen wir die Israelis zumindest davon zu überzeugen versuchen, daß ohne Beteiligung der Palästinenser ein Friedensprozeß im Nahen Osten nicht in Gang kommen kann. Dieser Prozeß muß auf den Resolutionen des VN-Sicherheitsrats 242 und 338 nach dem Grundsatz „Land gegen Frieden“ entwickelt werden.

Wir bitten die Bundesregierung, die amerikanischen Bemühungen um umgehende Einleitung des Friedensprozesses zu unterstützen. Wir meinen, der **Shultz-Plan** enthält doch neue, konkrete Elemente, die von gemäßigten arabischen Staaten sehr vorsichtig, von Ägypten bereits voll unterstützt werden. Das gleiche gilt für eine große Zahl der gemäßigten israelischen Politiker – ich erinnere nur an die Aussagen von Außenminister Peres und Verteidigungsminister Rabin –, und vor allem gilt es für eine zunehmende Zahl israelischer Bürger. Es ist zu hoffen – und wir möchten das hier ausdrücklich aussprechen –, daß Ministerpräsident Schamir seinen Widerstand aufgibt und – wie seinerzeit sein Vorgänger Menachem Begin – diese vielleicht letzte Chance, den Friedensprozeß einzuleiten, begreift und darauf eingeht.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Natürlich, meine Damen und Herren – und das kann man ja täglich lesen und hören –, ist der Ausgang der bevorstehenden Wahlen die große Unbekannte für die innenpolitische Entwicklung in Israel. Es ist nur zu hoffen, daß es bis dahin nicht zu spät ist, den Prozeß umzukehren.

Sehr wichtig erscheint der FDP, daß sich die **Europäische Gemeinschaft** durch konkrete **Hilfsprogramme** weiter bemüht, die **Lage der Palästinenser** in den besetzten Gebieten zu verbessern. Ich möchte gleich hinzufügen: Die Lebensbedingungen der Palästinenser sind ja nicht nur in den besetzten Gebieten zu beklagen; auch in den sogenannten Flüchtlingslagern in den benachbarten arabischen Staaten leiden sie, wie man sich überzeugen kann, nicht ohne Schuld der Gastländer unter beklagenswerter Not und Armut. Von brüderlicher arabischer Hilfe und Unterstüt-

Frau Dr. Hamm-Brücher

- (A) zung ist bei diesem Anblick weiß Gott wenig zu spüren.

(Frau Rönsch [Wiesbaden] [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Gewiß, meine Damen und Herren, diese Debatte ist, wie sich zeigt, nicht leicht zu führen. Aber sie ist notwendig, und sie kann auch hilfreich sein, wenn sie der deutschen und internationalen Öffentlichkeit unmißverständlich signalisiert, was Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** anlässlich des Staatsbesuchs des israelischen Präsidenten Chaim Herzog wie folgt formuliert hat:

Wir Deutschen fordern und unterstützen das Existenzrecht Israels

— sagte der Bundespräsident —

in anerkannten und sicheren Grenzen. Dafür ist eine Friedensordnung notwendig, die das Selbstbestimmungsrecht aller Betroffenen achtet. Wir treten stets dafür ein, daß die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts für die Palästinenser wie für alle Völker, auch für das deutsche, nicht zu Lasten anderer Völker gehen, nicht Rechte anderer ungebührlich beeinträchtigen darf. Ein dauerhafter, gerechter und umfassender Friede wird im Nahen Osten nur von allen Beteiligten, und zwar selbst, geschaffen werden können.

Dieser klaren Aussage, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, habe ich seitens der Fraktion der FDP nur noch ein „Schalom“ hinzuzufügen.

Vielen Dank.

- (B) (Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Schily.

Schily (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Gansel, Sie haben heute eine sehr eindrucksvolle Rede gehalten. Was Sie zum Golfkrieg, zum Libanon, zum israelisch-palästinensischen Konflikt gesagt haben — in allem kann ich Ihnen vorbehaltlos zustimmen.

Ich werde mich heute sehr bewußt auf den **palästinensisch-israelischen Konflikt** konzentrieren und beginnen mit dem Satz eines jüdischen Freundes:

Das Scheitern einer Bewältigung dort, wo der Monströsität des Verbrechens halber Bewältigung sich als vergeblich offenbart, angestrenzte Mühe, die sich bestenfalls als aussichtsloser Entsorgungsversuch von Schuld erweist, all das gebiert eine Kultur, die von einem durch Auschwitz hervorgerufenen Schuldgefühl geprägt ist, das ständig nach Entlastung sucht.

So beschreibt Dan Diner die Strategie des Vergessens in Deutschland.

Zweifel sind berechtigt, ob die heutige Bundestagsdebatte die **Entlastungssuche** nicht mindestens unfreiwillig fördert. Auch wir GRÜNEN, die diese Debatte verlangt haben, müssen uns diesem Zweifel stellen.

In den Schluchten der deutschen Geschichte sind falsche und gierige Gleichungen unterwegs, die die drakonischen israelischen Militäraktionen in den besetzten Gebieten mit dem industriellen Massenmord während der Nazizeit auf eine Stufe stellen wollen. Von den Opfern der Opfer ist in zweifelhafter Weise die Rede.

Ich habe mit eigenen Ohren unlängst die Äußerungen eines Deutschen gehört, der seinen Abscheu vor den Brutalitäten der Israelis gegenüber den Palästinensern zum Ausdruck brachte. Im gleichen Atemzug entrüstete er sich darüber, daß die Juden den Deutschen immer noch die alten Geschichten vorhalten. Seine auftrumpfende Logik war: Wir sind quitt!

Das Blut läßt sich aber nicht abwaschen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Präsident Dr. Jenninger: Ich erteile das Wort dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen.

Genscher, Bundesminister des Auswärtigen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Niemand wird sich der Bewegung dieser Aussprache entziehen können. Ich wünsche mir die Erinnerung, die Sie, Herr Kollege Gansel, mit dem Wort Helmut Gollwitzers gegeben haben, in das Ohr all derjenigen, die sich jetzt und künftig an der Debatte über die Lage im Nahen Osten beteiligen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Der Blick in den Nahen Osten kann nicht dem Blick auf den **irakisch-iranischen Krieg** ausweichen. Das ist hier zu Recht gesagt worden. Es ist ein schrecklicher Krieg. Es ist auch zu Recht gesagt worden: Er könnte nicht — nicht so lange, nicht so schrecklich — geführt werden, wenn er nicht Zulieferung von außen erhielte.

Um so wichtiger ist es, daß wir den Weg weitergehen, den wir im Juli beschritten haben mit der **Entschlie-ßung 598 des Sicherheitsrates**, eine Entschlie-ßung, die nur zustande kommen konnte, weil West und Ost, Nord und Süd im Sicherheitsrat sich auf einen Friedensweg verständigt haben. Wenn es jetzt darum geht, mit aller Kraft die Anwendung dieser Entschlie-ßung durchzusetzen, muß es bei dieser Einheit zwischen West und Ost, Nord und Süd bleiben; sonst wird die Sicherheitsratsentschlie-ßung in ihrer Wirkung verpuffen.

Aber vielleicht ist diese Entscheidung des Sicherheitsrats ein Anfang gewesen für ein neues Umgehen von West und Ost bei der Lösung der Konflikte der Dritten Welt, ein Anfang, der von der Erkenntnis getragen ist, daß, aus welchem Konflikt immer, aus welchem Krieg immer, weder West noch Ost wahrhaft einen Vorteil ziehen könnten, auch ein Anfang gesteigerter Friedensverantwortung des Nordens für das, was in anderen Teilen unserer Welt vor sich geht.

Im Mittelpunkt dieser Debatte stehen die schweren **Unruhen**, die am 8. Dezember 1987 in den von Israel besetzten Gebieten ausgebrochen sind. Sie dauern mit unverminderter Heftigkeit heute, drei Monate danach, noch immer an. Diese Unruhen sind offensichtlich spontan und ohne Einwirkung von außen entstan-

Bundesminister Genscher

- (A) den. Sie sind eine **Bürgererhebung**. Das macht sie um so gewichtiger, und das macht ihre Auswirkungen um so schwerwiegender.

Diese Erhebung hat nichts zu tun und nichts gemein mit den von außen gesteuerten Kommando-, Terroraktionen, die sich gegen Israelis richten. Diese Erhebung ist das Aufbegehren einer Bevölkerung, deren Jugend vor allem alle Hoffnung zu verlieren droht. Repressionen und Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten erhöhen die Spannungen weiter.

Diese Entwicklung in den besetzten Gebieten zeigt, daß der Nah-Ost-Konflikt in eine neue, noch brisantere Phase eingetreten ist. Für die Bundesrepublik Deutschland und für die Staaten der Europäischen Gemeinschaft liegt der Nahe Osten auch geographisch nicht fernab. Er ist in Wahrheit für uns eine Nachbarregion, deren Frieden und deren Stabilität von unmittelbarer Bedeutung für die Lage in Europa sind. Die Sicherheit des Nahen Ostens ist in Wahrheit auch unsere eigene Sicherheit.

Wir Deutschen sind durch über eine lange Zeit gewachsene **Freundschaft mit der arabischen Welt** verbunden. Wir Deutschen sind uns jederzeit der geschichtlichen und der moralischen Dimension unseres Verhältnisses zum jüdischen Volk bewußt und noch mehr unserer sich daraus ergebenden Verantwortung.

- (B) Dieser Verantwortung für das jüdische Volk und für den Staat Israel werden wir uns niemals entziehen, wir könnten uns dieser Verantwortung auch gar nicht entziehen. Der Bundespräsident hat das in seiner Rede am 8. Mai 1985 eindrucksvoll dargestellt. Diese innere Haltung muß unsere Haltung zum Staat Israel stets bestimmen. Das Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Innern, von dem der Bundespräsident sprach, veranlaßt uns, bei allen Lösungsanstrengungen für das **Recht Israels auf Existenz in anerkannten und sicheren Grenzen** einzutreten.

Wir wissen, daß es Frieden im Nahen Osten — und das heißt auch Frieden für Israel — **nur geben wird, wenn das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes verwirklicht werden kann.**

In Israel gibt es tiefe Betroffenheit und große Sorge über die Entwicklung in den besetzten Gebieten. Die dort angewandten Methoden, vor allem die **schweren Übergriffe**, stellen für viele Israelis die Frage nach dem **Selbstverständnis der israelischen Demokratie**. Bei meinem Besuch im Januar in Israel konnte ich feststellen, daß die Entwicklung in den besetzten Gebieten zu einer **tiefgreifenden Diskussion in der israelischen Regierung, im Parlament und in der Öffentlichkeit** geführt hat. Der erste Botschafter Israels in der Bundesrepublik Deutschland, Asher Ben Natan, hat zur Eröffnung der Woche der Brüderlichkeit von der Spaltung der öffentlichen Meinung Israels gesprochen. Ich glaube aber, diese Diskussionen können helfen, den Weg zum Frieden zu finden.

Wir jedenfalls müssen unsere Aufgabe darin sehen, die Kräfte zu stärken, die sich jetzt entschlossen um die Sache des Friedens bemühen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(C) Meine Damen und Herren, nur wer die Geschichte der Gründung des Staates Israel nicht vergißt, nur wer daran denkt, daß diese Gründung des Staates Israel der Überlebenskampf der Überlebenden des Holocaust war, der wird das in sichereren Teilen der Welt manchmal schwer verständliche **Sicherheitsbedürfnis Israels richtig einschätzen können**. Dennoch wächst in Israel die Erkenntnis, daß der Status quo überwunden werden muß. Der Status quo in den besetzten Gebieten ist unhaltbar geworden.

Ein Gespräch mit palästinensischen Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten bestätigte den Eindruck, daß die **Perspektivlosigkeit im Leben der palästinensischen Bevölkerung** in politischer, in wirtschaftlicher und in sozialer Hinsicht die schwerwiegendste Ursache für die seit Anfang Dezember anhaltenden Unruhen ist. Enttäuschung darüber, daß es keine Fortschritte bei den Lösungsversuchen gibt, hat gerade bei der Jugend zu Verbitterung und Verzweiflung geführt.

Dazu kommt die in der gesamten arabischen Welt feststellbare verstärkte **Rückbesinnung auf die Werte des Islam**. Es ist charakteristisch, daß diese Stimmung vor allem im überfüllten Flüchtlingslager von Gaza um sich griff.

Die Bundesregierung hat sich zusammen mit den europäischen Partnern gegen Übergriffe gewandt. Wir haben uns auch an den Beschlüssen des Sicherheitsrates beteiligt, die sich gegen Ausweisungen von Palästinensern richten.

(D) Unseren Vorsitz im Ministerrat der Europäischen Gemeinschaft nutzen wir für eine aktive Rolle bei der friedlichen Lösung des arabisch-israelischen Konflikts und für eine Verbesserung der Lage in den besetzten Gebieten. Wir haben das am 8. Februar 1988 hier in Bonn getan, wo wir auch erneut eine **internationale Konferenz** unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen unterstützt haben. Wir betrachten eine solche Konferenz weiter als den geeigneten Rahmen, um den Friedensprozeß in Gang zu bringen.

Wir können heute mit Befriedigung feststellen, daß dieser Gedanke in jüngster Zeit auch Eingang in die Vorschläge gefunden hat, die die Vereinigten Staaten zur Zeit den am Nahostkonflikt beteiligten Parteien unterbreiten. Wir begrüßen das amerikanische Engagement für eine Friedenslösung im Nahen Osten, wir werden diese Bemühungen mit unseren Möglichkeiten unterstützen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Meine Damen und Herren, die deutsche Nahostpolitik steht auf der Grundlage der gemeinsamen europäischen Positionen. Ihre wichtigsten Elemente sind das Existenzrecht Israels in sicheren und anerkannten Grenzen, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und der Gewaltverzicht.

Wir nutzen den euro-arabischen Dialog, um um Verständnis für friedliche Lösungen auch dort zu werben. Das **Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes** haben wir in den Vereinten Nationen als erstes europäisches Land seit 1974 beständig unterstützt. Der Europäische Rat hat 1980 in der Erklärung von Venedig das Selbstbestimmungsrecht des palästi-

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

[Redacted]

Bundesminister Genscher

- (A) nensischen Volkes gleichberechtigt neben das Existenz- und Sicherheitsrecht Israels wie auch das aller anderen Staaten der Region gestellt und von den Konfliktparteien den Verzicht auf Gewaltanwendung gefordert. Unser Appell für die internationale Konferenz wird hoffentlich bald zu Ergebnissen führen.

Die Einladung der zwölf Außenminister an den jordanischen König in seiner Eigenschaft als Präsident der arabischen Gipfelkonferenz von Amman sollte eine Unterstützung für Bemühungen um friedliche Lösungen des Nahostkonflikts darstellen. In der Tat, diese Gipfelkonferenz von Amman hat die Möglichkeiten für eine friedliche Lösung verbessert.

Neben den Bemühungen um eine politische Lösung sehen wir auch die Notwendigkeit, der Bevölkerung der besetzten Gebiete Hilfe zu leisten. Am 9. März hat das **Europäische Parlament** erneut seine Zustimmung zu den **Protokollen mit Israel** verweigert. Es hat zur Begründung auf die andauernden schweren Unruhen in den besetzten Gebieten hingewiesen. Ich hatte mich als Vorsitzender des Ministerrates im Europäischen Parlament für eine Freigabe dieser Mittel eingesetzt.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich möchte diesen Appell zur Freigabe auch heute von hier aus wiederholen.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

- (B) Meine Damen und Herren, eine Zustimmung zu diesen Protokollen darf aber nicht dazu führen, daß die berechtigten Interessen der Europäischen Gemeinschaft an **wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Bevölkerung in den besetzten Gebieten** behindert werden. Die Behinderung der Direktexporte landwirtschaftlicher Produkte aus den besetzten Gebieten durch die israelischen Behörden trifft auf die Ablehnung des Europäischen Parlaments und der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Der politische Zwang, dem die Bevölkerung dort täglich ausgesetzt ist, darf nicht auch noch durch wirtschaftlichen Zwang verstärkt werden.

Wir gewähren **humanitäre Hilfe**, und wir unterstützen die VN-Organisationen dabei, die Flüchtlinge im Nahen Osten zu versorgen. Wir versuchen mit den Instrumenten unserer Entwicklungspolitik, den Palästinensern verbesserte Lebensmöglichkeiten zu verschaffen. Wir werden unsere Kontakte fortsetzen, um zur Friedenslösung beizutragen. Ich werde in Kürze mit dem algerischen Außenminister in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses der Arabischen Liga für die besetzten Gebiete zusammentreffen. Ich hoffe, daß ein solches Zusammentreffen in Kürze auch mit dem israelischen Außenminister möglich sein wird.

Der Nahostbeauftragte der amerikanischen Regierung hat uns gestern über die amerikanischen Bemühungen im Nahen Osten unterrichtet. Wir alle wissen: Der Nahostkonflikt befindet sich in einer wirklich kritischen Phase, aber vielleicht auch in einer Phase, die zum erstenmal eine wirkliche Friedenslösung ermöglicht. Die spontane Erhebung der palästinensischen

- Bevölkerung zeigt, daß nicht mehr viel Zeit übrig ist. (C) Dieser Verantwortung müssen wir uns alle stellen.

Meine Damen und Herren, wenn wir für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintreten, so ist es nicht unsere Sache, darüber zu entscheiden, wie dieses Selbstbestimmungsrecht ausgeübt wird; das ist Sache der Palästinenser selbst. Nur eines muß auch sicher sein: Das Existenzrecht Israels darf dadurch nicht beeinträchtigt werden. Das ergibt sich aus dem Grundsatz des friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Europa kann bei der Suche nach Lösungen eine wichtige Rolle spielen. Wir wollen das auch. Ich denke, daß gerade die Bundesrepublik Deutschland — und das muß den Sinn dieser Debatte ausmachen — hier ihre Verantwortung erkennen muß. Wir können uns der Hoffnung anschließen, die **Asher Ben Natan** in seiner Rede zur Woche der Brüderlichkeit ausgesprochen hat, nämlich daß das, was heute schon zwischen Deutschen und Juden möglich ist, eines Tages auch in Jerusalem eintreffen und gelingen möge, ein Tag der Versöhnung und ein Tag der Brüderlichkeit zwischen Juden und Arabern.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Renger.

Frau Renger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts hat Europa in zwei Weltkriegen einen sich ins Unermeßliche steigenden **Sturm der Gewalt** erlebt. Wir waren Zeugen der Verbrechen und der Menschenverachtung des Hitler-Regimes. Als um so bedrückender empfinden wir das unübersehbare Ausmaß an Gewalt und Barbarei, das wir seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in weiten Teilen der Welt beobachten müssen.

Das Erschreckende ist nicht allein die ungeheure Zahl der Opfer von Krieg, Folter und anderen physischen und psychischen Verletzungen, sondern gleichermaßen die Erfahrung, daß der **Circulus vitiosus** der Gewalt nur in den seltensten Fällen durchbrochen werden konnte. Seit 1945 — so stellte Willy Brandt fest — hat es durch Kriege und Bürgerkriege mehr als 20 Millionen Tote, davon 95 % Zivilisten, gegeben. Ich erwähne dies, um die Proportionen dieser Gewalt hier einmal ins rechte Licht zu rücken.

Friedensbemühungen in diesen weltweiten Konflikten waren meist vergeblich, und auch die Vereinten Nationen mußten immer wieder ihre Ohnmacht erkennen und büßten zudem dadurch an Autorität ein, daß sie sich in ihren Verurteilungen von Gewalt oft einseitig von Machtinteressen und Mehrheitsinteressen leiten lassen mußten. Sie sind eben nicht stärker, als wir sie alle machen.

Das hat gerade Israel, besonders in der letzten Zeit, im Übermaß zu spüren bekommen. Seit der Staatsgründung Israels am 14. Mai 1948, also schon lange bevor es besetzte Gebiete gab, sieht sich **Israel kriegsgerischen Angriffen** bis hin zu **Vernichtungsdrohungen der arabischen Welt** ausgesetzt. Dennoch hat Ben Gurion den Arabern damals als gleichberechtigten

Frau Renger

- (A) Nachbarn Frieden und Zusammenarbeit angeboten. Der seinerzeitige Generalsekretär der Arabischen Liga antwortete: Das wird ein Blutbad werden wie zur Zeit der Mongolen und der Kreuzzüge. — Bereits am 15. Mai 1948, also wenige Stunden nach der Proklamation des Staates Israel, überschritten die Streitkräfte Ägyptens, Transjordanien, des Iraks, Syriens und des Libanons die Grenzen. Mehrere Angriffskriege mußte Israel abwehren, und bis heute ist Israel auch dem Terror weiter ausgesetzt, wie auch der letzte Anschlag auf den zivilen Bus wieder bewiesen hat.

Meine Damen und Herren, wenn ich heute zutiefst die Toten im besetzten Gaza-Streifen und in anderen Teilen beklage, wenn ich die unverantwortlichen Übergriffe von israelischen Soldaten verurteile — übrigens wie die meisten Israelis selbst —, wobei ich nicht unerwähnt lassen möchte, daß die Verantwortlichen auch bestraft werden — so habe ich natürlich nicht vergessen, daß jahrelang jüdische Kibbuzim vom Golan beschossen wurden, oder ich erinnere auch an das Massaker 1972, als 11 Mitglieder der israelischen Olympiamannschaft brutal getötet wurden. Den organisierten palästinensischen und arabischen Terror hat ja auch vielfältig die westliche Welt erlebt.

Viele glauben, es sich heute leicht machen zu können, indem sie Israel für die Spannungen und Krisen im Nahen Osten verantwortlich machen, ja manche wollen Israel am liebsten vor ein Tribunal stellen. Das kann nicht hingenommen werden. Wer richten will, der muß erst einmal seine Legitimation nachweisen.

- (B) (Gerster [Mainz] [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

Ich bin sehr glücklich, daß in dieser Debatte hier ein anderer Ton herrscht, nämlich der Ton, allen Seiten gerecht zu werden.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

Es darf nicht vergessen werden, wenn wir über Israel und die Situation in dieser Region sprechen, daß in diesem Staat Israel vor allem die Überlebenden des Naziterrors eine neue ersehnte Heimstatt gefunden haben, nachdem sie nicht mehr in den Ländern leben konnten, in denen sie und ihre Familien als Freiwild gejagt worden waren und das Grauen über die Ermordung von sechs Millionen jüdischer Menschen aus ganz Europa allgegenwärtig war. In dieses Land Israel waren viele Juden gekommen, die als verfolgte Minderheiten in anderen Teilen der Welt nun endlich frei und in Sicherheit leben wollten. Aber bis heute gibt es keine völkerrechtlich anerkannten und gesicherten Grenzen. Das muß man wissen.

Ich frage eigentlich mehr nach draußen, wo man auch an den Stammtischen redet: Kann es wirklich einen Menschen geben, der den Juden dieses Land wieder streitig machen will? Muß nicht jeder verstehen, daß das Sicherheitsbedürfnis, auch wenn es übersteigert sein sollte, Bestandteil des täglichen Lebens ist? Sollten nicht gerade wir Deutschen in der Art und Weise, wie wir sprechen, zurückhaltend sein.

(Dr. Stercken [CDU/CSU]: Richtig!)

auch mit guten Ratschlägen?

- (C) Ich erinnere an die Worte Kurt Schumachers, der gleich nach dem Zweiten Weltkrieg sagte:

Die Hitler-Barbarei hat das deutsche Volk durch Ausrottung von sechs Millionen jüdischer Menschen entehrt. An den Folgen dieser Entehrung werden wir unabsehbare Zeiten zu tragen haben.

Ich glaube, heute hat es keiner besser als Norbert Gansel gesagt, wie man das tragen kann. Ich füge hinzu: Das ist nun einmal die Last unserer Geschichte, aber auch unsere Chance, diese Last durch eine unanfechtbare klare und gerade Haltung abzutragen.

Denen aber, die in Schutzzeiten einen neuen Antisemitismus direkt oder unterschwellig unter dem Deckmantel einer moralischen Entrüstung über — sicher empörende — Ausschreitungen einzelner in Gaza und anderswo propagieren, führen eine junge Generation erneut in die Irre. Dagegen müssen wir uns wenden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich will keineswegs unerwähnt lassen, daß auch Israel völkerrechtswidrige Aktionen unternommen hat, die auf unseren heftigen Widerspruch gestoßen sind, aber auch in Israel scharfe Kritik gefunden haben. Wo gab es denn Demonstrationen gegen solche falschen Entscheidungen? Es war die erste wichtigste Handlung von Ministerpräsident Peres und Verteidigungsminister Rabin, der heute so in der Kritik steht, die israelischen Truppen aus dem Libanon herauszuführen.

(Beifall bei der SPD)

Gerade die Freunde Israels müssen dann reden, wenn von dieser Seite Unrecht geschieht. Aber es kommt immer darauf an, aus welchen Beweggründen man das tut. Sicher ist zu bedauern, daß die Israelis auch politische Gelegenheiten ungenutzt gelassen haben. Der in seinen Ansätzen positive Camp-David-Vertrag hatte nach der Ermordung des ägyptischen Präsidenten Sadat keine Basis mehr. Man fragt sich auch, warum er wohl ermordet worden ist. Die Leistung Sadats, dieses wahrhaft großen Mannes, versandete, obwohl die Israelis mit der Rückgabe des wirtschaftlich schon erschlossenen Sinai ihren Teil des Vertrags gegenüber Ägypten erfüllt hatten. Aber wo waren auch die palästinensischen Gesprächspartner? Es war ja unendlich schwer, sie ausfindig zu machen. Und es ist schon gesagt worden: Stellten sie sich zur Verfügung, so war die Bedrohung für sie selbst nachher so groß, daß sie mit ihrem Leben manchmal schon abschließen mußten.

Es muß heute versucht werden, den Zipfel des Mantels der Geschichte wieder zu ergreifen: im Interesse Israels und für die Menschen, die insbesondere in Gaza und auch in der Westbank in einer nicht zu ertragenden Situation leben. Da hilft es gar nichts, wenn es ihnen in manchen Teilen besser als früher geht. Sie wollen nicht unter fremder Herrschaft leben. Das Problem der palästinensischen Araber muß gelöst werden, will man sie nicht in die Arme eines verhängnisvollen Fundamentalismus treiben. Aber auch aus einfacher schlichter Menschlichkeit müssen wir helfen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Renger

- (A) Die israelische Siedlungspolitik hat leider das Problem nicht leichter gemacht. Die israelische Zeitung der Arbeiterpartei, „Spektrum“, schreibt sinngemäß: Es ist keine Überraschung, daß der Aufstand im Gaza-Streifen entstand, in dem über 600 000 Palästinenser in überfüllten Lagern ohne eine Zukunftsperspektive leben. Es kann nur eine politische Lösung zwischen Israel und denen geben, die von den Palästinensern autorisiert sind, in ihrem Namen zu sprechen.

Wir Sozialdemokraten betrachten es nicht als Einmischung in die Angelegenheiten eines anderen Staates, wenn wir uns erlauben, unsere Meinung zu einem Konflikt zu äußern, der, wenn er nicht beigelegt wird, zu einer uns alle betreffenden Krise werden kann. Das Pulverfaß Nahost liegt vor unserer Haustür. Deshalb betonen die Parteien in der Sozialistischen Internationale, daß der gefährlichen Situation der Gewalt in den besetzten Gebieten ein Ende gesetzt werden und den Menschenrechte volle Geltung verschafft werden muß.

Der SI-Nahostausschuß unterstützt wie die Arbeiterpartei unter ihrem Vorsitzenden, den Außenminister Shimon Peres, die Initiative zu einer internationalen Friedenskonferenz unter der Autorität der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Die Initiative des Außenministers der Vereinigten Staaten, George Shultz, ist ein entscheidender Schritt auf dieses Ziel hin.

Meine Damen und Herren, Konfliktlösung bedeutet, von bloßen Deklarationen wegzukommen und praktische Schritte einzuleiten. Sicher sollten wir Deutschen uns nicht einbilden, hier Vorreiter sein zu können. Ähnliches gilt für die Europäische Gemeinschaft in ihrer Gesamtheit, deren Parlament — auch der Außenminister hat das eben beklagt — leider gerade bereits abgeschlossene Handelsvereinbarungen abgelehnt hat. Solche Strafmaßnahmen gegen einen demokratischen Staat hat es noch niemals gegen einen nichtdemokratischen Staat ergriffen. Dieses Verhalten stärkt nämlich nur die Intransigenten in allen Lagern dieser Region.

Jetzt kommt es aber darauf an, gerecht zu urteilen und produktiv an Konfliktlösungen mitzuarbeiten. Das heißt u. a., den kompromißbereiten Kräften in Israel und bei den Palästinensern Mut zu machen und sie auch in geeigneter Weise außenpolitisch zu unterstützen, Kräfte, die — wie der israelische Außenminister und mit ihm ein großer Teil der israelischen Bevölkerung sagte — vernünftige Lösungen auf dem Verhandlungswege erreichen wollen. Es wäre zu begrüßen, wenn sich der Premierminister Schamir dieser Auffassung anschließen könnte, die inzwischen weltweites Echo gefunden hat.

Wir alle gehen davon aus, daß eine Lösung nicht anders möglich sein kann als so, daß sie natürlich wirklich sichere Grenzen Israels und sein Existenzrecht bestätigt.

Wir wissen, wie schwer es ist, nach einer langen Zeit der Verhärtung, ja des Hasses, zu tragfähigen Kompromissen zu kommen. Die europäischen Staaten sind aufgerufen, hierbei zu helfen, sich politisch zu engagieren und auch feste materielle Zusicherungen zu geben, sich an dem wirtschaftlichen Aufbau zu beteiligen. Die Welt wartet darauf, daß es nicht nur bei verbalen Bekundungen bleibt, sondern daß auf israel-

lischer wie auf palästinensischer Seite um einen dauerhaften Frieden ernsthaft gerungen wird. Eine Friedenskonferenz darf nicht eine Tribüne zur Selbstdarstellung oder eine Tribüne sein, wo der eine dem anderen das Schlimmste unterstellt. Es ist Zeit für Entscheidungen im Interesse der Menschen in dieser Region. Hier sind die Großmächte besonders gefordert, die für den Frieden in diesem Teil der Welt mitverantwortlich sind.

In diesem Sinne: Shalom!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Frau Garbe [GRÜNE])

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Geiger.

Frau Geiger (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Selten habe ich so lange über eine Bundestagsrede nachgedacht, und selten ist es mir so schwergefallen, die passenden Worte zu finden; denn wir sehen jeden Tag erschütternde Bilder im Fernsehen.

Gernot Römer hat dies in der „Augsburger Allgemeinen“ vom 23. Februar 1988 so beschrieben:

Erschreckendes geschieht im Namen Israels: Soldaten der ruhmreichsten Armee in Nahost, Söhne und Enkel von Hitlers Opfern, schießen auf Kinder; brechen Palästinensern gewollt Knochen; haben versucht, ... Araber ... bei lebendigem Leib zu begraben.

Dürfen wir dazu schweigen? Dürfen wir dies verdammten? Wir Deutschen sind ganz sicher die letzten, die den Staat Israel anklagen dürfen. Aber wir müssen mahnen und klarmachen, daß Gewalt kein Mittel der Politik sein darf, ganz gleich, in welchem Gebiet der Erde.

Beim Aufstand im Westjordanland und in Gaza werden, wie wir uns tagtäglich im Fernsehen überzeugen können, Kinder, Jugendliche und Frauen vorgeschickt. Das stellt die israelischen Soldaten vor eine sehr schwierige Aufgabe. Auf solche Situationen sind die jungen Israelis nicht vorbereitet. Es kommt zu falschen Reaktionen. Die jungen Soldaten sind für Kinderaufstände nicht geschult worden.

Israel hat vier Kriege zur Selbsterhaltung führen müssen und damit ehrenvoll abgeschnitten. Beim jetzigen Kampf gegen die zivile Bevölkerung fühlen sich manche Soldaten so stark provoziert, daß sie auf schlimme Weise überreagieren. Die israelische Justiz versucht, die Übergriffe zu ahnden, und die Presse prangert das Unrecht an; denn es gibt glücklicherweise in Israel eine funktionierende, westlich geprägte, im Abendland verwurzelte Demokratie.

Ich rede nicht dem Verschweigen oder Vertuschen das Wort. Meine Fraktion hat stets die Übergriffe sowohl der israelischen Soldaten als auch der Palästinenser verurteilt und beide Seiten zur sofortigen Gewalteinsetzung aufgefordert. Denn eines ist sicher: Jeder geworfene Stein, jeder abgefeuerte Schuß schaffen Haß und machen die Aussöhnung zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk noch schwieriger.

Frau Geiger

- (A) Die Situation in den besetzten Gebieten hat sich in den letzten Jahren sehr verschlechtert. Dies hat zu Eruptionen der Gewalt auf beiden Seiten geführt. **Manfred Rowold** beschrieb dies in der „Welt“ vom 22. Januar 1988 folgendermaßen:

Als 1967 das kleine Israel sich der drohenden arabischen Übermacht erwehren mußte und dies mit Bravour tat, da gebührte den drei Millionen Juden auf diesem Landstrich von der Größe Hessens die Bewunderung der Welt, zumindest der westlichen – David hatte Goliath besiegt. In den zwei Jahrzehnten seither haben sich die Rollen vertauscht, die Sympathien sind ins Wanken geraten. Denn aus David ist in den Augen der breiten Öffentlichkeit ein Goliath geworden. Und jene Palästinenser, die Steine werfen, sind für viele die neuen Davids.

Vor allem das **Stagnieren des Friedensprozesses** zwischen Israelis und Arabern hat bei den Bewohnern der besetzten Gebiete mehr und mehr zu Frustrationen geführt. Stillstand kann diese Probleme nicht lösen, sondern verschärft sie. Das gilt auch für das **israelisch-arabische Verhältnis**. Die fehlende Zukunftsperspektive für ihr politisches Schicksal hat die Palästinenser radikalisiert. Die **Radikalisierung** macht jetzt ihrerseits die Aussichten auf eine Verständigung zunichte.

Die Ausschreitungen einzelner israelischer Soldaten haben das Klima weiter angeheizt. Wer hier wen provoziert – wer kann diese Frage heute in diesem Strudel von Gewalt überhaupt noch beantworten? Deshalb wäre es auch völlig verfehlt, wenn wir hier im Bundestag einseitige Schuldzuweisungen vornähmen. Das würde das Gegenteil von dem bewirken, was wir erreichen wollen. Die Fronten würden sich weiter verhärten, statt Dialogbereitschaft zu fördern.

Die Krise hat in Israel selbst zu einer quälenden Gewissensforschung geführt. Viele Israelis stellen sich erschrocken die Frage: Wie konnte dies alles geschehen? Fast täglich protestieren israelische Bürger gegen das blutige Geschehen in den besetzten Gebieten und gegen die Palästinenserpolitik ihrer Regierung.

Es spricht für Israel, daß es die **Berichterstattung** in den besetzten Gebieten nicht behindert hat, sondern daß es sich tagtäglich mit diesen schlimmen Bildern auseinandersetzt. Wo sonst geschieht dies auf der Welt, wo Bevölkerungsgruppen gegen eine Staatsgewalt aufbegehren?

(Frau Dr. Hamm-Brücher [FDP]: Sehr wahr!)

Von über 100 Toten in Aserbeidschan wird gesprochen, vom Einsatz von Panzern in Armenien, von Unruhen in den baltischen Gebieten, in Kronstadt, in Sri Lanka, im Punjab, um nur einige zu nennen. Bildberichterstattung oder gar Fernsehfilme gibt es darüber nicht, obwohl diese Ereignisse nicht minder erschütternd sind.

(Zustimmung bei der CDU/CSU)

Wir, die Bundesrepublik Deutschland, haben aus moralischen und politischen Gründen nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, im Rahmen unserer

Möglichkeiten zu einer **Friedensregelung im Nahen Osten** beizutragen. Daß wir dies nicht allein, sondern mit unseren EG-Partnern und vor allem auch in Absprache mit den USA tun, ist selbstverständlich.

Meine Fraktion rät zur Behutsamkeit und zur politischen Zurückhaltung. Das bedeutet nicht fehlende Teilnahme oder fehlendes Engagement für alles, was den Konflikt entschärft, was die Sprachlosigkeit überwindet und den Ausgleich vorbereitet. Wir unterstützen die Bundesregierung in ihrer Haltung, wie sie auch in der gemeinsamen Erklärung der EG zum Ausdruck kommt.

Wir halten es für absolut erforderlich, daß die Lebensbedingungen für die Bewohner der besetzten Gebiete verbessert werden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß die EG Hilfe gewähren will und bestimmten Erzeugnissen aus diesen Gebieten präferentiellen **Zugang zum Gemeinschaftsmarkt** einräumt. Israel sollte diese Maßnahmen nicht länger behindern. Auf der anderen Seite war es aber auch ein großer Fehler, daß das Europaparlament mit den Stimmen der Sozialisten verhindert hat, daß die jüngsten Kooperationsabkommen mit Israel in Kraft treten können. Sanktionen – wo auch immer – haben keinen Sinn.

Bei einer Debatte über den Nahen Osten sollte der Blickwinkel nicht auf das ungelöste israelisch-palästinensische Dilemma und schon gar nicht auf Israel und die PLO verengt werden. Wir haben es schließlich mit einem ganzen Herd von unterschiedlichen und doch irgendwie untereinander verbundenen Konflikten zu tun. Der **ganze Nahe Osten** ist heute **Krisengebiet**. Eine einfühlsame deutsche Politik in Nahost kann der schrittweisen Befriedung ganz sicher dienlich sein.

Noch mehr Gewicht hat die einheitliche Politik der **Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft**, wie sie in der Erklärung der Außenminister zum Nahen Osten vom 23. Februar 1988 in Brüssel formuliert wurde.

Für unsere deutsche Politik im Nahen und Mittleren Osten gelten die folgenden Grundsätze:

Erstens. Die **Mitverantwortung für die Existenz Israels** in sicheren Grenzen gehört zu den Grundfesten der deutschen Außenpolitik. Diese Mitverantwortung bedeutet aber nicht das automatische Einverständnis mit allen Positionen der israelischen Politik. Das galt und gilt insbesondere für Israels Politik in den besetzten Gebieten. Die Siedlungspolitik in diesen Gebieten, von der Israels Freunde im Westen abrieten, hat sich als Bumerang erwiesen. Sie hat Israel letztlich nicht mehr, sondern weniger Sicherheit gebracht.

Zweitens. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland gehört der **Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt** zur Durchsetzung politischer Ziele zu den Grundsätzen unserer Außenpolitik. Daher fordern wir die Anerkennung und Einhaltung dieser Norm zur Konfliktlösung auch für Nahost. Solange die PLO nicht glaubwürdig auf Haß und Terror gegenüber Israel verzichtet, kann sie unserer Auffassung nach kein hilfreicher Partner in dem Prozeß zur friedlichen Konfliktregelung sein. Einer israelischen Regierung könnte kein Staatsgebilde in nächster Nähe zugemutet werden, in dem eine PLO das Sagen hätte.

Frau Geiger

- (A) die zu brutalen Anschlägen und Geiselnahmen bereit ist.

Drittens. Genauso wie wir das Selbstbestimmungsrecht für unser eigenes deutsches Volk fordern, treten wir auch für das **Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes** ein. Das darf aber nicht zu Lasten anderer Völker in Nahost gehen und muß die Lebensinteressen Israels berücksichtigen. Besondere Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit Israels, eventuell eine Entmilitarisierung besetzter Gebiete, könnten dem Rechnung tragen.

Viertens. Wir treten für eine **einvernehmliche Verhandlungslösung** ein, da nur so ein Ausgleich der Rechte beider Seiten erreicht werden kann. Wir unterstützen dabei alle Initiativen, die dem Friedensprozeß neue Impulse geben und den Dialog zwischen den Beteiligten wiederaufleben lassen.

Ich wiederhole: Der erste und wichtigste Schritt ist die Einstellung der Gewalt auf beiden Seiten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Auf der Grundlage dieser Leitlinien tritt die Bundesrepublik Deutschland seit Jahren für **Frieden und Stabilität** in der für uns politisch, strategisch und wirtschaftlich so wichtigen Region ein. Leider ist diese Region heute friedloser denn je. Die Hoffnungen auf einen Erfolg, die 1979 mit dem Camp-David-Abkommen und nachfolgenden Initiativen verbunden waren, sind geschwunden. Im Libanon halten die Spannungen und die Bürgerkriegssituation an. Der Krieg zwischen Irak und Iran geht brutaler denn je weiter und ist gerade in diesen Tagen wieder eskaliert, ohne daß wir im Bundestag darüber eine Debatte geführt haben.

Wir müssen befürchten, daß es so schnell nicht zur Stabilisierung der Region kommt. Das Mißtrauen sitzt tief und ist durch diejenigen mitzuverantworten, die mit Mord und Terror jahrelang Politik zu machen versuchten. Außer Leid, Fanatismus und Entsetzen hat diese **Strategie der Gewalt** nichts gebracht. Mit ihr muß eindeutig und endgültig gebrochen werden. Ich sage das bewußt auch vor dem Hintergrund des jüngsten Terroranschlags im Süden Israels, der in dieser Woche wieder sechs Menschenleben gekostet hat.

Der Bürgermeister von Jerusalem und Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels, Teddy Kollek, ein Mann, der sich um ein friedliches Miteinander von Juden und Arabern große Verdienste erworben hat, hat erst in diesen Tagen die Europäer um Geduld gebeten und an unsere eigene lange und leidvolle **Geschichte bis zur Verständigung und Aussöhnung** erinnert. Es steht zu befürchten, daß sich der Nahe Osten jetzt auf diesem langen und leidvollen Weg befindet, und wir sollten diesen Weg mit allem Nachdruck zu begründen versuchen und dabei sowohl unsere guten Beziehungen zu Israel als auch zu den arabischen Staaten einsetzen. Noch haben wir und die Europäer Einfluß auf beide Seiten, den es zu nutzen gilt. Dabei müssen wir unseren Dialog mit den Arabern intensivieren, um ihre Bereitschaft zur Beteiligung an den Friedensbemühungen zu fördern.

Frieden im Nahen Osten ist auch ohne die Großmächte weder denkbar noch haltbar. Sie können mit

allen Konfliktparteien den Frieden durchsetzen und glaubhaft garantieren. Die Vereinigten Staaten sind, dankenswerterweise bereits aktiv geworden. Für die **Bemühungen von US-Außenminister Shultz** hätte ich mir allerdings in den letzten Wochen eine stärkere europäische Rückendeckung gewünscht, auch wenn der Erfolg der Shultz-Mission noch ungewiß ist. Shultz hat zumindest mit einer wahren Kärnerarbeit versucht, positive Anstöße zu geben. Und den Arabern möchte ich sagen: Die Aufrichtigkeit des Shultz-Engagements können Sie schon daran sehen, daß die jetzige amerikanische Regierung die eventuellen Früchte dieser Politik ja gar nicht mehr selbst ernten kann. Die Araber sollten ebenso wie die Israelis die Vorschläge also ernsthaft prüfen.

Alle Länder im Nahen Osten haben das Recht, innerhalb sicherer, anerkannter und garantierter Grenzen in Frieden zu leben. Solange jedoch um das gleiche Stück Land verschiedene Besitzansprüche miteinander in Fehde liegen, sind die Chancen auf einen dauerhaften Frieden leider gering.

Schließen möchte ich heute mit den Worten von Asher Ben Nathan, dem ersten Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik, anläßlich des 40-Jahre-Jubiläums am vergangenen Sonntag. Er hat gesagt:

Wie oft, wenn alles schwarz und hoffnungslos aussieht, gibt es Lichtstrahlen, die Quellen neuer Hoffnung sind, die Erkenntnis vieler Araber, daß Israel eine Tatsache ist, mit der man sich abfinden muß und die mit Gewalt nicht zu beseitigen ist. Andererseits wird die auf beiden Seiten sich durchsetzende Erkenntnis, daß man miteinander verhandeln muß, letztlich zu Lösungen führen, die allen Beteiligten das Recht auf Sicherheit, Identität und Selbstverwaltung garantieren.

Ich wünsche sehr, daß er recht behalten wird.

Danke schön.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat der Abgeordnete Schily.

Schily (GRÜNE): Der historische Ort, in dem auch nach 40 Jahren diese Debatte stattfindet, bleibt auch in diesem Jahr, 1988, Auschwitz. Zwischen **Juden und Deutschen** gibt es für alle Zeiten keine einfachen Wahrheiten. Wir müssen der Versuchung der heimlichen oder offenen Entlastung widerstehen. Auch mit einer noch so polierten Patentmoral können wir uns nicht vor den Schatten der Vergangenheit in Sicherheit bringen. Weder vergessen noch verzweifeln: Das ist der schwierige Rat, den es anzunehmen gilt. Das begründet das Bündnis des Gewissens mit Israel, Israel als Hoffnung und Zuflucht für die Juden auf der ganzen Welt. Das begründet zugleich die Verpflichtung auf die Unteilbarkeit der Menschenrechte ohne Ausnahme und überall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schily

- (A) Deshalb muß das Existenzrecht Israels von uns ebenso selbstverständlich anerkannt werden wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Diese zwei Gerechtigkeiten, das **Existenzrecht Israels** und das **Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser**, stehen scheinbar in einem unauflösbaren Widerspruch. Nach Karl Marx entscheidet zwischen zwei gleichen Rechten die Gewalt. Dieser elende Satz, dem vermutlich viele Völkerrechtler zustimmen, führt aber unweigerlich in den Untergang und zur Aufhebung der jeweils eigenen Legitimation. Gewalt verwandelt Gerechtigkeit in Ungerechtigkeit. Das war es, was eine Palästinenserin meinte, als sie einem israelischen Soldaten zurief: „Seid ihr verrückt geworden? Ihr zerstört Euer eigenes Land.“

Die **Machtkonkurrenz** der beiden Lager im Nahen Osten, die Siegesbesessenheit, die Sicherheit durch die fortwährende Ausdehnung des jeweiligen Machtbereichs zu erlangen trachtet, wird in Zerstörung und Selbstzerstörung enden. Der israelische Ministerpräsident Schamir auf der einen Seite, im starren Festhalten an dem expansiven Ziel eines Groß-Israel unter Einbeziehung der besetzten Gebiete, und PLO-Außenminister Kadumi auf der anderen Seite, der unverhüllt den ebenso expansiven Machtanspruch auf Gesamtpalästina unter Einbeziehung Israels proklamiert, sie werden den Frieden nicht erreichen. Unmenschlichkeit, Terror und Gegenterror, getötete palästinensische und jüdische Kinder und Frauen, Haß und Rache werden so nie aufhören.

(B)

Zwei Gerechtigkeiten können nur zueinander kommen, wenn sie sich wechselseitig anerkennen. Der fatalistischen Formel von Marx ist der Gedanke eines arabischen Freundes von Henryk Broder vorzuziehen, der meinte, der Klügere gebe erfahrungsgemäß nicht immer nach, daher müsse der Stärkere den ersten Schritt tun. Die **israelische Friedensbewegung** ist entschlossen, den ersten Schritt zu gehen. Sie demonstriert für „Land gegen Frieden“. Ihr vertrauen wir, sie ist unsere Hoffnung, ihr gilt unsere Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere **Hoffnung** sind die israelischen Offiziere, von denen einige dem Generalstab angehören, die in einem Brief an Ministerpräsident Schamir zu Verhandlungen mit den Palästinensern aufgefordert haben. Unsere Hoffnung sind israelische Soldaten, die von ihrem Recht auf Befehlsverweigerung Gebrauch machen. Unsere Hoffnung sind israelische Intellektuelle, die zu Gesprächen mit der PLO auffordern. Unsere Hoffnung sind Palästinenser wie Hana Seniora, die ohne Vorbehalte Gespräche mit Israelis führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Hoffnung sind Uri Avneri und Mate Peled und viele andere, die sich für Verständigung und Zusammenarbeit zwischen Juden und Arabern einsetzen. Unsere Hoffnung ist die Tochter des ermordeten palästinensischen Politikers Sartawi, die erst vor kurzem zu Gesprächen mit Israelis zusammengetroffen ist. Unsere Hoffnung sind die Juden in der Diaspora, die

in ihrer überwältigenden Mehrheit für eine Verständigung mit den Palästinensern eintreten. Unsere Hoffnungen sind alle Juden und Araber, die sich nicht entmutigen und, von wem immer, einschüchtern lassen.

(C)

Alle Hoffnung hängt davon ab, daß **Gespräche und Verhandlungen** in Gang kommen und die Waffen schweigen. Eine internationale Friedenskonferenz unter der Schirmherrschaft der UNO und mit Beteiligung aller Konfliktparteien einschließlich der PLO darf nicht länger hinausgezögert werden. Eine umfassende Lösung kann nicht am Anfang der Verhandlungen stehen. Die direkte Straße geradeaus zum Frieden: Wo soll sie sein? Es kommt darauf an, Übergänge zu finden. Jeder Vorschlag im Sinne von Annäherungen an den Frieden sollte willkommen sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Shultz-Initiative ist möglicherweise ein solcher Vorschlag, der bei gutem Willen Bewegung in die verhärteten Fronten bringen könnte, auch wenn er noch nicht eine endgültige Friedensregelung enthält. Der **Shultz-Plan** kann hilfreich sein, wenn er als Interimslösung verstanden wird. Nicht zufällig lehnen sowohl der israelische Ministerpräsident Schamir als auch der syrische Staatspräsident Assad den Shultz-Plan kategorisch ab. Schamir befürchtet offenbar, daß jede Autonomieregelung nur eine Zwischenphase darstellt, an deren Ende ein palästinensischer Staat nicht mehr zu verhindern ist. Das bewog ihn seinerzeit dazu, gegen die Ratifizierung des Camp-David-Abkommens zu stimmen. Diesem Widerstreben liegt die richtige Erkenntnis zugrunde, daß eine Autonomieregelung eine bessere Ausgangsposition für die Gründung eines palästinensischen Staates ist als der gegenwärtige Zustand. Einige arabische Regierungen widersetzen sich dem Shultz-Plan, weil sie einer De-facto-Anerkennung Israels ausweichen wollen.

(D)

Zu einer internationalen Friedenskonferenz gibt es nur eine tödliche Alternative. Wer die Gewalt nicht zum Schiedsrichter machen will, wird auf Maximalforderungen verzichten und Kompromisse suchen müssen. Nur das eröffnet die reale Aussicht auf eine friedliche Nachbarschaft Israels mit einem palästinensischen Staat, auf wirtschaftliche Kooperation zwischen Israelis und Palästinensern und auf Freiheit der Kulturen und Religionen in der gesamten Region.

Shalom! Salam!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Jenninger: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Bulmahn.

Frau Bulmahn (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist vielleicht die überzeugendste Rede, die aus innerer Bewegung abgebrochen wird. Ich danke Otto Schily dafür. Ich danke ihm aber auch dafür, daß er weitergemacht hat.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Frau Bulmahn

- (A) Diese Aussprache hat uns allen, besonders uns Jüngeren, gezeigt, daß eine Nahost-Debatte für uns auch eine Debatte über unsere Vergangenheit, über unsere schwere Erbschaft, über unser Selbstverständnis und über unsere Zukunft ist. Die neuerliche Zunahme von **Gewalt**, die zahlreichen Todesfälle im Gaza-Streifen und in dem Westjordanland bereiten uns allen große Sorge. Die bekanntgewordenen Übergriffe israelischer Soldaten, die Anwendung von Gewalt gegen Kinder, Jugendliche und Frauen verstoßen gegen fundamentale Menschenrechte. Sie sind nicht zu rechtfertigen und können von uns nicht schweigend übergegangen werden. Aber das ist nur eine Seite. Wir dürfen die andere Seite nicht übersehen: fanatisierte Kinder und Jugendliche, die mit Steinen und Molotowcocktails auf israelische Soldaten werfen, Israelis, die überfallen und ermordet werden, nicht nur Soldaten, sondern auch Zivilisten.

Moralische Selbstgerechtigkeit und Überheblichkeit, einseitige Schuldzuweisungen, wie sie in den letzten Wochen häufiger vorkamen, sind in dieser Situation völlig fehl am Platze. Unser **historisches Erbe** und damit einhergehend die besondere Verantwortung, in der wir stehen, sind keine Frage des Alters, keine Frage einer bestimmten Generation. Sie ist geschichtlicher Fakt, ein Fakt, der uns allen, ob jung oder alt, eine besondere Zurückhaltung im Israel/Palästina-Konflikt auferlegt, ein Fakt, der uns auch besonders sensibel für die Bewegungen in unserem Lande machen sollte, die wieder das Motto „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ predigen und die selbstgerecht auf andere zeigen.

- (B) Unsere Geschichte gibt keinen Anlaß, uns wie Herr Bundesbildungsminister Möllemann moralisch über das Verhalten der israelischen Besatzungstruppen zu entrüsten, einseitige Verurteilungen vorzunehmen und mit Sanktionen zu drohen.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und der CDU/CSU sowie der Abg. Frau Dr. Hamm-Brücher [FDP])

Es ist gespenstisch, wenn Herr Möllemann erklärt, Israels Ministerpräsident Schamir setze offenbar kühl darauf, daß vor dem Hintergrund des ungeheuerlichen Völkermordes an den Juden während der Nazi-herrschaft kaum jemand bereit sei, die derzeitige Politik Israels zu kritisieren. Diese einseitige **Verurteilung Israels**, zudem noch verbunden mit Drohungen durch deutsche Politiker, gibt nur jenen Alt- und Neunazis Auftrieb, die dankbar jede Gelegenheit ergreifen, die Verbrechen der NS-Zeit zu relativieren und zu verharmlosen und sie gegen andere Verbrechen aufzurechnen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das, was in dem Zusammenhang der Nahostdebatte gesprochen worden ist, gesagt worden ist, geschrieben worden ist, in der Presse und in der Öffentlichkeit, hat mich persönlich verletzt. Das macht mir Angst; es macht mir Angst um die Zukunft unserer Demokratie. Meine Damen und Herren, die Förderung **antisemitischer Tendenzen**, die Verharmlosung der nationalsozialistischen Verbrechen dürfen wir nicht zulassen. Wenn wir sie zulassen, machen wir uns erneut schuldig. Was im deutschen Namen in Europa während des Nationalsozialismus geschehen ist, dul-

det keinen Vergleich. Der planmäßige Mord an Millionen von Juden ist ein in der Menschheitsgeschichte unvergleichbares Verbrechen. (C)

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Angesichts von Auschwitz und Treblinka kann daher eine deutsche Verurteilung Israels nur zur Verhärtung der Fronten innerhalb Israels führen.

Meine Damen und Herren, ich selbst habe ein Jahr in einem Kibbuz in Israel am Rande der Negev gelebt und gearbeitet. Ich weiß aus meiner persönlichen Erfahrung, wie mißtrauisch und sensibel Israelis – unabhängig von ihrer politischen Einstellung – auf eine derartige **Einnischung aus Deutschland** reagieren. Sie sind dann, wenn sie Vertrauen zu der Person gefaßt haben, zu diesem Gespräch bereit, aber sie wehren sich gegen plakative, pauschale, der Kompliziertheit der Situation nicht angemessene Kritik – meines Erachtens zu Recht.

Vor dem Hintergrund des Holocaust, der zahlreichen Verfolgungen und Prognome in den anderen Ländern heißt Israeli zu sein, immer mit der **Bedrohung und Angst** zu leben: vor dem Krieg, vor dem Tod, dem eigenen, dem Tod der Kinder, der Verwandten, zu leben mit der Angst vor Überfällen, vor dem Verlust der Heimat. Kein Israeli wächst ohne diese Angst auf. Sichtbarer Ausdruck hierfür sind die Soldatinnen und Soldaten, das Gewehr auf der Schulter der Zivilisten, die Wachen, die nachts patrouillieren, der Luftschutzbunker unter dem Spielplatz, der Bunker vor dem Gemeinschaftsraum nahe der Synagoge, die militärischen Verteidigungsanlagen und die Camps.

Jeder weiß, daß diese Bedrohung nicht der Vergangenheit angehört. Überfälle, mehr oder minder gewaltsame Auseinandersetzungen, Grenzverletzungen erlebt man täglich. Man hört und man liest darüber. Sie sind Bestandteil des normalen Lebens. Die Bedrohung ist Gegenwart, sie ist nicht eingrenzbare, und sie wirkt sich bis in das kleinste Dorf aus. Viele Israelis leben daher in dem Bewußtsein: Wir sind auf uns allein gestellt und müssen uns selbst verteidigen und schützen, und im Gegensatz zu unseren Großeltern können wir dies und tun es auch. (D)

Eine oberflächliche Betrachtungsweise, zu der die Wahrnehmung des Israel/Palästina-Konflikts per Bild und Film geradezu verführt, macht blind für Ursache und Entwicklung des Konflikts,

(Frau Dr. Hamm-Brücher [FDP]: Sehr wahr!)

und sie macht – das ist genauso entscheidend – blind für die vielfältigen politischen **Strömungen und Gruppierungen** in Israel und bei den Palästinensern und deren unterschiedliche Einschätzungen. Es gibt in Israel keine einheitliche Sicht des Palästina-Problems. Es gibt die Gruppe derjenigen, die die Palästinenser als Erbfeinde betrachten, die sie am liebsten auch aus den besetzten Gebieten restlos vertreiben würden, die ein Israel ohne Palästinenser wollen. Es gibt aber auch die wesentlich stärkere Friedensbewegung, die sich für eine Räumung der besetzten Gebiete, für ein nachbarschaftliches Verhältnis, für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser seit langem einsetzt, die ihnen gleiche Rechte und Chancen

Frau Bulmahn

- (A) einräumen will. Es gibt die Arbeiterpartei, die sich, wie Annemarie Renger bereits ausgesagt hat, mit ganz konkreten Schritten um einen dauerhaften Frieden bemüht. Es gibt den Likud-Block, und es gibt viele andere kleine Parteien, jeweils mit einer unterschiedlichen Sichtweise. Und – das sollte man nicht vergessen – es gibt die vielen jungen Israelis, die endlich einmal unbelastet, ohne das Schwert im Nacken zu spüren, leben möchten,

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP)

viele, die endlich Frieden wollen, weil es so viele andere notwendige Aufgaben in Israel zu erledigen gibt.

Zur inneren Tragik des Nahost-Konfliktes gehört es, daß die Gründung des Staates Israel nur um den Preis neuer Opfer und neuer Leiden möglich war. Dem Existenzrecht Israels steht das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gegenüber. Beide Ansprüche sind legitim und schließen sich so lange gegenseitig aus, wie es den Israelis und Palästinensern nicht gelingt, sich auf einen für beide Seiten tragfähigen Kompromiß zu verständigen. Eine Lösung des Nahost-Konflikts ist für beide Seiten eine Frage des Überlebens, eine Frage der Erhaltung ihrer persönlichen, aber auch ihrer politischen und moralischen Integrität.

Eine deutliche Sprache spricht in diesem Zusammenhang ein Aufruf, den fast 500 israelische Psychologen, Psychiater, Sozialarbeiter und Geisteswissenschaftler unterschrieben haben:

- (B) Seit 20 Jahren leben die Araber in besetzten Gebieten – ohne Bürgerrechte, in Furcht und Demütigung. Diese Situation hat einen schrecklichen Einfluß auf die jüdische Bevölkerung selbst. Wir sind jeden Tag mit Akten der Unterdrückung beschäftigt. Wir sind dabei, unser Gefühl für menschliches Leid zu verlieren, und unsere Kinder wachsen auf mit den Werten von Diskriminierung und Rassismus. Von einem todbringenden Standpunkt haben wir unsere Soldaten in eine unmögliche Situation gebracht.

Die Situation der Palästinenser ist trostlos. Sie fühlen sich im Stich gelassen von den übrigen arabischen Ländern. Besonders die Menschen, die in Lagern leben, haben nichts als Hoffnungslosigkeit, Armut und den Wunsch nach Rache kennengelernt. Sie sind aufgegeben worden, auch von ihren angeblichen Freunden, für die sie – das ist immer mehr Palästinensern deutlich geworden – nur ein Spielball für deren Interessen waren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Krieg ist kein Zustand, der unbegrenzt andauern kann, ohne daß die Beteiligten Schaden nehmen. Es muß möglich sein, eine Friedensordnung zu finden, die sowohl dem Existenzrecht Israels wie dem Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser Rechnung trägt. Es gibt keine andere Wahl.

Es gibt aber auch Zeichen der Bewegung, Zeichen der Hoffnung. So zeigte die arabische Seite in den vergangenen Jahren, wie etwa auf der 9. Arabischen Gipfelkonferenz von 1982 in Fes, zunehmend Bereitschaft, die staatliche Existenz Israels anzuerkennen.

(C) Ähnliches ist auch in neueren Erklärungen Arafats erkennbar. Hoffnung machen auch die Vorschläge von Außenminister Shultz oder die Vorschläge des israelischen Außenministers Peres, der baldige Wahlen und Autonomieverhandlungen für die besetzten Gebiete sowie eine internationale Nahost-Friedenskonferenz befürwortet.

Gesprächs- und Kompromißbereitschaft sowie Verhandlungen sind der einzige Weg, der aus dieser scheinbar ausweglosen Lage herausführen kann. Gerade deshalb hilft es weder Israel noch den Palästinensern, wenn wir Deutschen Schuldzuweisungen aussprechen und den moralischen Zeigefinger heben. Was notwendig ist, ist, die Bereitschaft zu fördern, miteinander zu reden, nicht nur auf Staatsebene, sondern auch von Frau zu Frau, von Mann zu Mann. Schuldzuweisungen und deklamatorische Appelle helfen in einer derartigen Situation nicht, sondern verhärten die jeweilige Seite, die sich nun noch einmal mehr im Recht fühlt. Sie verhindern somit die Bereitschaft zur Annäherung, zur Akzeptanz des anderen und stärken damit die Gegner eines Friedensplans im jeweiligen Lager.

Wir alle wollen auf dem Weg zum Frieden helfen. Wir dürfen dabei aber zumindest nicht weiter stören.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsident Dr. Jenninger: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 27 auf:

Zweite und dritte Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen

– Drucksache 11/281 –

- a) Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

– Drucksache 11/1892 –

Berichterstatter:

Abgeordnete Dr. Stark (Nürtingen)

Dr. de With

- b) Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

– Drucksache 11/1943 –

Berichterstatter:

Abgeordnete Diller

von Schmude

Frau Vennegerts

(Erste Beratung 16. Sitzung)

Meine Damen und Herren, nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratung 30 Minuten vorgesehen. – Ich sehe keinen Widerspruch; dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Stark.

Dr. Stark (Nürtingen) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

- (A) **Präsident Dr. Jenninger:** Herr Abgeordneter, wenn ich Sie kurz unterbrechen darf. Ich bitte die Damen und Herren, entweder Platz zu nehmen oder den Saal zu verlassen.

Dr. Stark (Nürtingen) (CDU/CSU): Wie ein Staat seine Bürger behandelt, die er zunächst rechtmäßig durch seine Strafbehörden verfolgt und bei denen sich dann letztlich herausstellt, daß die Verfolgung ungerechtfertigt war, ist signifikant dafür, ob ein Staat Rechtsstaat im besten Sinne des Wortes ist.

Die **Entschädigung für zu Unrecht erfolgte Strafverfolgungsmaßnahmen** war bis zum Jahre 1970 nicht so geregelt, wie sie im Rechtsstaat unseres Grundgesetzes sein sollte. Bis dahin mußte der zu Unrecht Verfolgte praktisch seine Unschuld beweisen, um in den Genuß von Entschädigungsleistungen zu kommen für zu Unrecht erfolgte Untersuchungshaft, für zu Unrecht erfolgte Entziehung des Führerscheins oder sonstige Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden.

Dieser Bundestag hat im Jahre 1970 einstimmig ein meines Erachtens hervorragendes Entschädigungsrecht für zu Unrecht erfolgte Strafverfolgungsmaßnahmen geschaffen.

(Vorsitz: Vizepräsident Westphal)

Er hat die Unschuldsklausel abgeschafft. Er hat die Beschränkung der Entschädigungsgelder aufgehoben, die damals auf 75 000 DM Kapitalabfindung oder 4 500 DM Jahresrente begrenzt waren. Und er hat etwas eingeführt, um das es heute geht; er hat neben der Erstattung des erlittenen Vermögensschadens, z. B. Verdienstausschlag, einen Entschädigungsbetrag für den zu Unrecht erlittenen immateriellen Schaden eingesetzt, und zwar pro Tag erlittener Freiheitsentziehung 10 DM. Der Betrag ist nicht sehr groß.

Es wurde in diesem Zusammenhang von manchen Kollegen von **Schmerzensgeld** gesprochen. Das ist meines Erachtens aber falsch, weil der Staat diese ungerechtfertigten Strafverfolgungsmaßnahmen ja nicht schuldhaft ergriffen hat, sondern fehlerhaft, wie sich nachträglich herausstellt, wenn die Maßnahme aufgehoben wird. Schmerzensgeld gibt es bekanntlich nur bei **Verschulden**, z. B. unerlaubter Handlung oder Vorsatz. Deshalb ist der Begriff Schmerzensgeld hier meines Erachtens falsch. Man könnte vielmehr sagen: Der Staat will seinen Fehler mit dieser Zahlung für immaterielle Schäden anerkennen, er will dem Bürger gegenüber, der zwar rechtmäßig, aber letztlich zu Unrecht mit diesen Strafverfolgungsmaßnahmen überzogen wurde, zum Ausdruck bringen: Wir leisten eine gewisse Genugtuung.

Dieser Betrag war 1970 mit 10 DM pro Tag angesetzt worden. Wir erhöhen ihn heute auf 20 DM. Es wird eingewandt, auch das sei nicht schrecklich hoch. Aber ich habe schon gesagt: Der Betrag soll nicht eine Art Schmerzensgeldfunktion haben, sondern im Grunde genommen ein Anerkennungsbetrag in dem Sinne sein, daß der Staat zum Ausdruck bringt: Wir haben hier Fehler gemacht, es tut uns leid, und dafür kriegt der Bürger, der letztlich zu Unrecht in diese Verfolgungsmaßnahmen gekommen ist, in Zukunft diese 20 DM pro Tag.

Das ist der wesentliche Inhalt dieses vom Bundesrat vorgelegten Gesetzentwurfs. Wir stimmen diesem Ge-

setzentwurf für die CDU/CSU voll und mit Freude zu.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Singer.

Singer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Stark hat mit Recht darauf hingewiesen, daß uns auch bei dem jetzt vorgeschlagenen Betrag unwohl ist, weil er uns als zu gering erscheint. Tatsächlich kann man sehr nachdenklich werden, wenn der **Immaterielle Schaden**, den jemand durch eine 24stündige Inhaftierung erleidet, dem Staat nur 20 DM Entschädigung wert ist.

Daß wir uns aber im Rechtsausschuß zunächst mit diesem Betrag abgefunden haben, liegt daran, daß der Löwenanteil dieser Entschädigungen nicht vom Bund, sondern von den Ländern aufgebracht werden muß. Angesichts der zahlreichen Gesetze, die hier in den letzten Jahren verabschiedet worden sind, die sich kostenmäßig in erster Linie bei **Ländern und Gemeinden** ausgewirkt haben, sollte man zunächst die Entwicklung in den Ländern abwarten, um dann — so haben wir als SPD das im Rechtsausschuß beantragt — zu überprüfen, ob wir eine weitere Anhebung des Betrages empfehlen müssen. Ich bin dankbar dafür, daß der Rechtsausschuß dem Antrag der SPD auf Beobachtung der Entwicklung und Überprüfung in drei Jahren gefolgt ist.

Ich bin nicht so pessimistisch, daß wir nicht zu einer anderen Lösung kommen könnten; denn gerade im Bereich der strafrechtlichen Entschädigung haben sich in den letzten Jahren Entwicklungen ergeben, die zu einer finanziellen Entlastung führen könnten. Den Löwenanteil bei den Entschädigungsmaßnahmen machen — und ich möchte hier einfügen: Gott sei Dank — nicht Entschädigungen für Inhaftierungen aus, sondern für **Sicherstellungen** von Fahrerlaubnissen, Führerscheinen. Die Zahl der ungerechtfertigten Sicherstellungen ist in den letzten Jahren zurückgegangen, indem man bei der Polizei in verstärktem Maße von diesen Tütchen zu Digitalgeräten übergeht, die sorgfältiger arbeiten und so die Zahl der ungerechtfertigten Beschlagnahmen zurückgehen lassen. Das setzt auch Mittel frei, die wir hier sinnvoller verwenden könnten.

Ich bin ganz dankbar, daß wir als nächsten Tagesordnungspunkt — das steht in einem gewissen Zusammenhang — über die Reform der Untersuchungshaft zu reden haben, die nach unserer Auffassung auch die Zahl der unberechtigten, ungerechtfertigten Inhaftierungen und Freiheitsentzügen zurückgehen lassen und uns, so hoffe ich, in die Lage versetzen wird, den eigentlich von allen als zu gering empfundenen Betrag, der hier in Rede steht, weiter anzuheben.

Auch die SPD wird dem Gesetzentwurf zustimmen, und ist dankbar dafür, daß die Beratungen so zügig und schnell erfolgen konnten.

(Beifall bei der SPD)

Kleinert (Hannover) (FDP): Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! —

- (A) **Vizepräsident Westphal:** Sie kriegen erst durch mich das Wort, Herr Kleinert; aber ich tue es gerne. Bitte schön, Sie sind dran.

Kleinert (Hannover) (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Worterteilung, und ich benutze die letzte Ausführung des Herrn Vorredners, um nicht nur die zügige Beratung im Ausschuß und im Parlament, sondern auch die zügige Beratung heute morgen lobend hervorzuheben. Ich hoffe, daß ich mich dem Stil der Herren Vorredner insoweit anpassen kann.

Unsere bürgerliche Rechtsordnung ist sehr zurückhaltend mit dem Ersatz des **immateriellen Schadens**. Zu meinem größten Bedauern ist die Rechtsprechung über meiner Ansicht nach zwingende Vorschriften in diesem Bereich — § 847 BGB — mit einer hier bekannten Entscheidung hinausgegangen.

Diese Zurückhaltung beim Ersatz des immateriellen Schadens hat doch wohl ihren Grund darin, daß man das, was der einzelne erleidet, vernünftigerweise nicht messen kann und daß man es auch nie äquivalent wird ausgleichen können, so daß man einerseits Leuten aufsitzen kann, die sich ausnahmsweise — das will ich gerne unterstellen — pudelwohl gefühlt haben und dafür erhebliche Beträge verlangen, während andererseits in der großen Mehrzahl aller Fälle niemand auf die Idee kommen wird, sich die Tatsache, daß er sich plötzlich seiner Freiheit beraubt fühlt — und dies zumeist unter recht mißlichen Umständen —, durch irgendeinen Betrag entgelten zu lassen.

- (B) **Kollege Hirsch** hat mich vorhin in einer Unterhaltung darauf aufmerksam gemacht, daß die einzige vernünftige Bemessungsmethode für dieses immaterielle Schmerzensgeld sein würde, zu prüfen, für welchen Betrag sich der einzelne freiwillig in Haft begeben würde. Das wäre dann der angemessene Betrag, um die erlittene Inhaftierung zu entschädigen.

Wir werden uns diesem Betrag mit der Verdopplung von 10 auf 20 DM nicht nähern. Es ist uns nach wie vor unbehaglich bei dem Versuch, hier einen ganz kleinen Ausgleich für eine zu Unrecht erlittene Freiheitsentziehung oder für die Unbill bei anderen Strafverfolgungsmaßnahmen — der Herr Vorredner hat auf die Führerscheinproblematik hingewiesen — zu gewähren.

Die Verdopplung ist ja an sich eine statistisch gesehen großartige Tat. Dahinter verbirgt sich allerdings das in FDP-Kreisen bestens bekannte Geheimnis der kleinen Basiszahl; man kann leichter von 10 auf 20 verdoppeln, als von höheren Beträgen her eine Verdopplung vornehmen.

(Bohl [CDU/CSU]: Das gilt auch für Wahlen!)

Deshalb wollen wir diese Ruhmestat hier nicht weiter feiern, sondern hoffen, daß auch der jetzt verdoppelte Betrag möglichst selten ausgezahlt werden muß, weil möglichst wenige Fälle vorkommen mögen, in denen Strafverfolgungsmaßnahmen zu Unrecht erlitten werden. Das ist eine Aufgabe, an der sicherlich unsere Rechtsprechung täglich arbeitet, der sich alle bewußt sind, die aber nicht ernst genug genommen werden kann und für die hier auch nicht annähernd ir-

gendeine Form von erleichterndem Ersatz gegeben werden kann. (C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Nickels.

Frau Nickels (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kleinert hat es gerade schon gesagt: Eine Ruhmestat ist das nicht, was wir da heute beschließen, aber es ist besser als nichts. Es ist eine Verdopplung von 10 auf 20 DM.

Der Entwurf, den wir heute zur Abstimmung haben, ist ein Überbleibsel schon aus der zehnten Periode. Wichtig ist hier: der § 7, der den zu Unrecht Inhaftierten einen Anspruch auf Schadenersatz gibt.

Wichtig ist dabei, daß der Schaden, der durch die Verhinderung des Einsatzes der Arbeitskraft entstand, ohnehin ersetzt wird. Das gilt auch für entgangene Gewinnchancen. Diese 10 DM, die bisher pro Tag bei solchen Menschen gezahlt wurden, die zu Unrecht verurteilt wurden oder einsitzen mußten, gelten für den **Nicht-Vermögensschaden**. Darunter versteht man z. B. psychische, gesundheitliche und anderweitige Schäden, die nicht so ohne weiteres in Mark und Pfennig abgerechnet werden können.

Allerdings sind — das muß man sagen, und das haben wir auch im Rechtsausschuß gemeinschaftlich festgestellt — 10 DM erheblich zu wenig. 20 DM sind auch zu wenig. Wir als GRÜNE hatten den Vorschlag gemacht: Wenn man den Schaden, den die zu Unrecht Inhaftierten erlitten haben, wirklich wiedergutmachen wollte, müßte man sich Gedanken darüber machen, den Schaden analog zum **Zivilrecht** zu ersetzen, wo im Rahmen eines Prozesses der Schaden exakt festgestellt wird und dann von der Justiz zu tragen ist. Eine derartige gesetzliche Regelung wäre angebracht und würde auch der Rechtssystematik entsprechen; im **Verwaltungsrecht** müssen staatliche Stellen die Schäden ja auch komplett ersetzen. (D)

Im Rechtsausschuß wurde von Seiten der andern Fraktionen — auch von Seiten der SPD, Herr Singer — geltend gemacht, die finanziellen Lasten seien von den Ländern zu tragen, und da die Finanzlage ohnehin angespannt sei, könne man es nicht verantworten, das den Ländern von oben her aufzugeben. Ich bin der Meinung, daß das wieder einmal ein Beispiel dafür ist, daß auch im Rahmen der anstehenden Steuerreform Gelder verfrüht werden, die man für solche notwendigen und gerechten Dinge eigentlich bräuhete. Dafür ist dann kein Geld mehr da, und aus diesem Grunde haben wir gesagt: Wir enthalten uns der Stimme. 20 DM sind mehr als 10 DM, aber das ist bei Gott keine Wiedergutmachung, und es ist nicht dem angemessen, was eigentlich angebracht wäre.

Ich hoffe, daß in drei Jahren nicht nur Bestandsaufnahme gemacht wird, sondern daß man sich endlich zu einer angemessenen und gerechten Lösung durchringt.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

(A) **Vizepräsident Westphal:** Das Wort hat der Bundesminister der Justiz.

Engelhard, Bundesminister der Justiz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Stark, aber auch die anderen Vorredner haben es dankenswerterweise bereits übernommen, hier einige Klarstellungen vorzunehmen und über das aufzuklären, was hier gezahlt werden kann und wie die Entstehungsgeschichte dieser gesetzlichen Bestimmung ist. Ich halte das für wichtig, weil wir uns in diesem Zusammenhang vergegenwärtigen müssen, daß es bis zum Jahre 1971 einen solchen Betrag, dessen Verdoppelung wir nun beschließen wollen, überhaupt nicht gegeben hat. Zustande gekommen ist er damals auf Grund einer Initiative der Justizministerkonferenz aus dem Jahre 1965, und bei den Beratungen im Deutschen Bundestag hat man sich schließlich auf den **Pauschalbetrag** von 10 DM geeinigt, um sicherzustellen, daß an dieser Stelle nicht eine Differenzierung — etwa unter sozialen Kategorien — stattfindet, sondern dieser Betrag jedem, aber auch jedem Betroffenen zugute kommt.

Nun kann man sich, wenn man weiß, daß es sich — darauf ist dankenswerterweise gleichfalls bereits hingewiesen worden — um ein **Schmerzensgeld** nicht handelt und auch nicht um eine Entschädigung, die den Verlust an Freiheit ausgleichen soll, trefflich darüber streiten, welcher Betrag eigentlich angemessen wäre. Ich will in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, daß das, was an **Vermögensentschädigung** von den Ländern aufgebracht werden muß und ausbezahlt wird, nach einer uns vorliegenden Statistik mehr als das Fünffache dessen ist, was hier heute Gegenstand der Beratung ist.

(B) Ich begrüße es, daß wir zu der Verdoppelung kommen. Sie entspricht den wirtschaftlichen Entwicklungen. Man wird eines ferneren Tages auch wieder über eine Erhöhung nachzudenken haben. Wir tun hier einen wichtigen und richtigen Schritt, einen Schritt auf einem sicher auf Kompromiß angelegten Weg, der aber dadurch nicht unrichtiger wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Einzelberatung und Abstimmung über den Gesetzentwurf des Bundesrates. Ich rufe die Art. 1 bis 3, Einleitung und Überschrift in der Ausschlußfassung auf. Wer den aufgerufenen Vorschriften zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. — Danke schön. Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE GRÜNEN sind die aufgerufenen Vorschriften angenommen.

Wir treten in die

dritte Beratung

ein und kommen zur Schlußabstimmung. Wer dem Gesetzentwurf als Ganzem zustimmen wünscht, den bitte ich, sich zu erheben. — Gegenprobe! — Enthaltungen? — Bei denselben Enthaltungen wie bei der Abstimmung in der zweiten Lesung ist der Gesetzentwurf angenommen.

(C) Meine Damen und Herren, nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die heutige **Tagesordnung** erweitert werden um die Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Bundesministers der Finanzen auf Einwilligung in die Veräußerung bundeseigener Grundstücke in Mannheim-Schönau. Das ist die Drucksache 11/1992. Eine Aussprache darüber soll nicht stattfinden. — Ich sehe keinen Widerspruch gegen die Aufsetzung auf die Tagesordnung. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe diesen Punkt jetzt auf:

Beratung der Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses zu dem Antrag des Bundesministers der Finanzen auf Einwilligung in die **Veräußerung bundeseigener Grundstücke in Mannheim-Schönau**

— Drucksache 11/1992 —

Wer für die Beschlußempfehlung des Haushaltsausschusses stimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. — Wer stimmt dagegen? — Enthaltungen? — Bei Enthaltungen der Fraktion DIE GRÜNEN ist die Beschlußempfehlung angenommen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 28 auf:

Erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. de With, Singer, Frau Dr. Däubler-Gmelin, Bachmaier, Klein (Dieburg), Dr. Pick, Schmidt (München), Schütz, Stiegler, Wiefelspütz, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur **Änderung des Rechts der Untersuchungshaft**

— Drucksache 11/688 —

Überweisungsvorschlag des Ältestenrates:
Rechtsausschuß

(D) Nach einer Vereinbarung im Ältestenrat sind für die Beratung 45 Minuten vorgesehen. — Dazu sehe ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Abgeordnete Singer.

Singer (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Vollzug von Untersuchungshaft bezweckt die Sicherung des Strafverfahrens, soll die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe sicherstellen und eine funktionstüchtige Strafrechtspflege gewährleisten. Dabei darf die Untersuchungshaft nicht vorweggenommene Strafe sein. Sie dient lediglich der Sicherung der Person des Beschuldigten und der Integrität der Beweismittel, von denen die Feststellung der Wahrheit und damit die gerechte Entscheidung abhängt. Sie darf nur angeordnet werden, wenn sie unbedingt notwendig erscheint. Da kaum eine andere staatliche Maßnahme derart nachhaltig in die menschliche Existenz eingreift, ist die Beachtung des **Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes** hier von ganz besonderer Bedeutung. Der Eingriff ist nur zulässig, wenn und soweit die vollständige Aufklärung der Tat und die rasche Durchführung des Verfahrens, einschließlich der Urteilsvollstreckung, nicht anders gesichert werden können.

Meine Damen und Herren, seit Februar 1987, d. h. seit über einem Jahr, liegt eine von der Bundesregierung in Auftrag gegebene **empirische Untersuchung**

Singer

- (A) zur Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft in der Bundesrepublik Deutschland vor, die allen Anlaß gibt, das geltende Recht der Untersuchungshaft gründlich zu überarbeiten. Nach den Feststellungen dieser Untersuchung und nach den Feststellungen der deutschen Strafverteidiger im Deutschen Anwaltverein wird in der Bundesrepublik Deutschland, verglichen mit westeuropäischen Staaten, nach wie vor zu oft, zu schnell und für zu lange Zeit verhaftet.

(Beifall des Abg. Gilges [SPD])

Nur gegen etwa die Hälfte der Untersuchungsgefangenen wird anschließend eine Freiheitsstrafe ohne Bewährung verhängt. Das sind etwa 55 %.

Die Hafttrichter erhalten vor Erlass der Haftbefehle nur selten ausreichende Informationen über die persönlichen und sozialen Verhältnisse der Beschuldigten. Häufig sind ihnen nicht einmal die strafrechtlichen Vorbelastungen bekannt. Haftbefehle wegen Flucht oder Fluchtgefahr, die nach wie vor den Löwenanteil von über 90 % ausmachen, werden immer noch zu häufig lediglich mit formelhaften und nichtsagenden Wendungen begründet. Ebenfalls häufig wird bei der Anordnung der Untersuchungshaft der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nicht genügend beachtet. So wird Untersuchungshaft vielfach auch im Bagatelldelikt, z. B. wegen Beförderungsschleichung, wegen Hausfriedensbruchs durch Übertretung von Hausverboten in Bahnhöfen und selbst bei Vermögensdelikten mit Schäden von unter 100 DM verhängt.

- (B) Der hohe Rang des Rechtsguts der persönlichen Freiheit erfordert daher ein Einschreiten des Gesetzgebers, damit der Auftrag der Verfassung, das Grundrecht der persönlichen Freiheit zu schützen, und die Erfordernisse einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege in ein zeitgerechtes, ausgewogenes Verhältnis gebracht werden und den Anforderungen unseres Grundgesetzes entsprochen wird.

Der von uns vorgelegte Gesetzentwurf berücksichtigt die rechtstatsächlichen Ergebnisse der von mir erwähnten empirischen Untersuchungen. Ziel des Entwurfs ist es insbesondere, den Haftgrund der Fluchtgefahr zurückzudrängen und den verfassungsmäßigen Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wieder stärker wirksam werden zu lassen. Wir knüpfen in unserem Entwurf den Erlass eines Haftbefehls an engere Voraussetzungen. Für den Vollzug der U-Haft wegen Verdunklungsgefahr wird eine absolute Höchstdauer, wie sie bisher nur für die Untersuchungshaft wegen Wiederholungsgefahr gilt, bestimmt.

Im einzelnen sieht der Entwurf vor: Der Haftgrund der **Fluchtgefahr** wird künftig nur noch dann bejaht werden können, wenn auf Grund bestimmter Tatsachen die dringende Gefahr besteht, daß der Beschuldigte oder Angeklagte sich nicht nur vorübergehend dem Verfahren entziehen will. Beim vorübergehenden Sich-Entziehen kann nach unserer Ansicht mit polizeilicher Vorführung und dergleichen wirksam gearbeitet werden. Dazu bedarf es nicht des gravierenden Eingriffs einer mehrere Tage, mitunter sogar Wochen dauernden U-Haft.

(Beifall des Abg. Gilges [SPD])

Darüber hinaus soll gesetzlich klargestellt werden, daß bei der Würdigung der Umstände des Einzelfalls auch die persönlichen und sozialen Verhältnisse und Umstände des Beschuldigten berücksichtigt werden müssen. In vielen Fällen hat sich herausgestellt, daß bei rechtzeitiger Einschaltung von Gerichtshelfern und Bewährungshelfern Untersuchungshaft vermieden werden kann. Schließlich wird ein Grundsatz, daß die Fluchtgefahr nicht allein mit der Höhe der zu erwartenden Strafe begründet werden darf, ausdrücklich in das Gesetz aufgenommen. Dieser Grundsatz ist in den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs und der Oberlandesgerichte zwar mehrfach bekräftigt worden. Wie die Dokumentation für das Forum des Deutschen Anwaltsvereins zum Recht der Untersuchungshaft nachweist, gibt es jedoch nach wie vor eine Fülle von Haftentscheidungen, in denen gegen diesen Grundsatz immer wieder verstoßen wird.

Auch für **Bagatelldelikte** wird die Möglichkeit, Untersuchungshaft anzuordnen, eingeschränkt. In der Zukunft darf die Untersuchungshaft bei Taten, die nur mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bedroht sind, nur angeordnet werden, wenn der Beschuldigte sich dem Verfahren bereits einmal entzogen hatte, Anstalten zur Flucht getroffen hat oder in der Bundesrepublik Deutschland ohne festen Aufenthalt ist.

Der sogenannte **Haftgrund der Tatschwere** nach § 112 Abs. 3 StPO wird, der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts folgend, in der Weise eingeschränkt, daß für den Erlass eines Haftbefehls in diesen Fällen der Schweregrad der Tat jedenfalls hinreichende Anhaltspunkte für das Vorliegen eines Haftgrunds gegeben sein müssen.

Auch beim Haftgrund der **Wiederholungsgefahr**, der in der Praxis — hier bin ich fast geneigt, zu sagen: Gott sei Dank — nicht die Rolle spielt, die sich seine Befürworter seinerzeit vorgestellt haben, kommen wir zu einer Einschränkung. Er wird an eine Straferwartung von mehr als zwei Jahren Freiheitsstrafe und damit im Gegensatz zum geltenden Recht an eine Strafhöhe gebunden, bei der eine Strafaussetzung zur Bewährung nicht mehr in Betracht kommt. Wir halten das für logisch und zwingend. Außerdem darf Untersuchungshaft aus diesem Grund künftig nur noch verhängt werden, wenn der Beschuldigte während der letzten drei Jahre — statt früher fünf Jahre — wegen einer Straftat gleicher Art verurteilt worden ist.

Auf der anderen Seite erweitern wir allerdings die Voraussetzungen, und zwar auf die **besonders gemeinschädlichen Fälle** der §§ 283, 283a StGB (Bankrott, besonders schwerer Fall des Bankrotts) und auf die §§ 330, 330a StGB (schwere Umweltgefährdung und schwere Gefährdung durch Freisetzung von Giften).

Schließlich wollen wir die bisher geltende **Höchstdauer der Untersuchungshaft** wegen Wiederholungsgefahr auch auf die Fälle der Haft wegen Verdunklungsgefahr erstrecken. Die Höchstdauer soll ein Jahr betragen. Wir gehen von der Annahme aus, daß selbst in schwierigen und umfangreichen Verfahren innerhalb eines Jahres ein Fall so weit durchermittelt werden kann, daß Verdunklungsversuche fehlschlagen. Nur für den Fall, daß sich während dieses einen Jahres

Singer

- (A) ein neuer Haftgrund nach § 112 ergibt, darf die Frist um ein Jahr verlängert werden.

Wir haben uns auch zu einer völligen Neufassung des § 116 StPO entschlossen, von dem leider zu wenig Gebrauch gemacht wird. Um unnötige Haftbefehle zu vermeiden, wird gesetzlich klargestellt, daß ein Haftbefehl nicht erlassen werden darf, wenn **mildere Maßnahmen** geeignet erscheinen, den Zweck der Untersuchungshaft zu erreichen. Zu diesen milderer Maßnahmen gehören Meldepflicht bei der Polizei und ständiger Kontakt zum Bewährungshelfer. Das wird schon nach geltendem Recht so gehandhabt. Nur, das hat bisher lediglich dazu führen können, daß ein Haftbefehl erlassen und außer Vollzug gesetzt wurde. Wir möchten, daß der Haftbefehl in diesen Fällen, in denen die milderen Maßnahmen ausreichen, gar nicht erst in Kraft gesetzt wird, um auf diese Weise die Stigmatisierung des Beschuldigten zu vermeiden.

Abs. 2 Satz 1 des neuen § 116 StPO verbietet darüber hinaus Anordnungen, mit denen der Beschuldigte nicht einverstanden ist. Diese Regelung verwundert auf den ersten Blick etwas. Aber es gibt durchaus Fälle, wo die sogenannten milderen Maßnahmen einem Beschuldigten weniger erträglich als die Untersuchungshaft erscheinen. Wir meinen, daß der Beschuldigte, der sich dagegen wehrt, die Untersuchungshaft in Kauf nehmen muß.

Die einzelnen Maßnahmen des neuen § 116 entsprechen im wesentlichen dem Katalog des bisher geltenden Rechts, nur heben wir die Zuordnung zu ganz bestimmten Haftgründen auf. Das hat sich in der Praxis nicht bewährt, und das halten wir auch für entbehrlich.

- (B) Wir wollen die **Sicherheitsleistung** auch für weniger wohlhabende, weniger vermögende Beschuldigte erweitern. Auch diesen muß die Möglichkeit eingeräumt werden, durch Gestellung einer Sicherheit, einer Kaution, die Haft abzuwenden. Uns hat es immer gestört, daß diese Art der Haftbefehlsvermeidung ein Privileg für Vermögende und Wohlhabende war.

Schließlich werden wir durch die Einführung des § 131 a der Strafprozeßordnung gesetzlich klarstellen, daß zur Aufklärung der persönlichen und sozialen Umstände des Beschuldigten die **Gerichtshilfe** herangezogen werden kann und der Haftrichter auch den **Bewährungshelfer**, sofern einer bestellt ist, fragen soll und fragen kann. Diese Möglichkeiten werden zu wenig genutzt. Sie können in vielen Fällen Irrtümer und mangelnde Informationen beseitigen.

Logischerweise erweitern wir natürlich die Möglichkeiten der **sofortigen polizeilichen Vorführung** im Verfahren. Wer die Untersuchungshaft einschränkt, muß, um eine zügige Durchführung des Strafverfahrens zu gewährleisten, hier dem Richter die Möglichkeit geben, schon mit der Ladung, wenn er erwartet, daß der Angeklagte nicht kommt, zu verfügen, daß die polizeiliche Vorführung angeordnet wird. Das belastet den Beschuldigten weit weniger als die U-Haft und sichert das Verfahren.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der von uns vorgelegte Gesetzentwurf die Zahl der Fälle von Untersuchungshaft mit hoher Wahrscheinlichkeit zurückgehen läßt, damit auch zu weniger Entschädi-

gungszahlungen, von denen wir eben gesprochen haben, führen wird, und insgesamt einen Schritt zu mehr rechtsstaatlichen Verhältnissen bedeutet.

Interessant war für mich in diesem Zusammenhang die Reaktion des Bundesjustizministeriums auf unseren Entwurf. Nach dem mir vorliegenden Zitat aus der „Frankfurter Rundschau“ vom 12. August 1987 sei unser Entwurf „unseriös, weil ohne jede fachliche Absicherung durch die Erfahrungen der anwaltlichen und gerichtlichen Praxis“. Auf der anderen Seite ist in derselben Stellungnahme des Ministeriums erklärt worden, daß unsere Vorschläge in weiten Teilen mit den Lösungsansätzen eines Positionspapiers des Ministeriums deckungsgleich seien. Wir sind gespannt darauf; dieses Positionspapier ist uns noch nicht bekannt.

Wir sehen den Beratungen im Rechtsausschuß mit Interesse entgegen und sind sicher, daß wir zu einer vernünftigen, angemessenen und zeitnahen Lösung kommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Abgeordnete Marschewski.

Marschewski (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Kollege Singer hat hier den Begriff der Notwendigkeit eingeführt. Ich will das zum Anlaß nehmen, kurz einmal in die Geschichte zurückzublicken. Wenn es nicht nötig ist, Herr Kollege Singer, ein Gesetz zu erlassen, so ist es notwendig, keines zu erlassen. Ich meine, dieser Montesquieu'sche Imperativ sollte den Regelungsdrang insbesondere der Rechtspolitiker ein wenig begrenzen helfen.

Wird in der Bundesrepublik wirklich zu viel und zu schnell verhaftet und zu lange eingesperrt, wie es der Deutsche Anwaltverein vor ein paar Jahren, Herr Kollege, behauptet hat?

(Zuruf von der SPD: Ja, es wird!)

Dieser ersten Frage folgt eine weitere: Woran liegt es eigentlich, daß nach der dann einsetzenden Diskussion die Haftzahlen, die Haftpopulation nicht unerheblich zurückgegangen sind? Es gibt wohl keine andere Erklärung als diese: Die öffentliche Diskussion hat insbesondere zu einer großen Sensibilisierung bei Gerichten und bei Ermittlungsbehörden geführt. Eine Reduzierung der Haftzahlen von 40 000 auf 30 000 zeigt, welch großen Spielraum das geltende Recht der Praxis gegeben hat.

Zugleich, meine ich, ist dies aber ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Praxis bereit ist, problematische Entwicklungen auch ohne Rechtsänderungen zu korrigieren. Denn, meine Damen und Herren, das Strafprozeßrecht und seine Anwendung ist, so meine ich, der Seismograph der Staatsverfassung. Dies hat insbesondere da deutlich zu werden, wo es um den schwerwiegendsten Eingriff in die Freiheitsrechte des Einzelnen, um die Verhaftung, geht.

Daher sage ich dem Herrn Bundesjustizminister herzlichen Dank dafür, daß er unmittelbar nach Ein-

Marschewski

- (A) setzen der Diskussionen eine **Untersuchung zur Rechtswirklichkeit der Untersuchungshaft** in Auftrag gegeben hat, deren Ergebnisse nunmehr festliegen. Die **Dauer der Untersuchungshaft**, ist danach mit durchschnittlich 114 Tagen im europäischen Vergleich immer noch zu hoch. Da stimme ich Ihnen, Herr Kollege Singer, selbstverständlich zu.

Nachdenklich stimmt auch, daß bei nicht einmal der Hälfte der Fälle, in denen die Fluchtgefahr wegen der Höhe der Straferwartung Anlaß für einen Haftbefehl war, das Verfahren mit einer Freiheitsstrafe von über einem Jahr abgeschlossen wurde. Dies stellt, so meine ich, genauso eine Nichtbeachtung des **Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit** dar wie die Tatsache, daß in etwa 18 % der Haftbefehle bei Bagatelldelikten ein Ausspruch erfolgte. Auch dies, so meine ich, sollte überlegt werden.

Was die **Haftverschonung**, die Sie auch angesprochen haben, betrifft: Nicht einmal in einem Viertel der Fälle wurde die Untersuchungshaft ausgesetzt. Dies zeigt natürlich, daß ein gewisser – ich sage ganz bewußt: gewisser – gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Wir werden uns daher der ständigen Aufgabe stellen, die Rechte des einzelnen und die Interessen der Gesellschaft gegeneinander abzuwägen. Wir werden den Freiheitsanspruch des Bürgers sichern; wir haben aber auch gleichzeitig die Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege zu beachten.

- (B) Nun ein paar Worte zum Antrag der SPD-Fraktion. Ich meine, soweit die Problemanalyse gewisse Postulate hervorruft, stimmen wir sicherlich bei dem einen oder anderen überein, Herr Kollege Singer. Soweit in Ihrem Antrag das Ziel verfolgt wird, den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit oder die Haftentscheidungshilfe zu verbessern, kann man selbstverständlich über verschiedene Dinge reden. Ich bin der Meinung, daß Ihr Entwurf nicht immer dem Umstand Rechnung trägt, die Durchführung eines geordneten Verfahrens zu gewährleisten und die spätere Vollstreckung sicherzustellen. Ich habe – lassen Sie mich dies einmal sagen – den Eindruck: Ihr Entwurf ist hier doch ein wenig übereilt gefertigt worden. Ich werde versuchen, dies ein bißchen zu erläutern.

Ich denke z. B. an Ihren Vorschlag, **Fluchtgefahr** nur dann anzunehmen, wenn die dringende Gefahr besteht, daß der Beschuldigte sich nicht nur vorübergehend dem Strafverfahren entziehen werde. Meinen Sie wirklich, daß die rein deklaratorische Festlegung und Hervorhebung der persönlichen Verhältnisse im Gesetzestext geeignet ist, die Zahl der Haftfälle zu mindern? Dies wird ja – das wissen Sie – bereits nach geltendem Recht berücksichtigt.

Was Ihren Vorschlag angeht, daß Fluchtgefahr nur dann angenommen werden dürfe, wenn die dringende Gefahr bestünde, daß sich der Beschuldigte dem Verfahren nicht nur vorübergehend entziehen werde: Die Realisierung dieses Vorschlags hätte zur Folge, daß ein Haftbefehl selbst dann nicht ergehen könnte, wenn eindeutig feststeht, daß sich der Beschuldigte ein paar Tage vor dem Hauptverhandlungstermin dem Verfahren durch kurzfristige Flucht

entziehen wird. Das will doch, so meine ich, keiner in diesem Hause.

Das gilt auch für den SPD-Vorschlag zu § 113 der **Strafprozeßordnung**, nämlich für den Ausschluß der Untersuchungshaft bei sogenannter kleiner Kriminalität. Das sind Verfahrensvorschriften, aber wir wollen sie kurz ansprechen. Sie schlagen vor, daß, wenn eine Tat mit einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren bedroht ist, Untersuchungshaft wegen Fluchtgefahr nur dann angeordnet werden soll, wenn sich der Beschuldigte dem Verfahren bereits einmal entzogen oder Anstalten zur Flucht getroffen hat. Dies hat aber – Herr Kollege Singer, Sie wissen das natürlich aus Ihrer beruflichen Tätigkeit als Staatsanwalt – zur Folge, daß bei Delikten wie schwerem Hausfriedensbruch oder bei Bestechungsdelikten in der Form der Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung oder bei Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte Untersuchungshaft grundsätzlich von vornherein ausgeschlossen ist. Ich meine, eine solche Regelung wäre schwerlich mit dem Zweck der Untersuchungshaft vereinbar, die Durchführung des Verfahrens zu sichern.

Dies ist auch, so glaube ich, bei Ihrem Vorschlag zu befürchten, den Sie gerade noch einmal angesprochen haben, nämlich die **Untersuchungshaft wegen Verdunkelungsgefahr** grundsätzlich auf ein Jahr zu beschränken. Auch dies widerspricht der Praxis. Ich denke insbesondere an etwas umfangreiche Wirtschaftsstrafverfahren.

Dieser Widerspruch wird, so meine ich, auch nicht dadurch aufgelöst, daß in Ihrem Entwurf ausnahmsweise eine Haftstrafe von zwei Jahren – abstrakt natürlich – vorgesehen wird; denn diese Ausnahme soll ja nur dann gelten, wenn ein neuer Haftgrund der Verdunkelungsgefahr hinzukommt. Gerade in diesem Punkt sollten wir doch etwas sensibel sein, meine Kollegen von der SPD. Ich glaube nicht, daß der Bürger das akzeptieren und wirklich als angemessen begreifen würde.

Recht ist doch eigentlich – so verstehen wird es – auf Übereinstimmung angelegt. Diese Übereinstimmung wollen wir erzielen. Wir werden Sie von der Spannung, die Sie vorher hatten – ich darf das unter Kollegen einmal so sagen –, ein bißchen zu lösen versuchen.

Erstens. Wir werden darüber nachdenken, die Untersuchungshaft wegen **Fluchtgefahr bei kleiner Kriminalität** von der Straferwartung des konkreten Falles abhängig zu machen; keine Untersuchungshaft also, wenn im Einzelfall eine Freiheitsstrafe von höchstens einem Jahr zu erwarten ist; aber im konkreten Falle, nicht im abstrakten Falle, wie Sie es in Ihrem Entwurf vorsehen. Wir tun das, weil wir damit ungefähr 40 % der bisherigen Fälle erfassen. Das wird sicherlich dazu führen, die U-Haft-Zahlen herabzusetzen.

Ein Zweites: Erforderlich ist auch, so meine ich, etwas öfter als bisher **Haftverschonung** anzuordnen. Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, den Katalog des § 116 der Strafprozeßordnung ein wenig zu erweitern, wobei ich z. B. an einen Paß- oder Personalausweisentzug denke.

Drittens – ein ganz wichtiger Punkt –: Diese Koalition wird sich darüber hinaus mit den Vorausset-

(C)

(D)

Marschewski

- (A) zungen und der Durchführung der **Untersuchungshaft bei jungen Menschen** beschäftigen müssen.

(Richtig! bei den GRÜNEN)

Herr Minister, apokryphe Haftgründe: Untersuchungshaft in der Regel vielleicht erst ab 16 Jahren, pädagogische Betreuung, mehr Heimplätze. Das sind in diesem sehr wichtigen Bereich — auch wegen der Kürze der Zeit — nur ein paar sehr bemerkenswerte Stichpunkte.

Wir werden natürlich über Aufgaben, Zweck und Grenzen der U-Haft erneut befinden müssen; denn darin sind wir uns, so hoffe ich — davon gehe ich aus —, in diesem Hause alle einig: Die Freiheit darf nur eingeschränkt werden, wenn das zur Sicherung der Rechtspflege und zur Bewahrung des Rechtsfriedens unabwendbar notwendig ist. Insbesondere wir Rechtspolitiker sind aufgefordert, hier insgesamt die richtigen, die unabwiesbaren Grenzlinien zu ziehen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Nickels.

Frau Nickels (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir selber haben auch einen Gesetzentwurf zu dieser Problematik in Arbeit. Von daher gesehen hätte ich gerne viel dazu gesagt. Das geht nicht; ich beschränke mich auf die wichtigsten Sachen.

- (B) Der Entwurf der SPD geht — wie schon richtig gesagt wurde — auf eine angespannte Situation bezüglich der Zahl der Untersuchungsgefangenen zu Beginn der 80er Jahre zurück. Damals wurden sehr viele Menschen eingesperrt, die hinterher nicht verurteilt wurden. Das ist zu Recht kritisiert worden. Die Kritik der Anwaltsvereinigungen richtete sich vor allen Dingen gegen die Praxis der Gerichte, mit pauschalen Begründungen und eine überhöhte Straferwartung voraussetzend in vielen Fällen Untersuchungshaft anzuordnen, in denen sie an sich nicht erforderlich gewesen wäre.

Die meisten der damaligen Gesetzesvorschläge begnügten sich weitgehend damit, die Voraussetzungen in § 112 der Strafprozeßordnung für die Anordnung der Untersuchungshaft dadurch einzuschränken, daß der Begriff der **Fluchtfahr**, der in 94 % der Fälle als Grund für den Haftbefehl genannt wird, durch hinzufügen des Wortes „dringend“ konkretisiert werden sollte.

Der **Arbeitskreis Strafrechtsreform** trat 1983 mit einem kompletten Entwurf zur Regelung der Untersuchungshaft an die Öffentlichkeit. Dieser Entwurf geht weit über die DAV-Stellungnahmen und auch über den jetzt vorgelegten SPD-Entwurf hinaus. Nach diesem Entwurf sollte Untersuchungshaft z. B. nur möglich sein, wenn wegen der in Rede stehenden Tat eine vollstreckbare Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr zu erwarten sei.

(Dr. Rose [CDU/CSU]: Langsamer!)

Wir sind der Meinung, daß die Regelung, die die SPD jetzt in ihrem Entwurf vorgelegt hat, der damali-

gen Diskussion nicht angemessen ist. Wir werden in unserem Entwurf eine **absolute Höchstdauer** von sechs Monaten bis zum Beginn der Hauptverhandlung vorschlagen. Es ist ja immer noch so, daß trotz U-Haft von der Unschuldsvermutung auszugehen ist. Die Untersuchungsgefangenen haben als unschuldig zu gelten. Wir finden, es ist angemessen, daß in diesen Fällen eine intensivere und konzentriertere Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft und Polizei durchgeführt wird, damit die Betroffenen nicht so lange in U-Haft sitzen müssen.

Ein ganz wichtiger Punkt in der Debatte ist auch die Tatsache, daß bereits der Arbeitskreis Strafrechtsreform ebenso wie der Deutsche Strafverteidigertag eine Streichung der §§ 112 Abs. 3 und 112 a Strafprozeßordnung, als mit dem Strafverfahrensrecht unvereinbare Vorschriften zur reinen Gefahrenabwehr gefordert haben. Das ist ein ganz heißes Eisen; das wissen wir. Aber wir glauben, Herr Singer, daß die SPD hier überhaupt nichts Substantielles vorgelegt hat, daß das heiße Eisen nicht angefaßt worden ist.

Es ist ja so, daß selbst in der hier von Schöck und Schreiber im Auftrag der Bundesregierung vorgelegten umfangreichen Untersuchung festgestellt und kritisiert wird, daß bei vielen Urteilen ein Automatismus im Zusammenhang mit § 112 Abs. 3 zu beobachten ist. Diese Kommission hat angeregt, entweder § 112 Abs. 3 zu streichen oder zumindest die §§ 129 a und 311 Strafgesetzbuch aus § 112 Abs. 3 herauszunehmen und die Vorschrift insgesamt an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzupassen.

Dem ist im SPD-Entwurf nicht Rechnung getragen worden, und man hat sogar noch die alte Tradition — die bisher immer sichtbar war —, den **Haftgrund der Wiederholungsgefahr** über Jahrzehnte immer weiter auszudehnen, fortgesetzt.

Sie haben schon gesagt, Herr Singer, daß Sie hier **schwere Umweltkriminalität** mit hineingenommen haben. Wir glauben, daß die Debatte darüber natürlich geführt werden muß, aber nicht im Zusammenhang mit U-Haft. Da muß ganz woanders angesetzt werden, weil die Elemente der U-Haft-Regelung überhaupt nicht geeignet sind, der schweren Umweltkriminalität vorzubeugen.

Besonders wichtig ist für uns auch noch die Frage einer **Pflichtverteidigung für U-Häftlinge**. Unserer Vorstellung nach soll der Beschuldigte sofort, nachdem er verhaftet worden ist, einen Pflichtverteidiger gestellt bekommen, wenn U-Haft droht. Denn nur ein Anwalt ist in der Lage, für eine verbesserte Erkenntnisbasis im Interesse des Beschuldigten zu sorgen, indem er dem Hafttrichter Informationen über das persönliche und soziale Umfeld des Beschuldigten anbietet. Das Einsperren eines nach der Verfassung als unschuldig geltenden Bürgers ist ein so gravierendes „Sonderopfer“, daß eine vernünftige Betreuung und auch Vertretung dieses Gefangenen gewährleistet sein muß.

Herr Präsident, wenn Sie gestatten, würde ich ganz gern noch einen Punkt anführen, der mir in dem Zusammenhang ganz wichtig ist — Herr Marschewski hat das ja auch schon angesprochen —: In dem Entwurf der SPD fehlt vollständig der Bereich **Untersu-**

Frau Nickels

- (A) **chungshaft für Jugendliche.** Jugendliche haben hier sehr stark zu leiden. Es ist so, daß im Jugendgerichtsgesetz schon Möglichkeiten vorgesehen werden, anderweitige Lösungen zu finden. Sie haben das ja auch vorgeschlagen. Aber wir glauben, daß das nicht ausreicht.

In der Untersuchung von Schöch und Schreiber wird auf Seite 154 festgestellt, daß gerade junge Menschen, Jugendliche und Heranwachsende, die in U-Haft genommen wurden, später sogar noch seltener zu vollstreckbaren Freiheitsstrafen verurteilt werden als Erwachsene. Dabei ist es so, daß gerade Jugendliche, die bisher noch nicht mit der Strafvollzugsanstalt in Berührung gekommen sind, besonders häufig sehr stark gebrochen werden und überhaupt nicht mit dieser Situation fertig werden. In dem Zusammenhang muß man auch die Selbstmordrate von jugendlichen U-Häftlingen ansprechen. Wir glauben, daß hier unbedingt etwas passieren muß.

Insgesamt ist es wichtig, daß die öffentliche Debatte, die auch jetzt schon zu einer Senkung der Zahl der Untersuchungshäftlinge geführt hat, weitergeführt wird. Aber, Herr Marschewski, man muß auch sicherstellen, daß in Zeiten, in denen die Debatte nicht mehr so intensiv geführt wird, nicht über das Gesetz festgeschrieben bleibt, daß wieder eine unangemessene Anzahl von Menschen, bei denen das nicht nötig wird, in U-Haft genommen werden können.

Danke schön.

- (B) **Vizepräsident Westphal:** Frau Nickels, es ist ja immer wieder erstaunlich, wie viele Worte auf eine Zeiteinheit gehen, gerade wenn man das mit den folgenden Rednern in Vergleich setzt.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Herr Präsident, ich habe dafür meine Zeit in der vorhergehenden Debatte gar nicht ausgeschöpft!)

Herr Funke ist der nächste Redner.

Funke (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde mich bemühen, auch etwas schneller zu sprechen.

Vizepräsident Westphal: Vielleicht erreichen Sie einen Mittelwert zwischen den letzten drei Rednern.

Funke (FDP): Ich sage das deshalb, weil Sie ja gesagt haben: wenn man das mit den folgenden Rednern in Vergleich setzt.

Meine Damen und Herren, wir sehen mit großem Interesse, daß es offensichtlich die Politik der Sozialdemokraten im rechtspolitischen Bereich geworden ist, kurz vor Veröffentlichung der Gesetzentwürfe der Bundesregierung das gleiche Thema auch einmal aufzugreifen, um sozusagen in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen zu lassen, als ob die Bundesregierung nunmehr auf Grund des Drucks der Sozialdemokraten aktiv werde. Dies konnten wir in der Vergangenheit häufiger feststellen.

(Zurufe von der SPD)

— Herr Kollege Singer, ich will das auch gar nicht kritisieren, sondern lediglich einmal feststellen — denn wir sehen das ja in den Debatten der letzten

Wochen —: Sie kommen jedesmal mit einer Gesetzesinitiative, zu der wir dann sagen können: Die Bundesregierung wird in einem oder zwei Monaten ebenfalls eine Gesetzesinitiative ergreifen; die Arbeiten dazu sind voll in Gang. Ich kritisiere das auch gar nicht, sondern ich stelle das lediglich fest. Ich gewinne dem sogar gute Seiten ab, Herr Singer, weil auf diese Weise diese wichtigen rechtspolitischen Aufgaben, die wir uns alle gestellt haben, auch hier in der Öffentlichkeit — wenn allerdings offensichtlich auch in einem sehr kleinen Rahmen — problematisiert werden. Das hat auch seine guten Seiten.

(Marschewski [CDU/CSU]: Familiär wie immer, Herr Kollege, in der Rechtspolitik!)

Meine Damen und Herren, diese Diskussion — darauf haben Herr Singer und Herr Marschewski schon hingewiesen — geht seit 1982/83. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an das Schlagwort, das vom Deutschen Anwaltsverein geprägt worden ist, in der Bundesrepublik werde zu viel und zu lange verhaftet. Aber solche oberflächlichen Schlagworte — das muß ich gegenüber meinem eigenen Verein, in dem ich auch Mitglied bin, sagen — helfen uns bei der Gesetzesberatung wenig. Deswegen waren **empirische Untersuchungen** in allen Bundesländern notwendig. Diese liegen jetzt vor. Sie haben eine wissenschaftliche Begleitung bekommen. Mit diesen Ergebnissen können wir etwas anfangen. Sie sind eine gute Diskussionsgrundlage für unser Gesetzesvorhaben.

Ich will auch gleich sagen, dazu zähle ich auch den Entwurf der Sozialdemokraten, denn diesen sollten wir ebenfalls als Diskussionsgrundlage nehmen. So erscheint mir z. B. die beabsichtigte **Neufassung des § 112 Abs. 3**, also die Angleichung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, vom Grundsatz her sehr akzeptabel zu sein. Sicherlich werden wir dieses hier mitaufnehmen.

Das gleiche gilt für **§ 116** hinsichtlich der Ersatzmaßnahmen. Insoweit könnte man Ihren Antrag, Herr Singer, auch noch weiter fassen, indem wir Paß- und Personalausweis-Entzug mit vorsehen. Ich glaube, da werden wir auf einen gemeinsamen Nenner kommen können.

Ob die Ergänzung der Haftbefehlsvoraussetzungen, wie Sie es in **§ 112 Abs. 2 StPO** vorsehen, eine wesentliche Entlastung bei den Untersuchungshaftzahlen mit sich bringt, wagen wir zu bezweifeln. Statt dessen scheint uns eine Regelung unter dem Gesichtspunkt der **Verhältnismäßigkeit** sinnvoll, wonach im Regelfall keine U-Haft erforderlich ist, wenn keine höhere Strafe zu erwarten ist als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr, deren Vollstreckung zur Bewährung ausgesetzt wird. Ich glaube, insoweit sind wir völlig identisch, Herr Marschewski. Wir können da eine ganz vernünftige Regelung finden.

(Marschewski [CDU/CSU]: Wesensgleich sind wir in der Frage!)

Eine solche Regelung wird auch insoweit einen gewissen Erfolg haben, als damit die bisherigen Untersuchungshaftfälle um 40 % verringert werden können. Das scheint mir auch notwendig zu sein.

Funke

- (A) Lassen Sie mich bitte in diesem Zusammenhang noch eines sagen. Mich bedrückt wirklich, daß wir heute noch einen Strafvollzug in der Untersuchungshaft haben, der allzu häufig menschenunwürdig ist. Auch insoweit möchte ich Frau Nickels recht geben: Die Vermutung der Unschuld der Untersuchungshäftlinge gilt nun einmal, wir wollen auch davon ausgehen darum müssen wir diesen Menschen dann auch eine **menschenwürdige Unterkunft** geben. Ich sage einmal bewußt: Unterkunft. Ich weiß, daß die Gefängnisse weder im sanitären noch im sozialen Bereich diesen Erfordernissen gerecht werden. Ich weiß, daß die Länder zur Zeit kein Geld haben. Aber wenn wir die Untersuchungshaftzeit verkürzen, und zwar entscheidend verkürzen, können wir natürlich auch Modernisierungsmaßnahmen einleiten, die dazu führen, daß die Untersuchungshaftanstalten moderner werden und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß wir der Novellierung des Rechts der Untersuchungshaft eine hohe Priorität einräumen und diese zu erwartende Novelle zügig beraten werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Das Wort hat der Bundesminister der Justiz.

- (B) **Engelhard, Bundesminister der Justiz:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Untersuchungshaft ist der schwerste Eingriff in die persönlichen Rechte, den die Rechtsgemeinschaft im Interesse der Sicherung der Strafrechtspflege dem Bürger abverlangt. Dabei sprechen wir hier – das kann gar nicht oft genug betont werden – von einem Bürger, für den noch die Unschuldsvermutung streitet.

(Beifall der Abg. Frau Nickels [GRÜNE])

Die **Praxis der Untersuchungshaft** muß deshalb auch immer wieder kritisch betrachtet werden.

Ich bin der deutschen Anwaltschaft dankbar, daß sie Ende 1982 eine solche Wertung eingefordert hat. Ihr Vorwurf, es werde zu oft, zu schnell, zu lange verhaftet, konnte sich darauf stützen, daß wir Anfang dieses Jahrzehnts im Vergleich zu anderen westeuropäischen Staaten mit 30 Fällen von Untersuchungshaft pro 100 000 Einwohner im oberen Bereich lagen.

Ich habe bei der damals wieder begonnenen Diskussion – Jahreswende 1982/83 – die Untersuchung bei der Universität Göttingen in Gang gesetzt.

(Marschewski [CDU/CSU]: Sehr gut!)

Dankenswerterweise hat Herr Kollege Marschewski das in der Dimension schon besonders lobend hervorgehoben. Ich glaube aber, daß das Bundesministerium der Justiz gerade hier sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen braucht. Denn es war ja über die Jahre und Jahrzehnte immer wieder so, daß diese Frage von Zeit zu Zeit in die Diskussion kam. Da wurden kluge Worte gewechselt, da wurde heftig gestritten, nur: immer auf dem Hintergrund eines weithin fehlenden rechtstatsächlichen Wissens. Da traten häufig der Glaube und die Überzeugung und einzelne sehr eindrucksvolle Beispiele an die Stelle dessen,

was man im Grunde braucht, wenn man vernünftige Arbeit leisten will, nämlich ganz handfeste Zahlen und Ergebnisse über einen längeren Zeitraum.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen habe ich damals gesagt: Jetzt wird einige Jahre – leider – Sendepause sein müssen. Denn eine sorgfältige Untersuchung nimmt Zeit in Anspruch. Wir haben die **Untersuchung aus Göttingen** im Mai 1987 bekommen. Sie hatten den Februar erwähnt, Herr Kollege Singer. Das war der erste und vorläufige Bericht. Wir legen schon Wert darauf, nach dem endgültigen zu arbeiten, und haben uns daran orientiert. Wir haben dann zunächst mit den Ländern sehr eingehende Besprechungen geführt. Das muß ja auch sein.

Wenn die SPD hier vorprellend – was ihr gutes Recht, ja vielleicht auch die Pflicht der Opposition ist – einen Beitrag mit einem Entwurf geleistet hat, so ist das nicht zu beanstanden. Ich sage nur: Es wird in aller Kürze seitens der Bundesregierung ein sehr fundierter und abgerundeter Entwurf vorgelegt werden, der dann alles, aber auch alles und insbesondere auch das, was wir in den Gesprächen mit den Ländern an zusätzlichem Wissen und an Kenntnissen erhalten haben, einbezieht.

Der Entwurf der SPD-Fraktion – darauf ist bereits hingewiesen worden – will bei Straftaten, die mit höchstens zwei Jahren Freiheitsstrafe bedroht sind, **Haft wegen Fluchtgefahr** ganz ausschließen. Das wäre auf das Ganze gesehen aber ein sehr wenig wirksames Mittel, da nur 3 % aller Fälle von Untersuchungshaft damit erfaßt würden. Zum anderen halte ich es für bedenklich, bei allen diesen Delikten Untersuchungshaft generell zu untersagen. Es muß hier auf den Einzelfall abgestellt werden.

Es wäre wohl besser, an **konkrete Straferwartungen** anzuknüpfen. Untersuchungshaft könnte etwa dann entfallen – auf diesen Gedanken ist ja bereits hingewiesen worden –, wenn keine höhere Strafe als Geldstrafe oder Freiheitsstrafe von einem Jahr mit Bewährung zu erwarten ist. Im Bereich der kleineren Kriminalität könnte dann dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz am ehesten Rechnung getragen werden. Eine solche Regelung wäre in bis zu 40 % aller Untersuchungshaftfälle anwendbar. Der Richter könnte die erforderliche Prognose im übrigen auch durchaus stellen. Und diese Regelung würde es in bestimmten Einzelfällen aber auch möglich machen, die Haft anzuknüpfen.

Mir geht der Vorschlag der SPD-Fraktion zu weit, Untersuchungshaft von dringender Fluchtgefahr und nicht nur von der bloßen Gefahr abhängig zu machen. Dazu ist bereits eine Menge gesagt worden.

Ich möchte abschließend noch auf einen Punkt zu sprechen kommen. Das ist die wichtige Frage der **Jugendlichen**.

(Frau Nickels [GRÜNE]: Ja!)

Wir werden uns dieses Problems in mehrfacher Weise besonders annehmen, weil die Untersuchung der Universität Göttingen in eindrucksvoller Weise ergeben hat, daß der Jugendrichter sehr häufig nicht aus Bedenkenlosigkeit, aus Nachlässigkeit, aus Fehlerhaft-

Bundesminister Engelhard

- (A) tigkeit, nein, aus einer zwingenden Verlegenheit heraus zum Mittel der U-Haft greift, wenn er es mit einem Betroffenen zu tun hat, bei dem klar ist, daß er mit einem deutlichen und harten Griff aus kriminellem Milieu herausgeholt werden muß, das ihn umgibt und in das er sich begeben hat, wenn Schlimmeres nicht noch folgen soll. Und weil dann häufig die Möglichkeiten anderweitiger Unterbringung fehlen, greift man zum Mittel der U-Haft, die dafür nicht gemacht ist.

(Marschewski [CDU/CSU]: Das ist aber ein Länderproblem!)

Aber in einem Lande wie diesem mit geordneten wirtschaftlichen Verhältnissen muß es möglich sein, anderweitige Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Es darf nicht auf die Knappheit der Haushalte abgeschoben werden, daß dies nicht gehe. Andere Mittel der Unterbringung gerade für Jugendliche zu finden — das ist ein ganz zentraler Punkt, dem wir uns verpflichtet fühlen.

Es ist erwähnt worden, daß die Fälle der U-Haft in der letzten Zeit um mehr als ein Drittel zurückgegangen sind. Da sieht man, was Diskussion, öffentliche Diskussion in einem solchen Bereich mit sich bringen kann. Denn daß andere Gründe dafür maßgeblich sein sollen, ist nicht zu sehen.

(C) Wir werden uns den Fragen weiter sehr nachdrücklich zu widmen haben. Ich glaube, wir können uns auf diese wichtige Diskussion alle gemeinsam freuen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Westphal: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat schlägt vor, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD an den Rechtsausschuß zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? — Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Damit sind wir, meine Damen und Herren, am Schluß unserer heutigen Tagesordnung.

Ich wünsche Ihnen eine gute Osterpause mit ein bißchen Erholung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf Mittwoch, den 13. April 1988, 13 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 11.59 Uhr)

(B)

(D)

(A)

Anlage 1

Liste der entschuldigten Abgeordneten

Abgeordnete(r)	entschuldigt bis einschließlich
Dr. Ahrens *	11. 3.
Bahr	11. 3.
Frau Beck-Oberdorf	11. 3.
Becker (Nienberge)	11. 3.
Bindig	11. 3.
Frau Brahmst-Rock	11. 3.
Buschbom	11. 3.
Buschfort	11. 3.
Catenhusen	11. 3.
Frau Conrad	11. 3.
Ebermann	11. 3.
Frau Fuchs (Köln)	11. 3.
Dr. Gautier	11. 3.
Dr. Glotz	11. 3.
Dr. Götz	11. 3.
Gröbl	11. 3.
Dr. Hauff	11. 3.
Dr. Haussmann	11. 3.
Freiherr Heereman von Zuydtwyck	11. 3.
Frau Hensel	11. 3.
Dr. Holtz	11. 3.
Dr. Hüsch	11. 3.
Ibrügger	11. 3.
Dr. Jobst	11. 3.
Frau Kelly	11. 3.
Kiechle	11. 3.
Klein (Dieburg)	11. 3.
Klein (München)	11. 3.
Dr. Köhler (Wolfsburg)	11. 3.
Koschnick **	11. 3.
Lemmerich	11. 3.
Lintner	11. 3.
Frau Luuk	11. 3.
Dr. Mechttersheimer	11. 3.
Dr. Mertens (Bottrop)	11. 3.
Meyer	11. 3.
Müller (Schweinfurt)	11. 3.
Dr. Neuling	11. 3.
Oostergetelo	11. 3.
Dr. Pinger	11. 3.
Reimann	11. 3.
Repnik	11. 3.
Reschke	11. 3.
Reuschenbach	11. 3.
Frau Roitzsch (Quickborn)	11. 3.
Sauer (Salzgitter) **	11. 3.
Schäfer (Mainz)	11. 3.
Frau Schilling	11. 3.
von Schmude	11. 3.
Dr. Schneider (Nürnberg)	11. 3.
Dr. Schöffberger	11. 3.
Schreiber **	11. 3.
Schütz	11. 3.
Schulze (Berlin)	11. 3.
Seehofer	11. 3.
Frau Simonis	11. 3.
Dr. Spöri	11. 3.
Stiegler	11. 3.
Frau Teubner	11. 3.

(B)

Anlagen zum Stenographischen Bericht (C)

Abgeordnete(r) entschuldigt bis einschließlich

Frau Trezn	11. 3.
Frau Unruh	11. 3.
Verheugen	11. 3.
Frau Dr. Vollmer	11. 3.
Dr. Waigel	11. 3.
Graf von Waldburg-Zeil	11. 3.
Wieczorek (Duisburg)	11. 3.
Wilz	11. 3.
Wischniewski	11. 3.
Wissmann	11. 3.
Dr. de With	11. 3.
Frau Wollny	11. 3.

* für die Teilnahme an Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

** für die Teilnahme an Sitzungen der Nordatlantischen Versammlung

Anlage 2

Amtliche Mitteilungen

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 7. März 1988 mitgeteilt, daß sie ihren Antrag „Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in der Republik Südkorea“, Drucksache 11/525, zurückzieht.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses hat mitgeteilt, daß der Ausschuß gemäß § 80 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu nachstehenden Vorlagen absteht:

Drucksache 11/883 Nr. 48

Drucksache 11/1526 Nr. 1.3

Drucksache 11/1430 Nr. 1.1, 1.2

Die Vorsitzenden folgender Ausschüsse haben mitgeteilt, daß sie die nachstehenden EG-Vorlagen zur Kenntnis genommen bzw. von einer Beratung abgesehen haben:

Innenausschuß
Drucksache 11/1636 Nr. 3.1

Finanzausschuß
Drucksache 11/1707 Nr. 1

Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit
Drucksache 11/1636 Nr. 3.38

Anlage 3

Antwort

des Parl. Staatssekretärs Spranger auf die Fragen des Abgeordneten Brauer (GRÜNE) (Drucksache 11/1937 Fragen 75 und 76):

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des jüngsten Fan-Gutachtens, und welche Gründe sprechen nach Ansicht der Bundesregierung gegen die ursprünglich geplante Entscheidung einer offiziellen Übergabe des Gutachtens an die Öffentlichkeit?

Welche Schlußfolgerungen zieht sie für die Vorbereitung der bevorstehenden Fußball-Europameisterschaft, und wie soll nach Ansicht der Bundesregierung der internationale Fan-Melddienst funktionieren bzw. ausgestaltet werden?

(D)

(A) Zu Frage 75:

Das Gutachten „Fankultur und Fanverhalten“ wurde von den Mitgliedern der Projektgruppe „Sport und Gewalt“ des Bundesinstituts für Sportwissenschaft als Weiterführung der ersten Studie zu „Sport und Gewalt“ erstellt.

Im Mittelpunkt des Gutachtens stehen Beschreibungen der heutigen Jugendkultur und ihres Strukturwandels, der Fankultur und Fanrealität, der Reaktionen von Sportvereinen, Medien und Polizei auf das Fanverhalten und eine Begründung der pädagogischen Arbeit mit Fußballfans aus der Sicht der Verfasser, was noch der kritischen Überprüfung bedarf.

Der Bundesminister des Innern hat die Erstellung zwar initiiert, auf die inhaltliche Ausgestaltung des Gutachtens aber keinen Einfluß genommen.

Ich bin z. B. der Ansicht, daß die im Gutachten immer wieder auftauchende Kritik am Polizeieinsatz nicht hilfreich ist. Bürger, auch Fußballzuschauer, haben Anspruch, vor einer gewaltorientierten Minderheit von Jugendlichen, für die der im Gutachten undifferenziert verwandte Begriff „Fan“ im Grunde falsch ist und die Bezeichnung „Rowdy“ besser paßt, ge-

schützt zu werden. Die im Gutachten geforderte sogenannte Rückbindung des Polizeieinsatzes ist erst dann möglich, wenn keine gravierenden Rechtsverstöße durch Besucher von Fußballspielen mehr zu befürchten sind. (C)

Ursprüngliche Vorüberlegungen das Gutachten im Rahmen eines Pressegesprächs selbst der Öffentlichkeit vorzustellen hat der Bundesminister des Innern nach Vorlage des Gutachtens nicht weiter verfolgt, weil er wie dargetan, sich nicht inhaltlich mit ihm identifizieren kann.

Zu Frage 76:

Unmittelbare Schlußfolgerungen für die Vorbereitungen der Sicherheit zur Fußball-Europameisterschaft 1988 in der Bundesrepublik Deutschland sind dem Gutachten nicht zu entnehmen.

Zwischen den EG-Partnerstaaten ist mit Zustimmung der verantwortlichen Bundesländer vereinbart, daß sicherheitsrelevante Fakten über einreisende Fan-Gruppen während der Fußball-Europameisterschaft 1988 rechtzeitig über einen zentralen Ansprechpartner an die zuständigen Polizeibehörden der Länder gesteuert werden.

(B)

(D)



כו' באדר התשמ"ח

15 במרס 1988

194

אל : מר דוד סולטן, מנהל לשכת המנכ"ל
מאת : ס/מנהל אירופה 1.

סז.ז
א"ח

הנדון : א"צ לכבוד חבר הבונדסטאג
Hans Koschnick (רפ"ג)

נודה לך אם תאשר קיום ארוחת צהרים ע"י המפכ"ל מר ב. נבון, בהשתתפות
הח"מ, לכבוד חבר הבונדסטאג קושניק, שהוא מהבולטים במפלגה הסוציאל-
דמוקרטית הגרמנית,

מר קושניק שוהה בארץ לרגל כנס ערים תאומות ולרגל כנס האגודה ישראל-רפ"ג
המתקיים בשבוע הבא.

בברכה,

א.ש.
מרים שמרת,

העתק : המפכ"ל.

f. 801
5/16



HANS KOSCHNICK

חבר הבונדסטאג (SPD).

יליד 1929, נשוי ואב לבן.

חבר המפלגה הסוציאל-דמוקרטית מאז 1950

חבר הנשיאות הפדרלית של מפלגתו מאז 1970

1957-79 ס/יו"ר המפלגה

1965-85 ראש העיר ברמן

1967-85 נשיא הסנאט של ברמן

חבר הבונדסטאג מאז 1987.

חבר הסנאט של Max-Planck-Gesellschaft

ושל ארגון המועצות המקומיות הבינלאומי.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמו

ננס **

**

**

**

חודש: 3/12193

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 115, תא: 140338, דח: 1630, דח: מ, סג: טח

נד: 8

יפן - יפן
כדף פולטאלי

103.7
מ

שמו: חידו

אל מנהל ארבל 1

דע אירופה 1, ג'נבה

מאת הציר, בון

ננס האיגוד הג'נבה להנצח בגואטמלה, בהמשך לשלי 78 מ-9.3

1. בישיבת המשלחת הרפ'גית ב-10.3 דנו בבקשתנו בענין הסעיף
הנוסף הטוניסאי, והחליטו כדי לסייע לנו להגיש הצעה רפ'גית
לסעיף נוסף כולקמן: "הסיכויים לשלוח דווקניה ומיתוח
כללי וטוניסאלי בדרג אמריקה". ההצעה הודקה בעוד מועד
למזכירות האיגוד בג'נבה. הקורים שההצעה הזנה ל"שדירות
מארחת", אך במידה והסעיף הטוניסאי יזכה לרוב ינסו לסייע
לנו, אך אינם יכולים להתחייב לגבי הצבעה. כן שיעור, שאף
הנורבגית הגישו הצעה לסעיף נוסף בנושא מרכז אמריקה.

ישיבת ה-12 פלור תקיימם בודשניגטרן בתאריכים 5 עד 7
אפריל, והגרמנים ינסו לגייס תמיכה להצעתם.

2. המשלחת הרפ'גית תגיע לגואטמלה ב-8 או 9 אפר' ותגור
במלון אלודורו

3. לא הצלחתי להגיש עם שטרן לפני צאתו בראש משלחת ועדת
החוץ של הונוולסטאג למדוקו, אלג'יריה וטוניסיה (שם אמר
גם למגוש את עמדתו). ביום שובו יוצא לשבוע בולגריה
כיו"ר ה-IPU. קבעתי טכטיבית עם מזכירתו בויטה ל-25.3
שבו יהיה מספר שעות בבון.

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

משורד החוץ-מחלקת הקשר

במידה רכינגש אדורה.

נדון.

הם: שהח,מנוכל,מחננוכל,ברנש,ארבלו,איוא,אירב,יורננסה,שפי,אמלט

59

תאריך : 13.03.88

משרד החוץ-מחלקת הקשר
שמו

ירצא **

**
**
**

הרצום: 3,14,259

אל: 201/201

מ-: המשרד, תא: 130388, זח: 1629, דח: ר, טב: שם
נד: 2

שמו/רגיז
הטגריר
103.1
103.7
19 בקי, טלמור, רסן - ימל
19 בקי, טלמור, רסן - ימל

הדיון בנוכחותם של 105, הדיון מצטייר כמטב דוח רעבן
ימים אלה, ברכות על המאמצים שהשקעתם בתדורן-רול והצלחתם.

מנהל אינצמה 1

מ.א.א

השם: מנכ"ל, אידא, ליאור, מזתים



Wilhelm Schmidt

חבר הבונדסטאג

חבר הבונדסטאג,

9/103.2
לני

יליד 1944, לותראני, נשוי ואב לשניים,

חבר ה- ס, פ, ד. מאז 1972.

פעיל בפוליטיקה הקהילתית מאז 1972

חבר הלנדטאג של סאקסוניה תחתית ויו"ר הועדה לנוער ולספורט מ-1978-1986.

חבר הבונדסטאג מאז 1987,

** נכנס

שמואל

**
**
**
**

חוזם: 3,9336

אל: המשרד

מ: - בון, נו: 85, תא: 100388, זח: 1200, דח: מ, טג: שמ

בד: 8

שמואל/מידי

אל: אירופה 1

תא: שגוריות בון

ביקור חבר הוונדסטאג שולצה. לטובקנס חוזם 5656

הונן מנתובט עליו איבנו מערערים, התקבל עיני שולצה במורה
 דוח מסוימת, ביקש לפחות להסדיר לו עצמו פגישה בנכסת עם
 חבר הקבוצה הישראלית - גרמנית נדי להתרשם מעבודתו.

ידועותיו באנגלית מוגבלות. האפשרות היחידה היא ב-22.3.88
 , מועד בו גם תוקר הקבוצה בולה בנכסת. להסדרת ביקור זה
 הכניתי אותם למשרד הנסיעות שבניבתנו 718 מ-10.2.88.

אנא הודיעו למשרד הנסיעות על הפגישה שתקבעו, שכן הקבוצה
 עוזבת בור ב-14 דנא.

גד בון.

=====

=

תמ: מתכנל, אירא, אביטל, מאור

1944

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945



בון, כב' שבט תשמ"ח
10 בפברואר 1988

718

א ל : איורפה 1

מאח : השגרירות, בון

הנידון : ביקור אנשי צבא וחבר הבונדסטאג שולצה

הנספח הצבאי בשגרירותנו מטפל בביקורן של שתי קבוצות אנשי צבא בארץ. לגבי הקבוצה השנייה - 23.3.88 - 14 = המונה כ- 45 איש, נתבקשנו לסייע בניסיון לשלבם באירוע כלשהו של חגיגות שנות ה-40.

אני יודע, שלא יהיה קל לצרף 45 איש לאירוע, אם יש כזה בכלל בזמן הביקור, אך חבר הבונדסטאג שפנה אלינו, מר שולצה, הוא ידיד נאמן וותיק, הראוי בהחלט לניסיון, לפחות, לבוא לקראתו. לא הבטחנו לו דבר, אך נודה אם אתם או מאו"ר תוכלו לנסות ולתאם דבר עם המשרד הנסיעות "אופיר טורס" - גב' נלקין, טל: 209 777 - 03. אני מצרף העתק מכתבו של חבר הבונדסטאג והעתק מכתב נספחנו הצבאי. אנא הודיעונו האם יש אפשרות.

בברכה,

גד כהן

העתק: מאו"ר
הנספח הצבאי כאן



משרד החינוך
מנהל מחוז
מנהל מחוז
מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז

מנהל מחוז





Gerhard Schulze (Berlin)
Mitglied des Deutschen Bundestages

An die
Botschaft des Staates Israel
Herrn Brigadegeneral D. Shoval
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Fernruf (0228) 167410

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

1000 Berlin 61
Körtestraße 16
Fernruf (030) 6919439

5. Februar 1988

Sehr geehrter Herr General Shoval,

bezugnehmend auf unser Telefonat überreiche ich Ihnen beige-
fügt das Programm der Deutschen Stiftung für politische Bil-
dung und Völkerverständigung e.V. (DSBV) für die von ihr ver-
anstaltete Reise nach Israel vom 14. März - 23. März 1988.

Die von mir geleitete Gruppe besteht aus etwa 50 Angehörigen
der Bundeswehr einschließlich ihrer Ehefrauen. Die bisher
mit Bundeswehrangehörigen durchgeführten Reisen nach Israel
haben bei den Teilnehmern einen nachhaltigen Eindruck hinter-
lassen und das Verständnis zwischen Deutschen und Ihren isra-
elischen Landsleuten gefördert. Im Zusammenhang damit, daß
Israel in diesem Jahr sein 40ig-jähriges Bestehen feiern
kann, werden nach meiner Kenntnis eine Reihe von Begegnungen
und Veranstaltungen in Israel durchgeführt, die - soweit ich

weiß - zum Teil auch in die Zeit unseres Aufenthaltes in Israel fallen. Ich wäre Ihnen zugleich auch im Namen der Stiftung, deren Kuratoriumsvorsitzender ich bin sehr dankbar, wenn Sie gerade diese Reise insofern besonders unterstützen könnten, als sich in Israel unter Umständen die Möglichkeit bietet, an Feierlichkeiten teilzunehmen.

Für den Fall, daß Sie diese Bitte erfüllen können, was ich sehr hoffe, dürfte sich wegen der Programmgestaltung ein Kontakt zu dem Korrespondenz-Reisebüro in Tel-Aviv "Ophir-Tours" Tel. 03209777 empfehlen.

Wenn Sie es für angebracht halten, stehen Ihnen der stellvertretende Vorsitzende der DSBV, Herr Oberstleutnant Knopf und auch ich gerne zu einem persönlichen Gespräch zur Verfügung.

Ich bedanke mich im voraus sehr herzlich für Ihre Bemühungen und verbleibe

mit den besten Grüßen bitte auch an Herrn Botschafter Ben Ari
Ihr



לגמל - ישראלי
חור נשוא

זר הכר סעודה
חבר הבנוי פסיכא-

אנני שובת הנכחה

בהמשך אלמנה האספון שפרו, אנה מצרף ביטא - גרני-
ש הקרן / הקרמני - להשלכה פאטל - אלהיני בין אלמים (OSBV)
אקבד בקרן ביטבוא בין ה- 14 למס 88 - 23 למס 88 -
הקבוצה לאנה אלמנה אקמור ביטבוא תלמה כ- 50 אלם
האלמנה שם אקבוא קרמני .

הנסיגות לביטבוא שבוזקן אקבד עם אנשים הלמנה שם אקבוא קרמני ,
הלמנה נשואם אקמורם אקבד הלמנה שם אקבוא קרמני
הקרמני בין קרמנים אקבד אקבד הלמנה שם
למנה הקבוצה שבוזקן למנה השנה סמל שם, אנה למנה שבוזקן
תלמה שורה לא אקמורם שורה למנה שבוזקן אקבד הלמנה שם
אקבד - להמנה שבוזקן .

אנה אלהי אסור תורה אקבד למנה, הלמנה שבוזקן שבוזקן למנה
כור אקבד הלהי שבוזקן, אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
לה אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד

אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד

אנה אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד
אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד אקבד

שאלות



שמור

נספחות צה"ל בגרמניה

בון ה - 9/2/88

מספרנו-50-9797

דובר צה"ל 247-ענף יח"צ-רמ"ד ביקורים.
אמ"ן-קש"ח-רע"ן נספחים.

הנדון: ביקור שתי קבוצות של קצינים ונג"דים מצבא גרמניה
בישראל במרס 88.

1. שתי קבוצות של קציני צבא ונג"דים, חלקם עם נשים, תבקרנה בארץ בקבוצות
תיירות פרטיות. הביקורים הם במסגרת של הקרן הגרמנית להשכלה פוליטית
ולהכנה בין עמים (DSBV).

א. הקבוצה הראשונה תבקר בין התאריכים 11/3/88-20/3/88 ואנו מבקשים לסייע
לה ולארגן עבורה ביקורים:

(1). ב - 13/3 בבסיס אימונים של נשים ליד ת"א (כגון צריפין) בלווית
קצינת צה"ל.

(2). ב - 15/3 ביקור ביח' שריון באזור הגולן בלווית קצין צה"ל.

משרד הנסיעות המטפל בקבוצה זו הוא "עמיאל טורס" בקרית קריניצי
ואיש הקשר במשרד זה הוא מר דוד לסנר ומספר הטלפון שלו במשרד -
03-343535.

ב. הקבוצה השנייה תבקר בארץ בין התאריכים 14/3/88-23/3/88 ואנו מבקשים
לסייע לה ולארגן עבורה ביקורים:

(1). ב - 16/3 בבסיס אימונים של נשים ליד ת"א (כגון צריפין) בלווית
קצינת צה"ל.

(2). ב - 17/3 ביקור ביח' שריון באזור הגולן בלווית קצין צה"ל.

משרד הנסיעות המטפל בקבוצה זו הוא "אופיר טורס" בת"א ואשת הקשר
במשרד זה היא הגב' רות נלקין ומספר הטלפון שלה במשרד - 03-209777.
קבוצה זו מונה כ-45 איש חלקם קצינים וחלקם נג"דים מחילות האויר, הים
והיבשה של צבא גרמניה.
כראש קבוצה זו יעמוד חבר הבונדסטאג אוהד ישראל אמיתי ושמו גרהרד שולצה
Gerhard Schulze. כמו כן מצטרף לקבוצה זו סא"ל ממשרד ההגנה הגרמני -
סא"ל סימון SIMON.

2. מבקש לקבל בחוזר התייחסותכם לנושא ולנסות לסייע ככל שניתן.

בברכה

תא"ל דוד שובל
נספח צה"ל בון

נכנס **

שפור

**

**

**

חוזם: 8325/3

אל: המשור

מ: בון/כר: 78/תא: 090388/חז: 1900/ד: כר: טג: שש

כד: 8

רפ"ן - יעל

דניאל בון
פליטהזמ
ח.כ.ט

שפור/דגיל

אל: ארבל 1

דע: אירופה 1, ג'נובה

תא: הציר/בון

ועידה האיגוד הבינמולמנטרי גואטמלה לחוזם 575 ח - 1.3.

1. תורכתי ארובות את מינאלה גייגר ראש המשלחת הרפ"גית בנושא השטחים והקשר המדיני (היא תנאם גם בשם סיעתה בדיון המז"תי בבוניסטאג מחותייה) תוך בקשה שמשלחתה התנגד לדיון בסעיף הכוסף הסונטאי ולצמצם הנדק במידה והנשוא יגיע לדיון בכל זאת. הבטיחה לנסות לקבל החלטה כמיוקס בישיבת המשלחת מחר בערב. הציעה שכבעור הקיים משלחתנו מבע הדוק עימה בעת הועידה.

ציינה שהיא מצפה שיוגש נושא אמרבי"זי בסעיף נוסף ומקובל שבאים לקראת הדינה תארה את נוצע דיון בנושא הקרוב לה, בן שיש סיכוי שהסעיף הכוסף הסונטאי ירד מהפרק.

2. בקשתי נגישה גם עם שטרקן, אן עמק אם תצא למועל כי יוצא בסוף השבוע למדינות המגוב ואח"כ לבולגריה ולחובשת בטחא שממנה יטע לארה"ב ולגואטמלה.

כדון.

=====

חמ: שהח, מונבל, מחנבל, אירא, ברנע, ארבל, יורננסת

OFFICE OF THE
ATTORNEY GENERAL
STATE OF TEXAS
AUSTIN

REPORT

CHAPTER I

INTRODUCTION

GENERAL STATEMENT

THE STATE OF TEXAS, BEING ONE OF THE LARGEST AND MOST POPULOUS STATES IN THE UNION, HAS A LARGE AND DIVERSE POPULATION.

IT IS THE POLICY OF THE STATE TO PROMOTE THE INTERESTS OF ALL ITS CITIZENS, AND TO SECURE THE MOST EFFICIENT AND ECONOMIC ADMINISTRATION OF THE GOVERNMENT. TO THIS END, THE STATE HAS ENACTED VARIOUS LAWS, AND HAS APPOINTED COMMISSIONERS TO SUPERVISE THE EXECUTION OF THE SAME. THE COMMISSIONERS HAVE THE HONOR TO REPORT TO THE PEOPLE OF THE STATE THE RESULTS OF THEIR ADMINISTRATION DURING THE PRESENT TERM.

THE COMMISSIONERS HAVE BEEN DULY AWARE OF THE IMPORTANCE OF THEIR POSITION, AND HAVE ENDEAVORED TO DISCHARGE THEIR DUTY TO THE SATISFACTION OF THE PEOPLE. THEY HAVE BEEN ASSISTED BY THE BOARD OF COMMISSIONERS, AND BY THE VARIOUS DEPARTMENTS OF THE GOVERNMENT.

THE COMMISSIONERS HAVE BEEN DULY AWARE OF THE IMPORTANCE OF THEIR POSITION, AND HAVE ENDEAVORED TO DISCHARGE THEIR DUTY TO THE SATISFACTION OF THE PEOPLE. THEY HAVE BEEN ASSISTED BY THE BOARD OF COMMISSIONERS, AND BY THE VARIOUS DEPARTMENTS OF THE GOVERNMENT.

THE

COMMISSIONERS

JOHN W. HARRIS, COMMISSIONER OF THE LAND OFFICE



בון, יא אדר תשמ"ח

29 בפברואר 1988

746 - 106.2 אישים

א ל : אירופה 1

מאה : השגרירות, בון

הגידון : ביקור חבר הבונדסטאג וילהלם שמידט

חבר הבונדסטאג וילהלם שמידט, מסיעת ה-ס.פ.ד., עומד לבקר בארץ ביקור פרטי יחד עם רעייתו בתאריכים 3.4.88 - 21.3. כוונתו לסייר בארץ מ"כסים" אצל שני ידידים, האחד בטבעון והשני ברעננה.

מר שמידט ביקר אצלנו והתגלה כמתעניין וידידותי. הוא כבר ביקר בארץ לפני תשע שנים והתרשם לחיוב. עיקר ענינו בבעיות נוער ובריאות ולשם כך ינסה נספח העבודה בשגרירותנו לתאם לו פגישה במפלגת העבודה הישראלית.

בנוסף ביקש, במידת האפשר, לשמוע על האירועים המדיניים האקטואליים ואני מבקש לקבוע לו פגישה של חצי שעה עם המשנה למנכ"ל או לחילופין עם מנהל אירופה 1. האיש צעיר ובעל עתיד וראוי כהחלט שנשקיע בו משהו. את הפגישה יש לתאם עם המארח בארץ, מר מרטין דרוקר, איש מפלגת העבודה, רחוב חשמונאים 4, רעננה. טלפון 24047 - 052, שאצלו יתארח ומכיתו יצא לסיוריו.

אנא הודיעונו. במידת האפשר, מה קבעתם.

בברכה,

גד כהן

422031 / 05
10.05.88
24.05.88



100-100000

100-100000

100-100000

f.c.01
54

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000



XX
משרד החוץ-מחלקת הקשר

13408

תאריך : 16.03.88

יוצא

בלמס

חוזם: 3,13408

אל: 264/בון

מ-: המשרד, תא: 160388, זח: 1349, דח: מ, סג: בל

נד: 8

יו"ט

לפקיד

בלמס/מיידי

ביקור חבר הבונדסטאג וילהלם שמידט,

בתאום עם דרוקר נקבעה לשמידט פגישה עם מנהל אירופה 1
ל- 24 במרץ ב-10:00, אנה הודיעו לאיש.

אירופה 1

מא.ר

תפ: אירא

טורי

נכנס

**

**

**

**

חוזם: 2/14538

אל: המשור

מ-: בון, נר: 197, תא: 240288, זח: 1700, זח: ד, טג: טו

נד: 8

רפ"ן - יסא
בסוף ספאטא

טורי/זחון

אל אירומה 1

מאת השגריר, בון

השטחים

שמעתי על מניות רבות, בעיקר בקרב הט.מ.ד. והירוקים
לקיים דיון במליאת הבונדסטאג על המצב בעזה ובירי"ש.
אנו מנסים להשפיע כדי למנוע זאת ולמי שעה הצלחנו
לדחות הדיון.

בן-ארי

תפ: שהח, מנבל, מחנבל, אירא, ליאור, מזתיט, ר/מרנד, ממד

ATTENTION

ATTENTION

ATTENTION: THE FOLLOWING INFORMATION IS FOR YOUR INFORMATION ONLY

ATTENTION

ATTENTION

ATTENTION

ATTENTION

ATTENTION: THE FOLLOWING INFORMATION IS FOR YOUR INFORMATION ONLY

ATTENTION

ATTENTION: THE FOLLOWING INFORMATION IS FOR YOUR INFORMATION ONLY

01-201

304

✓



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

Ingeborg Friebe
Vizepräsidentin

4000 Düsseldorf 1, den 11.1.88
Haus des Landtags

Herrn
Dov Ben-Meir
Deputy Speaker
Knesset

Jerusalem
ISRAEL

Lieber Herr Dov Ben-Meir,

vielen Dank für Ihren Brief vom 28. Oktober 1987 und die freundliche Einladung einer Delegation nach Israel.

Ich würde sehr gerne mit einer Delegation in der 26. Kalenderwoche, d.h. etwa ab dem 25.6.1988 nach Israel kommen. Zwar habe ich gelesen, daß im Juni eine Delegation der Knesset in der BRD sein wird, andere Termine stoßen aber bei uns auf Schwierigkeiten, da wir im Juni 1988 das neue Landtagsgebäude beziehen und vorher durch die damit zusammenhängenden Arbeiten in Anspruch genommen sind. Danach würde es ebenfalls nicht passen, da wir ab der 26. Kalenderwoche bis Ende August in Parlamentsferien sind. Der Delegation sollen die Sprecher der nordrhein-westfälischen deutsch-israelischen Parlamentariergruppe und der Geschäftsführer der Gruppe angehören.

In der Hoffnung, recht bald von Ihnen zu hören, verbleibe ich für heute mit den besten Wünschen

Ihre


Ingeborg Friebe

DÉLÉGATION PERMANENTE
D'ISRAËL
AUPRÈS DE L'U.N.E.S.C.O.

פריס, ט"ו שבט תשמ"ח

3 פבר' 88

מס' 26/

ד.י.מ.



7.2.88

מ.נ.

א.מ.ר.

אל : הציר - בון

מאת : עמיהוד - הנציג הקבוע ליד אונסק"ו

מ.נ. - פ.א.מ.א.י.מ.

הנדון : מועצת אירופה
מברקך מה- 22/1

1. לדברי ח'כ דורון שטיינר ורדמאן לא התנגדו להחלטה בוועדה המדינית ב- 12.1 כדבריהם, אלא נמנעו.
2. גם דבריו על הצורך בנציגות קבע אינם מבוססים. בחקופות שהוא נמצא בסטרסבורג נמצאים במקום גם כל הנציגים הישראלים (ח'כ, ח'מ, מזכירות וכו') במתכונת של נציגות במקום.
- ח'כ דורון לא "סובלת מבעיות כריאות" כפי שטען ואכן עושה כמיטב יכולתה.
3. רדמאן מופיע כידיד ישראל וגם מוכרפך בקרב ראשי המועצה.
- לאחרונה כאשר חשב יו"ר האסיפה הפרלמנטארית של המועצה, הסנטור יונג, שייתקיים דיון על האירועים בשטחים ורצה למנוע ביקורת חד-צדדית עלינו, הוא ביקש מאיתנו נייר עמדות וטיעונים כדי שהוא בעצמו יימסור אותו לרדמאן תוך בקשה שידבר למענינו ויאזן את הדיון. מאידך מעשית לא בולט רדמאן בפעילות במועצה ולעיתים קרובות שותק בנושא ישראל. נראה שמעמדו "נשחק" במקצת במועצה. בכל מקרה אנו רואים בו ידיד ונשוחח עמו בישיבה הבאה של הוועדה המדינית.

בברכה,
י. עמיהוד

העתק : אירופה 1

אירופה 2

100

200

100/100

משרד החוץ-מחלקת הקשר

1715

תאריך: 02.02.88

יוצא

בלמס

חוזם: 2,1715

מל: 48/ו

מ-: המשורד, תא: 020288, זח: 1814, דח: מ, סג: ב

נד: 8

בלמ'ס/מיידי

גד כהן

פורום עולמי של מנהיגות יהודיות

לשלך נר 244

ההזמנות לכנס יצאו מטעם מועצת ארגוני נשים בישראל ולא ניתן לעכב ההזמנה שביקשת.

מצער שהמועצה הזדרזה במשלוח ההזמנות בטרם קבלנו הערות נציגויותינו.

אמית'ק

רי/ח

תפ: ממנכל, אירא, אביסל, הסברה, תפוצות

הפך - קשר, ח
מלמל

ז.נס
מנ



י' בשבט התשמ"ח

29 בינואר 1988

73

ת

לוא

ג.ל

זכ

אל : מר ג. בן עמי, הציר, בפר

מאת: מנהל אירופה 1,

הנדון : שאלות בפרלמנט

שלך ט- 26 / 1,

תודה על הדיווח,

אני רחוק מלהסכים אתך שהתקפות על אש"פ מטעם M.S.I. "עושות לנו את
השרות ההסברתי הטוב ביותר בנסיבות הנוכחיות". בתקופה שבה מכנים
אותנו "פשיסטים" אם לא גרוע מזה תמיכת ה-M.S.I. בנו הנה אסון
ועלבון. אני משוכנע שתמשיכו להמנע משיג ושיח עם אלה, יתר על כן, גם
בתקופה זו הייתי מחפש דרך להפגין את רחוקנו מהם ומדעותיהם - משהו
בנוסח הערה (צינית) לעיתונאי ידידותי : "למרות שה-M.S.I. נגד אש"פ
אש"פ ממשיך להיות אויבנו",

בברכה,

ט, בבלי,

העתק : מר ז, ענוג, משנה למנכ"ל

ממ"ד,



AMBASCIATA D'ISRAELE

רומא, ז' בשבט התשמ"ח
26 ינואר 1988
מס': 067
תיק: 110.1



שגרירות ישראל

Handwritten mark

א ל : אירופה א'

מאת : הציר, רומא

הנדון: שאלות בפרלמנט בנושא השטחים
למברקנו 226 מ - 25.1

על מחול השדים נגדנו בסיבוב הזה לא הצטרפו הסוציאליסטים. בין ידילנו באולם היו רוטלי (רדיקאלית) שכרח מן הדיון במחאה על ששה"ח אנדריאטי שיגר את סגנו בונאלומי להשיב לשאלות; פליקאנו (רפובליקנית) אשר צידד בכינוס ועידת שלום תוך הדגשת חשיבותו של הסכם לונדון בין פרס וחוסיון 'TREMAGLIA (MSI - פאשיסטים) אשר יותר מכל אחד אחר, חקף את אש"פ והוקיע את אמנתו ומטרותיו. (הערה : כידוע אין לנו שיח ושיג עם הפרלנטארים הפאשיסטים, אשר למרבית האירוניה, עושים לנו את השירות ההסברתי הטוב ביותר בנסיבות הנוכחיות).

במחנה הנגדי הוביל את הקו העויין מיודענו CAPANNA (dp) אשר שכיתת הרעב הממושכת שערך העבירה אותו, כנראה, על דעתו (ראה קריאתו בעמוד 12 להרים את דגל פלסטין גם כנצרת ואום אל-פחם).

לסיום נזכיר את פליטת הפה (?) של סגן ששה"ח בונאלומי (עמוד 19) "LE AUTORITÀ DI TEL-AVIV" אשר עליה הגבתי מאוחר יותר בפגישתי עם המנכ"ל המדיני במשה"ח.

בצנרת ממתינה לנו היום (26/1) אסופה חדשה של התבטאויות-הפעם מהסנט.

ב ב ר כ ה,

ג. בן-עמי

העתק : מר י. ענוג, ממנכ"ל
ממ"ד

EDIZIONE NON DEFINITIVA

*Per M. D'Orsi***RESOCONTO STENOGRAFICO**

78.

SEDUTA NOTTURNA DI MERCOLEDÌ 20 GENNAIO 1988

PRESIDENZA DEL VICEPRESIDENTE ALDO ANIASI

SOMMARIO

PAG.	PAG.
Proposte di legge:	
(Assegnazione a Commissione in sede referente)	PELLICANÒ GEROLAMO (PRI)
Interrogazioni e interpellanze:	RUSSO RAFFAELE (DC)
(Annunzio)	RUTELLI FRANCESCO (FE)
Interpellanze e interrogazioni sulla si- tuazione palestinese (Svolgi- mento):	SALVOLDI GIANCARLO (Verde)
PRESIDENTE	SILVESTRI GIULIANO (DC)
BONALUMI GILBERTO, <i>Sottosegretario di Stato per gli affari esteri</i>	TREMAGLIA MIRKO (MSI-DN)
CAPANNA MARIO (DP)	Commissione di indagine:
MARRI GERMANO (PCI)	(Proroga del termine per la presenta- zione della relazione)
MASINA ETTORE (Sin. Ind.)	Ordine del giorno della seduta di do- mani
	Apposizione di firme ad una risolu- zione

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

La seduta comincia alle 20,40.

**Assegnazione di proposte di legge
a Commissioni in sede referente.**

PRESIDENTE. A norma del comma 1 dell'articolo 72 del regolamento, comunico che le seguenti proposte di legge sono deferite alle sottoindicate Commissioni permanenti in sede referente:

IV Commissione (Difesa):

FIANDROTTI ed altri: «Istituzione di una laurea per i militari e dell'università della difesa nazionale» (58) *(con parere I e della V Commissione, nonché della VII Commissione ex articolo 73, comma 1-bis, del regolamento);*

VII Commissione (Cultura):

FIANDROTTI ed altri: «Nuove disposizioni riguardanti il riordinamento degli organi collegiali di base della scuola italiana» (49) *(con parere della I e della V Commissione);*

FIANDROTTI ed altri: «Istituzione della scuola di medicina orientale» (62) *(con parere della I, della III, della V della XII Commissione);*

LUCCHESI ed altri: «Istituzione di un Istituto universitario navale con sede a Livorno» (127) *(con parere della I, della IV,*

della V, della VI, della IX e della XI Commissione);

BOTTA ed altri: «Interventi del Ministero dei lavori pubblici per la manutenzione straordinaria e la conservazione statico-strutturale del patrimonio di interesse storico ed artistico» (333) *(con parere della I e della V Commissione, nonché della VIII Commissione, ex articolo 73, comma 1-bis, del regolamento);*

MARTINAZZOLI ed altri: «Nuove norme per il riconoscimento degli studi compiuti presso l'Accademia militare di Modena e la Scuola ufficiali carabinieri di Roma ai fini della iscrizione alla facoltà universitaria del corso di laurea in giurisprudenza da parte degli ufficiali in servizio permanente effettivo dell'Arma dei carabinieri» (1275) *(con parere della IV Commissione);*

VIII Commissione (Ambiente):

FIANDROTTI ed altri: «Norme per la difesa del territorio da degradazioni e da attività aventi impatto ambientale negativo» (59) *(con parere della I, della II, della V e della XIII Commissione);*

ALBORGHETTI ed altri: «Norme per la difesa e l'uso razionale del suolo e delle acque e per l'istituzione del Dipartimento del territorio e dell'ambiente» (1375) *(con parere della I, della V, della VII, della IX, della XI e della XIII Commissione);*

XI Commissione (Lavoro):

FIANDROTTI ed altri: «Norme per l'immissione in ruolo dei vincitori di concorso per preside nei licei e negli istituti magistrali» (51) (con parere della V e della VII Commissione);

XIII Commissione (Agricoltura):

FIANDROTTI ed altri: «Norme penali per reprimere il bracconaggio» (61) (con parere della I e della VII Commissione, nonché della II Commissione ex articolo 73, comma 1-bis, del regolamento).

Proroga del termine per la presentazione della relazione di una Commissione di indagine.

PRESIDENTE. Comunico che il Presidente della Camera, accogliendo la richiesta del presidente della Commissione di indagine richiesta dall'onorevole Emilio De Rose ai sensi dell'articolo 58 del regolamento, ha prorogato al 15 febbraio il termine fissato alla Commissione di indagine per referire all'Assemblea.

Svolgimento di interpellanze e di interrogazioni sulla situazione palestinese.

PRESIDENTE. L'ordine del giorno reca lo svolgimento delle seguenti interpellanze:

«I sottoscritti chiedono di interpellare il ministro degli affari esteri, per sapere quali passi sono stati compiuti dal Governo italiano in difesa del popolo palestinese, dopo la recente visita ufficiale in Israele del Presidente della Repubblica Cossiga e del ministro degli esteri e di fronte alla rivolta palestinese nei territori occupati e all'unanime condanna del Consiglio di sicurezza dell'ONU nei confronti del Governo di Tel Aviv per la dura ed inaudita repressione israeliana;

per sapere inoltre quali iniziative costruttive si intendono assumere per rag-

giungere soluzioni pacifiche, attraverso la Conferenza internazionale che affronti l'attuale situazione di crisi, che non vede realizzato il diritto dei palestinesi ad una propria Patria, e che affronti le questioni della sicurezza del Mediterraneo anche di fronte alla strumentalizzazione della violenza in atto da parte di chi intende destabilizzare la gravissima e pericolosa situazione mediorientale, primo fra tutti il regime libico;

per sapere infine se il Governo italiano non intende stringere più stretti rapporti e coordinare la propria azione politica con i paesi arabi moderati, con in testa l'Egitto, e svolgendo tale piano in stretta unione con gli alleati ed in particolare con i paesi della Comunità Europea.

(2-00172)

«Tremaglia, Fini, Almirante, Pazzaglia»;

(12 gennaio 1988)

«I sottoscritti chiedono di interpellare il Presidente del Consiglio dei ministri e il ministro degli affari esteri, per sapere — rilevato che da più di un mese la popolazione palestinese attua forme di protesta di massa nei territori arabi occupati allo scopo di ottenere semplicemente ciò che l'ONU aveva garantito senza mai realizzarla, l'indipendenza e la possibilità di vivere in uno Stato autonomo; che la risposta del Governo israeliano è stata una repressione sanguinosa e crescente da parte delle truppe d'occupazione che ha già provocato decine di vittime; sottolineato che il Consiglio di sicurezza dell'ONU ha espresso, all'unanimità, la propria condanna con le risoluzioni del 22 dicembre e del 5 gennaio scorsi, denunciando anche la violazione israeliana della convenzione di Ginevra del 1949 (relativa alla protezione dei civili nei territori soggetti ad occupazione militare); considerato che il Governo israeliano, che dalla sua costituzione ad oggi ha violato più di 170 risoluzioni dell'ONU, ha detto di non tener in alcun conto quei deliberati —:

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

quali passi abbiano effettuato o intendano intraprendere al fine di ottenere il ritiro delle truppe militari d'occupazione in modo da consentire la formazione, in quei territori, dello Stato palestinese, che conviva in pace e in reciproca sicurezza con quello di Israele;

quali iniziative intendano adottare al fine di realizzare quanto prima la conferenza internazionale sul Medio Oriente che veda la partecipazione autonoma dell'OLP;

per quali motivi il Governo italiano non riconosce l'OLP come legittimo rappresentante del popolo palestinese, così come già fatto da circa 120 paesi nel mondo, tra cui membri della CEE, e come richiesto dalla Camera dei deputati con la risoluzione n. 6-00085 approvata il 4 giugno 1986.

(2-000174)

«Russo Franco, Capanna, Russo Spena, Ronchi, Arnaboldi, Cipriani, Tamino, Guidetti Serras»;

(12 gennaio 1988)

«I sottoscritti chiedono di interpellare il ministro degli affari esteri, per sapere —

premesso che la brutale repressione militare israeliana in atto nei confronti della popolazione palestinese in Cisgiordania e a Gaza ha assunto una drammatica dimensione;

il Governo israeliano, per tale comportamento, è stato condannato dal Consiglio di sicurezza dell'ONU con un voto unanime —

quali iniziative intende assumere nei confronti del Governo israeliano affinché cessi la feroce repressione nei territori arabi occupati, cessi lo stato d'assedio e vengano revocati provvedimenti di espulsione di cittadini palestinesi e si ponga fine all'occupazione militare;

quali tempestivi passi ha svolto o in-

tende svolgere presso la Comunità Internazionale perché vengano adottate misure tali da impedire il protrarsi e il ripetersi di queste persecuzioni e da tutelare i diritti delle popolazioni interessate, anche con osservatori dell'ONU nei territori occupati;

quali necessarie iniziative perché vengano applicate le risoluzioni approvate all'unanimità in sede ONU e per affrettare la convocazione della conferenza internazionale che garantisca il diritto del popolo palestinese alla autodeterminazione e ad uno Stato, considerando questo unica garanzia anche per la sicurezza di Israele e di tutti gli Stati della regione mediorientale.

(2-00175)

«Pajetta, Marri, Mannino Antonino, Crippa, Capecechi, Cervetti, Ciabbari, Costa Alessandro, D'Alema, Ferrandi, Gabbuggiani, Galante, Gasparotto, Magri, Mammone, Mombelli, Napolitano, Natta, Palmieri, Picchetti, Serafini Anna Maria, La Valle, Alinovi»;

(13 gennaio 1988)

«I sottoscritti chiedono di interpellare il ministro degli affari esteri, per conoscere — premesso che

è in atto una grave crisi nella "fascia di Gaza";

appare necessario rafforzare l'amicizia e il sostegno allo Stato e al popolo di Israele, che costituiscono un esempio unico di democrazia politica in Medio Oriente e la cui sicurezza va prioritariamente assicurata, pena il tragico precipitare della situazione nella regione e a livello internazionale;

appare necessario assicurare al popolo palestinese l'autodeterminazione democratica dei suoi diritti —

1) se il Governo intende contribuire al

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

successo del tentativo di definizione dello statuto di autonomia della fascia di Gaza o di altre iniziative miranti a creare nell'area un processo di pacificazione coinvolgente Israele, la Giordania, i sindaci e i responsabili dei territori amministrati, i responsabili palestinesi;

2) se il Governo intende favorire la convocazione di una conferenza internazionale di pace per il Medio Oriente, che chiami al tavolo delle trattative i soggetti citati, gli USA, l'URSS, il Governo che assicura la presidenza in esercizio delle Comunità Europee;

3) se il Governo intende proporre e sostenere in seno al Consiglio dei ministri CEE l'incremento degli aiuti finanziari, commerciali e di cooperazione diretto ai responsabili locali dei territori amministrati, adeguato a contribuire ad una positiva evoluzione della situazione».

(2-00177)

«Rutelli, Stanzani Ghedini, Vesce, Teodori»;

(14 gennaio 1988)

«I sottoscritti chiedono di interpellare il ministro degli affari esteri, per conoscere — premesso che

i gravi incidenti in Cisgiordania e nella striscia di Gaza confermano l'esigenza di ricercare una soluzione politica che assicuri il mantenimento della pace e della sicurezza nell'area, nel rispetto dei diritti di tutti e senza minacciare la sicurezza di nessuno, garantendo la convivenza fra israeliani e palestinesi;

una soluzione della crisi in atto in quest'area richiede, da un lato, l'abbandono di ogni tentazione annessionistica da parte del Governo israeliano, dall'altro che gli stati arabi e i rappresentanti dei palestinesi riconoscano l'esistenza dello Stato di Israele —;

se il Governo non intenda operare, in tutte le sedi opportune, per favorire la convocazione di una conferenza internazionale di pace, garantita dalle supero-

tenze, che attraverso il negoziato diretto fra i protagonisti della crisi può rappresentare la sola strada per giungere ad una soluzione pacifica e definitiva che consenta di superare lo stato di permanente tensione che investe il Medio Oriente».

(2-00180)

«Del Pennino, Pellicanò, Dutto»;

(14 gennaio 1988)

«I sottoscritti chiedono di interpellare il ministro degli affari esteri, per sapere — premesso che

da settimane lo Stato di Israele colpisce con dura repressione militare la popolazione palestinese dei territori arabi occupati;

il Consiglio di sicurezza dell'ONU ha condannato il comportamento di Israele con le risoluzioni del 22 dicembre 1987 e del 5 gennaio 1988;

tanto il popolo palestinese quanto il popolo ebraico hanno diritto a vivere ciascuno in un proprio Stato sovrano secondo le indicazioni delle Nazioni unite;

solo questa soluzione rispettosa dei popoli e del diritto internazionale potrà garantire la pace in Medio Oriente —;

quali iniziative intende assumere rispetto ad Israele perché cessi la repressione e termini l'occupazione militare in modo da consentire la nascita di uno Stato palestinese che viva in pace con Israele;

quali iniziative intende promuovere a livello di Comunità Europea e in sede ONU perché si giunga ad una Conferenza internazionale di pace sul Medio Oriente con la partecipazione dell'OLP.

(2-00182)

(«Andreis, Savoldi».

(18 gennaio 1988)

e delle seguenti interrogazioni:

Ronchi, Russo Franco, Arnaboldi, Ca-

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

panna, Tamino, Russo Spena, Cipriani e Guidetti Serra, al ministro degli affari esteri «per sapere — premesso che

il 5 settembre 1987 l'aviazione israeliana, sconfinando in territorio libanese, ha bombardato il campo profughi palestinese di Ain el Hevi, nei pressi di Sidone (Libano);

nel campo vivono oltre 60.000 profughi assistiti direttamente dall'UNRWA e dall'ONU;

l'aviazione israeliana ha articolato l'attacco con il premeditato intento della strage, con due bombardamenti nel pieno centro del campo e un terzo nel momento in cui venivano recuperate le salme e si prestava soccorso ai feriti;

il bombardamento ha causato 49 vittime tra la popolazione civile ed oltre 70 feriti dei quali molti in condizioni gravissime;

l'attacco israeliano è stato una vera e propria aggressione contro un altro paese e contro la popolazione civile palestinese sotto la diretta tutela dell'ONU;

l'attacco israeliano è un atto grave di bellicismo nel momento in cui vengono proposte soluzioni negoziali per il conflitto israelo-palestinese, quali la conferenza internazionale e le recenti dichiarazioni di Arafat al vertice dell'ONU di Ginevra —

quali iniziative di protesta il Governo italiano intende inoltrare o ha inoltrato al Governo di Israele contro questa ennesima violazione del diritto internazionale e contro un atto che aumenta le sofferenze della popolazione palestinese e la tensione in un'area già particolarmente flagellata da conflitti e guerre» (3-00160);

(10 settembre 1987)

Silvestri, Castagnetti Pierluigi e Ciliberti, al ministro degli affari esteri «per sapere — premesso

che il 12 aprile 1987 le autorità israeliane

hanno arrestato e condannato a sei mesi di detenzione Faisal Hussein, presidente della Società degli studi arabi ed altre otto personalità palestinesi;

che la condanna annunciata dal ministro della difesa dello Stato di Israele è stata confermata il 7 ottobre scorso dal giudice Waiss, presidente della Corte centrale di Gerusalemme;

le prese di posizione contro il suddetto arresto assunte da numerose personalità israeliane, arabe ed europee, come pure da *Amnesty International* che considera il caso di Hussein come quello di un "prigioniero di coscienza";

l'incontro avuto da diversi parlamentari europei con Hussein a Gerusalemme proprio nei giorni immediatamente precedenti l'arresto;

il suo impegno per il rispetto dei diritti dell'uomo e della giustizia —

se si intende:

1) esprimere la condanna dell'arresto di Faisal Hussein, uomo che da sempre è impegnato pubblicamente e pacificamente nella ricerca d'una pace giusta e durevole fra palestinesi e israeliani;

2) denunciare il ricorso alla "detenzione amministrativa" per proseguire i cittadini a causa delle loro opinioni, privandosi del diritto ad essere sottoposti a regolare processo;

3) chiedere la liberazione immediata di Hussein e di tutti gli altri prigionieri di coscienza;

4) intervenire presso le autorità israeliane affinché siano rispettati i diritti fondamentali dell'uomo e segnatamente la libertà di parola, di opinione e di autodeterminazione» (3-00486);

(16 dicembre 1987)

Capanna, Russo Franco e Russo Spena, al ministro degli affari esteri, «per conoscere — premesso che

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

l'esercito israeliano sta attuando in questi giorni una serie di sanguinose operazioni di repressione nei confronti dei civili palestinesi residenti nei territori occupati;

il bilancio provvisorio di tali interventi contempla almeno 4 morti accertati e decine di feriti, di cui alcuni in gravissime condizioni, in una sola giornata di scontri nella striscia di Gaza;

le truppe israeliane non hanno esitato ad attaccare anche l'ospedale civile «Shifah», con uso di armi da fuoco e lacrimogeni senza risparmiare malati, familiari, personale sanitario presenti in quel momento nell'edificio e assassinando uno o due giovani;

Abu Aiash, presidente dell'Associazione dei giornalisti palestinesi, è stato arrestato, provocando imbarazzo e disagio nella stessa comunità diplomatica occidentale a Gerusalemme e proteste da parte anche di organi di stampa locali;

il deputato israeliano Dedi Zucker ha accusato il ministro della difesa Rabin di aver attuato nei territori occupati «una politica punitiva senza precedenti»; nel corso di questo anno, fino a metà dicembre, le autorità militari hanno emesso 205 ordini di detenzione amministrativa, espulso 17 persone e fatto demolire o murare 200 abitazioni, senza contare gli atti di vandalismo compiuti nei campi palestinesi ai danni di cose e abitazioni;

è pratica comune e documentata quella delle truppe israeliane di maltrattare, picchiare, torturare civili fermati o semplicemente residenti nelle zone occupate, in aperto disprezzo dei più elementari diritti civili ed umani;

da fonti giornalistiche si apprende che il Governo federale tedesco avrebbe richiamato Israele al rispetto dei suoi obblighi come «potenza occupante», in base alle convenzioni internazionali e che il Governo USA avrebbe protestato ufficialmente contro i metodi repressivi e violenti utilizzati;

una colonna blindata israeliana è penetrata in Sud Libano, dirigendosi verso la zona controllata dalla Siria e scontrandosi con gruppi di guerriglieri —

quali passi ufficiali intenda muovere nei confronti delle autorità israeliane al fine di far cessare comportamenti che violano palesemente diritti inalienabili e convenzioni internazionali» (3-00489);

(16 dicembre 1987)

Battistuzzi e Serrentino, al ministro degli affari esteri, «per sapere — premesso che i liberali condividono la risoluzione approvata nei giorni scorsi dal Consiglio di sicurezza dell'ONU con la quale si invita Israele a desistere dalla espulsione dei capi della rivolta palestinese e a rispettare le norme della Convenzione di Ginevra sui diritti della popolazione civile nei territori occupati — se e quali passi il Governo intende fare affinché venga superata positivamente la grave situazione che si è creata nei territori occupati da Israele» (3-00510);

(11 gennaio 1988)

Masina, al ministro degli affari esteri «per sapere quali iniziative abbia esperito o intenda esperire:

a) presso il Governo di Israele perché sia posta fine all'ondata di violenza repressiva nei territori occupati dalle sue truppe, violenza che ha già causato la morte di dieci persone e il ferimento di più di altre cento;

b) presso il Consiglio di sicurezza per l'attuazione di misure vincolanti per l'attuazione di una conferenza internazionale sul Medio oriente;

c) presso i governi degli altri Stati mediterranei perché sostengano tale progetto che appare l'unica possibilità per giungere finalmente a una soluzione politica di una vicenda che ha ormai tutte le caratteristiche di un orrendo genocidio» (3-00517).

(11 gennaio 1988)

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

Queste interpellanze e queste interrogazioni, che riguardano lo stesso argomento, saranno svolte congiuntamente.

FRANCESCO RUTELLI. Chiedo di parlare.

PRESIDENTE. Ne ha facoltà.

FRANCESCO RUTELLI. Signor Presidente, vorrei fare una breve dichiarazione a nome del gruppo federalista europeo. In Conferenza dei capigruppo si era deciso di iscrivere all'ordine del giorno di questa settimana la discussione di interpellanze e di interrogazioni vertenti sulla situazione palestinese, discussione alla quale avrebbe partecipato il ministro degli esteri.

Non intendiamo, ovviamente, con questo mostrare disistima o mancanza di considerazione nei riguardi del sottosegretario, onorevole Bonalumi; ma consideriamo grave che il ministro Andreotti, il quale fino a pochi minuti fa era seduto al banco del Governo, intento a votare disciplinatamente come membro della maggioranza gli emendamenti presentati alla legge finanziaria, non sia in questo momento presente.

Per questo motivo, a nostro giudizio, muta il carattere che la seduta avrebbe dovuto avere; annunciamo quindi che, per protesta, non parteciperemo ai lavori di questa sera, rimettendoci alle proposte ed alle indicazioni contenute nella nostra interpellanza.

PRESIDENTE. Onorevole Rutelli, lei sa che non è compito della Presidenza esprimere giudizi nei confronti del Governo, il quale ha la facoltà ed il diritto di farsi rappresentare da uno dei suoi membri.

Vorrei solo farle osservare che il ministro degli esteri ha già avuto occasione di occuparsi dell'argomento all'ordine del giorno partecipando in modo attivo ai lavori della Commissione esteri, nella quale sono stati affrontati determinati problemi, e realizzando un'ampia convergenza.

L'onorevole Tremaglia ha facoltà di svolgere la sua interpellanza.

MIRKO TREMAGLIA. Signor Presidente, nella seduta del 14 gennaio il ministro degli esteri ha riferito ampiamente in Commissione sulla gravissima situazione, che si è andata aggravando giorno per giorno, determinatasi nei territori occupati della Palestina. In quella sede — debbo ricordarlo alla Camera — si è svolto un ampio dibattito, e si è giunti all'approvazione di una risoluzione, che è stata sottoscritta anche dal Movimento sociale italiano.

A seguito di tale pronunciamento, potevamo dire concluso, almeno in questa prima fase, un discorso di carattere parlamentare che certamente è molto grave, perché investe i destini del popolo palestinese. Ho parlato di «discorso di carattere parlamentare» perché purtroppo, invece, le soluzioni non sono state trovate. Dobbiamo denunciare come ormai sia divenuta cronica una situazione che preoccupa sul piano internazionale e della sicurezza. Dopo 21 anni di occupazione un popolo insorge: un popolo che ha diritto alla propria terra, che ha diritto alla propria patria, un popolo insanguinato da un massacro terribile avvenuto in questi anni, che insorge sul proprio territorio per riaverne la sovranità; un popolo di ragazzi, di giovani, che si battono con i sassi contro i carri armati. Una dura, durissima, inaudita repressione da parte di Israele, con una condanna unanime, il 5 di gennaio, da parte dell'ONU.

La nostra posizione è chiara, chiarissima, senza possibilità di equivoco: no a questa repressione, no al terrorismo, no ad ogni forma di razzismo, sì al tentativo negoziale di pace!

Per troppi anni questo problema, signor Presidente, signor rappresentante del Governo, è stato lasciato ad una gestione che ha trovato costantemente in conflitto da una parte l'OLP, dall'altra Israele; si è perfino giunti — l'ho già detto — ad una guerra civile pesantissima tra i palestinesi collocati nel quadro siriano e quelli dell'OLP.

Si è avuta la dimostrazione che la via dell'OLP è impraticabile, anche perché l'OLP iscrive al primo punto del suo statuto — pur in presenza di continue dichiarazioni contraddittorie di Arafat — la distruzione dello Stato di Israele.

Mentre affermiamo con estrema decisione che il popolo palestinese ha diritto a riavere finalmente la propria terra e la propria patria, dobbiamo anche dire che Israele ha diritto alla sicurezza dei propri confini. È questo d'altronde il tenore della risoluzione che abbiamo sottoscritto in Commissione insieme a tutti gli altri gruppi parlamentari, con esclusione di democrazia proletaria e del partito radicale, il giorno 14 gennaio.

Ci divide certamente una valutazione delle funzioni dell'OLP, che ha più volte esercitato la violenza terroristica anche fuori dei territori occupati, e che non rappresenta un interlocutore positivo. Negare ciò significa assumere posizioni che sono ormai di retroguardia: si fa il danno e non l'interesse del popolo palestinese continuando a cacciarsi in questo vicolo cieco, mentre il mondo arabo sta cercando altre vie per giungere finalmente ad una soluzione, di fronte a questo terribile bagno di sangue (anche oggi vi sono stati dei morti).

Dobbiamo forse registrare una mancanza di interesse internazionale al problema. È vero, vi sono state — finalmente, io dico! — le prese di posizione dei Dodici, nel mese di dicembre, quella dell'ONU e quella del Consiglio di sicurezza del 5 gennaio, con l'approvazione della risoluzione n. 607.

Per troppo tempo, ripeto, siamo stati assenti, come Comunità europea, nei confronti degli alleati, non tenendo conto di un problema vitale per il Mediterraneo e il Medio oriente. Abbiamo quasi dimenticato, direi, una situazione terribile, come è accaduto per tante altre vicende del Medio oriente. Non a caso si parla di guerre dimenticate. Migliaia, centinaia di migliaia sono i caduti.

Mi pare, quindi, che la strada scelta sia quella di una revisione di tutta questa situazione; dobbiamo fare appello non

soltanto all'ONU, ma anche alle responsabilità del Governo italiano e del mondo arabo moderato, con in testa l'Egitto e la Giordania. Queste sono le strade percorribili; altrimenti la vita è impossibile nei territori occupati. Ci troviamo di fronte ad un popolo che viene colpito non soltanto dalle armi, ma anche dalla fame, dalla miseria, da una serie di arbitri e di soprusi.

Abbiamo già sostenuto che sotto questo aspetto Israele va politicamente isolata. Ciò non significa assolutamente fare il discorso pure improprio, anomalo, paradossale dell'antisemitismo, come si è tentato di fare. Noi condanniamo ogni parvenza, ogni atteggiamento, ogni pensiero di questo genere; e non vorremmo che si trattasse di un alibi per continuare il massacro di un popolo.

Ripetiamo quindi con fermezza, con decisione, che si deve promuovere un negoziato di pace, che veda da una parte Israele e dall'altra il mondo arabo più qualificato. Non si deve continuare sulla strada dell'OLP, ormai squalificata, non più credibile: questo organismo rappresenta un pericolo. Non dimentichiamo che cosa è divenuta l'OLP dopo il suo ultimo consiglio nazionale: vi sono stati incorporati gli estremisti, i peggiori terroristi; sono entrati infatti a far parte del consiglio nazionale Abu Abbas, George Habbash, espressione del terrorismo internazionale.

La strada da percorrere è quella della conferenza internazionale.

Che cosa chiediamo, quindi, al Governo italiano? Che si continui sulla strada indicata nella risoluzione che abbiamo approvato sei giorni fa, in modo che il popolo palestinese sia difeso e abbia la prospettiva della pace e di una patria. Le reazioni, le rivolte di questo popolo sono infatti causate proprio dalla mancanza di avvenire, da aspettative per troppi anni soffocate: i palestinesi non vedevano più alcuna luce, ma soltanto il buio; non avevano più alleati.

Il richiamo che facciamo al Governo si pone proprio in questi termini. È necessaria una solidarietà internazionale che

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

non si esprima più con messaggi e appelli; si deve cercare di costruire qualcosa attraverso la conferenza internazionale. Il Governo deve dirci quali passi intenda fare, da quali basi voglia partire. Certo, i tempi non potranno essere specificati esattamente; ma dopo la risoluzione dell'ONU dobbiamo continuare a essere vigili, a controllare che i diritti umani siano rispettati anche da Israele. Solo in questo modo potremo chiarire a noi stessi ed al mondo intero che cosa significhi un atto di civiltà, che cosa significhi sicurezza per Israele, che cosa significhi patria per il popolo palestinese (*Applausi a destra*).

PRESIDENTE. L'onorevole Capanna ha facoltà di svolgere l'interpellanza Russo Franco n. 2-00174, di cui è cofirmatario.

MARIO CAPANNA. Presidente, anzitutto debbo, a titolo personale e a nome del mio gruppo, protestare energicamente per l'ora in cui è stato fissato lo svolgimento di questa discussione, e la conseguente risposta del Governo a interpellanze e interrogazioni. È vero che in sede di Commissione affari esteri della Camera giovedì scorso, su iniziativa (malauguratamente, debbo aggiungere con sincerità) del partito comunista italiano, fu proposto ed accettato dalla maggioranza, con la nostra ferma opposizione, di spostare il dibattito già fissato per l'indomani in Assemblea; ma il fatto che la Camera sia stata convocata per questa sera alle 20,30 sta ad indicare, a mio avviso, una sottovalutazione molto grave della drammaticità della questione mediorientale e palestinese.

Spendere parole sulla gravità della situazione mi pare francamente superfluo. Tutti vediamo, ormai da quasi 50 giorni, ciò che accade in Cisgiordania e a Gaza. Non so se tutti i colleghi abbiano visto i telegiornali di questa sera, ma l'ultima notizia è che i soldati hanno oggi picchiato persino le due *troupe* italiane del TG-1 e TG-2. Lo hanno fatto a freddo, come gli stessi corrispondenti hanno te-

stimoniato poco fa alla televisione, senza alcuna ragione plausibile, in modo — hanno fatto bene a sottolinearlo — totalmente illegittimo.

Siamo di fronte ad un esercito regolare (e per questo meno scusabile: mi rivolgo a lei, signor Presidente, che ha fatto il partigiano), di uno Stato sovrano membro dell'ONU, che viola ripetutamente la legalità internazionale e che addirittura risponde con arroganza e disprezzo ai deliberati dell'ONU. Mi riferisco alle ultime recenti tre risoluzioni approvate, addirittura all'unanimità, dal Consiglio di sicurezza.

Dobbiamo dire la verità, perché solo così saremo tutti in grado di essere in prima fila, con efficacia, nella battaglia che va sempre combattuta contro ogni aberrazione antisemita. Chi parla ed il partito in cui milita sono da sempre in prima fila contro l'antisemitismo, che consideriamo la peggiore variante del razzismo ed una aberrazione umana, culturale e politica. Ma oggi — dobbiamo affermarlo — la forma principale, più tragica di antisemitismo è appunto quella praticata dallo Stato di Israele contro i palestinesi, che sono anch'essi semiti. Sono anch'essi semiti, Pellicanò!

Israele si comporta in modo assolutamente contrario non solo alla volontà che la stragrande maggioranza dell'opinione pubblica mondiale esprime, ma a quanto la comunità delle nazioni e delle genti, cioè l'ONU, le chiede.

Presidente, le Nazioni unite sono (può piacere o meno, ma è così) la sede della legalità internazionale, del diritto tra le nazioni e i popoli; e dunque dobbiamo riflettere sul fatto che lo Stato di Israele negli ultimi 40 anni, dal 1948 ad oggi, ha violato circa 170 risoluzioni dell'ONU. È quindi evidente (non perché lo dico io, ma perché lo dicono i fatti) che è uno Stato fuorilegge rispetto alla comunità mondiale. Questa è la realtà con cui il Governo serio di un paese serio deve, secondo noi, misurarsi e fare i conti.

I termini del problema, signor Presidente, sono molto semplici. Nel 1948, le Nazioni unite affermarono che in Pale-

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

stina andavano edificati due Stati, quello israeliano e quello palestinese. Non rifaccio ovviamente tutta la storia, ma dopo quarant'anni c'è lo Stato israeliano e non quello palestinese. Il problema del Medio Oriente non è un popolo in più, ma uno Stato in meno.

Senatore Bonalumi, la ascolterò con attenzione, ma fino a quando il Governo italiano non riconoscerà e non ammetterà a se stesso che questo è il cuore del problema, ogni altro ragionamento, parola o pensiero saranno inutili, se non ridicoli. Ogni altro ragionamento che non si basi su tale necessità, oggi matura e decisiva, non è proporzionato al problema da risolvere.

Signor Presidente, vorrei esprimere — e spero che lei me lo consenta — lo stesso concetto in termini figurati (*Spiega una bandiera palestinese*): questa è la bandiera del popolo palestinese, del quale stiamo parlando. Fino a quando essa non potrà sventolare liberamente in Cisgiordania e a Gaza, nella parte araba di Gerusalemme, a Nablus, a Betlemme, ad Umm el Fahm, a Ramallah, a Nazareth, non vi potrà essere pace in Medio Oriente. È impossibile! Questa infatti è la soluzione proposta non da me, ma dalla comunità mondiale, dalle Nazioni unite, da quarant'anni.

Per tale motivo speriamo, signor Presidente, che il Governo vada oltre rispetto alla dichiarazione di Venezia.

PRESIDENTE. Onorevole Capanna, lei ci ha mostrato la bandiera, e questo gesto riguardava un argomento da lei svolto. Adesso però dovrebbe riporla, come ritengo sia doveroso, in ottemperanza ad un preciso disposto regolamentare.

MARIO CAPANNA. Non vi è alcun problema, signor Presidente. Il mio gesto serviva a rendere più efficace il ragionamento; non ho quindi difficoltà a riporre la bandiera, anche perché il regolamento lo impone (*Ottempera all'invito del Presidente*). Deve essere tuttavia chiaro che il popolo di cui essa è simbolo non la ritirerà: è questo il problema che oggi abbiamo di fronte.

Quanto noi diciamo, signor Presidente, le iniziative che nella nostra modestia abbiamo preso e continueremo a prendere, lo sciopero della fame, non solo mio, ma anche del segretario del nostro partito, nonché di decine e decine di nostri dirigenti, di decine e decine di studenti palestinesi presenti in Italia, di decine e decine di democratici di questo paese, donne e uomini, non sono soltanto un gesto di solidarietà totale — ci teniamo a dirlo in presenza del Governo — nei confronti dell'autodeterminazione del popolo palestinese, ma anche un gesto di amicizia nei confronti del popolo israeliano e degli ebrei di ogni parte del mondo. Fermo restando, beninteso, il dissenso più netto rispetto alla politica del Governo di Tel Aviv.

Proprio ieri, senatore Bonalumi, il ministro della difesa israeliano, Rabin, ha detto che la ricetta di Israele nei confronti delle dimostrazioni palestinesi consisterà in queste tre parole: forza, potenza e botte. Noi ci troviamo a riflettere su un Governo il cui principale esponente, o uno dei principali esponenti, dichiara all'opinione pubblica mondiale queste intenzioni, con queste parole.

Ecco perché occorre che il Parlamento e il Governo italiano si esprimano in termini più precisi di quanto non faccia la dichiarazione di Venezia. Farò degli esempi. Si continua pappagallescamente a ripetere che è giusto che i palestinesi abbiano una loro patria. Ottimo: ma dove? Dove? Noi diciamo in Cisgiordania e Gaza, una volta che Israele, che è inadempiente da ventuno anni, abbia ottemperato al deliberato dell'ONU, cioè abbia posto fine alla illegale e violenta occupazione militare di quei territori.

Si parla di una conferenza internazionale di pace, e non c'è dubbio che questa sia la strada maestra che occorre rapidamente imboccare. Una conferenza internazionale di pace con la presenza, oltre che dei cinque grandi della terra, anche di Israele, naturalmente, e dei legittimi rappresentanti del popolo palestinese. È giusto; lo sottoscriviamo. Chi sono? Noi

rispondiamo ciò che i palestinesi hanno già risposto mille volte: l'Organizzazione per la liberazione della Palestina. Se non si dice questo, sono giochetti, è fiato buttato e spero che questa sera non sia così (e tra un mese constateremo quanto eventualmente mi illuda).

In questi anni, si è fatto di tutto per cercare di trovare altri interlocutori palestinesi che non fossero i rappresentanti dell'OLP: una volta si è pensato a Hussein di Giordania, un'altra volta si è cercato di fare in modo che l'OLP si indebolisse, si frazionasse, si rompesse e tutti stavano in attesa della fine di Arafat. Ebbene, re Hussein non è l'interlocutore che può parlare a nome dei palestinesi, e l'OLP, che ha avuto senz'altro divisioni, fratture e difficoltà, oggi è più unita e rappresentativa di ieri.

Chi parla, Presidente, è stato non molto tempo fa nei territori occupati e ha potuto constatare direttamente, dal vivo, che almeno il 95 per cento dei cittadini palestinesi è con Yasser Arafat, è con l'Organizzazione per la liberazione della Palestina.

Colleghi e membri del Governo, occorre fare in fretta, il tempo non lavora per le ragioni della pace, ma lavora per quelle della oppressione e della guerra. Ancora oggi un dialogo è non solo possibile, ma necessario e doveroso; se lasciamo correre ancora il tempo, può darsi che tra un po' non ci sarà più nessuno, da ambedue le parti, disposto a dialogare e a negoziare e tutti cadremo preda della sindrome che potremmo chiamare degli opposti oltranzismi. Ma allora saranno le armi a parlare, non più la Conferenza internazionale, non più l'ONU, non più la Comunità mondiale, non più l'opinione pubblica democratica, non più i parlamenti ed i governi dell'Occidente europeo.

Ecco perché diciamo che sino ad ora l'azione del Governo italiano è stata debole, reticente, fiacca. Bisogna andare un passo oltre la dichiarazione di Venezia, e non nel senso di contraddirla, ma di completarla per dire finalmente, una buona volta, dove lo Stato palestinese può e deve sorgere, e riconoscere quel che i palesti-

nesi hanno già deciso e cioè che è l'OLP a rappresentarli.

In queste ultime settimane abbiamo assistito a fatti tragici, a repressioni sanguinose, con decine e decine di innocenti assassinati: bambini, donne, anziani, giovani. È necessario creare le condizioni per cui sia possibile in Cisgiordania e a Gaza, finalmente libere, edificare lo Stato palestinese, affinché conviva in pace e in reciproca sicurezza con Israele.

Nessuno mette in discussione il diritto di Israele, non solo all'esistenza, ma all'esistenza entro confini geograficamente certi. Tra l'altro, siamo di fronte all'aberrazione dell'unico Stato al mondo che non ha mai tracciato sulla carta geografica con precisione i suoi confini, perché come è noto molti pensano al grande Israele, dal Mediterraneo all'Eufrate.

In conclusione, Presidente, il Governo di un paese importante, e che può pesare, quale il nostro, è bene che si spinga un pochino più avanti, proprio in direzione di un'azione intelligente ed incisiva di edificazione della pace.

Dico un'ultima cosa, Presidente. Sabato 30 gennaio, a Roma, ci sarà quella che mi auguro e che potrà senz'altro essere una grande manifestazione di popolo. È di oggi la notizia che decine e decine di personalità democratiche, tra cui anche molti membri di quest'Assemblea (me ne congratulo e li voglio ringraziare tutti), credenti e laici (compresi molti sacerdoti), esponenti del giornalismo, della cultura progressista, del sindacato, delle associazioni, hanno oggi lanciato un appello alla mobilitazione.

PRESIDENTE. Onorevole Capanna, la prego di concludere.

MARIO CAPANNA. Presidente, mi consenta il margine di un minuto per recuperare le pause cui sono costretto a causa della stanchezza.

Dicevo che queste personalità hanno lanciato un appello, rivolto a tutti e che spero sia accolto da tutte le forze progressiste, popolari, di massa rappresentate anche in quest'Assemblea, senza ecce-

zione, in modo tale che sabato 30 gennaio, qui a Roma, una grandissima rappresentanza delle donne, dei giovani e dei lavoratori del nostro paese possa venire a dire pacatamente, ma a gridare anche, se necessario, le ragioni del diritto, le ragioni della pace, della autodeterminazione del popolo palestinese, con uno spirito tale che, appunto, questa manifestazione possa essere — e lo sarà — non solo un gesto di amicizia nei confronti del popolo di Israele, degli ebrei di ogni parte del mondo, ma anche un monito contro l'arroganza e la cecità del Governo di Tel Aviv (*Applausi dei deputati del gruppo di democrazia proletaria*).

PRESIDENTE. L'onorevole Marri ha facoltà di illustrare l'interpellanza Pajetta n. 2-00175, di cui è cofirmatario.

GERMANO MARRI. Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel riassumere brevemente le ragioni della nostra interpellanza, non posso non premettere anch'io il rammarico per le modalità con cui si svolge questo dibattito: un dibattito che era stato posticipato, proprio per consentire una più ampia partecipazione e quella attenzione che un tema così drammatico e così attuale richiedeva. Io credo, invece, che il suo svolgimento ad ora tarda, al termine di una giornata molto faticosa di impegno parlamentare, finisca per impedire il raggiungimento delle finalità che ci eravamo prefissi.

I fatti che hanno determinato la presentazione di questa interpellanza sono noti e, anche se l'attenzione della stampa e dei mezzi di comunicazione di massa si è attenuata in questi ultimi giorni, non per questo si sono attenuate le ragioni del nostro sdegno e della nostra condanna.

Si tratta, come è noto, dell'acutizzarsi, e nei modi più drammatici, della repressione attuata dallo Stato di Israele nei confronti della popolazione palestinese, della fascia di Gaza e della Cisgiordania. Una repressione che va avanti da oltre venti anni nei territori arabi occupati dallo Stato di Israele e che si esercita nei modi più diversi, ma tutti finalizzati a

determinare l'abbandono di quei territori da parte della popolazione palestinese.

L'elenco delle prepotenze, degli abusi, delle vessazioni, da una parte, e delle sofferenze, dall'altra, è lungo e ampiamente testimoniato. Sono note le discriminazioni e le persecuzioni sistematiche compiute nei confronti della popolazione araba, che viene mantenuta in condizioni di vita insopportabili. Con azioni sistematiche si tende a creare condizioni economiche e sociali sempre più sfavorevoli, per indurre la popolazione palestinese ad abbandonare la propria terra, e per sostituirla con nuovi insediamenti israeliani, come l'ultimo, inaugurato con grande rilievo in Cisgiordania, che ha costituito una delle cause immediate delle recenti proteste.

La protesta delle popolazioni arabe nasce, dunque, su questo terreno di violenze, determinato dalla occupazione militare; dai campi dei profughi, la rabbia e la ribellione si sono estese a tutto il territorio palestinese.

Non ho bisogno di soffermarmi sui caratteri che ha assunto la spietata repressione messa in atto dallo Stato di Israele, se non per richiamare, ancora una volta, il fatto che le vittime, costituite per lo più da giovani, hanno raggiunto e superato (sono i dati di questi ultimi giorni) il numero di 75; i feriti, anche gravi, non si contano; tantissimi i giovani e le donne inseguiti fino dentro le abitazioni, e lì uccisi.

A questi fatti, così tragici, si aggiungono le deportazioni, che sono continuate, nonostante i fermi richiami del Consiglio di sicurezza alla Convenzione di Ginevra del 1949, che vieta la deportazione dai territori occupati, qualunque ne sia il motivo. L'atteggiamento dello Stato di Israele, nonostante questi richiami, nonostante la condanna espressa all'unanimità dal Consiglio di sicurezza il 5 gennaio, è stato di sfida, di rifiuto, fino ad impedire — come sappiamo — l'ingresso nei campi profughi allo stesso inviato dell'ONU, il vicesegretario generale Mar rack Goulding.

Abbiamo apprezzato le iniziative prean-

X LEGISLATURA — DISCUSSIONI — SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

nunciate dal Governo; tuttavia, esse non bastano: vanno intensificate! L'atteggiamento del Governo deve essere aggiustato giorno dopo giorno, perché la repressione è proseguita, gli atti di deportazione non sono stati ritirati, le condizioni di vita delle popolazioni arabe stanno scadendo ulteriormente, giungendo a livelli drammatici, come ha del resto testimoniato la stampa negli ultimi giorni e come ha riferito lo stesso vicesegretario dell'ONU Goulding. Mancano i viveri, a diversi campi è stata tolta l'acqua ed è in atto un'azione volta a rompere la solidarietà verso le popolazioni in agitazione in questi giorni, con il ricatto del taglio dei viveri, se i commercianti non riapriranno i loro negozi.

Chiediamo, dunque, che cessi un simile stato di cose; che il Governo italiano intensifichi la sua azione, sia direttamente, nei confronti dello Stato di Israele, sia nei consessi internazionali.

Il primo risultato che dobbiamo conseguire è la cessazione della repressione: è un atto umanitario da compiere immediatamente. Vengano revocati i provvedimenti di espulsione dei cittadini palestinesi, cessino le persecuzioni e si adottino misure di garanzia, compresa la presenza di osservatori dell'ONU nei territori occupati.

Inoltre, chiediamo che si accrescano le iniziative di aiuto concreto alle popolazioni civili dei territori occupati. In questa direzione va compiuto uno sforzo eccezionale ed urgente per adottare misure di carattere sanitario ed assistenziale, per sviluppare forme di cooperazione che abbiano, come interlocutori, i rappresentanti legittimi della popolazione palestinese, al fine di migliorare le condizioni di vita, l'occupazione e l'economia del territorio di Gaza e della Cisgiordania.

Vanno quindi, appoggiate e sostenute tutte le iniziative poste in essere dalla società civile in questi giorni; in particolar modo, per la sua importanza, va sottolineata e appoggiata, anche da parte del Governo, l'iniziativa assunta dalle donne presenti in questo ramo del Parlamento,

che hanno lanciato un appello per una sottoscrizione nazionale che consenta, senza indugio, di provvedere all'invio di generi alimentari e di materiali di prima necessità, di ordine sanitario e assistenziale.

L'obiettivo principale rimane, comunque, quello di far cessare l'occupazione militare. Esso deve essere perseguito con maggiore energia che nel passato. Da qui l'esigenza di giungere, in tempi rapidi, ad una conferenza internazionale per la pace nel Medio Oriente, così come in questi giorni è stato indicato da vari esponenti dell'OLP e, in particolar modo, dal Presidente Arafat.

Per questa iniziativa il Governo italiano deve impegnarsi maggiormente, intensificando la propria azione diplomatica. Occorre una conferenza che ponga fine a questa situazione inaccettabile, che riconosca, nel quadro della reciproca sicurezza, i diritti nazionali e politici del popolo palestinese, che sancisca in maniera certa il diritto all'esistenza dello Stato di Israele entro confini sicuri e garantiti, portando nel contempo al ritiro di tale Stato dai territori arabi occupati, nonché al riconoscimento del diritto all'autodeterminazione del popolo palestinese.

Il recente vertice di Washington ed il nuovo quadro che si sta costruendo nei rapporti internazionali rendono ancora più praticabile tale iniziativa, rimuovendo ostacoli e resistenze, innanzitutto quelle frapposte dal Governo di Shamir.

Inaccettabile è, a questo proposito, l'atteggiamento volto a disconoscere il ruolo dell'OLP come interlocutore politico e di rappresentanza degli interessi generali del popolo palestinese. Si tratta di sbloccare, dunque, una situazione non solo profondamente ingiusta e profondamente lesiva dei diritti umani e dei popoli, ma nella quale è in gioco la sicurezza di tutti.

Queste sono, in sintesi, alcune delle valutazioni per le quali abbiamo interpellato e sollecitato il Governo (*Applausi all'estrema sinistra e dei deputati del gruppo della sinistra indipendente*).

PRESIDENTE. Poiché nessuno dei firmatari dell'interpellanza Rutelli n. 2-00177 è presente — come del resto, precedentemente, lo stesso onorevole Rutelli aveva preannunziato — s'intende che essi abbiano rinunciato allo svolgimento.

L'onorevole Pellicanò ha facoltà di svolgere l'interpellanza Del Pennino n. 2-00180, di cui è cofirmatario.

GEROLAMO PELLICANÒ. Rinuncio a svolgerla, signor Presidente, riservandomi di intervenire in sede di replica.

PRESIDENTE. Sta bene, onorevole Pellicanò.

L'onorevole Salvoldi ha facoltà di svolgere l'interpellanza Andreis n. 2-00182, di cui è cofirmatario.

GIANCARLO SALVOLDI. Signor Presidente, siamo di fronte a sei settimane di rivolta, durante le quali abbiamo visto e vediamo, in Israele, calpestati i diritti civili fondamentali. Si tratta di episodi che tutti conosciamo, perché ci vengono presentati dai *mass media*. E proprio attraverso i *mass media* abbiamo modo di distinguere le parti che si stanno scontrando: da un lato, le forze oltranziste dello Stato di Israele, dall'altro i rappresentanti reali del popolo palestinese, i quali si esprimono attraverso diverse forze, movimenti che sorgono in maniera talvolta disordinata, oltre naturalmente alle forze dell'OLP.

Credo che sia universale la richiesta di una conferenza internazionale che risolva la questione israelo-palestinese, con il riconoscimento dell'OLP come legittimo rappresentante dei palestinesi.

È fuori discussione il diritto alla sicurezza di Israele, ma altrettanto deve valere per i palestinesi, che non vogliono più la distruzione dello Stato di Israele. Non mi dilungo su tali considerazioni, perché si basano su fatti a tutti noti; del resto, in proposito altri colleghi hanno espresso posizioni che condivido e hanno indicato gli elementi su cui gli organismi internazionali devono muoversi per risol-

vere la situazione palestinese, ormai incancrenita.

Vorrei invece introdurre una linea di analisi diversa, perché da un certo tipo di comportamenti possono scaturire interventi capaci di portare frutti, di aprire prospettive di soluzione del conflitto arabo-israeliano. Mi rivolgo dunque al Governo perché operi, intervenga, agisca per stabilire una linea di intesa, a livello di popolo, tra palestinesi ed ebrei. Noi siamo abituati a pensare alla soluzione delle controversie internazionali sul piano diplomatico: certamente questa strada va seguita, ma bisogna anche ricercare vie nuove, diverse, provando a porsi su piani che in genere non vengono considerati, ma che — come ho rilevato — possono dare frutti particolarmente positivi. È a livello di base che deve costruirsi un dialogo tra fratelli. Oggi ci troviamo di fronte a figli di Abramo che non possono reciprocamente cacciarsi via dalla terra che abitano.

Ritengo funesto lo scontro che si può scatenare in quella terra tra fondamentalisti: i falchi israeliani da una parte e le forze che ancora si propongono la distruzione di Israele dall'altra.

Bisogna dire che è stato stolto chi ha cercato di indebolire o distruggere l'OLP e di spingerla alla disperazione. Vi sono oggi in Medio Oriente forze di ispirazione religiosa oltranziste che possono costituire una minaccia concreta di un immane massacro, capace di distruggere i popoli di cui stiamo parlando e di far esplodere l'intera area mediorientale.

Il Governo italiano dovrebbe riuscire ad individuare canali e mezzi adeguati che permettano di raccogliere le forze che in Israele, in una situazione difficile, sono oggi in grado di collaborare. Fortunatamente, tali forze esistono ed hanno raccolto intorno a sé consensi significativi, sia dal punto di vista qualitativo che da quello quantitativo. Non si tratta più di forze marginali.

Mi riferisco, per esempio, a piccoli gruppi di obiettori di coscienza che preferiscono il carcere piuttosto che imbracciare le armi per sparare, sia dentro che

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

fuori i confini di Israele. Esiste una lista per la pace, composta da arabi ed ebrei, che è riuscita a mandare rappresentanti nel Parlamento, a testimonianza di come i germi del dialogo e delle collaborazioni abbiano superato il livello delle élites.

Recentemente è stato nominato patriarca di Gerusalemme un palestinese. Si tratta di una innovazione significativa che può favorire il dialogo a livello religioso, sociale e politico. Gerusalemme, culla di grandi religioni, oggi brucia. È nostro dovere appoggiare chi può spegnere questo incendio e far fiorire la pace nel seno della città santa.

È salito di recente alla ribalta il nome di Hanna Siniora, un palestinese che propone la liberazione del proprio popolo attraverso mezzi non violenti, attraverso vari tipi di obiezione, che possono mettere in grave difficoltà l'avversario senza ricorrere alle armi.

Sugli elementi che ho esposto si può, credo, fondare una speranza. Chiedo che il nostro Governo, nella sua opera tesa a contribuire alle soluzioni del problema attraverso gli organismi internazionali, trovi il modo di valorizzare queste forze e di farle crescere. Attraverso il dialogo nel popolo, tra fratelli, potrà trovarsi una soluzione soddisfacente tanto per il popolo palestinese quanto per quello ebraico (*Applausi dei deputati del gruppo verde e all'estrema sinistra*).

PRESIDENTE. L'onorevole sottosegretario di Stato per gli affari esteri ha facoltà di rispondere alle interpellanze testé svolte, alle interrogazioni di cui è stata data lettura nonché alla seguente interrogazione non iscritta all'ordine del giorno, che verte sullo stesso argomento:

MARTINAZZOLI, SARTI, DUCE, MAFATTI, CRISTOFORI, RUSSO RAFAELE, ZANIBONI, ZOLLA, BALESTRACCI, AUGELLO, FAUSTI, ZUECH, AZZOLINI, BONFERRONI, CARRUS, GRIPPO, MONGIELLO, NENNA D'ANTONIO, PORTATADINO, QUARTA, USELLINI e ZOSO. — *Al Ministro degli affari esteri.* — Per conoscere i nuovi sviluppi della situazione in Israele rispetto agli ele-

menti emersi nei recenti dibattiti in sede parlamentare (3-00546).

GILBERTO BONALUMI, Sottosegretario di Stato per gli affari esteri. Ad un mese di distanza dall'inizio di manifestazioni di protesta considerate senza precedenti negli ultimi venti anni,...

MARIO CAPANNA. Sono quasi due mesi: non cominciamo con le imprecisioni!

GILBERTO BONALUMI, Sottosegretario di Stato per gli affari esteri.... la situazione nei territori occupati appare ancora caratterizzata da forte tensione, e destinata a sfociare, con ricorrente frequenza, in episodi di violenza tra la popolazione palestinese e le autorità israeliane di occupazione. Il bilancio è di 40 morti e centinaia di feriti.

Le manifestazioni, originate agli inizi di dicembre da alcuni incidenti nella striscia di Gaza, si sono estese anche alla Cisgiordania e a Gerusalemme est ed hanno assunto il carattere di una vera e propria rivolta. Tra le cause immediate non sono da escludersi l'accumularsi, in tempi recenti, di misure decisamente provocatorie (la solenne inaugurazione nel settembre scorso di un nuovo insediamento ebraico e la decisione del ministro Sharon di fissare la propria residenza in un quartiere della Gerusalemme orientale, tradizionalmente riservato alla popolazione araba), ma tutto ciò, più che altro, è il segno di un senso di frustrazione per l'oblio in cui sembra essere caduta la controversia arabo-israeliana anche nelle più recenti e significative occasioni di incontri internazionali: il vertice di Amman e l'incontro Reagan-Gorbaciov.

Ma occorre tenere in debito conto anche cause più remote e, in particolare, il perseguimento tenace da parte di Israele, a partire dall'agosto 1985, della politica caratterizzata dal ricorso a misure di repressione adottate nei mesi recenti a titolo esemplare nei confronti di personalità ed istituzioni palestinesi. Arresti senza processo (tra cui quello di Faisal Hussein, direttore della Società di

studi arabi di Gerusalemme est, ordinato nell'aprile scorso per la durata di sei mesi e rinnovato recentemente, ed il fermo di Hanna Siniora, poi rilasciato, per aver incitato alla disobbedienza civile; chiusura dell'università, coprifuoco, demolizione di abitazioni, domicilio coatto ed espulsioni sono stati gli strumenti più usati di tale politica ed hanno accresciuto lo stato di generale insoddisfazione, facendo sì che la protesta acquistasse maggiore sostegno anche negli strati più moderati della popolazione palestinese.

Le agitazioni hanno avuto carattere diffuso e spontaneo, basate come sono state sulla partecipazione di massa e sulla non violenza: in tale quadro va vista anche l'iniziativa del giornalista Hanna Siniora.

Un altro elemento nuovo è la solidarietà dei cosiddetti arabi israeliani (circa 600 mila, residenti entro i confini del 1948), che hanno mostrato di volersi collegare, con scioperi di solidarietà, alle lotte dei palestinesi dei territori occupati.

Anche lo spostamento dell'epicentro della rivolta dalla Cisgiordania a Gaza (dove profondamente diverse sono le condizioni socio-economiche, a causa dell'agglomeramento della popolazione e dell'inesistenza di una economia locale) costituisce un elemento nuovo, come nuovo è il diffondersi del fondamentalismo islamico che proprio nella striscia di Gaza, per le citate condizioni socio-economiche, trova alimento. Incoraggiato in passato, sembra, dalle autorità israeliane, che vi vedevano una alternativa al nazionalismo palestinese, l'integralismo ha finito per costituire, e non solo nei territori occupati, il punto di riferimento per il recupero di una identità islamica.

Le autorità israeliane sono apparse impreparate a fronteggiare tale nuova realtà: la loro risposta è stata di tipo meramente repressivo, oppure (vedi le dichiarazioni di territori occupati) si è rifatta a schemi di soluzione ormai sorpassati.

Per quanto riguarda i giornalisti della RAI che, insieme ad una *troupe* statunitense, filmavano un campo palestinese,

regolarmente autorizzati dagli israeliani, sembra che abbiano ritardato l'uscita dal campo rispetto all'orario concordato. Da notizie in nostro possesso sembra che i militari in servizio li abbiano invitati a lasciare il campo, ma — così pare — non con particolare energia.

Il Governo ha sempre sostenuto che l'interesse internazionale per una soluzione pacifica di altri sanguinosi conflitti regionali, come quello tra Iran e Iraq, non deve in alcun modo lasciar passare in secondo piano l'impegno per una ricerca assidua e costante di vie di soluzione al conflitto arabo-israeliano, che il trascorrere degli anni non può che aggravare. In tal senso si è espresso il ministro Andreotti nel suo intervento alla quarantaduesima assemblea generale delle Nazioni unite nel settembre scorso, oltre che nei vari incontri bilaterali avuti con esponenti politici delle parti interessate nel corso dell'anno appena concluso.

A partire da tale convinzione di carattere generale, il Governo ha continuato a seguire con particolare attenzione gli sviluppi della situazione nei territori occupati, con particolare riferimento al rispetto dei diritti umani da parte delle autorità israeliane, ed ha promosso e sostenuto ogni opportuna iniziativa per intervenire in modo deciso ed efficace a tutela di tali diritti.

Sul piano multilaterale, l'iniziativa del Governo si è sviluppata sia in seno alla cooperazione politica europea sia in sede di Nazioni unite.

A livello europeo, la situazione nei territori occupati è tenuta sotto costante osservazione, sulla base dei rapporti periodici redatti dai consoli generali dei paesi della Comunità presenti a Gerusalemme.

Si tratta di un osservatorio particolarmente importante, data la peculiarità della situazione, e di un preciso e ormai consolidato punto di riferimento per la stessa popolazione araba dei territori occupati, i cui esponenti si sono in varie occasioni rivolti ai predetti consoli generali per rappresentare le loro proteste in merito alle misure adottate dal Governo israeliano. Profondamente preoccupata

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

dal deteriorarsi della situazione, l'Europa comunitaria è più volte intervenuta negli ultimi mesi per richiamare, sia pubblicamente sia in forma riservata, il Governo israeliano al rispetto delle norme internazionali e degli obblighi che gli derivano dal suo *status* di potenza occupante.

Merita ricordare in proposito la dichiarazione ministeriale di Copenaghen del 14 settembre scorso, di condanna della politica degli insediamenti israeliani nei territori occupati, quella del Consiglio di Copenaghen del 4 dicembre scorso, che esprime, tra l'altro, preoccupazione per la situazione dei diritti umani e le condizioni di vita nei territori occupati, ed il passo effettuato il 18 dicembre presso le autorità di Tel Aviv, per richiamarle al rispetto della legalità internazionale ed in particolare della Convenzione di Ginevra del 1949 sulla protezione dei civili in tempo di guerra. Un nuovo passo è stato effettuato il 12 gennaio dai dodici per scongiurare l'adozione di provvedimenti di espulsione da parte delle autorità israeliane nei confronti di esponenti palestinesi accusati di aver fomentato la rivolta.

L'Italia ha partecipato attivamente alla messa a punto di tali decisioni comunitarie, adoperandosi, in particolar modo, affinché venisse costantemente richiamata la necessità e l'urgenza di una ripresa del dialogo per una soluzione politica del conflitto sulla base dei principi consacrati nella dichiarazione di Venezia del 1980.

La particolare responsabilità che incombe sull'Italia come membro eletto del Consiglio di sicurezza ha ispirato la linea del Governo anche in seno alle Nazioni unite.

L'astensione italiana sulla richiesta preliminare di ammissione del rappresentante dell'OLP al dibattito in Consiglio di sicurezza del dicembre scorso — motivata da ragioni di carattere giuridico e, in particolare, dalla mancata specificazione del titolo in base al quale l'OLP avrebbe partecipato al dibattito: se cioè a titolo di individui (articolo 39 delle norme di procedura) oppure come Stato (articolo 37) condivisa peraltro dagli altri tre paesi eu-

ropei presenti in Consiglio, non ha impedito, come si era previsto, che il dibattito avesse luogo con la partecipazione di tutte le parti interessate, inclusa l'Organizzazione per la liberazione della Palestina.

Intervenendo nel dibattito, il rappresentante italiano ha condannato senza mezzi termini la pratica della violenza da qualunque parte provenga ed in special modo quando essa sia esercitata da unità militari regolari che usano armi da fuoco contro civili inermi. Egli ha inoltre ribadito la piena applicabilità della IV Convenzione di Ginevra ai territori occupati ed ha invitato il Consiglio di sicurezza ad assumere iniziative per una ripresa del processo di pace.

Dopo un serrato dibattito, il Consiglio di sicurezza ha adottato il 22 dicembre la risoluzione n. 605 che, deplorando in termini energici la politica e le pratiche israeliane in Cisgiordania e Gaza ed in special modo l'uso di armi da fuoco contro civili indifesi, invita Israele ad attenersi alla Convenzione di Ginevra del 1949 e ad esercitare la massima moderazione per contribuire allo stabilirsi della pace. La risoluzione, inoltre, chiede al Segretario generale delle Nazioni unite di esaminare la situazione nei territori occupati e riferirne al Consiglio entro il 20 gennaio prossimo, suggerendo vie e modi per garantire la sicurezza della popolazione palestinese.

Un'intensa azione diplomatica, da noi svolta in stretto coordinamento con gli altri tre *partners* europei presenti nel Consiglio, ha permesso di giungere ad una formulazione della risoluzione in termini tali da consentire l'astensione (e scongiurare quindi il veto) degli Stati Uniti.

Pieno sostegno è stato nuovamente assicurato da parte nostra sia alla risoluzione n. 607 del 5 gennaio scorso, con cui il Consiglio di sicurezza, questa volta all'unanimità, ha invitato fermamente Israele ad astenersi dall'adottare provvedimenti di espulsione nei confronti di civili palestinesi ed a rispettare le norme della citata Convenzione di Ginevra sia alla successiva risoluzione del 14 gennaio,

sempre del Consiglio di sicurezza, che chiede ad Israele di revocare l'ordine di deportazione, consentire ai quattro palestinesi già deportati in Libano il ritorno nei territori occupati ed astenersi per il futuro da tali pratiche.

Sul piano bilaterale, un impegno particolare ha richiesto al Governo la visita non ufficiale del Presidente della Repubblica in Israele svoltasi, come è noto, proprio mentre si registravano i primi gravi incidenti a seguito di questa nuova ondata di manifestazioni nei territori occupati. Giova in proposito richiamare quanto già esposto davanti alla Commissione esteri del Senato dal ministro degli affari esteri, il 22 dicembre scorso: «La strada facile di un rinvio del viaggio non avrebbe certo favorito gli abitanti di quelle regioni. Il Governo ha ritenuto, piuttosto, che non si dovesse lasciar cadere la possibilità di una presa di coscienza *in loco* della gravità dei problemi; e ciò attraverso il franco e approfondito confronto con le autorità israeliane perché, proprio prendendo spunto dai gravi incidenti di Gaza e della Cisgiordania, potesse nascere un ulteriore impulso ad una soluzione politica del problema mediorientale. Il Governo ha ritenuto che fosse utile ricordare ai governanti israeliani che la pace va costruita nella giustizia e nella ricerca di un confronto, di un dialogo fra tutte le parti, sul difficile sentiero che deve condurre alla riconciliazione».

La visita del Presidente Cossiga ha costituito perciò un'occasione significativa per ribadire, anche in Israele, quelle soluzioni politiche che l'Italia e la Comunità europea propongono e cercano di sostenere: soluzioni ben note, come il progetto di una conferenza internazionale (cui i dodici hanno aderito con la dichiarazione del 23 febbraio 1986 a Bruxelles) intesa a ricercare una pace giusta, globale e duratura, sulla base, come ho detto prima, dei principi indicati nella dichiarazione di Venezia del 1980.

Durante la visita in Israele, il Presidente della Repubblica ed il ministro degli esteri hanno incontrato non soltanto le più alte autorità dello Stato (e cioè il

Presidente della Repubblica Herzog, il primo ministro Shamir, il ministro degli esteri Peres ed altri membri del governo), ma anche autorevoli esponenti civili e religiosi, nonché rappresentanti delle popolazioni palestinesi. Con questi ultimi, fra l'altro, sono stati individuati progetti di assistenza per lo sviluppo di Gaza, con un duplice obiettivo di utilità generale e di specifica solidarietà verso le popolazioni interessate. È da ricordare inoltre che anche l'OLP ci ha sottoposto specifiche richieste di assistenza, che sono attualmente all'esame degli organi competenti.

Sul piano parlamentare è da ricordare la risoluzione approvata dalla Commissione affari esteri della Camera dei deputati il 14 gennaio scorso. In tale occasione, come gli onorevoli interpellanti ed interroganti fanno, il ministro degli esteri ha pronunciato un importante discorso, che pone l'accento sulla necessità di una soluzione politica del problema palestinese ed indica la soluzione nella convocazione di una conferenza internazionale di pace.

Ricordando la profonda coerenza che ispira le posizioni italiane di politica estera, il ministro Andreotti ha dichiarato: «Noi ci sentiamo impegnati ad una sistemazione equa nel Medio Oriente, anche perché registriamo voci preoccupate — come quella del rabbino capo Toaff — sul timore di una ripresa di antisemitismo, che sarebbe iniquo ed assurdo. Se ci battiamo perché il popolo palestinese esca dai ghetti, possiamo farlo a testa alta, con lo stesso spirito con cui fummo a fianco degli ebrei perseguitati ed ostracizzati e sentimmo, accanto a pochi superstiti, l'orrore dell'olocausto. Terrorismo e razzismo non sono certo risposte che mai si possa comunque condividere. E questa è la forza morale che — appunto in una linea di coerenza — ci anima, una linea che ha sempre avuto il consenso del Parlamento della Repubblica».

Nello stesso discorso il ministro Andreotti ha annunciato la decisione del Governo italiano di inviare aiuti di emergenza per il valore di un miliardo, e di

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

stanziare la somma di 10 miliardi per un programma edilizio a favore delle popolazioni palestinesi.

In conclusione, l'azione del Governo italiano di fronte agli avvenimenti denunciati dagli onorevoli colleghi nelle interpellanze ed interrogazioni a cui si intende qui dare risposta, continuerà ad essere ispirata, da un lato a cogliere ogni opportuna occasione per richiamare nei modi più opportuni ed efficaci le autorità israeliane al rispetto della legalità internazionale, dall'altro ad un impegno costante per la ripresa di un dialogo che conduca ad una soluzione politica del conflitto arabo-israeliano che, sola, può assicurare al tempo stesso soddisfazione alle legittime aspettative del popolo palestinese, ed un avvenire di stabilità e sicurezza entro confini definiti e sicuri allo Stato di Israele (*Applausi*).

PRESIDENTE. L'onorevole Tremaglia ha fatto sapere alla Presidenza di rinunciare alla replica per la sua interpellanza n. 2-00172.

L'onorevole Capanna ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per l'interpellanza Russo Franco n. 2-00174, nonché per l'interrogazione Ronchi n. 3-00160, delle quali è cofirmatario, e per la sua interrogazione n. 3-00489.

MARIO CAPANNA. Presidente, come era doveroso, ho ascoltato con molta attenzione l'onorevole Bonalumi. Debbo però dire che, poiché tutti leggiamo i giornali e vediamo i telegiornali, il 99 per cento delle notizie che egli ci ha fornito ci era già noto. Non credo che il Governo possa venire in Parlamento a fare un «bigino» dei fatti accaduti: li conosciamo perché, come dicevo, leggiamo i giornali.

Sono un pochino sorpreso e gravemente insoddisfatto — lo dichiaro a nome del mio gruppo — dei ragionamenti uditi e delle risposte fornite. Perché? Agire in sede internazionale è indubbiamente importante; l'ONU è la più alta di tali sedi. Non ho difficoltà a riconoscere che negli ultimi tempi il comportamento dei rappresentanti italiani, e quindi del Governo

italiano, in quelle sedi sia stato attivo: si è cercato in qualche modo di lavorare per ottenere prese di posizione all'interno del Consiglio di sicurezza che avevano, ed hanno avuto, una loro importanza. Mi riferisco alle tre risoluzioni approvate.

Tuttavia, onorevole Bonalumi, l'Italia è anche un paese dell'area mediterranea, come è noto. Dunque, più di altri è interessata in modo vitale a quanto accade in essa e, di conseguenza, nel Medio oriente.

Per quanto riguarda il piano bilaterale, ho sentito dire — il Governo smentisca o confermi — che l'*iter* per l'invio di un miliardo per aiuti urgenti è quasi terminato. Consiglierei al sottosegretario Bonalumi di informarsi, domani mattina, se la notizia sia vera, in modo che si possa perfezionare l'*iter* e che quella somma attraversi il Mediterraneo ed arrivi a Gaza e in Cisgiordania, per il tramite dell'ONU e dell'UNRWA, così come ha detto il ministro degli esteri.

Noi abbiamo il diritto, essendo uomini liberi, di chiedere perché il ministro Andreotti, cioè il titolare della diplomazia del nostro paese, non abbia ancora convocato alla Farnesina l'ambasciatore israeliano Mordechai Drori, che ho avuto il piacere di conoscere giorni fa e con il quale ho parlato, in modo del tutto sereno e tranquillo, per circa un'ora e mezza. Onorevole Bonalumi, non so come lei possa affermare che i giornalisti RAI sono stati cacciati dai campi palestinesi con carezze. Non è così: lo ha affermato chiaramente alle 19,45 il TG-2. Il cronista ha infatti parlato senza mezzi termini di bastonature, di violenza sugli operatori di entrambe le reti RAI, persino sui giornalisti.

Credo che abbia senso un gesto del ministro degli esteri il quale, domani, anche alla luce di questo ennesimo episodio di violenza gratuita ed illegale ai danni di cittadini lavoratori del nostro paese, esterni la protesta, il disappunto, la non condivisione del Governo italiano e del suo Parlamento su episodi di tale genere.

Quando ponevo il problema della con-

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

vocazione dell'ambasciatore israeliano alla Farnesina, mi riferivo a più ampie e complesse questioni. Cosa si aspetta? Non è mica un gesto di inimicizia convocare un ambasciatore! Rientra nelle regole della diplomazia! Un governo che dice a un altro governo di non condividere alcuni suoi comportamenti ha il diritto, e secondo noi anche il dovere di farlo proprio in ossequio a quella legalità internazionale alla quale il nostro paese si ispira. Il nostro Governo ha il diritto ed il dovere di dire all'ambasciatore israeliano che non possiamo accettare e tollerare il fatto che quel governo violi sistematicamente la Convenzione di Ginevra del 1949 sulla protezione dei civili residenti nei territori soggetti e sottoposti ad occupazione militare.

Onorevole Bonalumi, poc'anzi lei ha usato la seguente espressione: «autorità israeliane di occupazione». La definizione è pertinente e non fa una grinza. Bisogna però essere coerenti e dire a tale autorità che, almeno dopo ventuno anni, si deve porre fine all'occupazione della Cisgiordania e di Gaza. Perché non lo diciamo?

Devo riferire ai colleghi non appartenenti alla Commissione esteri che, in ordine alla risoluzione presentata dalla maggioranza e sulla quale ci siamo astenuti, abbiamo presentato un emendamento che era approssimativamente del seguente tenore: la Commissione esteri impegna il Governo ad intervenire presso il governo israeliano al fine di porre termine all'occupazione militare della Cisgiordania e di Gaza, come ripetutamente richiesto dall'ONU. Questo nostro emendamento è stato respinto. Allora vi è qualcosa che non funziona. Se addirittura il Governo italiano ha paura, in un rapporto bilaterale con quello israeliano, di fargli sapere che secondo il nostro modesto parere di Repubblica che ha conquistato la libertà, grazie ad Aniasi ed a molti come lui, dalla dittatura nazifascista, deve cessare l'occupazione dei territori in questione, allora c'è qualcosa che vacilla nella serietà della politica estera di un paese come il nostro.

Signor Presidente, questa è la ragione

multiforme della nostra insoddisfazione. Noi pensiamo che si debba compiere quel cauto passo più volte invocato. Credo che tutti i colleghi avranno capito che la posizione di democrazia proletaria su questo punto coincide esattamente con quella espressa dalla comunità mondiale. Chiediamo la realizzazione di quanto l'ONU ha reiteratamente approvato e detto in questi ultimi quarant'anni.

Un'ultima notazione. Ho già parlato dell'amicizia per il popolo israeliano, per gli ebrei, ma quella di Israele è una politica da *apartheid* che non ha nulla da invidiare — anche su questo punto dobbiamo dire la verità — a quella praticata dal Sudafrica. Credo che sia compito dell'opinione pubblica mondiale cominciare a dire, pur nell'ambito della più ampia comprensione, che, come la comunità mondiale ha chiesto sanzioni nei confronti del Sudafrica se non interrompe la sua azione, analogamente si dovranno chiedere sanzioni a carico di Israele, visto che il comportamento è identico. Questo è un altro punto che noi poniamo alla riflessione di tutte le forze politiche e del Parlamento.

Un dato è ormai certo e non smentibile da parte di alcuno: i palestinesi sono gli ebrei di oggi, perseguitati dai perseguitati di ieri. E da uomini liberi, noi abbiamo il diritto-dovere di chiedere fino a quando i perseguitati di ieri vogliano ostinarsi ad essere i persecutori di oggi. Abbiamo il diritto di dire basta. Abbiamo il dovere di dirlo, se è necessario di urlarlo e di fare scelte ed atti politici conseguenti (*Applausi dei deputati del gruppo di democrazia proletaria*).

PRESIDENTE. L'onorevole Marri ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per l'interpellanza Pajetta n. 2-00175, di cui è cofirmatario.

GERMANO MARRI. Ho già espresso le nostre valutazioni di fondo illustrando l'interpellanza. Ma, dopo l'intervento dell'onorevole Bonalumi, mi permetto ancora una volta di sottolineare l'esigenza di una presenza quotidiana del Governo, in

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

considerazione dei fatti che stanno avvenendo e continuano ad avvenire — si può dire ogni giorno e con caratteri nuovi — nei territori occupati di Gaza e della Cisgiordania. Le notizie che pervengono giornalmente segnalano un aggravamento delle condizioni della popolazione civile. Vi è quindi l'esigenza di tempestività degli aiuti previsti e promessi. Le forme di solidarietà che sono state avviate debbono realizzarsi in stretto collegamento con i rappresentanti diretti della popolazione palestinese e bisogna fare in modo che gli aiuti arrivino e siano estremamente incisivi. Credo che questo sia un punto rispetto al quale le sollecitazioni e le richieste di iniziativa del Governo non saranno mai troppe.

Abbiamo già avuto modo di esprimere in Commissione l'apprezzamento per le iniziative messe in campo. Riteniamo però che su questi aspetti il Governo debba riferire periodicamente in Commissione, in modo da fornire un aggiornamento settimanale sull'andamento della situazione.

Rimane la questione di fondo della conferenza internazionale. Abbiamo ascoltato quanto l'onorevole sottosegretario ci ha detto oggi (e in precedenza, in forma più dettagliata, il ministro Andreotti) sugli intendimenti del Governo. Riteniamo che si tratti di una questione rispetto alla quale l'Italia deve svolgere un'azione primaria.

La posizione dell'Italia nei confronti del Medioriente, i rapporti con le popolazioni arabe, la storia dei nostri rapporti con l'OLP spingono affinché noi compiamo in questa direzione un'azione forte ed incisiva, per raggiungere al più presto il risultato della conferenza internazionale. La sicurezza dell'Europa e quella del Mediterraneo risiedono in gran parte nella convocazione di tale conferenza. Su questo torneremo ad incalzare il Governo nei prossimi giorni, perché riteniamo che costituisca l'elemento essenziale dell'iniziativa che il Governo deve assumere in tema di politica estera e di rispetto dei diritti umani (*Applausi all'estrema sinistra*).

PRESIDENTE. Poiché nessuno dei firmatari dell'interpellanza Rutelli n. 2-00177 è presente, si intende che abbiano rinunciato alla replica.

L'onorevole Pellicanò ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per l'interpellanza Del Pennino n. 2-00180, di cui è cofirmatario.

GEROLAMO PELLICANÒ. Signor Presidente, ho ascoltato con interesse le dichiarazioni che ha reso questa sera il rappresentante del Governo, anche alla luce di quanto ha avuto occasione di dire il ministro degli esteri, onorevole Andreotti, alla Commissione esteri, la settimana scorsa.

In questa occasione non basta che ci limitiamo a invitare il Governo d'Israele a modificare una politica che giudichiamo sbagliata.

Credo che la mia parte politica abbia qualche titolo per dire ciò con spirito di amicizia, senza per altro neppure dimenticare le particolari condizioni in cui si trova lo Stato d'Israele, che vede ancora posta in discussione la sua stessa esistenza. Né basta esprimere solidarietà, anche concreta, al popolo palestinese che soffre (una solidarietà che, sia ben chiaro, facciamo bene a manifestare per le condizioni nelle quali i palestinesi si trovano a dover vivere).

Bisogna, piuttosto, porre l'accento sulla necessità di individuare una soluzione politica, capace di dare una risposta adeguata ai molteplici ed esplosivi problemi che angustiano l'area mediorientale.

Sono lieto che il rappresentante del Governo anche questa sera concordi con questa nostra valutazione. In quest'area è in crescente aumento l'influenza del fondamentalismo islamico di marca Khomeinista. Si tratta di un dato che non possiamo non considerare con profonda preoccupazione, consapevoli come siamo che gli elementi di fanatismo e di irrazionalità in esso contenuti costituiscono un pericolo oggettivo, ed anche un ostacolo alla costruzione di quella soluzione politica che noi ricerchiamo. Oggi l'integralismo Khomeinista si propone non solo

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

come minaccia alla stabilità della nevralgica zona del Golfo...

FRANCO RUSSO. Come riferisce il *Financial Times*, Amal ha fatto morire 2.500 palestinesi nei campi in Libano!

PRESIDENTE. Onorevole Franco Russo, la prego, non interrompa!

GEROLAMO PELLICANÒ. Oggi, dicevo, l'integralismo khomeinista si propone non solo come minaccia alla stabilità della nevralgica zona del Golfo, ma estende la sua potenzialità esplosiva nel seno della già turbolenta questione mediorientale.

A fianco del fondamentalismo, vi è poi l'insoddisfazione del popolo palestinese per il perdurare dello stato di occupazione. È necessario, dunque, perseguire il negoziato per raggiungere una soluzione pacifica che assicuri i diritti di tutti, senza compromettere la sicurezza di nessuno.

Se oggi la situazione è esplosiva, ciò dipende da diversi fattori: dalla politica di Israele (in bilico fra le tentazioni annessionistiche e la disponibilità alla concessione di una autonomia mai realizzata, benché prevista dagli stessi accordi di Camp David), dai paesi arabi (che in quarant'anni non hanno favorito l'integrazione dei palestinesi), nonché dall'incapacità dell'OLP di essere un interlocutore politico credibile, anche a causa del suo ricorso al terrorismo e del suo persistente rifiuto del riconoscimento dell'esistenza di Israele e delle risoluzioni nn. 242 e 338 dell'ONU, che garantiscono allo Stato ebraico frontiere sicure e riconosciute.

GIULIANO SILVESTRI. Nemmeno Israele le ha mai accettate!

GEROLAMO PELLICANÒ. Oggi, la situazione appare davvero molto ingarbugliata, al punto che vedere una soluzione sembra assai difficile. Fino a quando la spirale di lutti e violenze continuerà, certamente ogni possibilità di dialogo, per tenue che sia, sarà difficile.

MARIO CAPANNA. Giù botte, allora!

GEROLAMO PELLICANÒ. Onorevole Capanna, queste sono interpretazioni che lascio a lei!

Per difficile che appaia, oggi l'unica opzione perseguibile appare la conferenza internazionale di pace sul Medio Oriente. Il protocollo di Londra fra Hussein e Peres è un passo avanti importante in questa direzione.

D'altra parte un coinvolgimento delle superpotenze, in un momento in cui da vari scenari regionali (da Kabul, al Golfo, alla Cambogia) giungono segnali di flessibilità, potrebbe favorire il raggiungimento di una intesa necessaria per giungere al tavolo delle trattative dirette attraverso una garanzia internazionale.

Non dimentichiamo, però, che per conseguire questo obiettivo i rapporti tra Mosca e Gerusalemme devono diventare migliori, altrettanto buoni quanto quelli tra Washington e le capitali arabe moderate.

In questo senso vi sono stati alcuni segnali positivi (dall'aumento dell'emigrazione ebraica alla permanenza di una missione consolare sovietica a Tel Aviv), che inducono ad avere qualche ragione di speranza.

Tuttavia, l'obiettivo della conferenza è impossibile da raggiungere fino a quando le parti non supereranno estremismi che si rivelano insormontabili ostacoli al dialogo ed alla convivenza fra ebrei e musulmani.

È indispensabile che gli Stati arabi non mettano più in discussione l'esistenza di Israele, che in Israele si superino le tentazioni annessionistiche che influenzano decisamente il partito conservatore del premier Shamir e che i palestinesi abbiano rappresentanti capaci di dialogare e non soltanto di minacciare.

Siamo convinti che l'esistenza di Israele sia compatibile con il rispetto dei diritti dei palestinesi, che sia possibile la convivenza tra Stati arabi e Stato ebraico. Pertanto, deciso deve essere il nostro impegno in favore di qualsiasi opzione realistica e possibile per garantire dialogo ed

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

accordo tra arabi ed israeliani.

Vorrei infine esprimere qualche elemento di forte preoccupazione, come già hanno fatto in Commissione il ministro degli esteri e questa sera qui in Assemblea il sottosegretario Bonalumi, per le intolleranze antisemitiche, come le scritte antebraiche nelle strade di Roma e Milano, gli insulti agli israeliti e le minacce al rabbino capo di Roma. Sono intolleranze che non hanno nulla a che vedere con un approfondimento della analisi mediorientale (anzi sono addirittura fuorvianti quando suggeriscono improponibili ed ignobili paragoni fra l'olocausto ebraico e la condizione dei palestinesi), ripropongono gravissime preoccupazioni e ci ricordano che purtroppo l'antisemitismo non è scomparso dalla nostra società. Su questi fenomeni occorre, dunque, vigilare con molta attenzione.

Prima di concludere, signor sottosegretario, vorrei aggiungere qualcosa sulla visita in Israele del Capo dello Stato e del ministro degli esteri.

Senza dubbio la decisione di compiere la visita è stata, a nostro giudizio, giusta e ponderata ed ha testimoniato, in un momento difficile, gli storici legami di amicizia fra il nostro paese e lo Stato di Israele. Si è trattato della prima visita di un Presidente della Repubblica italiana in Israele. Tuttavia, per usare un eufemismo, ci saremmo aspettati una migliore gestione della parte più strettamente diplomatica della visita.

Ritengo, in particolare, di formulare due rilievi. Innanzitutto, nella valutazione degli scontri che avvengono nella striscia di Gaza non si possono esprimere giudizi che possano essere interpretati come una messa in discussione dello Stato di Israele. Anche Piero Della Seta su *il manifesto* di qualche giorno fa, in un articolo certamente critico sulla condotta del Governo di Tel Aviv, ha affermato che oggi nessuno discute più l'esistenza dello Stato ebraico. Non vorremmo discuterla noi!

In secondo luogo appare abbastanza discutibile che in una visita ufficiale, in un paese amico (che resta amico) non soltanto si incontrino gli esponenti palesti-

nesi prima ancora degli ospiti ufficiali, ma si ritenga di dover manifestare il proprio dissenso rispetto alla politica del Governo israeliano prima ancora di aver incontrato gli esponenti di quel Governo (*Applausi*).

MARIO CAPANNA. Quanta prudenza!

RANIERO LA VALLE. La politica del governo israeliano era già conosciuta!

PRESIDENTE. L'onorevole Salvoldi ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per l'interpellanza Andreis n. 2-00182, di cui è cofirmatario.

GIANCARLO SALVOLDI. Sono d'accordo con la scelta del Governo di inviare aiuti ai palestinesi di Gaza. Non mi soddisfa, però, la risposta fornita dal Governo, perché non so se s'intenda proseguire su questa linea sostenendo i movimenti che ho ricordato nel mio precedente intervento e facendo pressione sul Governo israeliano perché assicuri possibilità di espressione e forza a quei movimenti che perseguono il dialogo, come gli obiettivi che ho prima citato o come il movimento «Pace subito».

PRESIDENTE. Passiamo alle repliche degli interroganti.

L'onorevole Silvestri ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per la sua interrogazione n. 3-00486.

GIULIANO SILVESTRI. Proprio mentre discutevamo qui con il Governo, nei territori occupati è trascorsa un'altra giornata di sangue. Notizie di stampa ci hanno informato di altri tre palestinesi uccisi e abbiamo appreso dai giornali di una vera e propria aggressione alla *troupe* televisiva del TG-2 e di seri «fastidi» — definiamoli così — ai giornalisti del TG-1.

Se poi ricordiamo che pochi giorni fa l'emissario dell'ONU non fu autorizzato a visitare i campi profughi e che si giunge al grave atto dell'intrusione violenta in un luogo di culto (qui non ricordata), pos-

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

siamo renderci conto della gravità della situazione.

Il Governo e il Parlamento italiano hanno già compiuto notevoli passi sulla via del riconoscimento della legittimità delle attese del popolo palestinese. Voglio ricordare le dichiarazioni rese in Israele dal Presidente Cossiga e dal ministro Andreotti, che fecero superare le perplessità sorte al momento dell'annuncio del viaggio.

L'attività svolta in questi anni dal nostro Governo e la recente risoluzione adottata all'unanimità dalla Commissione affari esteri della Camera hanno già determinato una vasta mobilitazione nell'opinione pubblica italiana, provocando non poche inquietudini all'interno della stessa comunità israelitica democratica. Mi piace ricordare l'appello, già richiamato in precedenza, «alla guerra rispondiamo con la vita» sottoscritto da donne parlamentari in rappresentanza della stragrande maggioranza dei gruppi presenti in Parlamento. Mi piace ricordare la gara di solidarietà svoltasi in ambito cattolico e in tutta la periferia del nostro paese; ed anche la mobilitazione del volontariato laico a sostegno delle sofferenze del popolo palestinese.

Lo stesso appello dell'altro giorno del Santo Padre conferma che quando si indicava il problema palestinese come il nodo centrale del conflitto mediorientale non si faceva esercizio di antisemitismo, come pensavate. Noi non possiamo abbassare la guardia nei confronti di coloro che approfittano della pervicacia di questo Governo israeliano per riscoprire vecchi fantasmi che abbiamo ricacciato nella storia. Non possiamo però nemmeno subire il ricatto del cosiddetto antisemitismo, per cui tutto quello che è critica al governo israeliano rischia di essere antisemitismo. Questa sì che è una forma di violenza della dialettica corrente!

GEROLAMO PELLICANÒ. Antisemitismo è antisemitismo, non dico che è critica.

GIULIANO SILVESTRI. È vero, collega Pellicanò, che l'OLP non ha ufficialmente

riconosciuto la risoluzione n. 242 ed un'altra risoluzione di cui ora non ricordo il numero, ma è vero anche il fatto che se vi è stato un Governo che non ha mai riconosciuto le risoluzioni dell'ONU quello è stato il governo israeliano. Fare appello all'ONU per una delle parti in causa...

GEROLAMO PELLICANÒ. Io ho detto che non è stata riconosciuta l'esistenza dello Stato di Israele.

MARIO CAPANNA. Pellicanò ha il paio d'occhi!

GIULIANO SILVESTRI. Comunque voglio ribadire che il governo che non ha rispettato alcuna risoluzione dell'ONU è stato quello israeliano. In questi anni sono state avanzate decine di proposte di pace: dalla dichiarazione di Venezia al piano Fat, al piano Reagan, alla proposta di Fez, alla conferenza di Casablanca. Il «no» primitivo è venuto sempre, come un macigno, dal governo israeliano. Che ci siano divisioni anche all'interno della società israeliana e del Governo israeliano non è una invenzione di questi giorni. Ogni discussione parte, e deve necessariamente partire, dal ritiro dai territori occupati e il Governo israeliano è diviso su questo passo preliminare.

Quando si considerava centrale il nodo palestinese come centrale nell'ambito della questione mediorientale si prendeva doveroso atto delle legittime e più elementari esigenze di un popolo che soffre e muore da tanti, troppi anni. Abbiamo fatto tanto come italiani, ma tanto dobbiamo fare anche come membri della comunità internazionale. Dobbiamo operare per sbloccare la situazione, lavorando incessantemente per la convocazione di una conferenza internazionale di pace che coinvolga tutte le parti in causa, ad iniziare ovviamente da Israele e dai legittimi rappresentanti della resistenza palestinese, cioè l'OLP.

Dobbiamo premere fortemente sulla parte più sensibile della società israeliana, che avverte la sofferenza per l'at-

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

teggimento aggressivo e repressivo del Governo di Tel Aviv, affinché non si possa e non si debba più confondere la legittima aspirazione alla sicurezza, che noi difendiamo (come abbiamo fatto nel passato e come continuiamo a fare oggi), e la sacrosanta lotta al terrorismo, con la occupazione più che ventennale di territori arabi, con la spaventosa repressione attuata contro cittadini, intellettuali, lavoratori, religiosi che manifestano il proprio sdegno e la propria rabbia contro l'invasore.

La lotta per la libertà non ha confini, la solidarietà all'uomo oppresso va sempre garantita, ovunque ci si trovi ad operare (*Applausi*).

PRESIDENTE. L'onorevole Masina ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per la sua interrogazione n. 3-00517.

ETTORE MASINA. Signor Presidente, colleghi, signor rappresentante del Governo, credo che ci portiamo tutti in cuore in questi giorni un sentimento. La repressione di cui vediamo le immagini quasi ogni sera, rientrando dal nostro lavoro, è tanto più dolorosa in quanto è operata da uno Stato (Israele) alle cui origini c'è il sogno di una stirpe perseguitata sino all'olocausto: il sogno di non vedere più case bruciate, di non vedere più campi di concentramento, di non vedere più bambini costretti a stare con le mani in alto davanti ad armi spianate, di non vedere più dignità offese, torture, uomini sradicati con la forza dalla loro patria e gettati lontano dai confini in un esilio tormentoso. Ebbene, oggi tutto questo sta avvenendo di nuovo.

Qualcuno ha parlato adesso di nazismo israeliano. Noi pensiamo che questa espressione vada respinta con forza: siamo per fortuna assai lontani dallo sterminio scientificamente teorizzato e realizzato dalla Germania hitleriana, siamo lontani, per fortuna, dalla degradazione di una democrazia in dittatura. C'è però, nel comportamento del governo di Israele, qualcosa che sinistramente ricorda il linguaggio e certe imprese dei nazisti: case

palestinesi sono state demolite con la scusa — cito da un comunicato — che esse risultavano di intralcio alla circolazione dei mezzi militari, ragazzi sono stati posti in prigione e lì rimangono perché le famiglie non hanno i soldi per pagare le cauzioni. Vi sono torture subite con ogni evidenza da molti arrestati, vi è il comportamento dei soldati israeliani per le strade, che la televisione ci ha mostrato fino ad ora (forse non ce lo mostrerà più se i *reporter* vengono aggrediti), vi sono le percosse ai civili, le saracinesche dei negozi arabi sfondate, il lancio di gas in quantità tali da uccidere per soffocamento donne incinte e bambini perfino nell'intimità delle loro case, vi sono le provocazioni portate nei luoghi di culto, la chiusura delle università.

Tutto questo basta a suggerirci la sensazione di un orribile *déjà vu*. Non si tratta, infatti, di qualche militare che ha perso il controllo dei propri nervi, né di sporadici eccessi. Il divieto che viene posto a fotografi e operatori delle televisioni, le difficoltà che vengono poste al vice segretario generale dell'ONU di visitare i campi, sono il goffo tentativo di nascondere la degradazione morale e politica del Governo israeliano. Quando non un irresponsabile estremista, ma uno dei *leaders* più importanti di Israele, Yitzhak Rabin, minaccia di affamare la popolazione dei campi profughi e dichiara che se l'insurrezione non sarà domata, la politica israeliana per riportare ordine nelle terre occupate sarà basata sul trionfo «forza, potenza e botte», il ricordo torna ad altri capi politici che usarono lo stesso linguaggio verso i ghetti.

E tuttavia, benché ciò non diminuisca la loro responsabilità, i governanti di Israele sono, per così dire, gli eredi e i gestori di una violenza che è assai più antica di loro, nata nelle cancellerie delle maggiori potenze. La Palestina avrebbe potuto essere un grande Stato, laico e pluralistico per etnie, religioni e culture e così l'avrebbero voluto alcuni grandi pensatori ebrei del nostro secolo, a cominciare da Martin Buber, ma i potenti, abituati a guardare ai popoli degli altri con-

tinenti come a servi senza nome, decisero cinicamente, molti e molti anni fa, di spartire questa terra con un solco di odio, scaricando sulle popolazioni che l'abitavano da secoli il complesso di colpa che l'Europa si portava dietro per la persecuzione degli ebrei. Così i luoghi sacri a tre grandi religioni sono diventati, persino in occasione di feste care a due di queste religioni, luoghi in cui il futuro sembra per sempre avvelenato dal passato.

La Palestina è stata confiscata da questa politica, come se fosse una terra senza popolo, per un popolo senza terra. È diventata merce di conquista. Israele non è più sembrata sufficiente a chi aveva accettato questa logica spartitoria, non per disperazione, ma per orgogliosa pretesa. Così per paura assai più della pace che della guerra, Israele, un poco alla volta, fatalmente, si è trasformato in quello che si può definire uno Stato imperialista, colonialista e razzista. Questa è la triste verità. Non la Germania hitleriana (no, queste sono stupidagini e infamie!), ma il Sudafrica dell'*apartheid*. Questo è il modello dello Stato di Israele di oggi: sfruttamento dei lavoratori di altra etnia, ricacciati ogni sera nei confini delle riserve, leggi speciali, militarismo e una perversione che non soltanto si alimenta in atrocità nazionalistiche, ma crea cittadini di serie A e cittadini di serie B fra gli stessi ebrei.

I falascià, per esempio, questi ebrei etiopici rimasti fedeli per secoli alla propria scelta religiosa, per altro non omogenea alla cultura degli israeliani, sono stati praticamente deportati in Cisgiordania, costretti a diventare pionieri di una invasione colonialistica, attuata in disprezzo di ogni risoluzione dell'ONU e destinata a far crescere odio ed ingiustizie.

Vi sono israeliani — e anche israeliani degni di ogni rispetto — che negano con sdegno la similitudine fra il loro Stato e il Sudafrica. Ma è un fatto che questa similitudine è andata facendosi così reale che oggi, insieme con il Sudafrica, Israele è diventato lo stato fornitore di consulenze tecnologiche, di esperti militari e di armi

alle peggiori dittature del mondo.

Il suo nome compare sempre più spesso sui brogliacci del traffico illegale delle armi, anche con riferimento alle triangolazioni del caso *Irangate*, quindi con un favoreggiamento aperto dello stesso fondamentalismo komeinista, che oggi si vuole condannare anche in quest'aula, addebitandolo ai palestinesi.

E non basta, purtroppo, perché noi troviamo Israele legato ai genocidi perpetrati dai fascisti libanesi e dai generali guatemaltechi. Lo troviamo, attraverso il suo servizio segreto, in contatto con le Brigate rosse, e autore quasi certo del rapimento, nel nostro territorio, di un cittadino israeliano, il fisico Vanunu. Lo troviamo implicato nella tragica sparatoria all'aeroporto di Fiumicino, dove il numero di proiettili rinvenuto non corrisponde a quello delle armi usate dai terroristi.

Sarebbe un panorama ben fosco se non contenesse, per fortuna, altri elementi. Mi riferisco ai politici, ai giornalisti, ai semplici cittadini e persino ai militari che esprimono la propria obiezione di coscienza alle peggiori imprese delle istituzioni governative israeliane. Voglio qui ricordare anch'io, con ammirazione, i gruppi di *Peace Now* e i deputati della lista progressista alla Knesset. Credo che tutti dobbiamo loro una grande riconoscenza, non solo perché la loro testimonianza, spesso coraggiosa, appartiene alla storia della libertà, ma anche perché questa testimonianza rende tanto più insensata e infame ogni tentazione di razzismo anticbraico.

In poche parole, mi dichiaro insoddisfatto della risposta che ci ha dato l'onorevole Bonalumi a nome del Governo; e, proprio affinché Israele possa vivere in pace, possa crescere e svilupparsi nella pace dei suoi cittadini e con i suoi vicini e perché il popolo palestinese, dopo tanti anni di diaspora, veda finalmente riconosciuti i suoi diritti, noi chiediamo che il nostro Governo si impegni assai più di quanto non abbia fatto fino ad ora.

Il ministro degli esteri ha potuto cogliere, nella riunione della Commissione

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

esteri di pochi giorni fa, con quanto solido impegno e unanimità questa Camera chieda una iniziativa più incisiva. La conferenza internazionale per la pace è una realtà che dobbiamo cogliere al più presto. Ci sono tutti i segni internazionali che inducono a sperare che ciò possa accadere, ma è necessario che il Governo persegua iniziative più coraggiose e più coerenti (*Applausi dei deputati dei gruppi della sinistra indipendente, e alla estrema sinistra — Congratulazioni*).

PRESIDENTE. L'onorevole Raffaele Russo ha facoltà di dichiarare se sia soddisfatto per l'interrogazione Martinazzoli 3-00546, di cui è cofirmatario.

RAFFAELE RUSSO. Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei brevemente dichiarare la soddisfazione del gruppo parlamentare della democrazia cristiana per le puntuali risposte rese dal sottosegretario Bonalumi alle diverse interpellanze e interrogazioni e per i chiarimenti che ha fornito in merito alle iniziative in atto da parte del Governo.

Nella vicenda del Medio oriente, punto di riferimento costante per la nostra politica estera sono e restano le risoluzioni del Consiglio di sicurezza delle Nazioni unite n. 605 del 22 dicembre scorso e n. 607 del 5 gennaio scorso. La democrazia cristiana, forza politica internazionalista, ritiene che il conflitto tra israeliani e arabi non possa trovare altra soluzione se non quella di un negoziato che porti alla nascita dello Stato palestinese e al riconoscimento ufficiale dello Stato di Israele. Ecco perché sosteniamo ed assecondiamo tutte le iniziative tendenti a raggiungere tale obiettivo. A questo riguardo è significativo e confortante per il Governo il fatto che, nella Commissione esteri della Camera, si sia riscontrata la quasi unanimità sulla proposta di una conferenza di pace per il Medio oriente, che veda, intorno allo stesso tavolo, non solo le due parti in conflitto, ma anche i rappresentanti di tutti i paesi interessati. Analoga proposta sarà formulata dai parlamentari della demo-

crazia cristiana, lunedì prossimo, all'assemblea del Consiglio d'Europa, nella speranza che venga accolta.

Alle iniziative svolte su un piano bilaterale e in ambito internazionale, tendenti a conseguire tale risultato, debbono seguire tutte le altre possibili, affinché cessi la repressione nei territori occupati, vengano sospesi i provvedimenti di espulsione e sia restituita la libertà ai molti, illustri e poco illustri, prigionieri.

Con il massimo rispetto e, naturalmente, con il massimo interesse, seguiamo il grande dibattito in corso tra le forze politiche all'interno dello Stato israeliano dibattuto, per il quale auspichiamo una evoluzione positiva, nella speranza che un grande chiarimento politico possa facilitare e assecondare gli sforzi internazionali per trovare una soluzione ragionevole ad un problema così grave. Occorre, però, che essa sia rispettosa dei popoli e del diritto internazionale, garantendo in tal modo la pace in Medio oriente (*Applausi al centro*).

PRESIDENTE. Poiché nessuno dei firmatari dell'interrogazione Battistuzzi n. 3-00510 è presente, si intende che abbiano rinunciato alla replica.

È così esaurito lo svolgimento delle interpellanze e delle interrogazioni all'ordine del giorno.

Annunzio di interrogazioni e di interpellanze.

PRESIDENTE. Sono state presentate alla Presidenza interrogazioni e interpellanze. Sono pubblicate in allegato ai resoconti della seduta odierna.

Ordine del giorno della seduta di domani.

PRESIDENTE. Comunico l'ordine del giorno della seduta di domani.

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

Giovedì 21 gennaio 1988, alle 10:

Seguito della discussione del disegno di legge:

S. 470. — Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato (legge finanziaria 1988) (approvato dal Senato) (2043).

— Relatori: Aiardi, per la maggioranza; Mennitti, Garavini, Tamino, Mattioli, di minoranza.

La seduta termina alle 22,20.

IL CONSIGLIERE CAPO SERVIZIO

DEI RESOCONTI

DOTT. MARIO CORSO

L'ESTENSORE DEL PROCESSO VERBALE

AVV. GIAN FRANCO CIAURRO

Licenziato per la composizione e la stampa dal Servizio Resoconti alle 0,15 di giovedì 21 gennaio 1988.

**Apposizione di firme
ad una risoluzione.**

La risoluzione in Commissione n. 7-00066 dei deputati Cima ed altri, pubblicata nel resoconto sommario di lunedì 11 gennaio 1988, a pagina XXXVI, seconda colonna, è stata sottoscritta anche dal deputato Recchia.

X LEGISLATURA - DISCUSSIONI - SEDUTA NOTTURNA DEL 20 GENNAIO 1988

abete grafica s.p.a.
Via Prenestina, 683
00155 Roma

1,18801:UT30

174:7

W:10;N:11;1400:12;280138:13;244:14;112:-1

2:72

שמעון/נחמיה

777 0778 178

102779 N 147

מחבר: שגרידורס

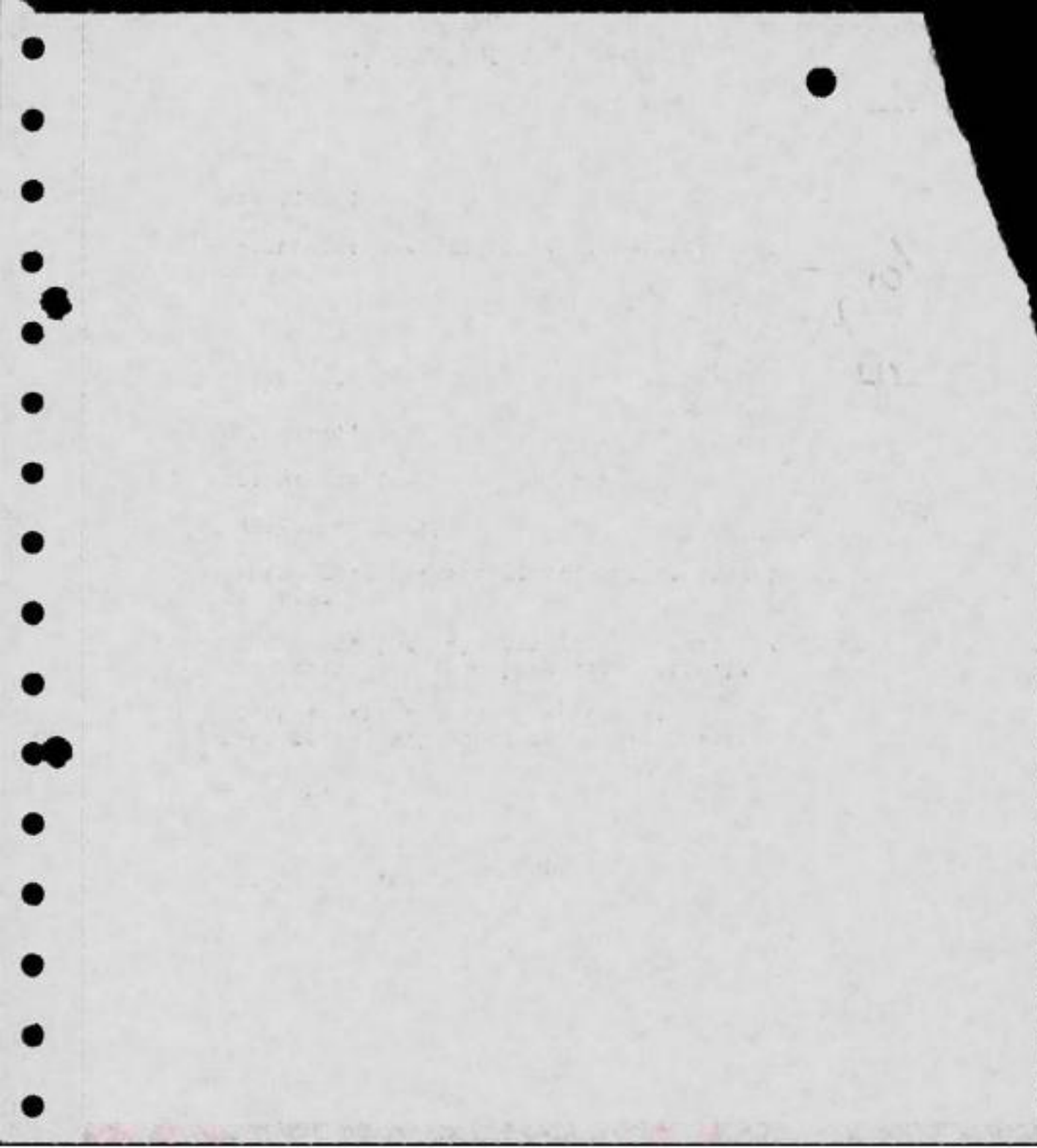
מדרגת מנהיגות יהודיות. לילי חבזי. למכתבן 826 מ
20.11.20

למקרה שניתן עדיין לטוב משלוח ההזמנות, ממליצים
שלא חוזר שלא להזמין את יוטה שורדין.

הנחיות ידועות היטב באירופה 1.
בשרם מביט אין לדעת בה מנהיגה יהודית.

• 743 74

תאריך: 15.05.2017





בון, ד' שבט תשמ"ח
26 בינואר 1988
1039

ש מ ו ר

א ל : אירופה 1

מאח : הציר, בון

תנידון : כנסת-בונדסטאג - ביקורים הדדיים לרגל שנתה-ה-40

1. גב' רנגר מסרה לי, שסיכמה עם יו"ר הבונדסטאג על שתי משלחות פרלמנטריות שתצאנה לישראל השנה בדלקמן :

א. בתאריכים 18 עד 23 למרץ תגיע משלחת בת 9 חברים בראשות גרסטר למפגש אגודות הידידות ישראל-רפ"ג ורפ"ג - ישראל. מציע לדאוג עם מארגבי המפגש שיתאמו גם פגישה או ארוחת עם יו"ר הכנסת.

ב. המשלחת "הגדולה" שעליה דובר עם סגן יו"ר הכנסת בן-מאיר חמנה בין 15 ל-20 פרלמנטרים ותוהג ע"י גברת רנגר. היא מבקשת לקבוע כמועד 26.6 עד 1.7 או לחילופין את השבוע המתחיל ב-3 ליולי. אנא תאמו עם הכנסת והודיעונו.

2. בשעתו התבקשנו על ידכם לבדוק עם יו"ר הבונדסטאג ינינגר עם יוכל לבוא באמצע מאי לאירוע של הכנסת עם נשיאי פרלמנטים לכבוד שנת ה-40. ינינגר השיב בחיוב וחזר בפגישתו עם השגריר לפני 10 ימים על ענינו לבוא לכנסת בלויית רעייתו באמצע מאי ושאל על המועד המדויק והאירוע. השגריר דיבר על כך עם יו"ר הכנסת בעה ארוחת שה"ח לכבוד שה"ח גנשר בירושלים. אנא בידקו עם יו"ר הכנסת והודיעונו מה עלינו לעשות. ליו"ר הבונדסטאג, לפי התרשמות השגריר ברצונו לבוא גם אם לא יהיה אירוע מיוחד לנשיאי פרלמנטים.

3. כאשר לביקור יו"ר הכנסת בלויית משלחת בבון התבקשנו על ידכם לבדוק מועדים ביוני וחברקנו לכם את הצעת הבונדסטאג לקיים את הביקור בתאריכים 6 עד 10 ביוני או לחילופין בשבוע שאחריו.

אנא בדקו והודיעונו החלטת יו"ר הכנסת. הבונדסטאג לוחץ על חשובה כדי לאפשר לו לשריין את ארמון אוגוסטוסבורג.

ב ב ר כ ת,

ג. פדח

✓ העתק: לשכת המשנה למנכ"ל



SECRET
NO FORN DISSEM
EXCERPTS

103
507

SECRET

SECRET

SECRET

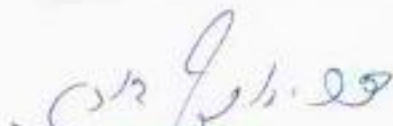
1. [Illegible text]
2. [Illegible text]
3. [Illegible text]
4. [Illegible text]
5. [Illegible text]
6. [Illegible text]

103
507

SECRET



כברכה


המרכז העולמי
של המזרחי והפועל המזרחי

רחוב המלך ג'ורג' 54 ת.ד. 7524 ירושלים 91074 טל. 248113

54 King George Ave., P.O.B. 7524, Jerusalem 91074, Tel. 248113



הכנסת

חבר הכנסת

רנ"י - ישראלי
בקר שראשתי

January 20, 1988

Herr Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht
Am Brink 2 B
Burgdorf OT Beinhorn
DEUTSCHLAND

103.7 זכר

Dear Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht,

For me and my wife Rifka it was a very strenuous week we had in your country, but one of the rewards we had, was the wonderful occasion to have a close human encounter within the privacy of your home and the Kosher Food giving a special dimension to our meeting. I believe that we were much afar from the usual platitudes that accompany many of the official meetings.

May I add that during the exquisite meal I enjoyed also the spiritual aspect and especially the wide range of literary and scientific matters that came up speaking with your wife. I take it as a big compliment that she appeared together with Dr. Nass at the lecture I gave concerning Tendencies of Jewish History in the 20th century.

We came back last week into a wintry climate that is very hot politically. The media exaggerate but also without the exaggeration the political atmosphere is not easy. I can assure you that the majority in the Knesset is widely interested in Peace, but it seems that there is no real partners for solicitation meetings and working on this.

At the end of this week we will have the Foreign Minister Gentschur in Jerusalem. I am looking forward to seeing him; after all we are graduates of the same University of Leipzig.

May I thank you and your spouse and your entourage, also in the name of Rifka for the wonderful hospitality extended to us in such an exemplary way.

Yours sincerely,

Dr. Josef Burg

** נכנס

שמו

**
**
**
**

הוצא: 1/12838

אל: המשרד

מ-: בון, נד: 158, תא: 200188, זח: 1600, דח: ד, טב: ש

נד: 2

שמו/דחון

אל אירופה 1

מאת השגריר, בון

103.7
מנ

הבונדסטאג. בפגישה עם נשיא הבונדסטאג אישר לי:

א. הוא יבוא בצורך עם רעיתו באמצע מאי.

ב. אישר שיוגור משלחת גדולה יותר לרשימה של אגודות הידידות.

ג. כדי להביש ידידות הבונדסטאג לרגל 40 שנות המדינה
הצא משלחת גדולה ובראשה הטבנית רנבר (יוני כנראה).

בן-ארי.

תפ: שהח, ממנבל, ממנבל, אירא, אביטל, מאור



בון, כג' טבת תשמ"ח
14 בינואר 1988

103.8 גרמ. 683

א ל: אירופה 1

מאת: השגרירות, בון

הנידון: קבוצת הידידות בבונדסטאג הגרמני

השגתי ממשרדי הבונדסטאג רשימה חדשה של חברי ה"קבוצה הישראלית" בבונדסטאג.

מן הרשימה עולה:

א. חבר וותיק אחד - פטר לורנץ - נפטר וחברה חדשה אחת - ברברה ויילר
עזבה את הקבוצה (לא ידוע למה).

ב. שלושה חברי בונדסטאג הצטרפו לקבוצה:

פטר קונראדי
קלאוס הזנפראנץ
אווה למכינס

שלושתם אנשי המפלגה הסוציאלידמוקרטית.

ג. בסה"כ עלה מספר חברי הקבוצה ל- 126 (ביולי היו 125 ולא כפי שצינחתי
אז - 126) והיא מוסזפה להיות הגדולה בקבוצות הידידות בבונדסטאג.

אני מצרף שני עוחקים של הרשימה החדשה.

בברכה,

גד כהן



המחלקה

המחלקה

103-f

544

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

המחלקה

DEUTSCH-ISRAELISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE
IM 11. DEUTSCHEN BUNDESTAG

Stand: 15. Dezember 1987

Mitglieder

CDU/CSU	56 Abgeordnete
SPD	54 Abgeordnete
FDP	12 Abgeordnete
DIE GRÜNEN	<u>4 Abgeordnete</u>
GESAMT	126 Abgeordnete

Vorsitzende:	Abg. Frau VP Annemarie Renger	SPD
stellv. Vors.:	Abg. Johannes Gerster (Mainz)	CDU/CSU
stellv. Vors.:	Abg. Detlef Kleinert (Hannover)	FDP

DEUTSCH-ISRAELISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE
IM 11. DEUTSCHEN BUNDESTAG

CDU/CSU

Abg. Bayha, Richard
Abg. Berger (Berlin), Lieselotte, Parl. Staatssekretärin
Abg. Biehle, Alfred
Abg. Blens, Dr., Heribert
Abg. Böhm (Melsungen), Wilfried
Abg. Bohl, Friedrich
Abg. Clemens, Joachim
Abg. Czaja, Dr., Herbert
Abg. Daniels (Bonn), Dr., Hans
Abg. Dempwolf, Gertrud
Abg. Dörflinger, Werner
Abg. Doss, Hansjürgen
Abg. Eylmann, Horst
Abg. Feilcke, Jochen
Abg. Fell, Dr., Karl H.
Abg. Ganz (St. Wendel), Johannes
Abg. Gerster (Mainz), Johannes
Abg. Häfele, Dr., Hansjörg, Parl. Staatssekretär
Abg. Harries, Klaus
Abg. Haungs, Rainer
Abg. Hauser (Esslingen), Otto
Abg. Herkenrath, Adolf
Abg. Hürland-Büning, Agnes, Parl. Staatssekretärin
Abg. Jobst, Dr., Dionys
Abg. Karwatzki, Irmgard, Parl. Staatssekretärin
Abg. Kittelmann, Peter
Abg. Krey, Franz Heinrich
Abg. Kronenberg, Dr., Friedrich
Abg. Lammert, Dr., Norbert
Abg. Lattmann, Herbert
Abg. Limbach, Editha
Abg. Link (Frankfurt), Helmut
Abg. Louven, Julius
Abg. Nelle, Engelbert
Abg. Neumann (Bremen), Bernd

17.1.77

17.1.

17.1.

17.1. 1977

Abg. Pfeifer, Anton, Parl. Staatssekretär
 Abg. Pfennig, Dr., Gero
 Abg. Probst, Dr., Albert, Parl. Staatssekretär
 Abg. Repnik, Hans-Peter
 Abg. Roth (Gießen), Adolf
 Abg. Sauer (Stuttgart), Roland
 Abg. Schreiber, Werner
 Abg. Schulhoff, Wolfgang
 Abg. Schulze (Berlin), Gerhard
 Abg. Seitzers, Rudolf
 Abg. Stavenhagen, Dr., Lutz, Staatsminister
 Abg. Stercken, Dr., Hans
 Abg. Stücklen, Richard Vizepräsident
 Abg. Tillmann, Ferdi
 Abg. Uelhoff, Dr., Klaus-Dieter
 Abg. Uldall, Gunnar
 Abg. Unland, Dr., Hermann Josef
 Abg. Verhülsdonk, Roswitha
 Abg. Warnke, Dr., Jürgen, Bundesminister
 Abg. Wartenberg, Dr. von, Ludolf, Parl. Staatssekretär
 Abg. Wisniewski, Prof. Dr., Roswitha

SPD

Abg. Adler, Brigitte
 Abg. Andres, Gerd
 Abg. Becker (Nienberge), Helmuth
 Abg. Blunck, Lieselott
 Abg. Büchner (Speyer), Peter
 Abg. Bulmahn, Edelgard
 Abg. Conradi, Peter
 Abg. Dreßler, Rudolf
 Abg. Fuchs (Verl), Katrin
 Abg. Ganseforth, Prof. Dipl.-Ing. Monika
 Abg. Gansel, Norbert
 Abg. Haack (Extertal), Hermann
 Abg. Hämmerle, Gerlinde
 Abg. Hartenstein, Dr., Liesel
 Abg. Hasenfratz, Klaus
 Abg. Heistermann, Dieter
 Abg. Horn, Erwin

Abg. Jahn (Marburg), Gerhard
Abg. Jaunich, Horst
Abg. Klein (Dieburg), Heinrich
Abg. Kolbow, Walter
Abg. Koltzsch, Rolf
Abg. Koschnick, Hans
n Abg. Lambinus, Uwe
Abg. Lennartz, Klaus
Abg. Lohmann (Witten), Klaus
Abg. Müller (Schweinfurt), Rudolf
Abg. Niggemeier, Horst
Abg. Nöbel, Dr., Wilhelm
Abg. Odendahl, Doris
Abg. Pauli, Günter
Abg. Renger, Annemarie, Vizepräsidentin
Abg. Reuschenbach, Peter
Abg. Reuter, Bernd
Abg. Scherrer, Manfred
Abg. Schluckebier, Günter
Abg. Schmidt (Nürnberg), Renate
Abg. Schmude, Dr., Jürgen
Abg. Schreiner, Ottmar
Abg. Seidenthal, Bodo
Abg. Sielaff, Horst
Abg. Singer, Johannes
Abg. Steinhauer, Waltraud
Abg. Tietjen, Günther
Abg. Timm, Dr., Helga
Abg. Toetemeyer, Hans-Günther
Abg. Traupe, Brigitte
Abg. Vosen, Josef
Abg. Waltemathe, Ernst
Abg. Westphal, Heinz, Vizepräsident
Abg. Weyel, Gudrun
Abg. Wiesche, von der, Eugen
Abg. Wimmer (Neuötting), Hermann
Abg. With, Dr. de, Hans
Abg. Zeitler, Werner

FDP

Abg. Beckmann, Klaus
Abg. Folz-Steinacker, Sigrid
Abg. Funke, Rainer
Abg. Gries, Ekkehard
Abg. Hamm-Brücher, Dr., Hildegard
Abg. Hirsch, Dr., Burkhard
Abg. Kleinert (Hannover), Detlef
Abg. Kohn, Roland
Abg. Lüder, Wolfgang
Abg. Richter, Manfred
Abg. Segall, Dr., Inge

DIE GRÜNEN

Abg. Flinner, Dora
Abg. Oesterle-Schwerin, Jutta
Abg. Rust, Bärbel
Abg. Wetzels, Dietrich

מושרד החוץ-מוחלקת הקשר

1971

נכנס **

שמו

חוזם: 1,7758
אל: המשרד
מ-: בון, נר: 79, תא: 130188, חז: 1500, דח: ב, סג: ש
נד: ג

שמו/בהול

אל מנהל כלכלית ב'

דע אירופה 1, בריסל

מאת הציר, בון

אישור הפרוטוקלים בפא'ר

1. אריק בלומנפלד מסר לי הבוקר שהסיכויים לגייס 260 קולות לאישור הפרוטוקולים באוירת האירועים בשטחים אינם טובים ולכן שוקלים הצעה לדיון מדיני דחוף בפא'ר בשבוע הבא על המצב בשטחים כדי לתת לפרלמנטרים להוציא הקיטור בדיון ובהחלטה חריפה וע'י כך לאפשר אישור הפרוטוקולים. אם יראו בישיבות סיעות הפא'ר בבריסל מחר שאין בכל זאת סיכוי לגייס רוב לאישור הפרוטוקולים יפעלו למען אי העלאת הנושא לסדר היום. רואה פחות בעיות עם הסוציאליסטים הגרמנים מאשר עם הבריטים, הצרפתים והספרדים. הוא יהיה מחר בבריסל ויעדכן את נציגינו.

2. ממשיכים במאמצים לגייס תמיכת הסוציאליסטים הגרמנים בנידון ישירות עם חברי הפא'ר והן באמצעות הנהגת הס.פ.ד.

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, מינרבי, כלכליתב', אירא, אירב, אוצר, תמס, מכס, זייף/חקלאות, ליאור, מזתים, מתאשטטים, יורכנסת

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET

SECRET



בון, כב' טבת תשמ"ח
12 בינואר 1988
1031 גרס. 106.2

ש מ ו ר

7/10/88
גרס

א ל : מר ב. מוקדי, מנהל מח' סוריה ולבנון - מט"ד

טאת : הציר, בון

הנידון : רשמי ד"ר שטרקן מביקור בסוריה ולבנון

1. ד"ר הנס שטרקן ביקר בתוקף תפקידו כנשיא האיגוד הבינפרלמנטרי, בסוריה ולבנון לפי הזמנת ממשלותיהן בתאריכים 16 עד 20 בדצמבר 1987. בסוריה נפגש עם הנשיא אסד, סגנו חדאט, רוח"ט, שה"ח, ט"מ יו"ר הפרלמנט עלי רידה ויו"ר וועדת החוץ והענינים הערביים בפרלמנט, שאקר אס"ל. בנוסף לדמשק בקר ביוזמת מארחיו ובליויי שאקר אס"ד בקוניטרה. בלבנון שהה יום בבירות בלבד ונפגש עם הנשיא ג'מאייל ויו"ר הפרלמנט.
2. פגישתו עם אסד ארכה שעותיים וחצי והתרשם שהאיש במצב בריאות סביר, שולט במצב וטתפקד כראוי. אסד ציין שאינו רואה בימינו פתרונות צבאיים לסכסוכים בינלאומיים אלא פתרונות מדיניים וכלכליים ושאינו רואה חשיבות לשחק בהם תפקיד נכבד. הדגיש רצונו לטפח הקשרים עם אירופה תוך ציון מצבה הכלכלי הקשה של סוריה ושבירה"מ אינה יכולה לסיע בתחום זה. מרבית השיחה הוקדשה למלחמת עירק-אירן ונסיונות סוריה להביא להפסקת אש. העיר שאינו יכול להתפייס עם המשטר העירקי למרות נסיונותיו. באשר לסכסוך הערבי-ישראלי טען שיש ללחוץ על ישראל להשתתף בועידה בינ"ל שרק היא יכולה לחביא לפתרון סביר וכך יש ללחוץ על ישראל להפסיק דיכוי הפלסטינים בשטחים. רואה תפקיד נכבד לסוריה בשמירת הבטחון בלבנון עד שהגורמים הלבנוניים השונים יגיעו שוב לשפיות ולפתרון לאומי. לאור נסיונו, אין טעם להמשיך בדיאלוג עם ג'מאייל, שאינו זוכה אפילו לגיבוי הנוצרים והוא חייב ללכת כתנאי לנורמליזציה בלבנון.
3. סגן הנשיא חדאט היה לפי התרשמותו הקיצוני והדוקטריני ביותר כלפי ישראל והביע ספק אם ניתן בכלל לאלץ את ישראל באמצעים מדיניים "ליותר על כיבושיה". מאידך שה"ח פארוק אל שרע התבטא בגמישות וטען שהוא אישית היה מוכן לקיים מו"מ ישיר עם ישראל, אך "העם הסורי" לא יסכים לזאת. התרשם מאוד מפתחותו של ט"מ יו"ר הפרלמנט עלי רידה, שאמור להיבחר כיו"ר למרות שאינו חבר הבעת. הוא מחלב ודוגל בפתרון מדיני עם ישראל ובהגברת סמכותו של הפרלמנט במשטר הסורי וביתר שיתוף עם האיגוד הבינפרלמנטרי ועם הפרלמנטים האירופיים. יו"ר ועדת החוץ שאקר אס"ד מחייב אף הוא יתר קשר עם הפרלמנטים האירופיים-מערביים אך יותר נוקשה כלפי ישראל. הוא לקח אותו לקוניטרה והפגישו עם נכבדים מהאזור תוך נסיון אינדוקטרינציה על מעשי הזוועה של ישראל. בנאום התשובה שלו בפני הנכבדים הדגיש שטרקן שלטובת תושבי האזור כולו אין להסתכל רק לעבר ולהעריך את האנדרטאות למלחמה אלא לפעול למען עתיד של שלום וש"פ כפי שעשו זאת צרפת וגרמניה.
4. כללית התרשם בסוריה שהיתה תזוזה מהרעיון של פתרון צבאי לסכסוך לכיוון פתרון מדיני, אם כי לקח את דברי בני שיחו "בערבון מוגבל" ולא סבור שהסורים ויתרו לחלוטין על אישציה צבאית. התרשם שהמצב הכלכלי לוחץ ביותר על המשטר ומחייבו לשפר היחסים עם המערב.
5. התרשם שבלבנון קיימת אוזלת יד וכאן הן אצל ג'מאייל והן אצל הפרלמנטרים שפגש ושאיין סיכוי לחסדר פוליטי בין הגורמים בלבנון בסיוח הנראה לעין.

ב ב ר כ ה, ג. מדון

חתימה: אירופה
ארג"ל 1





F 501
504

100-100000
100-100000
100-100000

1. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

2. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

3. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

4. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

5. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

6. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

7. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

8. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.

9. The following information was obtained from a source who has provided reliable information in the past.



151

0573

1.3321:0110

מל: המעורר

מ-111, נ:24, תא:060188, חז:1600, חד:7, סג:1

2:71

בלמס/ג'ל

78 הסברה

דע א' גרופה 1

מאת שג'ר' רות 112

6.1 תקשורת

1. השגריר התראיין היום ביום הצהריים של תחנת הרדיו

WDR

על המצב ביוש'ע, החלטת מועב'ט, תהליך השלום ונכונות ישראל למו'מ, המגורשים, ייצוג הפלסטינים, פעולת ח'א נגד יעדי מחבלים בלבנון והביקורת הבינ'ל נגד ישראל.

2. כלי התקשורת ובכלל זה מהדורות החדשות בטלוויזיה ממשיכים

לדיווח בתשומת לב רבה על ההתרחשויות וההתנגשויות

ב'וש'ע, עתונות היום מדגישה מכתבו של מדינאי מפלגת

ה-SPD, ו'טובסקי'

המשמש גם כ'ור' ועדת המזה'ת של האינטרנציונל הסוציאליסטי

אל ממרוה'מ ושה'ח פרס ובו ביקורת על ישראל עקב

ט'פולה בהפגנות והפרות הסדר ב'יוש' ע. במכתבו מצביע

וישנבסקי על הפרות בזכויות האדם ומציין התכנית לגירוש

פלסטינים כבלתי-חוקית. עוד מדגישות הידיעות עפ' הסוכנויות

הסכסוך הדיפלומטי שבין ישראל ובריטניה עקב הצהרות

מזכיר המדינה במשה'ח הבר'טי. מספר דיווחים מתעכבים

על הביקורת הבינ'ל' נגד ישראל עקב פעולת ח'א בדרום

לבנון והארועים ביוש'ע. על רקע הגירושים, מתפרסמת

בגנרל אנצייגר כתבת רויטר המדגישה כי המדיניות הישראלית

משרד החוץ-מחלקת הקשר

היום מזכירה מדיניות שלטונות המנדט הבריטי לפני קום המדינה, כאשר הקרבנות העקריים אז היו התושבים היהודים ובכללם רוח'ם שמיר ושה'בט רבין. רואה דמיון רב בין הצהרות בריטיות דאז על רקע הפרות סדר והפגנות והצהרות הישראליות היום, לאחר המהומות והקרבנות בנפש. הפרשנות ב-WAZ מדגישה שהענין הפלסטיני לא יכול לפתור בדרכים צבאיות, מציינת כי מדיניות ישראל הנוכחית בנושא הפלסטיני לא זוכה להסכמה מצד רוב האוכלוסיה (הישראלית) הדאגה (והביקורת) הבינ'ל נגד ישראל גוברת, גם מצד מדינות שבד'כ עומדות לצידה. מזכיר מכתב וישנבסקי והביקורת הבריטית כאזהרה מפני המשך הקיצוניות ובד בבד כתקווה שיום יבוא וישראלים ופלסטינים יוכלו לחיות בשלום. הפרשנות בפא'צ מתעכבת על הביקורת הבריטית תוך הדגשה כי חלק ממורת הרוח הישראלית היא מלאכותיות כיון שהאו'מ מבקש נסיגת ישראל מן 'השטחים' כבר כעשרים שנה ואף האמריקנים מבקרים התנהגות חיילי צהל ביוש'ע. מוסיף כי אין לישראל קונצפט ברור כיצד להתגבר על הפרות הסדר.

3. ידיעות נוספות:

א. דיווחים נרחבים על מהלך המשפט נגד המחבל הפלסטיני חמדיי בדיסלדורף, תוך התיחסות להמשך החזקתו של החטוף הגרמני קורדס בלבנון ומכתב האיומים ששלחו החוטפים לשלטונות הגרמנים עם פתיחת משפט חמדיי.

ב. דיווחים קצרים על פרסום בתחילת פברואר של דו"ח הועדה הבינ'ל של היסטוריונים בנושא וולדהיים.

ג. מינוי רבה הראשי של בריטניה לבית-הלורדים.

תפ: שהח, רהמ, שהבט, מנכל, ממנכל, סמנכל, ממד, רם, אמן, קלוורי, מעת, הסברה, לעמ, דוצ-ים, דוצ, פזנר, צנזורצבאי, אירא, אירב, מזתים, מתאשטטים

שמור

נכנס **

**

**

**

חוזם: 12,10092

אל: המשרד

מ-: בון, נו: 95, תא: 141287, זח: 1900, דח: ר, טג: ש

נד: 8

שמור/רגיל

אל אירופה 1

זע ארבל 1

סאת הציר, בון

זיקור שטרקן בטוריה ולבנון

1. תדונתי הבורק את שטרקן לקראת ביקורו בטוריה ולבנון
כנשיא האיגוד הבינמלמנטי. הודה על כיירות הרקע
המגורים על מסי'ד שמטרתו לו והבטיח להעלות את הנושאים
ההומניטריים (יהודי טוריה ובעזרי צהל) בשיחתו עם
אמד.

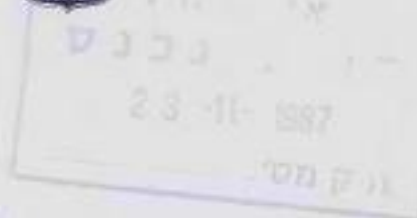
2. הביקור בומסק מ-16 עד 19 לוצמבר נקבעו לו מגישות
עם אמד חואס, רהי'מ, שהי'ח ויו'ר המדלמנט, ב-19.12
יצא במכונית לבירות עם ימגש עם הנשיא ג'ומאיל, שהי'ח
ויו'ר המדלמנט. יחזור לבון ב-20.12 והבטיח להודיעני
הוצאות טיפולו בנושאים ההומניטריים למחרת לפני צאתו
לחופשת חג המולד.

חפ: שהח, סנבל, תמנבל, אירא, ברנע, ארבל, ארבל 2

ג. 103.
הינה
הי'ח ויו'ר
המדלמנט

1-33

44



סנדי-דחון

כח' בחשון תשמ"ח
20 בנובמבר 1987
431

רפ"ק - ישראלי
קשר עם פלסטינים

גליל 103

אל : השגרירות, בון

מאת: יועץ השר לענייני התפוצות

הנדון : רשימת הבנות הרווקות

בהמשך למברקנו בנדון רצ"ב שמותיהן של 27 נשים בגיל חיתון ושכנראה אין כל סיכוי שתמצאנה אושרן במסגרת הקהילה בסוריה. נקווה שד"ר האנס שטארקן יוכל לסייע בעניין אנושי זה.

בברכה,
גדעון חדמור

אלל יוראמ

העתק : המ/למנכ"ל
מנהל לשכת המנכ"ל
לשכת שה"ח
אירופה 1 (אלל יוראמ)

sch 11 EON
der

טורי

** 333

**

**

**

חוזם: 11,14895

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 174, תא: 191187, זח: 1900, וח: ר, טג: ט

נד: 2

טורי/רגיל

אל : יושף אשר לתפוצות

מאת: הציר, בון

יהודי טוריה.

לחוזם 12481 מ-17/11

1. נדרון את אטרקן בשבוע השני של דצמבר בנושאי טוריה.
אבקש להעביר לנו עד אז בדימי' נזיר באנגלית חוזר באנגלית
שיכלול הרקע הכללי והבקשות הספציפיות שאובד להשאיר
בידיו.

2. האמנם בעיני איתור המשמחות הסתכמת רק בשתי
המשמחות שציינתם ובעיני הדווקות רק ב-27 נפשות ?

נדרון .

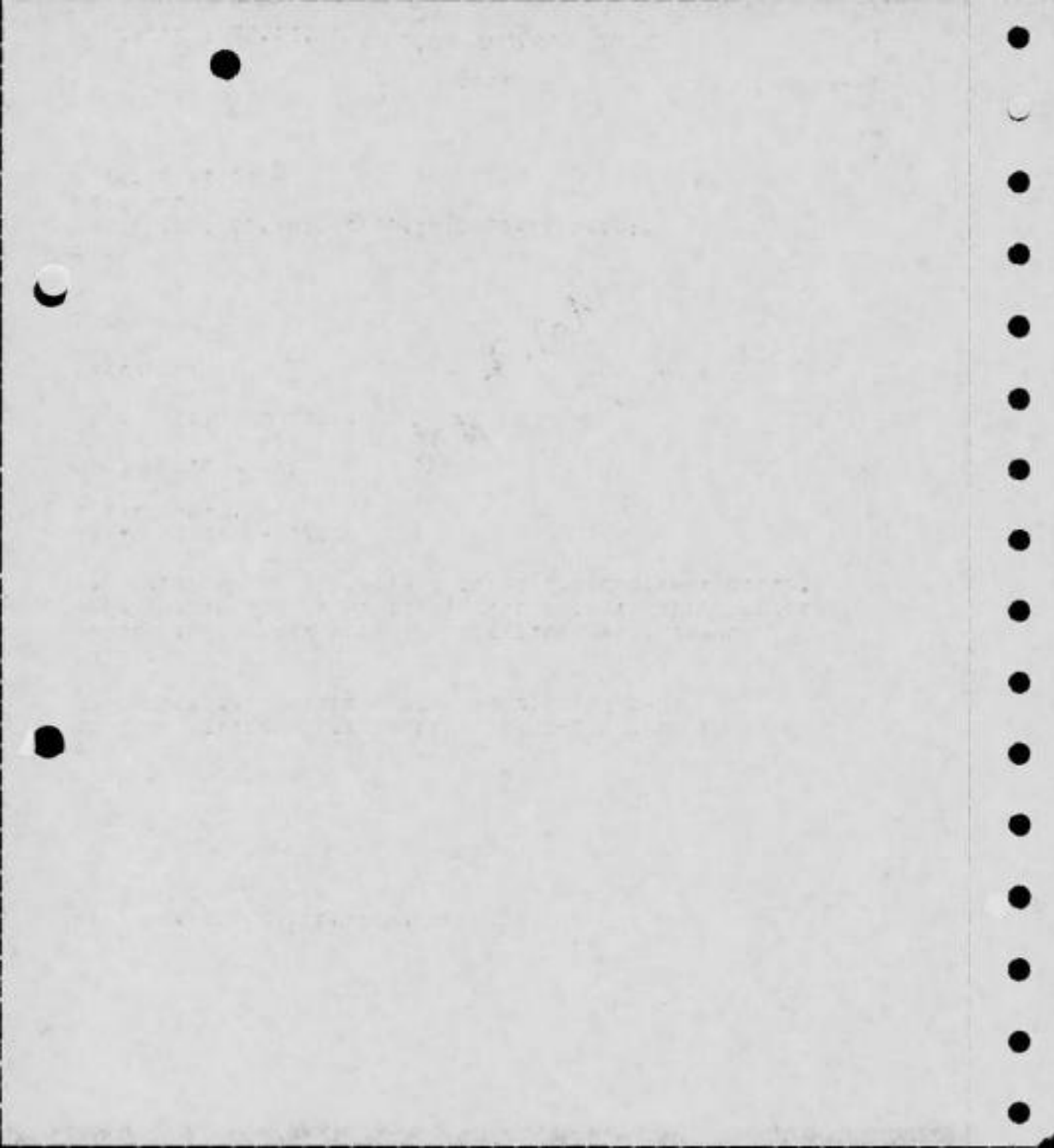
==מקש

תפ: שהח, מנכל, למנכל, אירא, תפוצות

נדרון
במק פולחן

2.3.10

אנ



משרד החוץ-מחלקת הקשר

6693

תאריך : 10.11.87

** 0000

שמור

**
**
**
**

חוזם: 11,6693

אל: המשרד

מ-: בון, נד: 82, תא: 091187, זח: 1800, דח: 1, סג: ש

נד: 8

שמור/רגיל

אל : אירומה 1

דע : לשכת המשנה למנכ"ל

מאח : הציר בון

חבר הבונדסטאג יוהנס גרסטר

1. הנל שהינו סגן יורי קבוצת הידידות הסרלמנטריות

זה- OIG

הודיענו שיוקר בישראל בלרית לעיתור בתאריכים 15 עד 22 בנובמבר. זהו ביקור ראשון של אשתו. מטרת הביקור בגישות למען קידום קשרי ממלגת ה-צ.ד.א. עם ממלגות ישראליות ישירות ובאמצעות קרן אדנאדאר. ישנה מ-15 עד 18 בנובמבר בירושלים במלון המלך דוד ואחב' בשרתון ת"א.

2. סגן יורי הכנסת בן-מאיר / אבי גזית מממלגות העבודה וחכ' בני שליטא ההתנועה למען ישראל חזקה ובטוחה ושגרמ"ג מתאמים לו הגישות. אינו רוצה להסריד את אנשי המשרד, אך ישנה להיבטש את התקשרו אליו. ממליץ שתזמינו הזוג לארוחה או לפחות לשיחה על כרס קפה.

נדון =.

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

100-100000

ח"כ דב בן-מאיר

סגן יו"ר הכנסת



הכנסת

87 יא 2

אריה לוי -

מ. קצין פולחן
מ. יונת

יו"ר ינא

103.
מא

1.4



THE UNIVERSITY OF MICHIGAN

LIBRARY

1960

50

1.4

Deputy Speaker

Jerusalem, 28 October 1987
5 Cheshvan 5748

Dear Mrs. Friebe,

Upon my return to Israel, I want to thank you for your kind reception and effective talks in the Landtag, last month.

In the meantime I had the privilege to host, in the Knesset, the delegation of your FDP faction. They assured me that all of them have decided to join the German-Israeli group of the Landtag. (I am sending you a photocopy of their signatures regarding this decision). So your group is growing and members of other parties, besides the SPD, will join the group in greater numbers.

I also had a very interesting conversation with Dr. Jenninger, the President of the Bundestag, who promised to bring up a suggestion in the autumn meeting of all the Presidents of the Landtags of the Bundesrepublik, to form such groups as yours, in all the Landtags of the Republic.

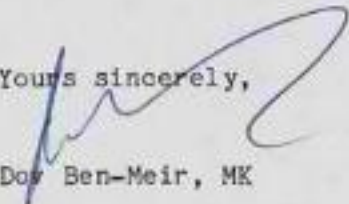
So you see that your pioneer idea is spreading and I shall be most grateful if you will inform me about any development in this direction.

I would also like to start preparations for the visit of your delegation to Israel, as soon as possible. As you know, 1988 will be a hectic year for us, full of activities, so that things must be arranged a long time ahead. June, especially, might be problematic because we intend to send a delegation from the Knesset, headed by our Speaker, Mr. Shlomo Hillel, to the Bundestag in this month. So please let us know as soon as possible what are your plans and wishes.

This will be all for now. We have just finished hosting a very important delegation from the Bundestag, headed by Mrs. Anna-Marie Renger, and which included the Parliamentary secretaries of all the parties of the Bundestag. We prepared together, all the plans for the joint activities of both our parliaments for 1988.

Hoping to hear from you soon.

Yours sincerely,


Dov Ben-Meir, MK

Mrs. Ingeborg Friebe, MdL
Haus des Landtags
Postfach 1143
4000 Dusseldorf 1

c.c. Mr. G. Paddon, Minister in the Israeli Embassy in Bonn.
Mrs. Miryam Golan, Director International Relations Dept. in the Knesset.
Mr. M. Bawli, Director Europe Dept., Ministry of Foreign Affairs.

חוזם: 10,18727

אל: המשרד

מ: בון, נר: 194, תא: 291087, דח: 1600, דח: 7, סג: 1

נד: 8

משרד
המבחן/מסלול

מ.מ.מ.מ.

בלחט/דגיל

אל: העבודה

דע : אירופה 1

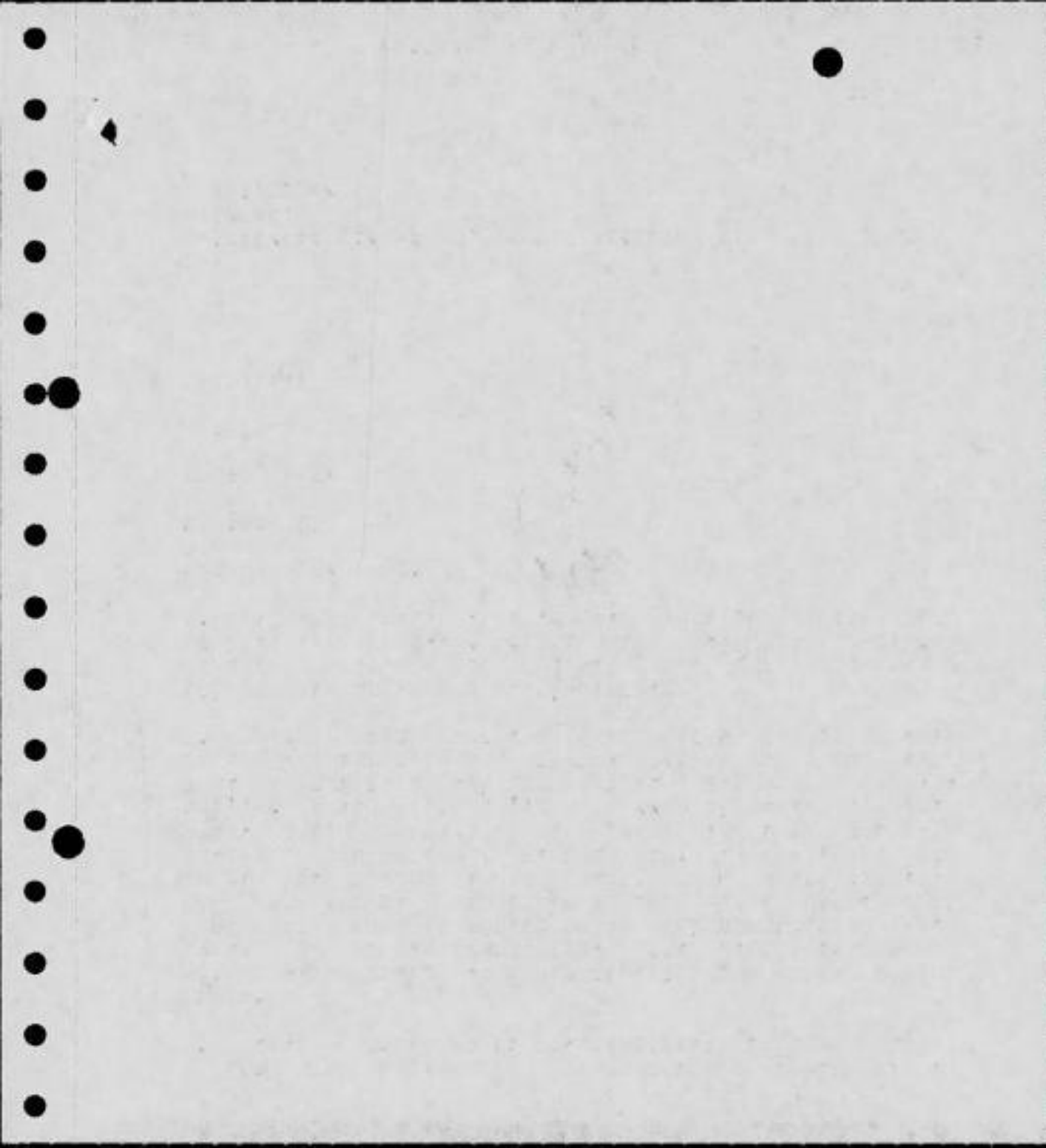
מאח: שג בון

תקשורת 29/10/87

א. הנשאים המרכזיים מוסיפים להיות התכונות בפורטות ומרשם
רהט שלדורוג חולשטיין. נוספו היום חזון בעקבות חוזת
קוחל בטקס חגיגי של הקמה מוזיאון בברלין לתולדות גרמניה,
וכן התעשרות לגבי סגות דייגן-קורבוב.

ב. בקלור שטאט אנצייגד תדווח אונגד על סיום ביקור
משלחת הונומטאג וקביעת אנא-מרי הנגד כי היא חוזרת לחבג
מבלי להשכיל כיצד ניתן לצאת מהמבוי הסתום במצב הפוליטי
במזיית. נטיות שלום בינ"ל הינה " חזון היחידה " להביא
הערבים לשולחן המומי, חסות בינל לשיחות ישירות. הסדר בין
הליכוד למפלגה העבודה לא ניתן לגישור. יש להשלים עם מצב
זה עד אחרי הבחירות בישראל ובארצות. בקשר למדינה פלסטינית
אמרה גב רגנר כי ברוב מדברים על זכות ההגדרה העממית ולכן
ישנן בהסכמי קמף דוו בקורות אחיזה. דרך האוטונומיה אמורים
להגיע למעין מדרגיה. השטחים אינם בני קיום באופן עצמאי
אבל מתאימים להיות איזור אוטונומי במסגרת מבנה פוליטי
בלשהו.

ג. ביוזמה קצרות מאוד נטי הסוכנויות במסר על מהומות
סטודנטים בבית לחם, הריגת חמישה אנשים חמושים לא מזוהים



מושרד-החוק-מחלקת הקשר

צמודות מאיזור הבנתון עי צדיל במרסקודטר רונדטאו
המאמר שמתפרטת אתמול בקלנר שטאט אנבייגר על החלפת ממ'
ברובגיה לבדוק אפשרות הפרת הנאי חוזה התמקק של המוס
הנבדית לישראל.

ד. בדיווחי הטובנויות ידועות על התקפות ח"א העירקו על
אירן ואספקות נשק סיני לאירן. דובר ממ' בון הודיע כי רוב
לא אישרה בקשות לייצוא נשק לאיזור מאז התחלה המלחמה ואין
בכוונתה לשקול בעת צעדים נוספים. כדי רולט דיוקן הגנרל
סין עניין בן עלי הנלחם בפרנזמנטליסטים באוניסיה. במאן
המאמר של קלר מכוונת על ההכנות לורעידת המסגה הערבית
וביחוד שאלת החזרת מצרים לליגה.

ממ: שהה, וחת, שהבט, מתנבל, מתנבל, מתנבל, רמ, אטן, קלודרי, כשה,
הטורה, לעה, דוץ-ים, דוץ, מזנר, ננדרצבאי, אירא, אירב, מרב

28.10.87

ישראל



לש

בן שמחה
מלכך בארץ

ג.נ.

אצתי לך חשבון דלא צוין - דעלף בוצעם לופטאוי
אל יקט. רצו קיימט אין ארטאדאקס וואס צווייג אלמ. יסבן
דלע אנצאלג פאמיליעס, קיימט דאס אלטערס שטאנד
דאס איז זאכעס בעסערע ארטאדאקס פאר שטארק. אנדערע
כאטן איז אלע וואס צווייג ארטאדאקס פאמיליעס.

דעם (ידידותא דאזער)

ישראל שטארק

מלך שטארק

* Helga Schuchardt

13808

משרד החוץ-מחלקת הקשר
תאריך: 22.10.87

שם:

** 13808

**
**
**
**

חוזם: 10,13808

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 130, תא: 221087, זח: 1600, זח: מ, טג: ש
נד: 2

שם/מיד

אל: מנהל אירועה 1

מאת: השגרירות, בון

אינגו בון מינן. בהמשך למברק הציר 105.

בהעדר השותפות במטר לנו בינתיים ממשרדו כי בון מינן
לא יוכל להשתתף באירוע ביד ושם עקב ישיבה חשובה של
הסנט שנקבעה לאותו יום. בון מינן שהוא גם ס/ראש העיר
לא יוכל להעדר.

בנימין. =

תפ: מנהל, אירא

ד"ר א

שמו

חוזם: 10,13476

אל: כרך/295

מ-: המשרד, תא: 221087, דח: 1550, דח: ס, טג: ש

נד: 8



שמו/מיוזי

הציר

אינגו בון מונן. לשלך 105

א. מבית הדמנה רישמי מחייב אותנו לארחו באופן רישמי
ולכן אין כוונתנו.

ב. נענינו לבקשתו של מר בר-גורא לסייע בארגון מספר
בגישות ותו-לא.

ג. טרם שמענו מבר-גורא ולא החל טיפול בלשון.

אירופה 1

רד

תמ: מתכנל, אירא, אבוטל, מאור

11918

תאריך: 20.10.87

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שומר

**

בכנס

**

**

**

חוזם: 10,11918

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 105, מא: 201087, זח: 1600, זח: מ, טג: ש

נד: 8

(1)

(2)

למס' 105

למס' 105

שומר/מידו

אל : מנהל אירועה 1

מאת : המציר, בון

אינגו בון מינן . שלכם 37 מ-2.10. ובהמשך למבוק השגריר

37 מ-6.10

ממשרדו נאמר לנו שהנ"ל מצפה למכתב הזמנה רשמי שלנו.
אנא אישרון בהוצר למשלוח המכתב.

בדון.

==ממ==

חמ: ממנהל, אירא

710E

** 0301

● ●

● ●

—

10,4235:0770

דער שטח: 74

W:10,M:0T:1700:0T:061087:KП:37:70,112:-0

73

9797/77HS

1 02774 27

172 • 793280 : 0000

.37 0070 7290 710 1237

ה'תש"ח

* 7N-72

NTN/72300 : 50

XX
XX

XX

** יוצא **

מסר

**
**
**

חוזם: 10,1340

ל: 37/בון

מ: מחשור, תא: 021087, זח: 1204, דח: מ, טג: מ

נד: 2

מור/מיוז

אמירות לביקור הסנטור INGO VON MUENCH מהמבורג.

א. התקשר אלינו מר בר-גיוורא, נציג יוצאי המבורג
 לישראל, וטוען שכיוצא ארגונו נערכה בזמנו בהמבורג
 הערכה על יהדות המבורג. הערכה זו אמורה להסתיים ב-10
 בספטמבר ש.ז ב"ד רא"י.

ב. לדבריו, הסנטור למדע ותרבות וראש הסיעה הפתוחה
 בקואליציה מהמבורג INGO VON MUENCH הביע ענין לבוא
 למתיחה לישראל למספר ימים.

ג. הפעמי נכונות כמני בר-גיוורא, נסוף להמלצתכם, לסייע
 בארגון טיול באוניברסיטת העברית, במרכז המוסיקה
 בירושלים, קרן ירושלים, בית התרבות ושיחת מדיניות
 במשק"ח. אין הדבר אמור להיות כרוך בהוצאות מבחינתנו.

ד. אנו התייחסותכם.

אירובה א

ט

תמ: ממכיל, אירא

102.7 mit

02-283871112

02

INGO VON MÜNCH

10.11

"Al 2"

MUSEUM FÜR HAMBURGER
GESCHICHTE

Yad Vashem

The Holocaust Martyrs' and Heroes'
Remembrance Authority



יד ושם

רשות הזיכרון לשואה ולגבורה

You are cordially invited to the
opening of the Exhibition

**A Jewish Metropolis — The Jewish
Communities of A-H-W**

(Altona-Hamburg-Wandsbeck), prepared by
the Museum of the History of Hamburg and the
former residents of the Community in Israel

Tuesday, November 10, 1987

16.30 - In the Hall of Remembrance — Memorial
Ceremony for the victims of the Community

17.00 - Opening of the Exhibition in the
Yad Vashem Art Museum

הננו מתכבדים להזמין לטקס פתיחת תערוכת

עיר ואם בישראל — קהילות אה"ו —

(אלטונה, המבורג, ונדסבק) שהוכנה ע"י המוזיאון
לתולדות המבורג בשיתוף יוצאי קהילות אה"ו
בישראל

יום ג', י"ח בחשוון תשמ"ח (10.11.87)

16.30 - באוהל יזכור: טקס אזכרה לקרבנות
קהילות אה"ו

17.00 - פתיחת התערוכה באודיטוריום שליד
המוזיאון לאמנות בידושם

** נכנס

שמו

**

**

**

חוזם: 10,7901

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 71, תא: 131087, דח: 1519, דח: ב, טג: ש

נד: 8

103.7 זר

שמו/בהול לבוקר

אל: אירומה 1

מאת: גו בהן/שגבון

ביקור פרלמנטרים מרמג להכנון אירועי שנת ה-40. לשיחתנו
מהיום ולמכתב הציר למנהל אירומה 1, מ-21/9.

משיחת הציר והחמי' עם מזכיר ועדת החוץ של הבונדסטאג
והממונה על אירועי שנת ה-40 ברמגי DR. HANS SCHUPPE
היום:

1. במשלחת 12 איש כולל חברי הפרלמנט:

ANNE-MARIE RINGER - SPD

HELMUT BECKER - SPD, FRIEDRICH BOHL CDU/CSU, TORSTEN

WOLFGANG - FDP, HUBERT KLEINERT - GRUNE

נשותיהם ונכדי של רנגר וכן איש שיחנו ומתורגמניה, הגברת
KALTENBACH.

2. הבונדסטאג ישא בהוצאות הטיסה, המלונות ומוכן להסמין
שג. רמג להזמין על חשבונו מיניבוט או רכב מתאים אחר
לכל השעות.

3. יגיעו במטוס צבאי ב-25 דנא בשעה 1600 ללון ויצאו
במטוס צבאי ב-30 דנא בשעה 0900.

4. דרושים ארבעה חדרים כפולים וארבעה בודדים.

1977

1977

1977

1977

1977

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1977

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

REPORT OF THE SECRETARY OF THE ARMY

1. The first of the above mentioned points is that the
last part of the letter should be written in a more
clear and concise manner. The first part of the letter
should be written in a more formal and business-like
manner. The second part of the letter should be written
in a more personal and friendly manner. The third part
of the letter should be written in a more concise and
direct manner. The fourth part of the letter should be
written in a more formal and business-like manner.

2. The second of the above mentioned points is that the
letter should be written in a more formal and business-like
manner. The first part of the letter should be written
in a more formal and business-like manner. The second
part of the letter should be written in a more personal
and friendly manner. The third part of the letter
should be written in a more concise and direct manner.

3. The third of the above mentioned points is that the
letter should be written in a more concise and direct
manner. The first part of the letter should be written
in a more formal and business-like manner. The second
part of the letter should be written in a more personal
and friendly manner. The third part of the letter
should be written in a more concise and direct manner.

4. The fourth of the above mentioned points is that the
letter should be written in a more formal and business-like
manner. The first part of the letter should be written
in a more formal and business-like manner. The second
part of the letter should be written in a more personal
and friendly manner. The third part of the letter
should be written in a more concise and direct manner.

5. The fifth of the above mentioned points is that the
letter should be written in a more formal and business-like
manner. The first part of the letter should be written
in a more formal and business-like manner. The second
part of the letter should be written in a more personal
and friendly manner. The third part of the letter
should be written in a more concise and direct manner.

6. The sixth of the above mentioned points is that the
letter should be written in a more formal and business-like
manner. The first part of the letter should be written
in a more formal and business-like manner. The second
part of the letter should be written in a more personal
and friendly manner. The third part of the letter
should be written in a more concise and direct manner.



ש. מ. ו. ר.

ירושלים, יט' בתשרי תשמ"ח
12 באוקטובר 1987

300

9
103.1
21

אל: הציר, בון

מאת: מנהל אירופה 3

הנדון: ג. ר. מ. "ז

חודה על מכתבך 938 מ-21.9.87 שקראנו בעיון.

בינתיים כבר קבלתם בודאי את עותק מברקו של אבידן מושינגטון ששלחנו לכם.

אנו פועלים לפי הקו שאין לעודד מגעים עם גרמ"ז ולפונדים אלינו, אנו מבהירים את הבעיות שביחסים עם מדינה זו. עם זאת אין להתעלם מהדינמיקה הנוצרת עקב המגעים בין אקדמאים ואמנים ישראלים לבין עמיתיהם בגרמ"ז במקביל להתקרבות של ארגונים יהודים לקהילה ולשלטונות של מדינה זו.

יש להניח שבבוא הזמן תהיה על סדר היום גם אפשרות להידברות בדרג ממשלתי ואז נצטרך, ביחד, לגבש עמדה.

ב ב ר כ ה,

ק.ר.

צבי מזאל

העתק: המשנה למנכ"ל

מנהל אירופה 1

מנהל בינ"ל 1/ממ"ד

1

100-100

1

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמור

** כנס

**

**

**

חוזם: 9,14050

אל: המשרד

מ: בון, נו: 163, תא: 210937, זח: 1200, דח: מ, טג: ש

נד: ש

שמור/מידוי

אל: ארבל 1

מאת: הציר/בון

ועידת האיגוד הבינמלמנטרי בבנקרק

למכתבי 733 מ-7/4

1. ראש המשלחת הרמגית הגברת לני מישר אישרה הבוקר
המשלחת כולה תחמון בהצעה ההחלטה שלנו בנושא טעיף
5 לסדר היום, אן לאור חילוקי הדעות בתוכה בנושא זרום
אפריקה יכולה להבטיחני רק שהחברים מסייעתה ומחליברלים
יתנגדו לנסיגונה לייחזנו לרעה, בהקשר להחלטות על
זראם' בסעיף 6 של סדר היום.

2. באשר להרכב המשלחת לא ישתתף המעט דר' בוקהרט הירש
וטום בוור אם המדג' ישגר מחליף. כן טרם החליטו הירדוקים
מי ישתתף מטעמם.

3. הציעה שמשלחתנו תעמרו בקשר הדוק עימה ושייכנו אליה
בכל בעיה.

==ש==

חמ: מנבל, ממנבל, אירא, ברנע, ארבל, יורכנסת



בון, יד אלול תשמ"ז

8 בספט. 1987

233.5 - 928

ש מ ו ר

א ל : מר ד. פלג, מנהל ארבי"ל 1

מאת : הציר, בון

הנידון : הועידה ה-78 של האיגוד הבינפרלמנטרי בבנקוק

לחוזרכם 416 מ-31.8.87

103.7 זכא

1. נפגשתי הבוקר בלווית גד כהן, עם הגב' לני פישר שתעמוד שוב בראש משלחת הבונדסטאג לוועידת האיגוד בבנקוק. הגשתי לה את הצעת החלטה שלנו לסעיף 5 של סדר היום ובקשתי את תמיכת המשלחת הרפ"גית וכן סיוע לסיכול יוזמות עוינות בהתאם להנחיותיכם.
2. לאחר עיון בנוסח הגיבה שאינה צופה קשיים בין חברי המשלחת להצבעה בהצעתנו ובבקשותינו ושתיגיש אותן להחלטות המשלחת שתתקיים מחרתיים ותודיעני.
3. דברתי בנידון גם עם סגן ראש המשלחת מסייעת ה-ס.פ.ד., ד"ר אווה הולץ, שהבטיח סיועו.
4. גב' פישר מסרה לי עותק של מסמכי הועידה שהגיעו אליה עד עתה הכוללים שלושה תזכירים בנושא סעיף 5 של סדה"י של הנורדיות, של הצרפתים ושל השווייצרים והצעת החלטה בריטית וכן הצעת החלטה בריטית בנושא סעיף 6 של סדה"י. מצ"ב המסמכים למקרה שטרם התקבלו בכנסת.
5. באשר להרכב המשלחת של הבונדסטאג לוועידת בנקוק, טרם ברור אם ישתתף בה נציג הירוקים.

לחלן פרטי המשתתפים:

1. Frau Leni FISCHER - CDU - ויו"ר המשלחת
ילידת 1935, עסקה בחינוך מבוגרים וחברה בקבוצת הידידות עם ישראל.
מוכרת לח"כים מועידות קודמות וממועצת אירופה. טרם בקרה בארץ.
2. Dr. Uwe HOLTZ - SPD - סגן ראש המשלחת
ותיק ומוכר ל"חכים. יליד 1944, היסטוריון, משמש יו"ר הועדה לש"פ כלכלי בבונדסטאג. ידיד בקורותי, בקר מספר פעמים בארץ.
3. Dr. Günther MÜLLER - CSU - יליד 1934, היסטוריון, ניטרלי בנושא המז"ח
4. Dr. Burkhard HIRSCH - FDP - יליד 1930, משפטן, איש האגף השמאלי של מפלגתו. ידיד מובהק.
שבקר רבות בארץ.



- 2 -

5. Prof. Dr. Hartmut SOELL - SPD -
יליד 1939, פרופ' להיסטוריה ומדעי המדינה, יידידות
6. Frau Helga TIMM - SPD -
ילידה 1934, מחנכת, ידידת ישראל מובהקת ופעילה
7. Reinhard Freiherr von SCHORLEMER - CDU -
יליד 1938, חקלאי-יערן, חבר קבוצת היידידות הפרלמנטרית, יידידותי אך אינו חכם.

אני מציע שמשלחתנו העמוד בקשר הדוק עם גב' לני פישר, ד"ר הולץ,
ד"ר הירש וגב' הלגה טים.

ב ב ר כ ה,

ג. פדו. 1234567890
L

העתק: ✓ אירופה 1
השגריר, ג'נבה

שטר

נכנס **

**

**

**

חוזם: 8/18048

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 287, תא: 280887, זח: 1900, דח: ב, טג: ש

נד: 8

זר 103.7

שטר/בהול-ליום ראשון

אל : מנהל ארבל 1

דע : אירועה 1 גבנה

מאת: הציר בון

האיגוד הג'נרלמנטרי - ועידת בוגקוק.

להלן מבטיחתי עם שטרן היום (28.6):-

1. הצעת ההחלטה : ההצעה טובה אך הוא מציג שני תיקונים
בדלקת :-

א. לפני תחילת הטקסט יש לרשום : THE 76 TH INTERPARLIAMEN
ARY CONFERENCE,

ב. מציג לנסח הסעיף האחרון בדלקת :-

CALLS UPON ALL PARLIAMENTS TO ADOPT THE HUMAN RIGHTS
PROVISIONS OF THE HELSINKI FINAL ACT AS UNIVERSAL
STANDARD AND TO PREVAIL ON THEIR GOVERNMENTS TO
CONFORM THEIR POLICIES AND PRACTICE TO THE HUMAN
RIGHTS PRINCIPLES CONTAINED IN THE ABOVE MENTIONED
DOCUMENT AND IN THE UNIVERSAL DECLARATION OF HUMAN
RIGHTS .

3-67-80

1. The first part of the report is a summary of the work done during the year. It is a brief statement of the results of the work, and is intended to give a general idea of the progress made. It is not a detailed account of the work, but a summary of the main results.

2. The second part of the report is a detailed account of the work done during the year. It is a full and complete statement of the work, and is intended to give a detailed account of the progress made.

3. The third part of the report is a summary of the work done during the year. It is a brief statement of the results of the work, and is intended to give a general idea of the progress made. It is not a detailed account of the work, but a summary of the main results.

4. The fourth part of the report is a detailed account of the work done during the year. It is a full and complete statement of the work, and is intended to give a detailed account of the progress made.

5. The fifth part of the report is a summary of the work done during the year. It is a brief statement of the results of the work, and is intended to give a general idea of the progress made.

6. The sixth part of the report is a detailed account of the work done during the year. It is a full and complete statement of the work, and is intended to give a detailed account of the progress made.

7. The seventh part of the report is a summary of the work done during the year. It is a brief statement of the results of the work, and is intended to give a general idea of the progress made.

8. The eighth part of the report is a detailed account of the work done during the year. It is a full and complete statement of the work, and is intended to give a detailed account of the progress made.

מושרד החוץ-מחלקת הקשר

הוא מסבך את הצלחת יוזמתנו.

ממליץ ביותר לקבל התיקונים לנוסח הצעת ההחלטה.

אנא שדכדכני בהחלטתנו.

בדו"ח.

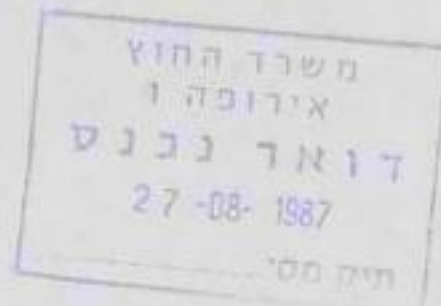
==אג.

חכ: שהח,מנבל,מתנבל,אירא,אירג,ברנע,ארבלו,סייבל,משפט,יורכנסת



הכנסת

ירושלים, ל' באב התשמ"ז
25.8.1987



לכבוד
מר יצחק בן-ארי
שגריר ישראל בגרמניה

שלום רב,

הנדון: האגודה הפרלמנטרית ישראל-גרמניה

יו"ר אגודה זו, סגן יו"ר הכנסת מר דב בן-מאיר, מבקש

להביא לידיעתך:

- מכתבי ברכה לחברים ותיקים ולחברים חדשים באגודה בחתימתו.
- מכתב ברכה ליו"ר ולשני סגניה שנשארו על כנס.
- מתייחס בהערכה להקמת האגודה בנורדריין-ווסטפלייה וכבר שלח מכתב ישירות לראשי האגודה (העתק לציר פדון).

נודה לך אם ידאגו בשגרירות להעביר מכתביו לחעודהם -

בכונדסטאג.

רצ"ב 2 חוברות: חברי האגודה

ו-2 דפים עם שמות החברים.

ב ב ר כ ה ,

מרים גולן

הממונה על יחסים בינפרלמנטריים
ומרכזת האגודות הפרלמנטריות בכנסת

העתק:

יו"ר האגודה, סגן יו"ר דב בן-מאיר
מנהל מחלקת אירופה 1, מר מיכאל בבלי ✓

sch r.20h

Deputy Speaker
Dov Ben-Meir



הכנסת
KNESSET

Jerusalem, 30 July 1987
4 Av 5747

Dear Annemarie,

It gives me great pleasure to be able to work with you closely again, as you have faithfully stayed on in your position of Chairwoman of the German-Israeli Parliamentary Group.

I am looking forward to your heading a delegation, which we expect to visit Israel in the near future, at your convenience.

We would appreciate any suggestions for the agenda of the coming dialogue.

Sincerely yours,

Dov Ben-Meir
Chairman
Israel-German
Parliamentary Group

Mrs Annemarie Renger
Chairwoman
German-Israeli
Parliamentary Group
Bundestag
Bundeshaus
5300 Bonn 1
WEST GERMANY

Deputy Speaker
Dov Ben-Meir



הכנסת
KNESSET

Jerusalem, 30 July 1987
4 Av 5747

Dear Johannes,

It gives me great pleasure to be able to work with you closely again, as you have faithfully stayed on in your position of Vice Chairman of the German-Israeli Parliamentary Group.

I am looking forward to your heading a delegation, which we expect to visit Israel in the near future, at your convenience.

We would appreciate any suggestions for the agenda of the coming dialogue.

Sincerely yours,

Dov Ben-Meir
Chairman
Israel-German
Parliamentary Group

Mr Johannes Gerster
Vice Chairman
German-Israeli
Parliamentary Group
Bundestag
Bundesthaus
5300 Bonn 1
WEST GERMANY

Deputy Speaker
Dov Ben-Meir



הכנסת
KNESSET

Jerusalem, 30 July 1987
4 Av 5747

Dear Detlef,

It gives me great pleasure to be able to work with you closely again, as you have faithfully stayed on in your position of Vice Chairman of the German-Israeli Parliamentary Group.

I am looking forward to your heading a delegation, which we expect to visit Israel in the near future, at your convenience.

We would appreciate any suggestions for the agenda of the coming dialogue.

Sincerely yours,

Dov Ben-Meir
Chairman
Israel-German
Parliamentary Group

Mr Detlef Kleinert
Vice Chairman
German-Israeli
Parliamentary Group
Bundestag
Bundeshaus
5300 Bonn 1
WEST GERMANY

Übersetzung der Liste von Themen für die Besprechungen zwischen israelisch-deutschen und deutsch-israelischen parlamentarischen Gruppen. (Auszug aus dem Brief vom 11.8.85 an Minister Gadi Jakobi)

- 1) Persönlicher brieflicher Meinungsaustausch zwischen Mitgliedern der beiden Gruppen.
- 2) Vorschlag des Rav Porush, dass deutsche Städte in Israel Kulturzentren und Synagogen auf Namen dieser Städte errichten sollen.
- 3) Neue Ideen bezgl. Jugendaustausch
- 4) Pflanzung von Wäldern durch Zwillingsstädte im Namen von Familien und Einzelpersonen.
- 5) Beziehungen zu der drusischen Kinderheit.
- 6) Beziehungen zur arabischen Bevölkerung in Israel.
- 7) Gemeinsame Projekte zur Entwicklung von Notlageländern in Afrika und der dritten Welt.
- 8) Investitionen in Israel durch die Bundesrepublik einschliesslich Regierungsbürgschaft.
- 9) Konsolidation der israelischen Schuld an Deutschland, die im Lauf der Jahre durch die Zinsen auf die jährlich Anleihe aus Deutschland von 140 Mio \$ so gewachsen ist, dass die Rückzahlung die Summe von 140 Mio \$ übersteigt.
- 10) Touristik.
- 11) Die EWG und die israelische landwirtschaftliche Exportquote als Schutz gegen Spanien und Portugal.
- 12) Gemeinsame Entwicklungs- und Forschungsprojekte.
- 13) Bekanntmachung und Belehrung des jungen Führungsnachwuchses in den Grundlagen des israelisch-arabischen Konflikts und der deutsch-jüdischen Geschichte.
- 14) Briefe an den Generalsekretär der UNO und die Vertreter der Staaten in der UNO, die Annullierung des Beschlusses, der Zionismus und Rassenhass gleichstellen, fordern.

Deputy Speaker
Dov Ben-Meir



הכנסת
KNESSET

Jerusalem, 30 July 1987
4 Av 5747

I would like to take this opportunity to welcome you to the German-Israeli Parliamentary Group.

May I say that you have joined an extremely active association, which conducts many visits and a dialogue at least once a year.

For your information, I am enclosing a list of fourteen points which come up for discussion quite frequently.

This time the membership has grown in general and the membership of the Green Party in particular. It thus conforms with the desire to keep our relations on the broadest spectrum of the political scene in your country.

I am confident that you will make a significant contribution to the fruitful activities of the Group.

Looking forward to welcome you as soon as possible in the Knesset, either on a private visit or as a member of a delegation, and with best wishes,

Sincerely yours,

Dov Ben-Meir
Chairman
Israel-German
Parliamentary Group

Deputy Speaker
Dov Ben-Meir



הכנסת
KNESSET

Jerusalem, 30 July 1987
4 Av 5747

It was a real pleasure to find your name once again on the list of the German-Israeli Parliamentary Group.

This time the membership has grown in general and the membership of the Green Party in particular.

It thus conforms with the desire to keep our relations on the broadest spectrum of the political scene in your country.

I am confident that you will continue your fruitful activity within the Group.

I look forward to welcome you as soon as possible in the Knesset, either on a private visit or as a member of a delegation.

In the meantime, I would like to express my very best wishes to you and your family.

Sincerely yours,

Dov Ben-Meir
Chairman
Israel-German
Parliamentary Group

חברי הקבוצה הפרלמנטרית ישראל-גרמניה
מאי 1985

חבר/ת-הכנסת

מערך	דב בן-מאיר	יו"ר הקבוצה: סגן יו"ר הכנסת
מערך	עדיאל אמורי	
מערך	ז'אק יעקב אמיר	
מערך	שושנה ארכלי-אלמוזלינו	סגנית שר הבריאות
מערך	נאוה ארד	
ליכוד	פנחס גולדטשיין	
ליכוד - ליברלים	שרה דורון	
מערך	שמחה דיניץ	
מפד"ל	דוד דנינו	
מערך	עבד-אלותב דראושה	
מערך	אהרן הראל	
ליכוד - ליברלים	אריאל וינשטיין	
ר"ץ	מרדכי וירשובסקי	
ליכוד	יגאל כהן	
מערך	אברהם כץ-עוז	סגן שר החקלאות
מערך	דוד ליבאי	יו"ר הוועדה לענייני ביקורת המדינה
תחיה-צומת	יובל נאמן	
מערך	אהרן נחמיאס	סגן יו"ר הכנסת
מערך	אורה נמיר	יו"ר ועדת העבודה והרווחה
ליכוד - חרות	אמל נסראלדין	
מערך	עדנה סולודר	
שינוי	זיידאן עסאי	
רשימה מתקדמת לשלום	מתתיהו פלד	
אגודת ישראל	מנחם פרוש	סגן שר העבודה והרווחה
ליכוד - ליברלים	אליעזר קולס	יו"ר ועדת החוקה, חוק ומשפט
מערך	נחמן רז	יו"ר ועדת החינוך והתרבות
ליכוד - ליברלים	בני שליטא	
מפ"ם	ויקטור שם-טוב	
אגודת ישראל	אברהם יוסף שפירא	יו"ר ועדת הכספים
ליכוד - ליברלים	דן תיכון	סגן יו"ר הכנסת
ר"ץ	דוד צוקר	

MEMBERS OF THE ISRAEL-GERMAN PARLIAMENTARY GROUP
MAY 1985

KNESSET MEMBER

CHAIRMAN: DEPUTY SPEAKER	DOV BEN-MEIR	ALIGNMENT
DEPUTY FINANCE MINISTER	JACQUES YAAROV AMIR	ALIGNMENT
DEPUTY HEALTH MINISTER	ADIEL AMORAI	ALIGNMENT
	NAVA ARAD	ALIGNMENT
	SHOSHANA ARBELI-	
	ALMOZLINO	ALIGNMENT
	ZEIDAN ATASHI	SHINUI
	YIGAEI COHEN	LIKUD
	DAVID DANINO	NATIONAL RELIGIOUS
	ABED-ELWAHAB DARAWSHE	ALIGNMENT
	SIMCHA DINITZ	ALIGNMENT
	SARAH DORON	LIKUD - LIBERALS
	PINHAS GOLDSTEIN	LIKUD
	AHARON HAREL	ALIGNMENT
DEPUTY AGRICULTURE MINISTER	AVRAHAM KATZ-OZ	ALIGNMENT
CHAIRMAN, CONSTITUTION, LAW	ELIEZER KULAS	LIKUD - LIBERALS
& JUSTICE COMMITTEE		
CHAIRMAN, STATE AUDIT COMMITTEE	DAVID LIBAI	ALIGNMENT
	AHARON NAHMIA	ALIGNMENT
CHAIRWOMAN, LABOUR &	ORA NAMIR	ALIGNMENT
SOCIAL WELFARE COMMITTEE		
	AMAL NASSERELDEEN	LIKUD - HERUT
	YUVAL NEEMAN	TEHIVA-TZOMET
	MATTITYAHU PELED	PROGRESSIVE LIST
		FOR PEACE
DEPUTY LABOUR & SOCIAL	MENACHEM PORUSH	AGUDAT ISRAEL
WELFARE MINISTER		
CHAIRMAN, EDUCATION	NACHMAN RAZ	ALIGNMENT
& CULTURE COMMITTEE		
CHAIRMAN, FINANCE COMMITTEE	BENI SHALITA	LIKUD - LIBERALS
	AVRAHAM YOSEF SHAPIRA	AGUDAT ISRAEL
	VICTOR SHEM-TOV	MAPAM
	EDNA SOLODAR	ALIGNMENT
DEPUTY SPEAKER	DAN TICHON	LIKUD - LIBERALS
	MORDECHAI VIRSHUBSKY	CITIZENS RIGHTS
	ARIEL WEINSTEIN	LIKUD - LIBERALS
	DAVID ZUCKER	CITIZENS RIGHTS

(TOTAL: 31 MEMBERS)

כ"א באב ה'תשפ"ז
16 באוגוסט 1987
934

מאג
7,101

אל : מר גד כהן, בון
מאת: ט/טנחל א-רופח 1.

הנדון : הקבוצה הפרלמנטרית
הגרמנית-ישראלית בבונדסטאג.
למכתבך 558 105.1 גרמ.

ברכותינו להידועותה של קבוצה מכובדת זו בבונדסטאג,
שללא ספק פעילותכם היומיומית בשגרירות תרומה לחבריה
ליטול בת חלק.
אבדוק עם ח"כ דב בן-מאיר אם בידינו מידע חדש זה.

בברכה,

שרים שטרן.

2000

CH. ONE DAY
IN THE YEAR 1900
1900

THE YEAR 1900
THE YEAR 1900

THE YEAR 1900
THE YEAR 1900
THE YEAR 1900

THE YEAR 1900
THE YEAR 1900
THE YEAR 1900

THE YEAR 1900

THE YEAR 1900



בון, ד אב תשמ"ז
30 ביולי 1987
558 - 105.1 גרמ.



א ל : אירופה 1

מאת : השגרירות, בון

הנידון : הקבוצה הפרלמנטרית הגרמנית - ישראלית בבונדסטאג

קיבלנו ממזכירות הבונדסטאג את רשימת הקבוצה הגרמנית-ישראלית בבונדסטאג החדש, שנכונה לפני שבועות מספר.

ברשימה, שהעתיקה מצורף, 126 שמות לעומת 117 חברים בקבוצה שבבונדסטאג הקודם. זו היא הגדולה שבקבוצות הפרלמנטריות בבונדסטאג. בעבר היינו בעלי המקום השני אחרי ארה"ב.

מניתוח הרשימה עולה, ש - 55 חברי בונדסטאג שהיו בקבוצה הקודמת אינם חברים בקבוצה החדשה. 31 מאלה לא נבחרו מחדש לבונדסטאג, כך שלמעשה מדובר ב- 24 חברים שלא חידשו חברותם. יש ביניהם לפחות אחדים, שודאי עוד יודיעו על הצטרפותם. פרט לכך נאמר לי, שהבונדסטאג הגביל את חברות כל חבר לחמש קבוצות לכל היותר וסביר להניח, שהיו כאלה שנאלצו לתעדיף קבוצות אחרות.

בקבוצה החדשה יש גם 63 חברים שלא היו בקבוצה הקודמת ובהם 27 שלא היו כלל חברים בבונדסטאג הקודם. ממילא החליטו 36 חברים ותיקים של הבונדסטאג להצטרף לקבוצה, על אף שלא היו חברים בה קודם.

בין חברי הקבוצה בולטים שר התחבורה הפדראלי וורנקה, שר המדינה בלשכת הקאנצלר שטאוונהאגן, שבעה מזכירי מדינה פרלמנטריים (למעשה סגני שרים) ושלושה מארבעת סגני נשיא הבונדסטאג. חסר לנו ברשימה החדשה בעיקר שר העבודה בלום.

לראשות הקבוצה נבחרו מחדש שלושת ראשי הקבוצה הקודמת - גברת רנגר והאדונים גרסטר וקליינרט.

ראוי לציין שבקבוצה חברים ארבעה חברי סיעת "הירוקים", לרבות אחת משלושת "דוברי" הסיעה (ראשיה למעשה).

ננסה עוד להתעניין בסיבות אי-הצטרפותם של חברים אחדים. סביר להניח שהרשימה עוד תגדל. מכל מקום אין לנו במה להתביש.

בברכה,

גד כהן

העתק: לשכת המשנה למנכ"ל
ארכ"ל 1 (בהקשר כללי מאוד לאיגוד הפרלמנטרי)

14/7/1987

DEUTSCH-ISRAELISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE
IM 11. DEUTSCHEN BUNDESTAG

- CDU/CSU ^ Abg. Bayha, Richard
- en 57 / Abg. Frau Berger (Berlin), Lieselotte, Parl. Staatssekretärin 26.11.7
- Abg. Biehle, Alfred
- ^ Abg. Dr. Blens, Heribert
- ^ Abg. Böhm (Melsungen), Wilfried
- ^ Abg. Bohl, Friedrich
- ^ Abg. Clemens, Joachim
- Abg. Dr. Czaja, Herbert
- Abg. Dr. Daniels (Bonn), Hans
- ^ Abg. Frau Dempwolf, Gertrud
- Abg. Dörflinger, Werner
- Abg. Doss, Hansjürgen
- Abg. Eylmann, Horst
- ^ Abg. Feilcke, Jochen
- ^ Abg. Dr. Fell, Karl H.
- Abg. Ganz (St. Wendel), Johannes
- Abg. Gerster (Mainz), Johannes
- ^ Abg. Dr. Häfele, Hansjörg 26.11.7
- ^ Abg. Harries, Klaus
- ^ Abg. Haungs, Rainer
- Abg. Hauser (Esslingen), Otto
- ^ Abg. Herkenrath, Adolf
- ^ Abg. Frau Hürland-Büning, Agnes, Parl. Staatssekretärin 26.11.7
- Abg. Dr. Jobst, Dionys
- Abg. Frau Karwatzki, Irmgard, Parl. Staatssekretärin 26.11.7
- Abg. Kittelmann, Peter
- ^ Abg. Dr. Kronenberg, Friedrich
- ^ Abg. Krey, Franz Heinrich
- Abg. Dr. Lammert, Norbert
- ^ Abg. Lattmann, Herbert
- ^ Abg. Frau Limbach, Editha
- Abg. Link (Frankfurt), Helmut
- Abg. Dr. h.c. Lorenz, Peter
- Abg. Louven, Julius
- ^ Abg. Nelle, Engelbert
- ^ Abg. Neumann (Bremen), Bernd

n Abg. Pfeifer, Anton, Parl. Staatssekretär
 n Abg. Dr. Pfennig, Gero
 n Abg. Dr. Probst, Albert, Parl. Staatssekretär
 Abg. Repnik, Hans-Peter
 Abg. Roth (Gießen), Adolf
 Abg. Sauer (Stuttgart), Roland
 Abg. Schreiber, Werner
 n Abg. Schulhoff, Wolfgang
 Abg. Schulze (Berlin), Gerhard
 Abg. Seiders, Rudolf
 Abg. Dr. Stavenhagen, Lutz, Staatsminister
 Abg. Dr. Stercken, Hans
 Abg. Stücklen, Richard, Vizepräsident
 Abg. Tillmann, Ferdi
 n n Abg. Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Abg. Uldall, Gunnar
 Abg. Dr. Unland, Hermann Josef
 Abg. Frau Verhülsdonk, Roswitha
 n Abg. Dr. Warnke, Jürgen, Bundesminister
 Abg. Dr. von Wartenberg, Ludolf, Parl. Staatssekretär
 Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski, Roswitha

— 11.2
 27.11.21 27.11.21

27.11.21

27.11.21 27.11.21

SPD
 6.5.3

n n Abg. Frau Adler, Brigitte
 n n Abg. Andres, Gerd
 n Abg. Becker (Nienberge), Helmuth
 n Abg. Frau Blunck, Lieselott
 n Abg. Büchner (Speyer), Peter
 n n Abg. Frau Bulmahn, Edelgard
 Abg. Dreßler, Rudolf
 n Abg. Frau Fuchs (Verl), Katrin
 n n Abg. Frau Prof. Dipl.-Ing. Ganseforth, Monika
 Abg. Gansel, Norbert
 n n Abg. Haack (Extertal), Hermann
 n n Abg. Frau Hämmerle, Gerlinde
 Abg. Frau Dr. Hartenstein, Liesel
 n Abg. Heistermann, Dieter
 n Abg. Horn, Erwin

Abg. Jahn (Marburg), Gerhard
 ^ Abg. Jaunich, Horst
 ^ Abg. Klein (Dieburg), Heinrich
 Abg. Kolbow, Walter
 ^ ^ Abg. Koltzsch, Rolf
 ^ ^ Abg. Koschnick, Hans
 ^ Abg. Lennartz, Klaus
 ^ Abg. Lohmann (Witten), Klaus
 ^ Abg. Müller (Schweinfurt), Rudolf
 ^ ^ Abg. Niggemeier, Horst
 Abg. Dr. Nöbel, Wilhelm
 ^ Abg. Frau Odendahl, Doris
 Abg. Pauli, Günter
 Abg. Frau Renger, Annemarie, Vizepräsidentin
 ^ Abg. Reuschenbach, Peter
 Abg. Reuter, Bernd
 ^ ^ Abg. Scherrer, Manfred
 Abg. Schluckebier, Günter
 ^ Abg. Frau Schmidt (Nürnberg), Renate
 Abg. Dr. Schmude, Jürgen
 Abg. Schreiner, Ottmar
 ^ ^ Abg. Seidenthal, Bodo
 ^ Abg. Sielaff, Horst
 ^ ^ Abg. Singer, Johannes
 Abg. Frau Steinhauer, Waltraud
 Abg. Tietjen, Günther
 Abg. Frau Dr. Timm, Helga
 ^ Abg. Toetemeyer, Hans-Günther
 Abg. Frau Traupe, Brigitte
 Abg. Vosen, Josef
 Abg. Waltemathe, Ernst
 ^ ^ Abg. Frau Weiler, Barbara
 Abg. Westphal, Heinz, Vizepräsident
 Abg. Frau Weyel, Gudrun
 Abg. von der Wiesche, Eugen
 ^ Abg. Wimmer (Neuötting), Hermann
 Abg. Dr. de With, Hans
 ^ Abg. Zeitler, Werner

FDP

Abg. Beckmann, Klaus

^ ^ Abg. Frau Folz-Steinacker, Sigrid

^ ^ Abg. Funke, Rainer

^ ^ Abg. Gries, Ekkehard

Abg. Frau Dr. Hamm-Brücher, Hildegard

Abg. Dr. Hirsch, Burkhard

Abg. Kleinert (Hannover), Detlef

Abg. Kohn, Roland

^ ^ Abg. Lüder, Wolfgang

^ ^ Abg. Richter, Manfred

Abg. Frau Dr. Segall, Inge

DIE GRÜNEN ^ ^ Abg. Frau Flinner, Dora

^ ^ Abg. Frau Oesterle-Schwerin, Jutta

^ ^ Abg. Frau Rust, Bärbel

^ ^ Abg. Wetzel, Dietrich

הסבר לסימנים: ח = חבר חדש בקבוצה.

חח = חבר חדש בקבוצה שהוא גם חדש בבונדסטאג.

DR. WALTER WALLMANN
Hessischer Ministerpräsident

6200 Wiesbaden 6. August 1987
Bierstädter Straße 2
Telefon (06121) 322900

An den
Vorsitzenden der
Israelisch-Deutschen
Parlamentarischen Gruppe
Herrn Dov B. Ben-Meir M.K.
Vizepräsident des
Israelischen Parlaments
KNESSET
4 Sivan 5747

Jerusalem 91 999

Sehr geehrter, lieber Herr Ben-Meir!

Ich danke Ihnen herzlich für Ihr Schreiben vom 25. Juni 1987 und Ihre liebenswürdigen Glückwünsche zu meiner Wahl.

Ich bin wie Sie der Meinung, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren Ländern in Zukunft aufgebaut und gefestigt werden sollen. Deshalb begrüße ich Ihren Vorschlag zu einer Deutsch-Israelischen Parlamentarischen Gruppe. Inhaltlich zuständig hierfür ist jedoch der Präsident des Hessischen Landtages, Herr Jochen Lengemann, dem ich deshalb Ihr Schreiben mit der Bitte weitergeleitet habe, sich Ihres Vorschlages anzunehmen. Er wird sich deshalb in diesem Zusammenhang direkt an Sie wenden.

Ich hoffe sehr, daß es bald - sei es in Deutschland oder Israel - eine Gelegenheit geben wird, uns persönlich zu begegnen.

Bis dahin bin ich mit den besten Wünschen

Jhw
Walter Wallmann

164 10.1



ד אב תשמ"ז
30 ביולי 1987

558 - 105.1 גרמ.

זרג ת.ז.ט.א

א ל : אירופה 1

מאת : השגרירות, בון

הנידון : הקבוצה הפרלמנטרית הגרמנית - ישראלית בבונדסטאג

קיבלנו ממזכירות הבונדסטאג את רשימת הקבוצה הגרמנית-ישראלית בבונדסטאג החדש, שנכונה לפני שבועות מספר.

ברשימה שהעתיקה מצורף, 126 שמות לעומת 117 חברים בקבוצה שבבונדסטאג הקודם. זו היא הגדולה שבקבוצות הפרלמנטריות בבונדסטאג. בעבר היינו בעלי המקום השני אחרי ארה"ב.

מניחוח הרשימה עולה, ש - 55 חברי בונדסטאג שהיו בקבוצה הקודמת אינם חברים בקבוצה החדשה. 31 מאלה לא נבחרו מחדש לבונדסטאג, כך שלמעשה מדובר ב- 24 חברים שלא חידשו חברותם. יש ביניהם לפחות אחדים, שודאי עוד יודיעו על הצטרפותם. פרט לכך נאמר לי, שהבונדסטאג הגביל את חברות כל חבר לתמש קבוצות לכל היותר וסביר להניח, שהיו כאלה שנאלצו להעדיף קבוצות אחרות.

בקבוצה החדשה יש גם 63 חברים שלא היו בקבוצה הקודמת ובהם 27 שלא היו כלל חברים בבונדסטאג הקודם. ממילא החליטו 36 חברים ותיקים של הבונדסטאג להצטרף לקבוצה, על אף שלא היו חברים בה קודם.

בין חברי הקבוצה בולטים שר התחבורה הפדראלי וורנקה, שר המדינה בלשכת הקאנצלר שטאוונהאגן, שבעה מזכירי מדינה פרלמנטריים (למעשה סגני שרים) ושלושה מארבעת סגני נשיא הבונדסטאג. חסר לנו ברשימה החדשה בעיקר שר העבודה בלום.

לראשות הקבוצה נבחרו מחדש שלושת ראשי הקבוצה הקודמת - גברת רנגר והאדונים גרסטר וקליינרט.

ראוי לציין שבקבוצה חברים ארבעה חברי סיעת "הירוקים", לרבות אחת משלושת "דוברי" הסיעה (ראשיה למעשה).

ננסה עוד להתעניין בסיבות אי-הצטרפותם של חברים אחדים. סביר להניח שהרשימה עוד תגדל. מכל מקום אין לנו במה להתביש.

בברכה,

גד כהן

העתיק: לשכת המשנה למנכ"ל
ארב"ל 1 (בהקשר כללי מאוד לאיגוד הפרלמנטרי)



501 N.EON

W. J. ...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

...

14/7/1987

DEUTSCH-ISRAELISCHE PARLAMENTARIERGRUPPE
IM 11. DEUTSCHEN BUNDESTAG

CDU/CSU

en 57

- ^ Abg. Bayha, Richard
- Abg. Frau Berger (Berlin), Lieselotte, Parl. Staatssekretärin
- Abg. Biehle, Alfred
- ^ Abg. Dr. Blens, Heribert
- ^ Abg. Böhm (Melsungen), Wilfried
- ^ Abg. Bohl, Friedrich
- ^ Abg. Clemens, Joachim
- Abg. Dr. Czaja, Herbert
- Abg. Dr. Daniels (Bonn), Hans
- ^ Abg. Frau Dempwolf, Gertrud
- Abg. Dörflinger, Werner
- Abg. Doss, Hansjürgen
- Abg. Eylmann, Horst
- ^ Abg. Feilcke, Jochen
- ^ Abg. Dr. Fell, Karl H.
- Abg. Ganz (St. Wendel), Johannes
- Abg. Gerster (Mainz), Johannes
- ^ Abg. Dr. Häfele, Hansjörg
- ^ Abg. Harries, Klaus
- ^ Abg. Haungs, Rainer
- Abg. Hauser (Esslingen), Otto
- ^ Abg. Herkenrath, Adolf
- ^ Abg. Frau Hürland-Büning, Agnes, Parl. Staatssekretärin
- Abg. Dr. Jobst, Dionys
- Abg. Frau Karwatzki, Irmgard, Parl. Staatssekretärin
- Abg. Kittelmann, Peter
- ^ Abg. Dr. Kronenberg, Friedrich
- ^ Abg. Krey, Franz Heinrich
- Abg. Dr. Lammert, Norbert
- ^ Abg. Lattmann, Herbert
- ^ Abg. Frau Limbach, Editha
- Abg. Link (Frankfurt), Helmut
- Abg. Dr. h.c. Lorenz, Peter
- Abg. Louven, Julius
- ^ Abg. Nelle, Engelbert
- ^ Abg. Neumann (Bremen), Bernd

Ant. Stabschef

2/11

2/11

2/11 2/11

↗ Abg. Pfeifer, Anton, Parl. Staatssekretär
 ↗ Abg. Dr. Pfennig, Gero
 ↗ Abg. Dr. Probst, Albert, Parl. Staatssekretär
 Abg. Repnik, Hans-Peter
 Abg. Roth (Gießen), Adolf
 Abg. Sauer (Stuttgart), Roland
 Abg. Schreiber, Werner
 ↗ Abg. Schulhoff, Wolfgang
 Abg. Schulze (Berlin), Gerhard
 Abg. Seiders, Rudolf
 Abg. Dr. Stavenhagen, Lutz, Staatsminister
 Abg. Dr. Stercken, Hans
 Abg. Stücklen, Richard, Vizepräsident
 Abg. Tillmann, Ferdi
 ↗ ↗ Abg. Dr. Uelhoff, Klaus-Dieter
 Abg. Uldall, Gunnar
 Abg. Dr. Unland, Hermann Josef
 Abg. Frau Verhülsdonk, Roswitha
 ↗ ↗ Abg. Dr. Warnke, Jürgen, Bundesminister
 Abg. Dr. von Wartenberg, Ludolf, Parl. Staatssekretär
 Abg. Frau Prof. Dr. Wisniewski, Roswitha

— 11.2

2/11/21 2/11/21

2/11/21

2/11/21

2/11/21

SPD
6. 53

↗ ↗ Abg. Frau Adler, Brigitte
 ↗ ↗ Abg. Andres, Gerd
 ↗ Abg. Becker (Nienberge), Helmuth
 ↗ Abg. Frau Blunck, Lieselott
 ↗ Abg. Büchner (Speyer), Peter
 ↗ ↗ Abg. Frau Bulmahn, Edelgard
 Abg. Dreßler, Rudolf
 ↗ Abg. Frau Fuchs (Verl), Katrin
 ↗ ↗ Abg. Frau Prof. Dipl.-Ing. Ganseforth, Monika
 Abg. Gansel, Norbert
 ↗ ↗ Abg. Haack (Extertal), Hermann
 ↗ ↗ Abg. Frau Hämmerle, Gerlinde
 Abg. Frau Dr. Hartenstein, Liesel
 ↗ Abg. Heistermann, Dieter
 ↗ Abg. Horn, Erwin

Abg. Jahn (Marburg), Gerhard
 ^ Abg. Jaunich, Horst
 ^ Abg. Klein (Dieburg), Heinrich
 Abg. Kolbow, Walter
 ^ ^ Abg. Koltzsch, Rolf
 ^ ^ Abg. Koschnick, Hans
 ^ Abg. Lennartz, Klaus
 ^ Abg. Lohmann (Witten), Klaus
 ^ Abg. Müller (Schweinfurt), Rudolf
 ^ ^ Abg. Niggemeier, Horst
 Abg. Dr. Nöbel, Wilhelm
 ^ Abg. Frau Odendahl, Doris
 Abg. Pauli, Günter
 Abg. Frau Renger, Annemarie, Vizepräsidentin
 ^ Abg. Reuschenbach, Peter
 Abg. Reuter, Bernd
 ^ ^ Abg. Scherrer, Manfred
 Abg. Schluckebier, Günter
 ^ Abg. Frau Schmidt (Nürnberg), Renate
 Abg. Dr. Schmude, Jürgen
 Abg. Schreiner, Ottmar
 ^ ^ Abg. Seidenthal, Bodo
 ^ Abg. Sielaff, Horst
 ^ ^ Abg. Singer, Johannes
 Abg. Frau Steinhauer, Waltraud
 Abg. Tietjen, Günther
 Abg. Frau Dr. Timm, Helga
 ^ Abg. Toetemeyer, Hans-Günther
 Abg. Frau Traupe, Brigitte
 Abg. Vosen, Josef
 Abg. Waltemathe, Ernst
 ^ ^ Abg. Frau Weiler, Barbara
 Abg. Westphal, Heinz, Vizepräsident
 Abg. Frau Weyel, Gudrun
 Abg. von der Wiesche, Eugen
 ^ Abg. Wimmer (Neuötting), Hermann
 Abg. Dr. de With, Hans
 ^ Abg. Zeitler, Werner

FDP

Abg. Beckmann, Klaus

^A Abg. Frau Folz-Steinacker, Sigrid

^A Abg. Funke, Rainer

^A Abg. Gries, Ekkehard

Abg. Frau Dr. Hamm-Brücher, Hildegard

Abg. Dr. Hirsch, Burkhard

Abg. Kleinert (Hannover), Detlef

Abg. Kohn, Roland

^A Abg. Lüder, Wolfgang

^A Abg. Richter, Manfred

Abg. Frau Dr. Segall, Inge

DIE GRÜNEN ^A Abg. Frau Flinner, Dora

^A Abg. Frau Oesterle-Schwerin, Jutta

^A Abg. Frau Rust, Bärbel

^A Abg. Wetzel, Dietrich

הספר לסימנים: ח = חבר חדש בקבוצה.

חח = חבר חדש בקבוצה שהוא גם חדש בכונדסטאג.



בון, ב' אב תשמ"ז
28 ביולי 1987

א ל : מר א. שגער, משרד החקלאות, ת-א
אריה זייף, משרד החקלאות, ת-א
אירופה 1

מאת : נחום גן, בון

7-103
גנה

מצ"ב דו"ח שנכתב ע"י תועדה החקלאית
של הבונדסטאג שבקרה בארץ.

בכבוד רב,

נחום גן

א. גרין
המל"ג



1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

1971 11 11 11 11

DEUTSCHER BUNDESTAG

Ausschuß für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Der Vorsitzende -

Ausschuß-Drucksache 11/9

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Fernruf 162580

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

24. Juni 1987

Bericht über die agrarpolitische Informationsreise
einer Ausschußdelegation nach Israel vom
10. bis 17. Mai 1987

von Abg. Rudi Müller (Schweinfurt),
Vorsitzender des Ausschusses und Delegationsleiter

I n h a l t

Seite:

I. Teilnehmer	2
II. Reiseverlauf	3
III. Vorbereitung der Reise	6
IV. Fachlicher Inhalt des Reiseprogramms	7
1. Struktur der israelischen Landwirtschaft	7
a) Der Kibbuz	8
b) Der Moschaw	9
2. Lage der Landwirtschaft	12
V. Der israelische Agrarexport	13
VI. Fachliche und politische Würdigung der Reise	14

Teilnehmer

Abg. Rudi Müller (Schweinfurt), Delegationsleiter, (SPD)

Abg. Richard Bayha, (CDU/CSU)

Abg. Adolf Herkenrath, (CDU/CSU)

Abg. Lorenz Niegel, (CDU/CSU)

Abg. Albert Pfuhl, (SPD)

Abg. Hermann Wimmer (Neuötting), (SPD)

Abg. Günther Bredehorn, (FDP)

Abg. Dora Flinner, (DIE GRÜNEN)

MinRat Dr. Horst Gerold, Ausschußsekretär

REISEVERLAUF

der agrarpolitischen Informationsreise nach Israel vom
10. bis 17. Mai 1987

Sonntag, 10. Mai 1987

Anreise und Weiterfahrt nach Jerusalem

Fahrt nach Bethlehem,
Führung durch Probst Dr. Johannes Friedrich,
(evg.-luth. Erlöserkirche Jerusalem)

Besuch der Geburtskirche

Rückfahrt zum Ölberg Besuch der Einrichtungen der Kaiserin-
Auguste-Victoria-Stiftung mit Spital und deutscher Himmel-
fahrtskirche

Besuch des Deutschen Evangelischen Instituts für
die Altertumswissenschaft des Heiligen Landes,
Jerusalem - Leitung: Prof. Dr. August Strobel

Montag, 11. Mai 1987

Besuch der Gedenkstätte Yad Vashem

Niederlegen eines Kranzes namens des Ausschusses

Stadtrundfahrt durch den Westteil von Jerusalem

Mittagessen in der Knesset -

Gastgeber: Dov Ben-Meir, Vizepräsident der Knesset und Vor-
sitzender der Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe

Treffen mit agrarpolitisch interessierten Mitgliedern der
Knesset:

Pesach Grupper, (Likud)
Ephraim Daron, (L)
Ephraim Shalom, (Allignment)
Yigal Cohen, (L)
Nachman Raz, (A)
Yitzak Artzi, (A)

Empfang durch den Präsidenten der Knesset, Shlomo Hillel

Besichtigung des Knesset-Gebäudes

Teilnahme an einer Plenarsitzung der Knesset und Begrüßung der
Delegation durch Präsident Hillel

Rundgang durch die Altstadt von Jerusalem (privat)

Führung durch Probst Dr. Johannes Friedrich
evg.-luth. Erlöserkirche Jerusalem

Abendessen

Gastgeber: Landwirtschaftsminister Arie Nechamkin
mit Vertretern seines Ministeriums und der Agrar-Exportwirt-
schaft

Dienstag, 12. Mai 1987

Besichtigung des Moschaw Beer Tuvia unter der Führung des Mitglieds Wolf Jari und Ehefrau; Besichtigung des Futtermittel-Zentrums und des Milchviehbetriebs sowie Information über die genossenschaftliche Struktur eines Moschaw

Besuch des Volcani-Center in Bet-Dagan der staatlichen Landwirtschaftlichen Forschungsorganisation (ARO);

Einführung in die israelische Agrarforschung durch den Direktor der ARO und leitenden Wissenschaftler des Landwirtschaftsministeriums, Prof. J. Shalhevet;

Besuch der Abteilung für Obstbaum-Züchtung

Abendliches Treffen mit dem Vorsitzenden der Hilfsorganisation für die Dritte Welt "Gifrid", Prof. Dr. Amram Ashri (Landwirtschaftliche Fakultät der Hebräischen Universität von Jerusalem), und deren Geschäftsführerin, Frau Lotte Roman

Mittwoch, 13. Mai 1987

Besichtigung der Solaranlagen der Fa. Ormat in Yavne, nördlich des Toten Meeres im Westjordan-Land (privat)

Besichtigung der Ruinen von Massada, Palast von Herodes und Symbol des Widerstands der Juden gegen die Römer

Besichtigung des Kibbuz Ein Gedi am Toten Meer, Führung durch Herrn Joske; Information über die genossenschaftliche Strukturen eines Kibbuz und über die Bedeutung der Kibbuz-Bewegung in Israel sowie Besichtigung der touristischen Einrichtungen des Kibbuz am Toten Meer

Rückfahrt nach Tel Aviv über Jericho (privat)

Donnerstag, 14. Mai 1987

Besuch in der Hauptverwaltung der landwirtschaftlichen genossenschaftlichen Exportgesellschaft AGREXCO und des israelischen Citrusmarktamtes "Israel Citrus Marketing Board (ICMB)" in Tel Aviv

Besichtigung des staatlichen Israel-Cohn-Instituts für Biologische Kontrolle in Rehovot

Besichtigung der Verpackungs- und Versandeinrichtungen des israelischen Obst- und Gemüseexports in Ashdod

Informationsgespräch auf einem AGREXCO-Frachter im Hafen von Ashdod über die Verschiffung von Obst und Gemüse in die EG

Informationsgespräch mit dem Stv. Landwirtschaftsminister von Israel, Abraham Katz-Oz

Abendempfang des Deutschen Botschafters in Israel in seiner Residenz

Freitag, 15. Mai 1987

Besichtigung der Fa. Milouot in Ashrat bei Haifa, genossenschaftlicher industrieller Verarbeitungsbetrieb für landwirtschaftliche Erzeugnisse

Besuch im Kibbuz Bet Ha Emek mit Information über genbiologische Versuche im dortigen Laboratorium

Besuch im milchwirtschaftlichen Moschaw Regba bei Akko

Besuch und Übernachtung in der internationalen christlichen Begegnungsstätte Nes Ammim und Diskussion mit Mitgliedern dieser genossenschaftlichen Einrichtung und Mitgliedern benachbarter Moschawim und Kibbuzim

Samstag, 16. Mai 1987

Besuch der Verkündigungskirche in Nazareth

Fahrt zum See Genezareth,

Führung durch Pater Bagil Pixner OSB (Tabgha), Besichtigung der Kirche vom Wunder der Brotvermehrung, gestiftet vom Deutschen Verein für das Heilige Land (Köln), und der Ruinen von Kapernaum

Fahrt an der Ostseite des Sees Genezareth am Fuße der Golanhöhen (privat) zu den Ruinen der Kreuzritterburg Belvoir

Besuch im Moschaw Shitufi Moledet in Anwesenheit von Landwirtschaftsminister A. Nechamkin, Diskussion mit Moschaw-Mitgliedern

Abschlußgespräch mit Benjamin Safran, israelisches Landwirtschaftsministerium in Tel Aviv

Sonntag, 17. Mai 1987

Rückreise

III.

Vorbereitung der Reise

Die Informationsreise war bereits für 1986 geplant und ging zurück auf eine Einladung des Präsidenten der Knesset. Seinerzeit mußte die Reise wegen des gleichzeitig stattfindenden Besuchs des Präsidiums des Deutschen Bundestages verschoben werden.

Die in diesem Jahr erneut ausgesprochene Einladung des Präsidenten der Knesset ließ es angezeigt erscheinen, die Informationsreise kurz nach der Konstituierung des Ausschusses durchzuführen, wobei auch klimatische und Vegetationsgründe für den Termin sprachen.

Die Koordination der Reisevorbereitungen lag beim Ausschußsekretär, der dabei mit dem Landwirtschaftsreferenten der Botschaft des Staates Israel, Botschaftsrat Nachum Gan, und dem Wirtschaftsreferenten der deutschen Botschaft in Tel Aviv, Botschaftsrat Dr. Uwe Neubauer, zusammenarbeitete.

Die Reise verlief planmäßig und reibungslos. Das Programm wies in dichter Folge eine Vielfalt auf, die informative Einblicke sowohl in die israelische Landwirtschaft als auch in historische Stätten des Heiligen Landes sowie Einblicke in die Gesellschaft des Staates Israel ermöglichte.

Während der gesamten Reise wurde die Delegation von der Stv. Leiterin der Abteilung für Technische Hilfe und Auswärtige Beziehungen des Landwirtschaftsministeriums von Israel, Frau Pnina Friedländer, begleitet und betreut. Bei den Informationsgesprächen war Botschaftsrat Dr. Neubauer (Deutsche Botschaft, Tel Aviv) anwesend. Mehrfach stellte sich der Leiter der Abteilung für internationale Handelsbeziehungen im israelischen Landwirtschaftsministerium, Benjamin Safran, zu Informationsgesprächen mit der Delegation zur Verfügung.

Anlaß der Reise war die bei Begegnungen in Deutschland, vor allem auf der Grünen Woche in Berlin, geäußerte Besorgnis der israelischen Seite, durch die Süderweiterung der EG um Portugal und Spanien könnten die inzwischen schon traditionellen Handelsströme in die EG und vor allem in die BR Deutschland bei Obst und Gemüse nachhaltig beeinträchtigt werden. Der Agrarexport spielt nämlich für das ressourcenarme Land eine wichtige Rolle. Er hatte im Jahre 1985/86 bei einem Gesamt-Produktionswert der Landwirtschaft von 2,358 Mrd US-\$ bei Frischerzeugnissen einen Wert von 0,5 Mrd US-\$, wobei der Schwerpunkt bei den Zitrusfrüchten lag. Hinzu kamen die Verarbeitungserzeugnisse der Ernährungswirtschaft.

IV.

Fachlicher Inhalt des Reiseprogramms

Für die israelische Wirtschaft ist der Agrarexport von herausragender Bedeutung. Überhaupt spielt die Landwirtschaft traditionsgemäß in Israel sowohl wirtschaftlich wie aber auch gesellschaftlich eine wichtige Rolle. Sie ist und war ein wesentlicher Faktor beim Aufbau des Staates Israel und hat durch die in ihr entwickelten besonderen Kooperationsformen, die unten unter 1) noch erörtert werden, ganz wesentlich zur Schaffung des Gemeinschaftsbewußtseins in diesem jungen Staat beigetragen.

1. Struktur der israelischen Landwirtschaft

In der israelischen Landwirtschaft herrschen kooperative Betriebsformen in der Gestalt der Kibbuzim und der Moschawim vor. Individuelle einzelbäuerliche Betriebe gibt es nur beim muslimischen Bevölkerungsteil sowie vereinzelt vor allem bei Sonderkulturen (Weinbau, Tafeltrauben). Dies geht darauf zurück, daß die landwirtschaftlich nutzbare Fläche in den vergangenen Jahrzehnten und auch schon vor der Gründung des Staates Israel vom

Jüdischen Nationalfonds aufgekauft und grundsätzlich nur an kooperativ wirtschaftende Landwirte langfristig verpachtet worden ist und wird. Mit den individuell bewirtschafteten Betrieben ist die Delegation auf ihrer Reise nicht in Berührung gekommen. Sie hat die die israelische Agrarwirtschaft beherrschenden kooperativen Betriebsformen kennengelernt, und zwar

- die gemeinschaftlich bewirtschafteten Kibbuzim,
- die genossenschaftlich betriebenen Moschawim,
- und die in einer Zwischenform dieser beiden betriebenen Moschawim Schitufi.

Diese drei Modelle kooperativer ländlicher Siedlungen beherrschen eindeutig das Bild der israelischen Landwirtschaft.

a) Der Kibbuz

Für die Israelis ist der Kibbuz sowohl eine ländliche Siedlung als auch eine Idee. Er ist eine Gemeinschaft mit Idealen. Seine Mitglieder haben sich freiwillig für die Lebensform auf der Grundlage gemeinschaftlichen Eigentums zusammengefunden. Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Gleichheit sind Grundlagen des Zusammenlebens, das durch demokratisch verfaßte Institutionen geordnet und geleitet wird. Generalversammlung und Fachkomitees mit auf Zeit gewählten Funktionsträgern sind die Gremien, in denen die wirtschaftlichen sowie die das Zusammenleben regelnden Entscheidungen getroffen werden. Mitglied wird man nach einer Probezeit von meist einem Jahr. Arbeit und Freizeit werden gemeinsam gestaltet, private Festtage wie Hochzeit und Geburtstag werden gemeinsam gefeiert. Die kulturelle Betreuung der Mitglieder ist allen Kibbuzim ein besonderes Anliegen. Die Mitglieder arbeiten entsprechend ihren Fähigkeiten in einem bestimmten Sektor der Kibbuzwirtschaft oder in einem regionalen Kibbuzunternehmen, in staatlichen Institutionen oder in anderen Berufen, falls jemand dort seine Erfüllung zu finden glaubt, die ihm der Kibbuz nicht bieten kann. Aber auch in diesen Fällen teilt das Mitglied den Lebensstandard mit den anderen Kibbuzangehörigen. Sein Gehalt fließt in die Kibbuzkasse. Andererseits sorgt der Kibbuz für

seine Mitglieder von ihrer ersten bis zur letzten Stunde. Nahrung, Wohnung, Erziehung und Heilfürsorge werden allen Mitgliedern auf gleicher Grundlage zur Verfügung gestellt. Entsprechend den Bedürfnissen des Einzelnen. Jedes Mitglied erhält je nach Alter und Familienstand einen Geldbetrag, den es nach Belieben verwenden kann für individuelle Bedürfnisse. Das Leben der Kinder ist im Kibbuz auf einzigartige Weise organisiert. Sie leben in Kinderhäusern zusammen und nehmen dort auch ihre Mahlzeiten ein. In ihrer Freizeit werden sie von den Eltern besucht oder von diesen mit in ihre Wohnungen genommen. In vielen Kibbuzim schlafen die Kinder heute aber nachts in der Familie der Eltern.

Insgesamt gibt es rund 250 Kibbuzim in Israel von unterschiedlicher Größe. In ihnen sind weniger als 4% der israelischen Bevölkerung zusammengeschlossen, aber 40% der landwirtschaftlichen Erzeugung und 7% der Industrieproduktion werden hier erzielt.

In den Kibbuzim herrscht unter den Mitgliedern eine gewisse Fluktuation. Zusammensetzung und Strukturen haben sich von den spezifischen Bedürfnissen einer Pioniergeneration und einer in der Entstehung begriffenen Nation her entwickelt und gewandelt. Ein großer Prozentsatz der Persönlichkeiten, die den Staat Israel verantwortlich gestaltet haben, entstammen der Kibbuzbewegung.

b) Der Moschaw

Anders als im Kibbuz gibt es im Moschaw - auch Moschaw Owdim - kein Gemeinschaftseigentum und gleichen Anteil an Arbeit und Eigentum. In dieser kooperativen ländlichen Siedlung schließen sich auf vom Staat oder vom Nationalfonds gepachtetem Land Landwirtschaftsfamilien zusammen, die alle ihren eigenen Haushalt führen und ihr zugeteiltes oder zuweilen eigenes Land selbständig bewirtschaften und den Lebensunterhalt aus dem Betrag ihrer eigenen Erzeugnisse bestreiten. Lediglich die Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse, z.B. Maschinenpark, Schulen, Krankheitsfürsorge, vor allem aber auch Vermarktung der Erzeugnisse und Ein-

kauf der Betriebsmittel und Lebensmittel werden auf kooperativer Basis betreut. Der Gewinn aus der Produktion wird jeder Familie entsprechend dem Anteil ihrer Erzeugung zugeteilt. Grundsätzlich hat jede Familie gleiche Landanteile am Pachtland des Moschaw. Die kontinuierliche Bewirtschaftung ist Voraussetzung für die Mitgliedschaft. Die landwirtschaftlichen Familienbetriebe können nur von einem verheirateten Kind übernommen werden.

Da sich mit fortschreitender technischer Entwicklung die Zahl der in der Landwirtschaft benötigten Arbeitskräfte verringert, unterhalten viele Moschawim auch Verarbeitungsbetriebe, und ihre Mitglieder arbeiten sowohl in diesen wie aber auch in anderen Betrieben in der Nähe der Siedlungen.

Auch die Moschawim sind demokratisch verfaßt mit auf Zeit gewählten Leitungsfunktionären. Die einzelnen Siedlungen besitzen Gemeinschaftseinrichtungen für die Krankenversorgung und kulturelle Versorgung.

Gegenseitige Hilfe ist auch hier Prinzip des Zusammenlebens, so daß jedes Mitglied an der Verantwortung für das Wohlergehen aller mitträgt. Falls erforderlich sorgt die Gemeinschaft für Hilfe bei Arbeitsüberlastung des einzelnen. Sie wirkt auch bei der Betreuung der älteren Generation mit.

Jeder Moschaw gehört einer der vier den politischen Parteien angeschlossenen Moschaw-Bewegungen an, die ihrerseits aber in einem Inter-Moschaw-Ausschuß vereinigt sind. Dieser fördert die Errichtung neuer Moschawim, vertritt die wirtschaftlichen Interessen ihrer Siedlungen und unterhält überregionale Gemeinschaftseinrichtungen auf dem kulturellen, dem Forschungs- und Ausbildungssektor.

Die im Moschaw betriebene Entfaltung individuellen Unternehmergeistes innerhalb eines genossenschaftlichen Rahmens hat vor allem auch in der Dritten Welt großes Interesse erregt. Die israelische Moschawbewegung stellt hier ihre Erfahrungen anderen

Ländern bereitwillig zur Verfügung.

c) Der Moschaw Schitufi

Anders als beim Moschaw Owdim ist diese Gemeinschaftsform mehr den Prinzipien des Kibbuz angenähert. Jede Familie unterhält zwar ihren eigenen Haushalt und die Kinder leben in ihm. Der Besitz des einzelnen ist aber Eigentum des Gemeinwesens und alle wirtschaftlichen Unternehmungen werden gemeinsam betrieben. Jeder Familie wird der Lohn entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder und ihren Bedürfnissen zugeteilt.

Als Israel unabhängig wurde gab es im ganzen Land 58 Moschawim, heute sind es rund 450, von denen 50 in der Form des Moschaw Schitufi betrieben werden. Insgesamt sind heute etwa 3,7% der Einwohner Israels Mitglieder eines Moschaw. Israel Moschawim erzeugen nahezu die Hälfte der gesamten Lebensmittelproduktion des Landes und bestreiten 50% seines landwirtschaftlichen Exports.

Bei den Besuchen wurde der Delegation verdeutlicht, daß die weltweite Agrarkrise auch an der israelischen Agrarwirtschaft nicht vorübergeht. Für die auf Gemeinschaftseigentum basierenden Kibbuzim ist es jedoch weniger schwierig, notleidend werdende Siedlungen solidarisch zu unterstützen und den dort herrschenden Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Am Markt haben sich alle kollektiven Betriebe privatwirtschaftlich und gewinnorientiert zu bewähren. Die auf Einzeleigentum basierenden Moschawim werden mit der Agrarkrise weniger leicht fertig. Sie und ihre Mitglieder drückt die Last der Bankschulden. Die Bereitschaft, hochverschuldete Mitglieder mit durchzuziehen, ist dort weniger ausgeprägt. Andererseits herrscht in diesem Bereich häufig die Neigung vor, in Anbetracht der hohen Inflationsrate über die Verhältnisse zu leben. Dies hat dazu geführt, daß etwa ein Drittel der Moschawim am Rande des Konkurses wirtschaften.

Generell ist von den Kollektivwirtschaften zu sagen, daß sie in der israelischen Gesellschaft ein hohes Ansehen genießen, ihre Lebensform aber nur von einer Minderheit der Bevölkerung akzeptiert wird. Die Bewegung stagniert, seit sich der Staat Israel nach Durchlaufen der Entwicklungsphase konsolidiert hat. Im Leben der einzelnen Mitglieder spielt die Geschichte ihres Kollektivs eine große Rolle, sie ist Gegenstand häufiger Erörterung. Es ist daher verständlich, daß die nachwachsende Generation auch den Wunsch verspürt, Pionierleistungen zu erbringen. Dies geschieht dann bei Neugründungen in den von den israelischen Streitkräften besetzten und landwirtschaftlich nicht so entwickelten Gebieten.

2. Lage der Landwirtschaft

Die israelische Landwirtschaft ist sehr stark von einer nachhaltigen Wasserversorgung abhängig. In den Jahren 1982 bis 1986 herrschte eine Trockenperiode, die zu einem landesweiten Wassermangel geführt hat. Andererseits verlangt die die Agrarwirtschaft beherrschende intensive Wirtschaftsweise eine ständige Bewässerung. Die einzelnen Betriebe erhalten Quoten an Wasserzuweisungen und haben allgemein und einzelbetrieblich Verfahren entwickelt, mit der zugeteilten Wassermenge ein Maximum an Erträgen zu erzielen. Weltweit bekannt ist die israelische Tröpfchenbewässerung im Obst- und Zierpflanzenanbau. Wasser ist das Lebenselement für die Landwirtschaft der gesamten Region, so daß Israel trotz fehlender diplomatischer Beziehungen Absprachen auf dem Sektor der Wasserversorgung auch mit Jordanien und Syrien trifft. Für die Zeit nach dem Jahr 2000 sind aus heutiger Sicht kritische Situationen in der Wasserversorgung vorhersehbar.

Intensität der Wirtschaftsweise beherrscht alle Bereiche der israelischen Landwirtschaft. Es gibt keinen Abfall, sondern nur Nebenprodukte. Zitrusfrucht-Schalen aus der Fruchtsaftproduktion finden als Viehfutter Verwendung, Gülle mit Wasser verdünnt wird als Dünger aufgebracht und selbst Hühnerkot, wird, als Silage vergoren, vor allem in Rindermastbetrieben als Viehfutter verwendet.

Einzelheiten über die Lage der israelischen Landwirtschaft ergeben sich aus der als Anlage 1 beigelegten Aufzeichnung des israelischen Landwirtschaftsministeriums vom Dezember 1986.

V.

Der israelische Agrarexport

Auf die Bedeutung des Agrarexports für Israel ist bereits hingewiesen worden. Das Land hat in den vergangenen Jahrzehnten erhebliche Anstrengungen unternommen, um qualitativ hochwertige Erzeugnisse zu schaffen und ihnen in der EG, insbesondere aber auch in der BR Deutschland, Märkte zu erschließen. Dabei ging es auch um Erzeugnisse, die bisher in Deutschland keinen breiten Markt hatten wie z.B. Kiwis, Avocados, aber auch um völlig neuartige, aus Kreuzungen hervorgegangene Obstsorten, vor allem auf dem Zitrussektor. Auf diesem Gebiet werden auch jetzt noch große Anstrengungen unternommen.

Zitrusfrüchte werden unter den Markennamen JAFFA, andere Erzeugnisse unter CARMEL vertrieben. Sie haben unter dieser Bezeichnung in der EG Marktgeltung.

Auch der Weinbau ist in den vergangenen Jahrzehnten in Israel stark entwickelt worden. Israelischer Wein hat in Deutschland seine Freunde. Zur Zeit ist man dabei, auf der Grundlage von griechischem Pflanzenmaterial die Tafeltraubenproduktion anzukurbeln.

Große Bedeutung im Agrarexport hat auch der Zierpflanzen-Sektor.

Schnittblumen, Pflanzen und leichtverderbliches Obst und Gemüse, z.B. Erdbeeren, werden täglich in einem regelmäßigen Luftfrachtdienst zum Flughafen Köln/Bonn gebracht. Der weitaus überwiegende Teil des Blumenexports, auch in die BR Deutschland, läuft jedoch über niederländische Versteigerungen.

Schlagkräftige Exportförderungs-Einrichtungen sind ist das Israelische Zitrusmarktamt "Israel Citrus Marketing Board" in Tel Aviv und die Außenhandelsgesellschaft AGREXCO, die in der BR Deutschland in Hamburg und Frankfurt/Main Niederlassungen unterhält. Diese Organisationen vermarkten israelisches Obst und Gemüse, und zwar nicht nur aus den Kollektivbetrieben, sondern auch aus einzelbäuerlichen landwirtschaftlichen Betrieben. Maßgeblich ist dabei die Qualität, nicht die Herkunft, so daß auch Erzeugnisse aus arabischen Betrieben von AGREXCO vermarktet werden. Diese Gesellschaft betreibt eigene Qualitätskontroll- und Verpackungseinrichtungen und hat zwei Frachtschiffe gechartert, die regelmäßig zwischen dem Hafen Ashdod und Marseille verkehren.

Die Delegation hatte am 14. Mai Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit dieser Vermarktungs- und Exporteinrichtungen, ihrer modernsten Ausstattung und ihren Kontrolleinrichtungen zu informieren. Diese Einrichtungen werden mit staatlicher Hilfe getragen von genossenschaftlich organisierten Zusammenschlüssen. Die Landwirtschaft ist in ihnen ausschlaggebend repräsentiert.

VI.

Fachliche und politische Würdigung der Reise

Die Begegnungen mit den Vertretern der israelischen Agrarwirtschaft ließen die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat Israel erkennen. Mit ihrer Entwicklung ist der Aufbau dieses Staates eng verknüpft. Die Landwirtschaft in den Gemeinschaftsbetrieben hat wesentlich zu Integration der verschiedenen ethnischen Gruppen in dem jungen Staatswesen beigetragen.

Die weltweite Agrarkrise mit ihrer Überschußproblematik hat auch vor Israel nicht haltgemacht. Die intensive Wirtschaftsweise machte dort bereits vor 15 Jahren die Einführung einer Milch-

quoten-Regelung notwendig. Die dadurch entstandenen Probleme wurden durch die geringe Zahl der Betriebe aber - verglichen mit der Situation bei uns sehr - abgemildert.

Thema der Delegationsreise war aber der Agrarexport in die BR Deutschland und die EG. Hier stehen im Vordergrund Obst, vor allem Zitrusfrüchte, Gemüse und Zierpflanzen. Dieser Export ist für die israelische Landwirtschaft lebenswichtig. Ihm gelten alle Anstrengungen. Wie in Staatshandelsländern bleibt die Qualitätsware dem Export vorbehalten. Dieser wird sehr effizient auf dem Luftwege und mit zwei eigens gecharterten Frachtern auf der Route Ashdod - Marseille betrieben.

Es ist unverkennbar, daß Portugal und Spanien ernsthafte Konkurrenten von Israel auf dem europäischen Markt sind. Auch in diesen beiden neuen EG-Ländern werden Anstrengungen unternommen, den Markt der Gemeinschaft über die Qualität zu erorbern. Israel ist hier nach wie vor aber vorn. Die Kreativität der Obstzüchter bringt immer wieder neue Produkte hervor, von denen sich erfahrungsgemäß aber kaum 10% nachhaltig auf dem Markt halten. Vor allem im Bereich der Zitrusfrüchte arbeitet man ständig an neuen Kreuzungen, bei denen nicht nur geschmacklich neue Produkte angestrebt werden, sondern auch leicht schälbare Früchte herangezogen werden sollen.

Solange Israel seine selbst gesetzten hohen Qualitätsstandards erfüllen kann, wird die EG ein interessierter Handelspartner bei Obst und Gemüse bleiben.

Entsprechendes gilt auch für den Zierpflanzenexport. Erstaunlich ist hier, daß die Warenströme auf diesem Sektor im wesentlichen über die großen Versteigerungen in den Niederlanden fließen und von dort in die Bundesrepublik weitergeleitet werden. Dies verteuert die Ware und dient in Anbetracht der leichten Verderblichkeit nicht der Qualitätsförderung auf dem deutschen Markt.

Ständig beklagt wurden bürokratische Handelshemmnisse auf EG-Ebene. Von der israelischen Seite wurde begrüßt, daß die BR Deutschland stets in Brüssel ein guter Fürsprecher Israels gewesen ist.

Der Delegation wurde nahegelegt, Deutschland sollte auch bei der Welternährungsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) eine solche Fürsprecherrolle übernehmen. Dort fühlt sich Israel infolge des Einflusses der arabischen Länder diskriminiert. Die Einstellung israelischen Personals auf FAO-Stellen, die Israel eigentlich zukämen, werde blockiert. Das Potential an technischem Wissen in der Landwirtschaft der heißen Länder bleibe daher ungenutzt. Auch werde von dem israelischen Angebot, Entwicklungshelfer vor der Entsendung in die Dritte Welt landwirtschaftlich in israelischen Betrieben fortzubilden, nicht genutzt.

Im übrigen verdient folgendes festgehalten zu werden:

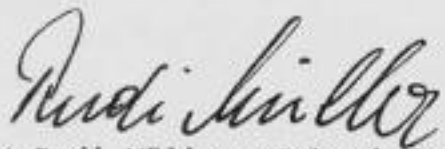
Von allen Besuchspartnern im staatlichen und nichtstaatlichen Bereich wurde die Delegation freundlich, offen und gastlich empfangen. Die Aussprachen waren beiderseits freimütig. Kontakte mit individuell wirtschaftenden arabischen Landwirten gab es aber nicht.

Abschließend bleibt festzustellen, daß Informationsreisen wie die der Delegation wesentliche Beiträge zum wechselseitigen Verständnis für die schwierigen Probleme der Agrarpolitik in Israel und in der EG liefern können. Wichtigstes Erfordernis für die Aufrechterhaltung der Agrar-Handelsbeziehungen ist die Qualität der Waren. Hierauf hat die Delegation bei jeder Gelegenheit hingewiesen.

Daß allen Delegationsmitgliedern eine Vielzahl neuer Erfahrungen und Eindrücke vermittelt wurde, geht nicht zuletzt auch auf den

in der Delegation herrschenden Geist einer harmonischen Reisekameradschaft zurück. Er ermöglichte eine disziplinierte Durchführung des dichten, vielseitigen Programms. Hierfür ist allen Beteiligten zu danken.

Besonderen Dank verdienen aber auch die israelischen Stellen, die in enger Kooperation mit der Deutschen Botschaft und dem Ausschußsekretariat zum Gelingen der Informationsreise beigetragen haben.

A handwritten signature in cursive script, reading "Rudi Müller".

(Rudi Müller (Schweinfurt))

Eulage 1

DER STAAT ISRAEL
LANDWIRTSCHAFTSMINISTERIUM

DIE JEWISH AGENCY FÜR ISRAEL
BESIEDLUNGSABTEILUNG

LÄNDLICHE PLANUNG UND ENTWICKLUNGS-ABTEILUNG

DIE LAGE DER LANDWIRTSCHAFT IM JAHRE 1985/86

Tel Aviv, December 1986

DIE LAGE DER LANDWIRTSCHAFT 1985/86 (1.10.85-30.9.86)

1. Die hauptsächlichsten Entwicklungen

Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion ging gegenüber dem Vorjahr in realen Begriffen um 7,2% zurück.

Die landwirtschaftliche Erzeugung erreichte den Wert von 2,4 Milliarden US \$, der Gesamtaufwand etwa 1,4 Milliarden US \$, die Nettoeinnahmen etwa 1 Milliarde US \$.

Diese Entwicklung im letzten Jahr steht im schroffen Gegensatz zu den Zahlen des Vorjahrs 1984/85, als der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung um 5,6% stieg und die Nettoeinnahmen um 25% (gegenüber 1983/84).

Der Anteil des Exports an der Gesamtproduktion fiel von 28% vor 2 Jahren auf nur 24% im Jahre 1985/86.

Ebenfalls der Anteil der Veredelung und Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte fiel von etwa 30% auf 25% im Jahre 1985/86.

Entsprechend stieg der Anteil des internen Konsums von frischen Erzeugnissen von 36% auf 43%.

Der Export (F.O.B.) stieg um 6% und erreichte die Summe von 530 Millionen US \$ - die Erzeuger dagegen erhielten in realen Werten um 14% weniger.

Dies ist zu erklären durch die "Einfrierung" des Dollarwertes gegenüber der Israelwährung auf der einen Seite, während andererseits die Ausgaben wegen der Inflation stiegen.

Die Blumenerzeugung erfuhr eine bemerkenswerte Entwicklung - der Exportwert stieg um 21% in realen Begriffen.

Auch die Produktion von gewissen Früchten stieg erheblich (ausgenommen davon die Zitrusbranche).

Ein Grossteil der Steigerung der Fruchtproduktion floss in den Inlandmarkt. Der Realzuwachs war:

Äpfel 31%
Birnen 19%
Pfirsiche 21%.

Der Export stieg bei folgenden Früchten:

Tafeltrauben, Scharonfrucht (Khakifrukt)
Bananen, frische Datteln, Oliven.

Der Export von Avokados ging um etwa 9000 Tonnen zurück - aber durch höhere Preise (etwa 9%) erzielten die Erzeuger eine Gesamteinnahme, die nur um 7% geringer war als im Vorjahr.

2. Die Hauptgründe dieser Entwicklung

2.1. Naturschäden

- a. Eine Trockenperiode der letzten 3 Jahre beeinträchtigte einen Teil der pflanzlichen Erzeugung.
- b. Verfrühte Reife der meisten Gemüsesorten - wegen geringer Regenmenge und frühzeitigem Sommer - beeinträchtigten die Qualität und Vermarktungsmöglichkeit.

2.2. Wassermangel

Infolge der anhaltenden Trockenperiode, und dadurch Rückgang der Wasserreserven des Landes, wurden die Bewässerungsquoten gekürzt (15%) und dadurch besonders das Sommer- und Herbstgemüse und die Feldfrüchte geschädigt.

2.3. Baumwollkrise

Weltweite Baumwollkrise (Überproduktion) brachte einen Preisfall von etwa 31% - dazu einen Produktionsrückgang in Lande (wegen Wassermangel und Befürchtung der Marktlage) um über 30 000 Tonnen von Baumwollfasern gegenüber dem Vorjahr.

Der Anteil der Baumwolle an der Gesamtproduktion fiel von 6,2% im Jahre 1984/85 auf 3,3% im Jahre 1985/86.

2.4. Kürzung der Regierungssubventionen

Kürzung der Regierungssubventionen der tierischen Produkte (Eier, Milch, Fleisch) brachte einen Rückgang der Nachfrage.

2.5. Zitrusbranche

Eine schlechte Ernte (Rückgang um 12%) sowohl als auch ein Preisrückgang in Europa brachten eine geringe Realeinnahme für die Erzeuger von 20,4%.

2.6. Zinsen und Kreditkosten

Die Gesamtschulden des landwirtschaftlichen Sektors werden auf 900 Millionen US \$ geschätzt. Zinsen und Zusatzzahlungen (Inflationsgebunden) sind nach Schätzung etwa 29% der erzielten Gesamtproduktion.

Landwirtschaftlicher Bericht für 1985/86

	1985/86 in Mill. US \$	Veränderung gegenüber 1984/85 in Prozent		
		Menge	Realer Preis*	Realer Wert*
1. <u>Gesamte landwirtschaftliche Einnahme</u>	<u>2,398</u>	<u>- 2.7</u>	<u>- 4.6</u>	<u>- 7.1</u>
a. <u>Landwirtsch. Produktion</u>	<u>2,358</u>	<u>- 2.7</u>	<u>- 4.7</u>	<u>- 7.2</u>
Pflanzliche Produkte	1,317	- 2.9	- 4.5	- 7.2
Tierische "	1,041	- 2.5	- 4.9	- 7.2
b. Produktion für Rückinvestierung	<u>40</u>	<u>+ 0.6</u>	<u>- 0.1</u>	<u>+ 0.5</u>
2. <u>Gesamte Ausgaben</u>	<u>1,441</u>	<u>- 1.3</u>	<u>- 8.1</u>	<u>- 9.3</u>
a. Einkäufe und Erwerb von aussen	1,061	- 1.8	- 8.3	-10.0
b. Ausgaben für Zwischenproduktion	163	- 0.6	-15.7	-16.2
c. Abschreibungen	217	- 1.0	- 0.4	+ 0.6
3. <u>Netto-Erwerb</u>	<u>957</u>	<u>+ 4.8</u>	<u>+ 1.3</u>	<u>- 3.6</u>
davon Gehälter und Lohn	281			+ 2.6

Quelle: Israelische Zentrale Anstalt für Statistik.

* Abzüglich des Index für Verbraucherpreise.

Aufnahmeleistungen der Landwirtschaft
von anderen Wirtschaftssektoren

	1985/86 in Mill. US \$	Veränderung gegenüber 1984/85 in Prozent		
		Menge	Realer Preis*	Realer Wert*
<u>Gesamt**</u>	<u>1,278</u>	<u>- 1.4</u>	<u>- 7.1</u>	<u>- 8.4</u>
Viehfutter	338	+ 2.2	-22.7	-21.0
Wasser	109	- 9.6	+21.9	+ 0.2
Packmaterial	78	- 1.8	-16.7	-18.1
Düngemittel***	45	- 2.9	-22.7	-24.9
Transport	77	- 2.9	+ 6.1	+ 3.1
Ersatzteile, Reparaturen und Arbeitsgeräte	38	-20.0	+ 5.7	-15.5
Kraftstoffe und Elektrizität	84	-	-14.6	-14.6
Pflanzen- und Veterinär- schutzmittel	104	- 7.1	-12.6	-18.8
Dienstleistungen und Regierungsgebühren	100	- 1.1	+16.7	+15.4
Saatgut, Kunststoffolien, Verschiedenes	87	+ 5.2	+32.5	+39.4
Abschreibungen	218	+ 1.0	- 0.4	+ 0.6

Quelle: Israelische Zentrale Anstalt für Statistik.

* Abzüglich des Index für Verbraucherpreise.

** Einschliesslich Amortisation.

*** Daten vom 1. Juli 1985 bis 30. Juni 1986.

Produktionswerte der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse
(in Millionen US \$ für Erzeugerpreise)

	1985/86	Veränderungen gegenüber 1984/85 in Realwerten	
		Preis*	Wert*
<u>Gesamter Produktionswert</u>	<u>2,358</u>	<u>- 4.7</u>	<u>- 7.2</u>
<u>Pflanzliche Erzeugnisse</u>	<u>1,317</u>	<u>- 4.5</u>	<u>- 7.2</u>
1. <u>Feldfrüchte</u>	<u>246</u>	<u>-23.1</u>	<u>-30.1</u>
davon:			
Weizen	34	-25.9	- 6.0
Erbsen	16	-30.5	-31.1
Baumwollfasern	61	-30.9	-52.0
2. <u>Gemüse, Kartoffel & Melonen</u>	<u>271</u>	<u>+ 2.1</u>	<u>+ 2.2</u>
<u>Gemüse</u>	<u>172</u>	<u>- 7.9</u>	<u>- 7.7</u>
davon:			
Tomaten	42	- 4.7	- 6.4
Gurken	15	- 2.8	-23.9
Karotten	13	- 9.4	- 9.7
Pfefferschoten	14	+ 2.6	+ 3.8
Zwiebel	11	-39.3	+48.4
Kartoffel	63	+24.0	+25.8
Wassermelonen	15	+10.3	- 1.8
Zuckermelonen	20	+49.4	+58.9
3. <u>Früchte (ausser Zitrus)</u>	<u>354</u>	<u>+13.6</u>	<u>+20.7</u>
davon:			
Äpfel	65	+16.9	+26.6
Birnen	12	+15.6	+18.8
Bananen	38	+14.3	+15.8
Avokados	62	+15.6	+ 1.9
Tafeltrauben	33	+20.4	+41.5
Weintrauben	5	+10.1	-11.7
4. <u>Zitrus</u>	<u>304</u>	<u>-12.3</u>	<u>-20.4</u>
davon:			
Jaffaorangen	108	-14.5	-31.6
Spätsorten	47	-25.0	-30.2
Pampelmusen	78	-10.5	- 6.8
Zitronen	19	+21.6	- 1.0
5. <u>Blumen und Zierpflanzen</u>	<u>122</u>	<u>+10.6</u>	<u>+25.4</u>
davon:			
Rosen	22	+ 4.5	+15.7
Nelken	29	+19.8	+ 4.7
<u>Tierische Erzeugnisse</u>	<u>1,041</u>	<u>- 4.9</u>	<u>- 7.2</u>
<u>Fleisch</u>	<u>511</u>	<u>- 1.6</u>	<u>- 5.7</u>
davon: Rindfleisch	149	+38.6	+38.3
Geflügelfleisch	304	-16.1	-21.2
davon: Masthähnchen	205	-18.8	-28.7
Puten	85	-10.5	+ 1.7
<u>Rahm Milch</u>	<u>262</u>	<u>-12.6</u>	<u>- 6.4</u>
<u>Trinkeier</u>	<u>131</u>	<u>- 1.0</u>	<u>-14.0</u>

Quelle: Israelische Zentrale Anstalt für Statistik

* Abzüglich des Index für Verbraucherpreise

Produktion der wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse

(Tausend Tonnen, wenn nicht anders angegeben)

	1984/85	1985/86	Prozentuelle Änderung
<u>1. Pflanzliche Erzeugnisse</u>			
Weizen	128	169	+ 32.0
Erdnüsse	23	23	-
Baumwollfaser	99	69	- 30.3
<u>2. Gemüse, Kartoffel & Melonen</u>	<u>1,099</u>	<u>1,044</u>	<u>- 5.0</u>
Gemüse	763	712	- 6.7
davon:			
Tomaten	338	284	- 16.0
Gurken	53	41	- 22.6
Karotten	62	62	-
Pfefferschoten	43	44	+ 2.3
Zwiebel	60	51	- 15.0
Kartoffel	204	207	+ 1.5
Wassermelonen	91	81	- 11.0
Zuckermelonen	41	43	+ 4.9
<u>3. Früchte (ausser Zitrus)</u>	<u>470</u>	<u>484</u>	<u>+ 3.0</u>
davon:			
Äpfel	88	95	+ 8.0
Birnen	13	13	-
Bananen	81	82	+ 1.2
Avokados	77	68	- 11.7
Tafeltrauben	40	47	+ 17.5
Weintrauben	41	33	- 19.5
<u>4. Zitrus</u>	<u>1,487</u>	<u>1,307</u>	<u>- 12.1</u>
davon:			
Orangensaft	601	455	- 24.3
Sorten	274	228	- 16.8
Pampelmusen	375	380	+ 1.3
Zitronen	66	58	- 12.1
<u>5. Blumen (Millionen Stiele)</u>	<u>865</u>	<u>885</u>	<u>+ 2.3</u>
davon:			
Rosen	121	133	+ 9.9
Nelken	410	359	- 12.4
<u>6. Tierische Erzeugnisse</u>			
Masthähnchen (Lebendgewicht)	181	159	- 12.2
Puten	50	57	+ 14.0
Rinder	61	61	-
Kuhmilch (Mill. Liter)	788	844	+ 7.1
Trinkeier (Million)	1,879	1,634	- 13.0

Quelle: Israelische Zentrale Anstalt für Statistik

Export von landwirtschaftlichen Frischprodukten 1985/86
(Million US \$, F.O.B.)

	1984/85	1985/86	Prozentuelle Änderung
<u>Gesamtsumme</u>	<u>500</u>	<u>530</u>	<u>+ 6.0</u>
<u>Zitrus</u>	<u>168</u>	<u>171</u>	<u>+ 1.8</u>
<u>Gesamtsumme ohne Zitrus</u>	<u>332</u>	<u>359</u>	<u>+ 8.1</u>
Gemüse, Kartoffel & Melonen	35	45	+ 28.6
Früchte	59	73	+ 23.7
Blumen	71	109	+ 53.5
Erdnüsse	11	8	- 27.3
Baumwollfaser	134	102	- 23.9
Saatgut und Gewürze	6	5	- 16.7
Geflügelzucht	15	16	+ 6.7
Andere tierische Erzeugnisse	1	1	-

Landwirtschaftliche Produktion
Prozentuelle Aufteilung nach diversem Gebrauch

	1984/85	1985/86
<u>Total</u>	<u>100.0</u>	<u>100.0</u>
Für inländischen und eigenen Verbrauch	35.8	43.1
Für Verarbeitung	30.3	25.5
Für direkten Export	25.9	24.0
Für Verschiedenes	8.0	7.4



כ"י בתמוז התשמ"ז

19 ביולי 1987

880

זרע ל. 3. 10



לכבוד

ח"כ דב בן-מאיר

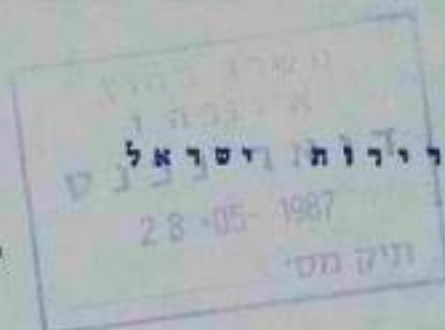
הכנסת,

כבוד חבר הכנסת,

במצורף מכתבו של הציר בשגרירותנו בבון המבקש לפעול למען הקשר עם קבוצת
פרלמנטרית חדשה ליהודים עם ישראל בלנדטאג של נורדריין-וסטפאלן.

בברכה,

ל. א.
מרסם שמרת.



ש מ ו ר

אל : גב' מ. שמרת, ס/מנהל אירופה ו
מאת : הציר בון

הנידון : קבוצת הידידות עם ישראל בלנדטאג של נורדריין - וסטפאלן

1. ב- 12.5 השתתפתי בכנס היסוד הרשמי של הקבוצה שנערך בלנדטאג בדיסלדורף במנהלת ס/יו"ר הלנדטאג הגב' אינגבורג פריבה.
נוכחו כ- 45 פרלמנטרים משלושת המפלגות המיוצגות בלנדטאג :
ס.פ.ד.
צ.ד.או.
פ.ד.פ.
ומנהל הלנדטאג קבל על עצמו את הניהול השוטף של הקבוצה.
2. בינתיים נרשמו כבר 47 פרלמנטרים לקבוצה, אך סוכם שמרכזי הסיעות יעשו מאמץ לגיוס חברים נוספים ובישיבה הבאה יבחרו נושאי התפקידים של הקבוצה ותסוכם תכנית פעולה.
יו"רית הישיבה מסרה על שיחותיה עם ס/יו"ר הכנסת מר דב בן-מאיר, שהציע שהקבוצה תקיים קשר עם קבוצת הידידות עם רפ"ג בכנסת שבראשה הוא עומד. במידה ותקבל הזמנה רשמית מס/יו"ר הכנסת בן-מאיר, בדעתה לארגן ביקור של הקבוצה בישראל - אולי לכבוד שנת ה- 40-שבמרכזו יעמוד סימפוזיון על יחסי רפ"ג - ישראל עם קבוצת הידידות בכנסת. אנא לחשומת לבכם.
3. מצ"ב תצלום דיווח על כנס היסוד, שפורסם בבטאון הלנדטאג שבו גם עיקרי נאומי באירוע זה. פרט לשיבוש בטחי יש בדיווח גם שיבוש קל של דברי ושל המספרים שנחתי.
בנוסף למחמאות ולדברים הכלליים, הצעתי מספר הצעות מעשיות להרחבת והעמקת הקשרים עם הלאנד, כגון עידוד היבוא מישראל Joint Ventures, הגברת תיירות וחילופי נוער. סיוע בפעולות הסברה והרחבת רשת הערים התאומות. הצעתי להם במקום לסייע במציאת אכסניות מתאימות לתערוכות אצמנות וצילום וכפי שתראו ממכתבת של גב' פריבה היתה היענות.
4. נמשיך לטפח את פעילות הקבוצה וננסה לעודד הקמת קבוצות ידידות בלנדטאגים נוספים.
5. אבקש להעביר העתק מדיווח זה לס/יו"ר הכנסת בן-מאיר. חבל שלא התקבל מכתב ברכה שלו להקראה בכנס היסוד. על כל פנים הרשיתי לעצמי לברך את הכנס בשמו. רצוי שהוא ישגר מכתב ברכה רשמי לקבוצה שיכלול הזמנה מטעם קבוצת הידידות בכנסת.

ג ב ר כ ה
170
ג. פדון

העתק : המח' לקשרי ציבור

Konstituierung einer interparlamentarischen deutsch-israelischen Arbeitsgruppe

16 Städte Nordrhein-Westfalens haben schon eine Partnerschaft mit Kommunen in Israel

Als erstes Länderparlament der Bundesrepublik hat der Landtag von Nordrhein-Westfalen eine interparlamentarische deutsch-israelische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. An der konstituierenden Sitzung unter Leitung von Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe nahmen rund 40 Abgeordnete der drei Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. teil. Die Geschäftsführung hat Landtagsdirektor Heinrich Große-Sender übernommen. Der Gesandte der israelischen Botschaft in Bonn, Dr. Gabriel Pardon, erklärte bei der Konstituierung, die Gründung der ersten parlamentarischen Arbeitsgruppe charakterisiere die gute und richtige Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Er verwies dabei besonders auf die Bedeutung Nordrhein-Westfalens. An den 47 Partnerschaften zwischen Städten der Bundesrepublik und Israels seien allein 16 Kommunen aus NRW beteiligt. Drei weitere Städte, Solingen, Moers und Dinslaken, bereiteten Partnerschaften vor. Die erste Partnerschaft überhaupt habe zu Wuppertal bestanden. Die ersten gewerkschaftlichen Partnerkontakte seien vom DGB Nordrhein-Westfalen angeknüpft worden. Nach Angaben des Botschaftsvertreters haben 1986 rund 145 000 bundesdeutsche Reisende Israel aufgesucht und 80 000 Israelis waren in der Bundesrepublik. Gemeinsam wurde eine Vertiefung der parlamentarischen Kontakte vor allem im Hinblick auf die Würdigung des 40. Geburtstages des Staates Israel 1988 in NRW befürwortet. Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe regte für das kommende Jahr eine Ausstellung im Landtag sowie eine Entschließung des Landesparlamentes an.



Vor der Konstituierung: v. l. Direktor beim Landtag Heinrich Große-Sender, Dr. Gabriel Pardon, Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe und Dr. Hans-Ulrich Klose sowie die Abgeordneten Helmut Hellwig und Lothar Hentschel (beide SPD).

Foto: Schüller

„Was lange währt, wird endlich gut“, erklärte Frau Friebe zu Beginn der Sitzung. Es sei besonders der Wunsch der israelischen Seite, der Vizepräsidenten der Knesseth, vor allem Dov Ben Meirs, gewesen, die Arbeit auf eine breite parlamentarische Basis zu stellen. Sie habe deshalb in Briefen an die Fraktionsvorsitzenden Dr. Bernhard Worms (CDU) und Dr. Achim Rohde (F.D.P.) darum gebeten, sich an der Arbeitsgruppe zu beteiligen. Laut Ingeborg Friebe hatten in der SPD-Fraktion bereits vorher 40 Abgeordnete ihr Interesse bekundet. In einer gemeinsamen Sprechergruppe soll nun abgeklärt werden, wie das Arbeitsprogramm auszusehen hat und ob es zu einer Vorstandswahl kommt.

Der Vertreter der israelischen Botschaft, Dr. Gabriel Pardon, freute sich über die Gründung, verwies allerdings auf die besonderen Beziehungen seines Landes zur Bundesrepublik. Diese könnten nicht so normal sein wie zum Beispiel die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Portugal. Dennoch betonte er die Vielfalt von Kontakten auf allen Ebenen. Zwar bestehe im politischen Bereich nicht immer volles Einverständnis bei allen Problemen, aber es gebe einen

freundlichen Dialog. Hinzu kämen rege Handelsbeziehungen. Israel habe 1986 für 400 Millionen Dollar in die Bundesrepublik Güter exportiert. Umgekehrt seien aus der Bundesrepublik für 1,3 Milliarden Dollar Waren, vor allem Investitionsgüter und Maschinen, importiert worden. Wenn Pardon auch das 900-Millionen-Defizit beim Warenaustausch beklagte, glaubte er doch, daß NRW beim Export nach Israel „sehr, sehr stark“ beteiligt sei. Er unterstrich die Bedeutung dieses Bundeslandes mit dem Hinweis, alle landwirtschaftlichen Exporte Israels nach Westeuropa kämen auf dem Flughafen Köln-Bonn an. 75 Prozent der gesamten israelischen Güterfracht in den europäischen Bereich würden über diesen Flughafen verladen. „Wir fühlen uns dort sehr zu Hause“, sagte der Diplomat.

Adenauer und Ben Gurion

Auch die kulturellen Beziehungen seien sehr vielfältig. Obwohl es kein Kulturabkommen gebe, würde praktisch mehr Kulturaustausch

mit der Bundesrepublik als mit Ländern betrieben, die ein solches Abkommen hätten. Ausdrücklich verwies Pardon auf das hoch angesehene und außerordentlich rührige Goethe-Institut in Tel Aviv. Zudem bestünden 15 Zusammenarbeitsabkommen zwischen deutschen und israelischen Universitäten.

Ferner habe vor zwei Jahren eine Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik zur Bekämpfung des Hungers in der dritten Welt begonnen, eine Idee, die noch auf Gespräche zwischen Konrad Adenauer und Ben Gurion zurückgehe. Der Gesandte äußerte dabei die Hoffnung auf „eine große Zukunft“ dieser Idee, die vor allem der Jugend etwas geben könne. Stichwort: Fruchtbarmachung von Wüsten. Für die Zukunft wurde außerdem dem Jugendaustausch große Bedeutung beigemessen. Schon jetzt stehe in der Bundesrepublik nach dem Jugendaustausch mit Frankreich der Austausch mit Israel an zweiter Stelle. Nur durch Erweiterung der Besuche könne ein immer besseres Verständnis erreicht werden.

Nach Auffassung des Botschaftsvertreters wäre ferner eine verstärkte Zusammenarbeit von israelischen und nordrhein-westfälischen Unternehmen zu begrüßen. Er erinnerte an die Assoziierungsverträge von Israel mit der EG und den USA. Wenn deutsche Unternehmen in Israel produzierten, könnten sie zollfrei in die Vereinigten Staaten exportieren. Als progressive deutsche Firmenbeispiele wurden die Namen der Schokoladenfabrik Stollwerk aus Köln sowie des Papierherstellers Feldmühle genannt.

Pardon verkannte nicht, daß es auch Probleme gebe. Auf die Bundesrepublik schaue man immer noch mit der Lupe, vor allem wenn es hierzulande zu antisemitischen Äußerungen komme. Die Israelis berühre es weiterhin eigenartig, wenn Stimmen in Deutschland laut würden, die sich für die Lieferung von Waffen und Rüstungsgütern an Staaten stark machten, die sich mit Israel im Kriegszustand befänden.

Für Israel, das seit seiner Gründung allein durch fünf Kriege in seiner Existenz bedroht gewesen sei, sei die Suche nach Frieden die wichtigste Aufgabe. Durch den Vertrag mit Ägypten habe man 1979 die Mauer von Haß, von der Israel umzingelt sei, ein wenig aufbrechen können. Heute bestehe die Aussicht zu bilateralen Gesprächen mit Jordanien, allerdings nicht ohne die Einschaltung einer internationalen Konferenz.



LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN

4000 Düsseldorf 1, den
Haus des Landtags

1. Mai 1987

Ingeborg Friebe
Vizepräsidentin

An die
Botschaft des Staates Israel
Herrn Dr. Gabriel Padon
Gesandter
Simrock Allee 2

5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Dr. Padon,

vielen Dank für Ihren Brief vom 13. Mai 1987. Ich habe mich gefreut, daß auch Sie die konstituierende Sitzung der Deutsch-Israelischen Arbeitsgruppe des Landtags Nordrhein-Westfalen positiv beurteilen. Den in Landtag intern erschienen Bericht über die konstituierende Sitzung füge ich diesem Schreiben bei.

Ihre Hinweise auf die Ausstellungen habe ich an die Mitglieder der Arbeitsgruppe weitergeleitet, und ich hoffe, daß von den Angeboten reger Gebrauch gemacht wird.

Wenn eben möglich, werde ich gerne die Delegation Nordisraels im Landtag begrüßen.

Der Direktor beim Landtag, Herr Große-Sender, den Sie als Geschäftsführer der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe kennengelernt haben, wird sich mit Ihnen bzw. Herrn Marmulla in Verbindung setzen, um die terminlichen Möglichkeiten abzuklären.

Mit freundlichen Grüßen


(Ingeborg Friebe)

AMBASSADE D'ISRAEL



שגרירות ישראל

בון, ד' בתמוז, התשס"ז
1 ביולי, 1987

ס ו ד י

א י ש י

83

דף מס' 1 פתוך / רשום
העמק מס' 1 פתוך / 6 העתקים

לכבוד

מר חיים הרצוג
נשיא מדינת ישראל

103.7

זכר

אני מעביר אליך רצ"ב זכרון דברים שהכינו
בבונדסטאג על פגישתך עם ד"ר הנס שטרקן, יו"ר
ועדת החוץ של הפרלמנט הגרמני.

זה מסמך פנימי של הגרמנים ואבקש לא להתייחס
אליו.

בברכה,

יצחק בן-ארי

העתק: המשנה למנכ"ל מר י. ענוג.

UNITED STATES



DEPARTMENT OF JUSTICE

OFFICE OF THE ATTORNEY GENERAL
WASHINGTON, D. C.

RECEIVED

NOV 19 1961

TO: DIRECTOR, FBI
FROM: SAC, NEW YORK
SUBJECT: [illegible]

RE: [illegible]
DATE: [illegible]

NY 100-100000

100-100000

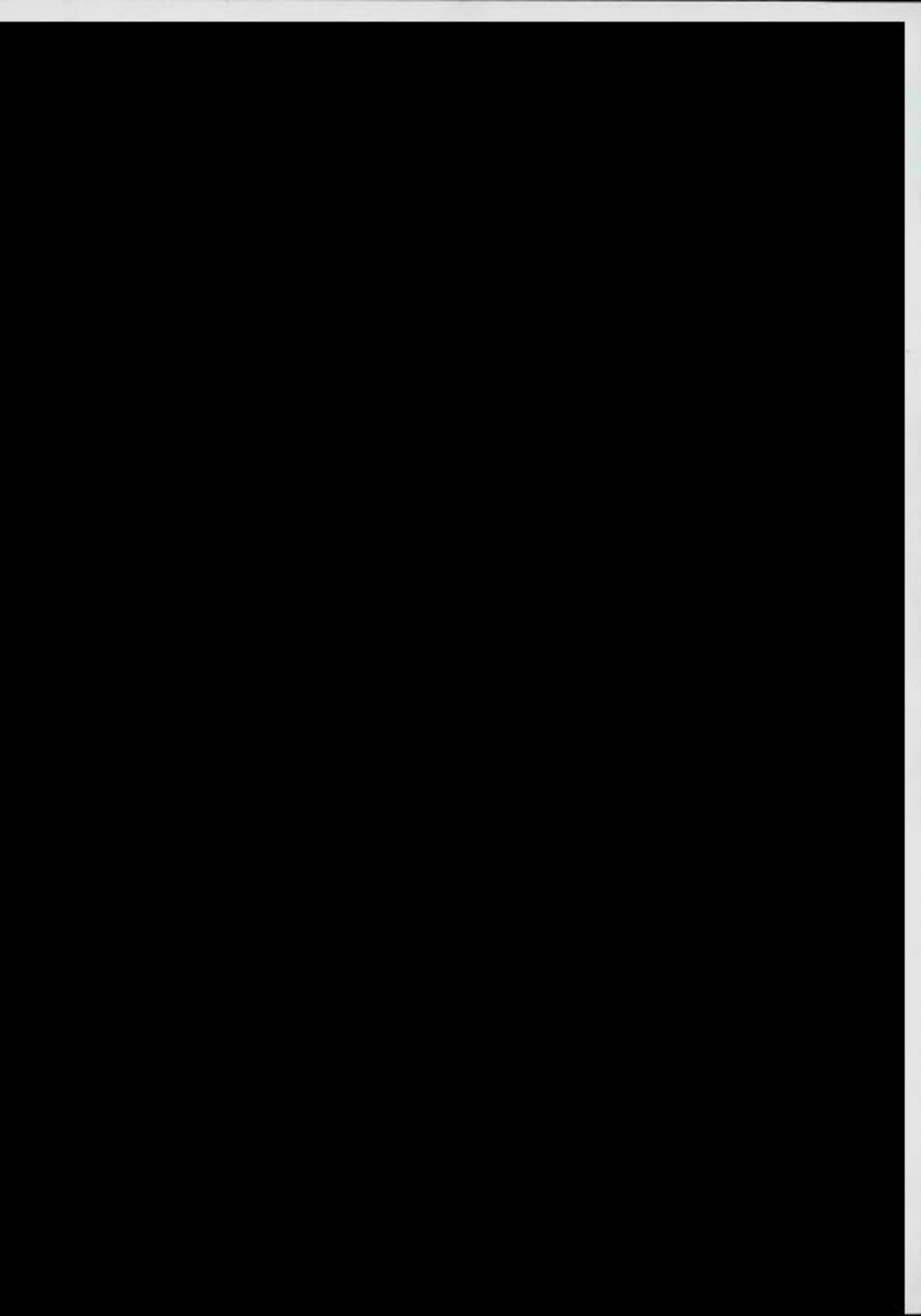
11/19/61
11/20/61
11/21/61

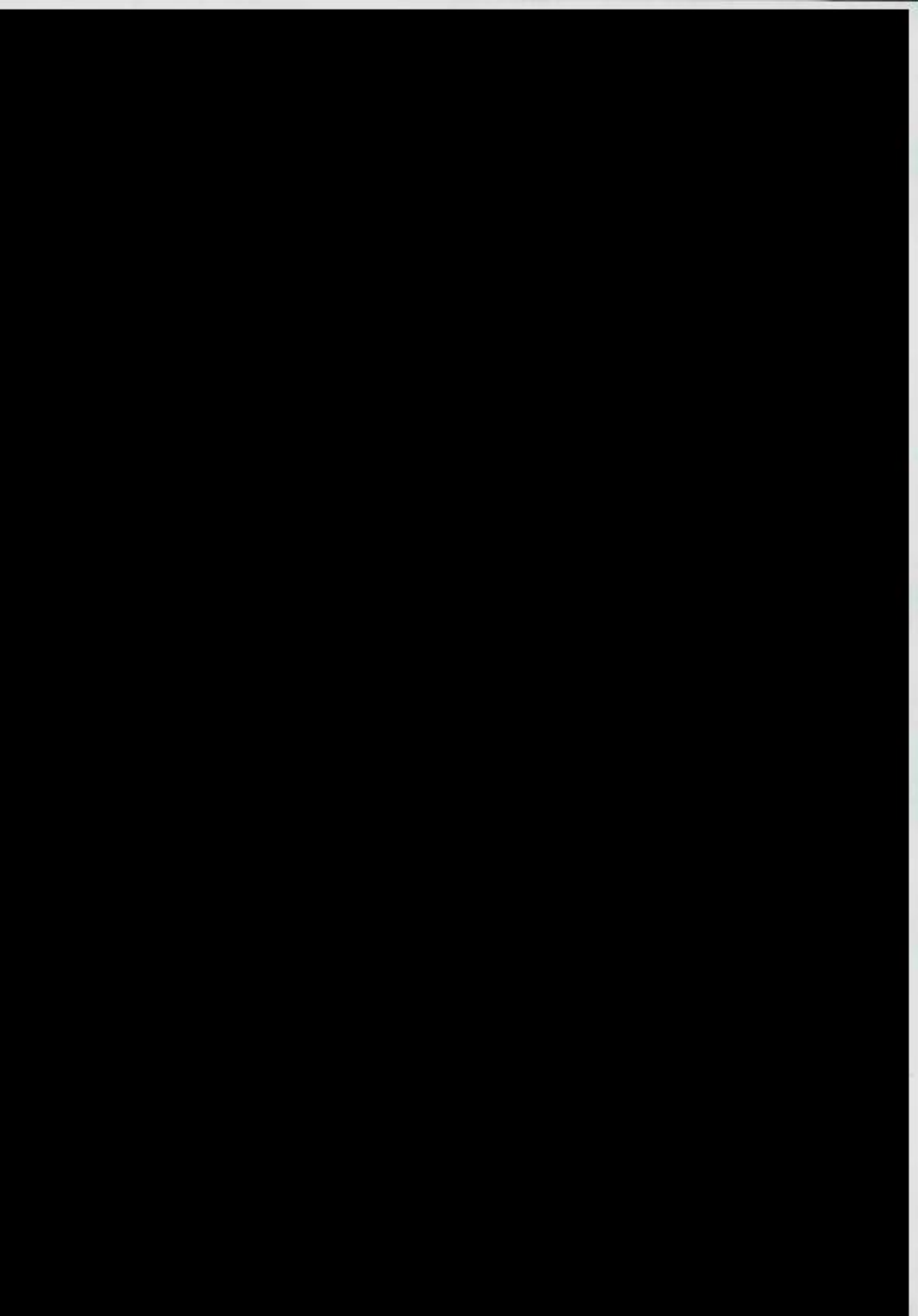
On 11/19/61, [illegible] advised that [illegible]
[illegible] of [illegible] was [illegible] [illegible]
[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]

It was stated that [illegible] [illegible] [illegible]
[illegible]

200-100000

100-100000







(J)

י"ג באייר התשמ"ז
12 במאי 1987

108.7-114

אל: לשכת המנכ"ל
מאת: סגן מנהל אירופה 1

הנדון: פגישה עם ממרוה"מ ושה"ח עבור יו"ר ועדת החוץ של הבונדסטאג
ונשיא האיגוד האינטרפרלמנטרי DR. STERCKEN

ד"ר הנס שטרקן מגיע ארצה, בלוויית רעייתו, כאורח יו"ר הכנסת (7-11.6.87).

אנו ממליצים שמר פרס יאות לקבלו לשיחה נוכח מעמדו כיו"ר ועדת החוץ של
הבונדסטאג והיותו נשיא ה-I.P.U.

ד"ר שטרקן ביקר מספר פעמים רב בישראל במסגרת חפקידיו השונים (ראה קורות
חיים המצ"ב).

תאריכים מתאימים לקיום הפגישה הינם ב-7.6 החל מהשעה 1730 או ב-8/9.6.

ב ב ר כ ה ,

מרים שמרת

העחק:
לשכת השר
הגב' דפנה גולן מאו"ר (653)



ט' באייר התשמ"ז

8 במאי 1987

742

זר 103.7

סכסוך

106.2.14

אל : דר' ג. פדון, העיר בבון
מאת: ס/מנהל אירופה 1.

הנדון : ביקור גרהארד יאהן

נפגשתי עמו ועם רעייתו לשיחה (15/4) בה הביע תודתו על כל התיאומים והפגישות שעשינו לבקשתו (התודה מגיעה בעיקר למאור"ר) שמה על הפגישה עם טדי קולק, לא נסתייעה פגישה עם שמעון פרס.

לבקשתי, שוחחנו על עתיד היחסים בין רפ"ג וישראל, כאשר דור חדש יתפוס עמדות מפתח פוליטיות, בעיניו שהוא מדבר "מתוך הטבח", המליץ שלבבי מפלגת השלטון מן הראוי שנקדיש תשומת לב ונזמין ארצה את VOLKER RUME, שאמנם אינו המומחה למזה"ת של סיעת הדמו-נוצרים, אך עוסק במדיניות חוץ, גבון ביותר, בעל עמדה חזקה ולדעתו שר החוץ העתידי של רפ"ג, המליץ גם על הזמנת האנשים בהם נועץ הקאנצלר והמשפיעים פליד, Schäuble ו-Telschik. אני מניחה שאיני מחדשת לכם בכך אלא מוסרת דברים בשם מי שרוצה בטובתנו ואינו נמצא בשלטון, ואכן סיפר שהוא נמנע מלהגיע לישראל במסגרת משלחות רשמיות של ה-ס.פ.ד, כדי שהברי מפלגה צעירים, ואולי אף ביקורתיים, יגיעו לישראל, לדבריו חזרו אלה בד"כ "משוכנעים" כתוצאה מהמפגש עם ישראלים, הוא גם טייעץ שיגדל מספר ישראלים צעירים המגיעים לרפ"ג וכאשר מדובר באנשי מפלגות, "שלא יהיו אלה רק הדג בן-מאירים והוירטובסקים"

אני יודעת שאתם יודעים את כל הפרטים. אני מקווה שאתם יודעים את כל הפרטים.

בברכה,

מרים שמרת,



ד' בניסן ה'תשמ"ז

4 באפריל 1987

701

5

אל : לשכת המנכ"ל
מאת: ט/מנהל אירופה 1.

הנדון : הסדרת פגישה עם חבר הבונדסטאג גרהארד יאן.

במצורף קורות חייו של יאהן. מגיע ארצה עם רעייתו החדשה לביקור פרטי (7-28.4), כדי להראות לה את ישראל. ישהה בירושלים בתאריכים 13-21 באפריל. מאו"ר מסייעת בארגון מספר פגישות עבורו, לבקשתו.

ביקש להודיע לממרוח"ט ושה"ח פרס את מועדי שהותו בירושלים, שכן הם ידידים ותיקים. אינו רוצה להטריד את מר פרס אך אם ניתן ישמח לפוגשו.

הניתן למלא את מבוקשו.

בברכה,

מרים שמרת

העתק : לשכת השר
גברת דפנה גולן, מאו"ר.



1957

1957

1957

1. The following information is being furnished to you for your information:

2. The following information is being furnished to you for your information:

3. The following information is being furnished to you for your information:

4. The following information is being furnished to you for your information:

1. The following information is being furnished to you for your information:

2. The following information is being furnished to you for your information:

3. The following information is being furnished to you for your information:

4. The following information is being furnished to you for your information:

5. The following information is being furnished to you for your information:

6. The following information is being furnished to you for your information:

כא" אדר התשמ"ז
22 למרס 1987

החוק היה נכנס 24-03-1987 תיק מס'
--

אל: השגרירות, בון
מאת: מאו"ר

^R
בקור חבר הבונדסטאג GEHARD JHAN

לשלכם נר 156 מ - 18/3 (סעיף 4)
לשלבו מה ⁷⁷⁰ - 20/3

רצ"ב פנייתו של מנהל המכון למחקרי תעמולה ע"ש הארי קארן
למנהל המחלקה בצירוף מאמר מה - "גרוזלס - פוסט", המתאר את
פעילויותיו השונות של המכון הנ"ל.
לבקשתכם.

בכ"ה,
דפנה גולן

העוק: גב' מרים שמרת, אירופה 1 (ללא צירוף) ✓

1900-1901
1902-1903

1904-1905
1906-1907

1908-1909

1910-1911
1912-1913

1914-1915
1916-1917
1918-1919

1920-1921

1922-1923

1924-1925

1926-1927

1928-1929

חוזם: 3,9671

אל: המשורד

מ-: בון, נר: 156, תא: 180387, דח: 1400, דח: דר, סג: ש

נד: 2

ש.מ.ד./רגיל

אל: אירופה 1, מאר'יר

מאת: הציר - בון/מדון

ביקור חבר הבונדסטאג גרהרד יוהן. שלכם 712 מ-16.3

1. הנ'ל שר משפטים לשעבר ויוזם ישראל בעיל ורתוק שביקר בארץ עשרות פעמים מוכר היטב לצמות המולדת בעיקר בממלגת העבודה.

2. המעב מתכוון לבלות חופשה פרטית בארץ מ-7 עד 28 באפריל עם אשתו השניה (החדשה) ולהזאת לה את הארץ. בתכנית ביקורו ובסיווריו מטגל מר מולקו מרטן מהבור נסיעות עמיל בת'א (טלפון 03-343535) שהציע לו ביקור של יום אחד במכון הישראלי למחקרי תעמולה בהרצליה שאינו מוכר לנו ולו. בן סידרה החברה בוינול, עם דובר צה'ל ב-12.4 תיידון על המעב הבטחוני בענין וסיוור בגולן.

3. למרות שמדובר בחופשה, נתב לבמה מידיו הותיקים בארץ שירצה למגשהם. יבוא אלי ב-24.3 ויתן לי את משאלותיו.

4. מציעים שתבדקו ביניהם עם חברת הנסיעות מה הכינוי לו ונודה על מידע על המכון הנ'ל.

מדון.

==שן

1. The first part of the report deals with the general situation of the country and the progress of the work during the year.

2. The second part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

3. The third part of the report deals with the financial statement of the year, and the results of the various projects.

4. The fourth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

5. The fifth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

6. The sixth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

7. The seventh part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

8. The eighth part of the report deals with the results of the work done during the year, and the progress of the various projects.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

תפ: שהח,מנכל,ממנכל,אירא,אביטל,מאור

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3632

** 831'

שמו

אל: בון, נר: 12, מ: המשרד
רח: ר, סג: ש, תא: 160397, רח: 1430

רגיל/שמו

ניקור חבר הוונדסטאג GERHARD JAHN

1. הנ"ל מגיע באורח המכון הישראלי למחקרי תעמולה בתאריכים
7-15.4.97

2. המכון הנ"ל פנה למשה'ח וניקט לסייע לו בארגון תידורן על
המצב הבטחוני בצפון ולבקד בבסיס של צה"ל
3. בדרום עם יאהן מה במדויק רצונו ונשמח לסייע
אירופה ו/מאז"ר

מך

תפ: סמנכ"ל, אירא, אבי"ח, מאור

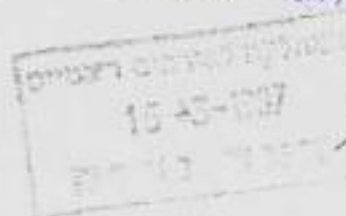
— המכון הישראלי למחקרי תעמולה ע"ש הארי קארן —
The Harry Karren Israeli Institute For Propaganda Analysis

Dr. Baruch Gidlik — director

7-15/16.4

3. למרץ 1987.

12.4 ג. ג. י. ג.



א. י. ג. י. ג.
א. י. ג. י. ג.
א. י. ג. י. ג.

לכבוד

מר יוסף שטרית

ראש המחלקה לאורחים דשמיים

משרד החוץ.

בכבדי.

בראשית חודש אפריל יגיע לבקור בארץ ד"ר גרהרד יאאן, חבר הבורנדסטאג הגרמני, שר המשפטים לשעבר בממשלת וילי בראנדט, והיום חבר הלשכה המרכזית של המפלגה הסוציאל-דמוקרטית.

ד"ר גרהרד יאאן, מגיע ארצה לביקור פרטי, כאורח המכון שלנו. קשרינו עמו החלו לפני שנים רבות, ואנו רואים בו ידיד נאמן לישראל.

ד"ר יאאן עמד כראש המאבק בפרלמנט הגרמני ובציבוריות הגרמנית, כנגד ביטול חוק אושוויץ, והוא לוחם גלוי וללא חת כנגד התעמולה האנטישמית והאנטי-ישראלית בגרמניה.

ד"ר יאאן הביע את רצונו לקבל תדריך לגבי המצב הבטחוני בצפון, ולבקש בצה"ל, בפנייתו לדובר צה"ל, הופנינו אליכם, ונאמר לנו שהאיסור לכך צריך לבוא מכם.

פעילות מכוננו ידועה למשרד החוץ, ולדובר צה"ל. אנשים רבים ממשרד החוץ ודובר צה"ל השתתפו בסמינרים שלנו, ועזרו לנו בפעולותינו בארץ ובחו"ל. אנו עומדים עתה להרחיב את פעולתנו בגרמניה, וד"ר גרהרד יאאן יעזור לנו בכך בקשריו הרבים.

נודה לכם על סיפולכם בנושא, ונחכה לתשובתכם.

בכבוד רב

ד"ר ברוך גיטליס.

העתק: דס"ן משה פוגל-דובר צה"ל
מר ראובן וקס

יג' בניסן התשמ"ז

12 באפריל 1987

712

5

ליו"ר 7.7/87

אל : תציר בבון

טאת: ס/טנהל אירופה I.

הנדון : ביקור פרלמנטרים (ס.פ.ד.) מ-BREMEN.

נפגשתי עם ארבעת הפרלמנטרים, סגנית נשיא ת-BUERGERSCHAFT הגברת KNORR, הצירים WOLFGANG KLATT ו-DETLEF GRIESE ומזכיר הסיעה MAYER SCHINKENDORF. לכולם, למעט קלאט, זה ביקור ראשון בישראל.

גילו התעניינות רבה ושאלו לגבי סיכויי תהליך השלום ועתיד ישר"ע, על סיכויי הצעירים הערבים בישר"ע ללימודים אקדמיים (התפלאו לשמוע שקיימים 7 מוסדות להשכלה גבוהה בשטחים וזאת רק מאז 1967), ושאלו אם יאפשר להם שלא לעסוק בעבודות שחורות בלבד וכו'. התרשמותם הראשונית מהישראלים, שבינם בעלי תודעת "אי במצור" וקשוחים ומגזימים במיליטריזם, למעט DETLEF GRIESE, שהערכתו שאינו פתוח לשמוע ואולי לבדוק דעותיו הנחרצות, הינם ערים לעובדה שהידע שלהם בנושאי האזור מועט וניתן לקרבם, שכן רוחשים חס אהדה בסיסית לישראל. שייכים לאותם סוציאל-דמוקרטים אירופים שבד"כ אינם עוסקים במדיניות חוץ ושופטים את ישראל על סמך עקרונותיהם ואידיאולוגיים ובקני מידה השאולים מאירופה ואינם בחכמה תואמים את המצב"ת.

נראה היה להם שהחזפנה לארוחת עהרים ב"מלך דוד" התמיאה להם ובכך הושגה אמת הטטרות. באותו בקר נפגשו עם ח"כ אריאל ויינשטיין שבא לאהטנייתם ושלא חידש להם בהביעו דעות הליכוד, אך השימם כליבדל אטיתי. למרות פניה למפלגת העבודה לסידע, לא התמטשה פגישה עם ח"כ מטעמה.

בברכה,

מרים שטרק.

①

3.4 f. 21

1977-1978
1977-1978
1977-1978

1977-1978
1977-1978

1977-1978

1977-1978

1977-1978

1977-1978

1977-1978

1977-1978

משרד החוץ-מחלקת הקשר

אל: בון, גר: 961, מ: המשרד
 דח: מ, סג: ש, תא: 310397, זח: 1530

נרש

שמו/מ"ד: מפל

הציר

פרלמנטרים מ- BREMEN

1. לצטרפו בוועדה הפגישת עם יורי הכנסת.
2. בגלל פגרת הכנסת גם לא ניתן היה, למרות מאמצים גורפים, להפגיש עם חב"מ.

3. נשמח לארחם לארוחת צהרים ב-8/4.

אירופה א

נד

מפ: אירא, מאור, יורבנס

13790

משרד החוץ-נוחלקת הקשר

תאריך: 26.03.87

שמור

בכנס

**

**

**

**

חוזט: 3,13790

אל:המשרד

מ-:בון,נר:243/תא:250387/זח:1700/זח:ר,טג:ש

נד:8

שמור/רגיל

אירופה 1

דע: מאור.

מהציד-בון

ברלמנט ברמן, בהמשך לשלי 147 מ-17.3

קבלנו הודעה שד"ר קלינק ורשימה נוספת השתתפו לרגל מחלה.

השאר יבואו כמתוכנן, בהתאם לסגירת יור המרלמנט.

ממליצים שהפגישות בכנסת תקויימו בכל זאת.

שי

תנ: שהח,מנכ"ל,ממנכ"ל,אירא,אירב,אביטל,מאור

1977

MEMORANDUM
TO: SECRETARY OF DEFENSE
FROM: [illegible]
SUBJECT: [illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]

[illegible]



DER PRÄSIDENT
DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT



Handwritten signature and initials

2800 Bremen 1, den 6. März 1987
Haus der Bürgerschaft
Postfach 10 89 09
Telefon (04 21) 361 2201
Telex 244 804 senat d

Dr. Kl/A

Seiner Exzellenz
Herrn Jitzhak Ben-Ari
Botschafter des Staates Israel
Simrockallee 2
5300 Bonn 2

Handwritten signature

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Ich komme zurück auf Ihren Telefonanruf wegen meines Besuchs in Israel vom 2.-16.4.1987. Ich werde zusammen mit einer Gruppe, die von der Landeszentrale für Politische Bildung zusammengestellt ist, Israel besuchen. Abflug über München am 2.4.1987, vom 3.-6.4. sind wir in Haifa, am 7.4. in Tel Aviv und vom 8.-15.4. einschließlich in Jerusalem. Am 16.4. erfolgt dann der Rückflug.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn eine Begegnung mit dem Parlamentspräsidenten der Knesset während des Jerusalem-Aufenthaltes zustande kommen könnte. Den Zeitpunkt überlasse ich dem Präsidenten der Knesset. Schön wäre es, wenn es auch zu Gesprächen mit Vertretern unterschiedlicher politischer Gruppierungen kommen könnte.

Von politischer Seite nehmen an dieser Reise teil die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Frau Helene Knorr (SPD), die SPD-Abgeordneten Wolfgang Klatt und Detlef Griesche sowie der Geschäftsführer der SPD-Fraktion der Bremischen Bürgerschaft, Herr Manfred Mayer-Schwinkendorf.

Falls es zu einem Gespräch in der Knesset kommt, würde ich zusammen mit diesen Abgeordneten das Gespräch führen.

Ich hoffe, daß ich Sie mit dieser Bitte nicht belästigt habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Handwritten signature of Dr. Dieter Klink

Dr. Dieter Klink
Präsident

~~ISRAEL~~

DR. DIETER KLING

2 + 10 11.01.1930

1000

1000

1000

1000

B. Bingsdorf

1957

1970

1970

1951

9271

תאריך: 18.03.87 משרד החוץ-מחלקת הקשר

שגריר

** 333

**

**

**

חוזט: 3,9271

אל: המשרד

מ: בון, נר: 147, תא: 170387, דח: 1500, דח: ר, סג: ש

נד: 8

Hebrew Union College
 09:00
 1/12

שמור/רגיל

אל: אירופה 1- מאור

מאת: הציר - בון/לדון

נשיא הפרלמנט ברמן

לשיחתי הטלפונית עם גבי שמרת ב-13/3 מתאם הביקור הוא
 ישראל טאבו מנהל בית דוענורג בחיפה טלפון 04-87958.
 יש לתאם עמו הפגישות בבנסה.

לדון.

==שן

237875 מאר 04-בי
 292 551

תפ: אירא, מאור, יורכנסת

292 470

292 736

** נכנס

שומר

**

**

**

הודעת: 3/6224

אל: המשרד

מדי: בון, נר: 112, מא: 110337, דח: 1800, דח: דר, טג: ש
נד: ש

שומר/רגיל

אל: אירופה 1

מאת: השגריר - בון/ון מרי

נשיא המדלמנט ברמן

בהמשך לשלכת 336 ב-25.2 ושלי 36 מ-4.3

הביקור מאורגן על ידי ארנז לחינוך מוליטי מגיעים לישראל
ב-2 באפריל. 3-5 באפריל - בחינה. 7 באפריל בתל-אביב.
15-8 באפריל - בירושלים. 16 באפריל - חזרה לרפ"ג.
מבין למגורש את יו"ר הכנסת בכל הדור הנזה לנו. היו
ברצון נפגשים עם נציגים של המפלגות השונות. השתתפים
גם: - טגנית הנשיא (SFD) FRAU HELENE KNORR
הפרלמנטרים של ה- S.P.D.

WOLFGANG KLATT

DETLEF GRIESCHE

ראש טיעת ה- S.P.D.

MANFRED MAYER SCHWINKENDORF

הנ"ל ישתתפו במגישה עם יו"ר.

בן-ארי.

==שן

תפ: שהה/מנכ"ל/מנכ"ל, אירא/אירב

TOP SECRET

SECRET

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL - SECURITY INFORMATION

SECRET

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

CONFIDENTIAL

2207

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמרד

נכנס

**

**

**

**

תוצה: 3,2207

אל: המשרד

מ: בון, נר: 3 3 מתא: 040387, זח: 1300, דח: דר, טג: ש

נד: 8

שמרד/רגיל

אל: אירופה 1, מאר'יר

מאת: השגריר - בון/בן ארי

ברמן

תודה על שלן 836. יו"ר המלמנט יעביר אלינו בימים
הקודמים בדט'י הביקור והמשתתפים. יעצתי לו להודיע
בט' לשגרירות דפ'י'ג.

בן-ארי.

==שן

הפ: מנרג, אירא, אביטל, מאור, יורכנס

1977-1978

1978-1979

1979-1980

1980-1981

1981-1982

1982-1983

1983-1984

1984-1985

1985-1986

1986-1987

1987-1988

1988-1989

1989-1990

1990-1991

1991-1992

1992-1993

1993-1994

1994-1995

1995-1996

1996-1997

1997-1998

1998-1999

1999-2000

2000-2001

2001-2002

2002-2003

2003-2004

2004-2005

2005-2006

2006-2007

2007-2008

2008-2009

2009-2010

2010-2011

2011-2012

2012-2013

2013-2014

2014-2015

2015-2016

2016-2017

2017-2018

10.4.1987



שגרירות ישראל

479

משרד החוץ
אירופה ו
דואר גבנס

16-04-1987

א ל : מנהל המחלקה לקשרי ציבור

ותיק חס'

מאת : השגרירות, בון

זרמ

הנדון : קשר עם מחוז נויינקירשן

103.7

אני מצרף מבדק בשני עותקים, שקבלנו מחבר סיעת המפלגה הנוצרית-דמוקרטית בפרלמנט המהווי של מחוז נויינקירשן שבמדינת הסאאר.

האיש מבקש, על דעת כל סיעות הפרלמנט שלו, להתחיל במגעים להקמת קשר (אולי אפילו ברית) עם גוף ישראלי מקביל ורוצה להפגש בעת שהותה הקרובה של סיעתו בארץ, עם המטפלים בכך.

כתבתי לו והצעתי לו להחקר בארץ עם אבי רבינוביץ' ובמידת הצורך גם עם יושב ראש הקבוצה "הגרמנית" בכנסת, ח"כ דב בן-מאיר.

המבקרים ישהו בארץ בקיבוץ שפיים, בתאריכים 1.5.87 - 26.4 ואני מבקש שגם אבי רבינוביץ' יחקר עם האיש - אלפונס פוגטל, במידה ולא ישמע ממנו מיד עם תחילת הביקור.

ב ב ר כ ה,

גד כהן

העחק: אירופה 1

נ.ב.:

הפונה אלינו הוא גם חבר הפרלמנט המדינתי של מדינת הסאאר, אלא, שפנייתו אלינו היא בעיקר בתפקידו בפרלמנט המחוזי.



RECEIVED
STATE DEPT
JUL 10 1951

U.S. DEPT. OF STATE
OFFICE OF THE ATTORNEY GENERAL
WASHINGTON, D.C.
JUL 10 1951

073

(2)

U.S. DEPT. OF STATE

WASHINGTON, D.C.

sch

P. 50A

RECEIVED

U.S. DEPT. OF STATE
WASHINGTON, D.C.

U.S. DEPT. OF STATE
WASHINGTON, D.C.

U.S. DEPT. OF STATE
WASHINGTON, D.C.

U.S. DEPT. OF STATE
WASHINGTON, D.C.

U.S. DEPT. OF STATE

U.S. DEPT. OF STATE

U.S. DEPT. OF STATE

U.S. DEPT. OF STATE

U.S. DEPT. OF STATE
WASHINGTON, D.C.

(17) 1100-011a

teletex message ttx d

alfons vogtel, mdt
cdu-fraktion im saarlaendischen landtag
postfach 11 89

d - 6600 saarbruecken

an die
botschaft des staates israel
herrn botschafter
jitzhak ben-ari
simrockallee 2

53001 bohn 2

sehr geehrter herr botschafter,

als mitglied der cdu-fraktion im
saarlaendischen landtag und angehoriger der
cdu-kreistagsfraktion des landkreises
neunkirchen moechte ich mich mit der bitte um
unterstuetzung in folgender frage an sie wenden:

der saarlaendische landkreis neunkirchen ist
mit zustimmung aller im dortigen kreistag
vertretener fraktionen uebereingekommen, eine
partnerschaft mit einer vergleichbaren
israelischen verwaltungseinheit oder einem
kibbuz anzustreben.

intention einer solchen partnerschaft ist die
aussaehnung zwischen israel und der
bundesrepublik, die foerderung des gedankens
der volkerverstaendigung und ein austausch von
buergern beider laender.

da sich die cdu-kreistagsfraktion in der zeit
vom 26.4. - 1.5. 1987 im kibbuz shefayim in
israel aufhaelt, moechten wir diese gelegenheit
gerne nutzen, unsere grundgedanken zur frage
einer partnerschaft israelischen
gespraechspartnern darzulegen.

ich waere ihnen auusserst verbunden, wenn sie mir
anlaesslich meines israelaufenthaltes bei der
kontaktaufnahme zu entsprechenden
gespraechspartnern aus regierung, parlament
oder behoerden und unserer auslandsvertretung
behuelflich sein koennten.

ich halte mich im oben angegebenen zeitraum im
kibbuz shefayim 60990 auf und bin dort unter

TELEX
TELEX
TELEX
TELEX
T

EX
TELEX
TELEX
TELEX

der telefonnummer 052/72 127 71 zu erreichen,
wuerde mich aber selbstverstaendlich freuen,
wenn sie mir gegebenenfalls vor reiseantritt
kurze nachricht per telex (17681908) oder
telefon (0681/5002-290) geben koennten.

ueber ein zustandekommen meiner, wenn auch
kurzfristig an sie herangetragenen, bitte nach
ersten sondierungsgespraechen bezueglich einer
eventuellen partnerschaft zwischen unserem
landkreis und einer israelischen
verwaltungseinheit, wuerde ich mich sehr freuen.

naechere informationen ueber unseren landkreis
werden ihnen in den naechsten tagen auf
postalischem weg zuehen.

fuer ihre bemuehungen darf ich mich bereits
jetzt herzlich bedanken.

mit vorzueglicher hochachtung

alfons vogtel, mdl

teletex message ttx d

(17)021908-cdla
885490 isra d

06.04.87 12.10 uhr ++

7180

מל: בון, נ: 836, ט: המסרד
נ: 1430, ט: 250287, מ: תא

710/77ג

העורך

119 7767 - 1071

DR. DIETER KLINK 1. יו"ר הכנסת מוכן עקרונית לפגוש את
לשיתף ונשמח לסיע בפגישות נוספות.

2. מה המועדים בהם יהיה פנוי בירושלים לטיחות?
היש פוליטיקאים הנלווים לו?

7'140 -1 2917'8

[illegible]

** נכנס

שמור

חוזק: 2,5956

אל: המשד

מ-: בון, נר: 119, מא: 120267, דח: 1800, דח: דר, טג: ש

נד: פ

שמור/רגיל

אל: אירופה 1, מאר'יר

מאח: השגריר בון

ברמן.

בתקופה 2-16 ואמריל תבקר בארץ קבוצה מברמן שבראשה
 עומד נשיא הפולמוס המקומי DR. DIETER KLINK
 מבקשים לקיים שיתות פוליטיות, שיתות במשרד החוץ ולבקר
 בבנסת. ממליץ להענות לבקשה.
 התוכלו לענות ולסויע?

ש/ש=

תפ: שהח, ממכנול, ממכנול, ענדג, אירא, אביטל, מאור, יורכנסת

האם
 בילין
 מיידית / מלחמה
 מבר - מלחמה

1. The first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the
the first of these is the fact that the

2. The second of these is the fact that the
the second of these is the fact that the
the second of these is the fact that the

3. The third of these is the fact that the
the third of these is the fact that the
the third of these is the fact that the

4. The fourth of these is the fact that the
the fourth of these is the fact that the
the fourth of these is the fact that the

613

ד' בניסן תשס"ז

4 באפריל 1987

701

א"ר 7.7

אל : לשכת השנכ"ל

טאט : ס/מנהל אירופה I.

הנדון : הסדרת פגישת קט חבר הבונדסטאג גרהארד יאן.

במצורף קורות חייו של יאן. מגיע ארצה עם רעייתו החדשה לביקור פרטי (7-28.4). כדי להראות לה את ישראל. ישהת בירושלים בתאריכים 21-23 באפריל. מאו"ר מסייעת בארגון מספר פגישות עבורו, לבקשתו.

ביקש להודיע למטרות"ט ושט"ח פרט את מועדי שהותו בירושלים, שכן הם ידידים ותיקים. אינו רוצה להטריד את מר פרט אך אם ניתן ישמח לפגשו.

חנ"תן למלא את מבוקשוי.

בברכה,

סרית שמרה

הצחק : לשכת הסד

גברת דפנה גולד, מאו"ר.

210

T. 11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

3/4 F. M.

AC. 11-11-1947
11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

11-11-1947

ב' בניסן התשס"ז

1 באפריל 1987

696

ז"ה ז.7

אל : טר דוד סולטן, מנהל לשכת המנכ"ל
טאוו: ס/מנהל אירופה 1.

הנדון : אירוח חברי פרלמנט מברזן - דפ"ג.

במסגרת ביקור לימודים בישראל נואים אנו הובה לאות
לארצות צהרים אח טבנית יו"ר הפולמנט של ברזן ושלשה
חברי פרלמנט נוספים הנלווים אליה.

אודה לך אם תוכל לאשר קיום אכוחה לחמשה איש.

בברכה,

מרים שמרת.

24. 5. 1941

1. 2000年12月1日 星期三

1997, 1998, 1999, 2000, 2001, 2002, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007, 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018, 2019, 2020, 2021, 2022, 2023, 2024, 2025, 2026, 2027, 2028, 2029, 2030, 2031, 2032, 2033, 2034, 2035, 2036, 2037, 2038, 2039, 2040, 2041, 2042, 2043, 2044, 2045, 2046, 2047, 2048, 2049, 2050, 2051, 2052, 2053, 2054, 2055, 2056, 2057, 2058, 2059, 2060, 2061, 2062, 2063, 2064, 2065, 2066, 2067, 2068, 2069, 2070, 2071, 2072, 2073, 2074, 2075, 2076, 2077, 2078, 2079, 2080, 2081, 2082, 2083, 2084, 2085, 2086, 2087, 2088, 2089, 2090, 2091, 2092, 2093, 2094, 2095, 2096, 2097, 2098, 2099, 2100, 2101, 2102, 2103, 2104, 2105, 2106, 2107, 2108, 2109, 2110, 2111, 2112, 2113, 2114, 2115, 2116, 2117, 2118, 2119, 2120, 2121, 2122, 2123, 2124, 2125, 2126, 2127, 2128, 2129, 2130, 2131, 2132, 2133, 2134, 2135, 2136, 2137, 2138, 2139, 2140, 2141, 2142, 2143, 2144, 2145, 2146, 2147, 2148, 2149, 2150, 2151, 2152, 2153, 2154, 2155, 2156, 2157, 2158, 2159, 2160, 2161, 2162, 2163, 2164, 2165, 2166, 2167, 2168, 2169, 2170, 2171, 2172, 2173, 2174, 2175, 2176, 2177, 2178, 2179, 2180, 2181, 2182, 2183, 2184, 2185, 2186, 2187, 2188, 2189, 2190, 2191, 2192, 2193, 2194, 2195, 2196, 2197, 2198, 2199, 2200, 2201, 2202, 2203, 2204, 2205, 2206, 2207, 2208, 2209, 2210, 2211, 2212, 2213, 2214, 2215, 2216, 2217, 2218, 2219, 2220, 2221, 2222, 2223, 2224, 2225, 2226, 2227, 2228, 2229, 2230, 2231, 2232, 2233, 2234, 2235, 2236, 2237, 2238, 2239, 2240, 2241, 2242, 2243, 2244, 2245, 2246, 2247, 2248, 2249, 2250, 2251, 2252, 2253, 2254, 2255, 2256, 2257, 2258, 2259, 2260, 2261, 2262, 2263, 2264, 2265, 2266, 2267, 2268, 2269, 2270, 2271, 2272, 2273, 2274, 2275, 2276, 2277, 2278, 2279, 2280, 2281, 2282, 2283, 2284, 2285, 2286, 2287, 2288, 2289, 2290, 2291, 2292, 2293, 2294, 2295, 2296, 2297, 2298, 2299, 2300, 2301, 2302, 2303, 2304, 2305, 2306, 2307, 2308, 2309, 2310, 2311, 2312, 2313, 2314, 2315, 2316, 2317, 2318, 2319, 2320, 2321, 2322, 2323, 2324, 2325, 2326, 2327, 2328, 2329, 2330, 2331, 2332, 2333, 2334, 2335, 2336, 2337, 2338, 2339, 2340, 2341, 2342, 2343, 2344, 2345, 2346, 2347, 2348, 2349, 2350, 2351, 2352, 2353, 2354, 2355, 2356, 2357, 2358, 2359, 2360, 2361, 2362, 2363, 2364, 2365, 2366, 2367, 2368, 2369, 2370, 2371, 2372, 2373, 2374, 2375, 2376, 2377, 2378, 2379, 2380, 2381, 2382, 2383, 2384, 2385, 2386, 2387, 2388, 2389, 2390, 2391, 2392, 2393, 2394, 2395, 2396, 2397, 2398, 2399, 2400, 2401, 2402, 2403, 2404, 2405, 2406, 2407, 2408, 2409, 2410, 2411, 2412, 2413, 2414, 2415, 2416, 2417, 2418, 2419, 2420, 2421, 2422, 2423, 2424, 2425, 2426, 2427, 2428, 2429, 2430, 2431, 2432, 2433, 2434, 2435, 2436, 2437, 2438, 2439, 2440, 2441, 2442, 2443, 2444, 2445, 2446, 2447, 2448, 2449, 2450, 2451, 2452, 2453, 2454, 2455, 2456, 2457, 2458, 2459, 2460, 2461, 2462, 2463, 2464, 2465, 2466, 2467, 2468, 2469, 2470, 2471, 2472, 2473, 2474, 2475, 2476, 2477, 2478, 2479, 2480, 2481, 2482, 2483, 2484, 2485, 2486, 2487, 2488, 2489, 2490, 2491, 2492, 2493, 2494, 2495, 2496, 2497, 2498, 2499, 2500, 2501, 2502, 2503, 2504, 2505, 2506, 2507, 2508, 2509, 2510, 2511, 2512, 2513, 2514, 2515, 2516, 2517, 2518, 2519, 2520, 2521, 2522, 2523, 2524, 2525, 2526, 2527, 2528, 2529, 2530, 2531, 2532, 2533, 2534, 2535, 2536, 2537, 2538, 2539, 2540, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546, 2547, 2548, 2549, 2550, 2551, 2552, 2553, 2554, 2555, 2556, 2557, 2558, 2559, 2560, 2561, 2562, 2563, 2564, 2565, 2566, 2567, 2568, 2569, 2570, 2571, 2572, 2573, 2574, 2575, 2576, 2577, 2578, 2579, 2580, 2581, 2582, 2583, 2584, 2585, 2586, 2587, 2588, 2589, 2590, 2591, 2592, 2593, 2594, 2595, 2596, 2597, 2598, 2599, 2600, 2601, 2602, 2603, 2604, 2605, 2606, 2607, 2608, 2609, 2610, 2611, 2612, 2613, 2614, 2615, 2616, 2617, 2618, 2619, 2620, 2621, 2622, 2623, 2624, 2625, 2626, 2627, 2628, 2629, 2630, 2631, 2632, 2633, 2634, 2635, 2636, 2637, 2638, 2639, 2640, 2641, 2642, 2643, 2644, 2645, 2646, 2647, 2648, 2649, 2650, 2651, 2652, 2653, 2654, 2655, 2656, 2657, 2658, 2659, 2660, 2661, 2662, 2663, 2664, 2665, 2666, 2667, 2668, 2669, 2670, 2671, 2672, 2673, 2674, 2675, 2676, 2677, 2678, 26

0454 48 0000

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945

1944-1945



Hans Koschnick

Mitglied des Deutschen Bundestages

An den
Botschafter des Staates Israel
S. Exz. Herrn I. Ben-Arie
Fasanenstr. 30

5300 Bonn 2

619

Fran Kurz
8/IV. NEIN

Rikki

הרץ לאטמה ✓

.N

זמן 7.7

53 Bonn, den 26. 3. 1987

Bundeshaus

Fernruf 16... 3858

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluss nicht zustande, bitte Nr. 166 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.



Exzellenz, lieber Ben-Arie,

ich bin ab 6. April mit Willy Brandt mehrere Tage auf der SI-Tagung in Rom und kann deshalb leider mit Eurem Staatspräsidenten und Dir nicht zusammentreffen.

Ich bedauere das sehr und bitte um Übermittlung meiner Grüße.

Shalom

Dein

Hans Koschnick



Norbert Gansel (SPD)

Mitglied des Deutschen Bundestages
für den Wahlkreis Kiel



Wahlkreisbüro - Kiel, den 25.3.1987/s

Anschrift: Norbert Gansel
Am Dorfplatz 32
2300 Kiel 14

Telefon: 0431-71 41 41
Mo.-Fr., 9-16 Uhr,
(0226-16 37 58 im Bundestag)

Sprechstunde: freitags, 17-19 Uhr,
Kleiner Kuhberg 28-30

An den
Botschafter des Staates Israel
S.E. Jitzhak Ben-Ari
Fasanenstr. 30

5300 Bonn 2

מ.א.ג.

א. גנסל - יו"ר
1987

Exzellenz, lieber Herr Ben-Ari!

Es tut mir leid, daß ich zu dem Abendessen mit Dr. Beilin am
23. März nicht kommen konnte.

Es war ein schwerer Tag. Der Parteivorstand hat die Konsequenzen,
die sich aus der Rücktrittsankündigung Willy Brandts ergaben,
bis in den späten Abend diskutiert und - offen gesagt - mir war
danach nicht zumute, in eine Gesellschaft zu gehen, auch nicht
in die Gesellschaft von Freunden.

Ich habe an jenem Abend mich auch an den Besuch Willy Brandts
in Israel nach seinem 70. Geburtstag erinnert, bei dem ich ihn
begleitet hatte. Auf dem Wege, den unsere Völker zueinander
gehen, wird niemand in die Fußstapfen Willy Brandts treten können.
Die SPD wird aber der Richtung treu bleiben, die Willy Brandt
uns gewiesen hat.

Ich werde mich bemühen, unserer neuen Führung dabei zu helfen.

Mit freundlichen Grüßen

a. Nale + Gansel.

26:03.87 ● תאריך

1738

市 委
 市 府
 市 局

אל: הקשר

ש:גס,ר:חז,1700:חז,250387:מל,243:ג,112:-ש

Q: 7.1

WMR/1117

אילרובס 1

• 7181 : 07

מחצית יר-111

פרלמנט ברמן, בהמשך לשלי 147 מ-17.3

קבלנו הודעה מדורי קלינק ורשייתו ביטלו השתתפותם לרגל מחלה.

השאר יבואו בעתו, ובהגות טגנית יורר הפרלמנט.

המליצים שהגישות בנספח תקריימנה בכל זאת.

294

תפ: שטח, מנבל, שמנבל, אירא, אירב, אביטל, מאור

Answer: (D) The word "and" is used to connect the two clauses, indicating that both conditions must be met.

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

10/11/11

משרד החוץ-מחלקת הקשר

4829

יציא

שמו

396

אל: בון, נר: 90, מ: המשרד
דח: ר, סג: ש, תא: 200387, רח: 1500

זיה 7.7

שמו/רגיל

ביקור חבר הבונדסטאג גרהרד יהן.

שליכם 156 מ-18/3.

לסעיף 4 במברקכם.

א. מר פולקר מרטן מחברת נסיעות עמיאל מסר שמעמידים לרשות יהן נהג ורכב צמודים ב-9/4 בביקור בהרצליה, ב-12/4 בביקור בצפונה, וב-15/4 בביקור ביד ושם.

ב. המכון הישראלי למחקרי תעמולה הוקם על שמו של מפיק שרמים הוליוודי בשם הארי קארן, ועוסק בחקר שיטות תעמולה, מקיים סמינרים בנושא ומשמש מרכז ייעוץ לארגונים יהודיים העוסקים בהסברה.

יתר פרטים ומאמר על המכון - בדיפי הקרוב.
פנינו לדו"צי בקשר לתדריך בשחונני וסיוור בנסיס צה"ל ב-12/4 ומחכים לאישורם.

מאיר - אירופה 1

חפ: מאור, אירא

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

100.0

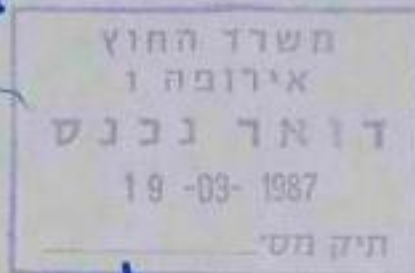
100.0

100.0

100.0



בון יז' אדר תשכ"ז
471 18.3.87



ש מ ר

540

Handwritten signature/initials

(2)

מ.7

יוג

אל : אירופה 1

מאת : השגרירות, בון

הנדון : ויכוח חברי הבונדסטאג וסטפאל - ניגל

סן החומר המצורף תראו, שהויכוח בין חברי הבונדסטאג היינץ ווסטפאל ולורנץ ניגל, בדבר התאמתו של האחרון בנושא "סחיטה מדינית" (מצד ישראל ?) על רקע תשלום הפיצויים לקרבנות הנאצים, מתגלגל והולך.

הויכוח אינו לרוחנו ומטילא לא יחרום לנו דבר והשגריר מנסה בזהירות להביא את הצדדים לחדול ממנו.

ב ב ר כ ה,

גד כהן



RECEIVED
JUN 11 1964

RECEIVED
JUN 11 1964
FBI
WASHINGTON, D.C.

TO : DIRECTOR, FBI
FROM : SAC, NEW YORK

NY

F.M.

0112

SUBJECT: [Illegible]

[Illegible text block]

[Illegible text block]

[Illegible text]

[Illegible text]



Lorenz Niegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, den 09.03.1987
Bundeshaus, NH 1123
Fernruf 0228 / 16 36 24

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluss nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

privat:
Saarstraße 26
8620 Lichtenfels
Fernruf 09571 / 48 51

An
Frau Vizepräsident
Annemarie Renger MdB

im Hause

Vertraulich

Sehr verehrte Frau Vizepräsident!

Es freut mich, daß Sie in Ihrem der Neuen Osnabrücker Zeitung (07.03.1987) gegebenen Interview eine Problematik angesprochen haben, die ich bereits in einer Rede vor der Oberschlesischen Jugend vom 13. 12.1986 unter anderem aufgriff, daß 42 Jahre nach Kriegsende Wiedergutmachungszahlungen der DDR an Israel immer noch ausstehen. Ich vermerke Ihre gleichgerichteten Äußerungen mit umso größerer Befriedigung, als mir in dieser Frage von Ihrem Kollegen Westphal ein sehr unerfreulicher Briefwechsel aufgedrängt worden ist.

Vielleicht gelingt es Ihnen, Herrn Vizepräsident Westphal dazu zu bewegen, der "interfraktionellen" Übereinstimmung beizutreten, die in dieser Frage offenbar besteht.

Mit freundlichen Grüßen

(Lorenz Niegel, MdB)

HEINZ WESTPHAL

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 27.2.1987
Bundeshaus
Telefon 16 38 10 / 36 50

Herrn

Lorenz Niegel

Mitglied des Deutschen Bundestages

- im Hause -

Sehr geehrter Herr Niegel,

Für Ihr Schreiben vom 24.2.1987 danke ich. Ihre Ausführungen können mich jedoch nicht überzeugen.

Sie haben zwar in Ihrer Rede vom 13.12.1986 den Staat Israel nicht namentlich erwähnt, aber wer sollte denn sonst gemeint gewesen sein, wenn Sie in dem betreffenden Absatz Ihrer Rede ausländische Politik im Zusammenhang mit Wiedergutmachungszahlungen nannten?

Der Begriff "Wiedergutmachung" ist seit der ersten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages bis heute in Recht und Politik immer in gleicher Weise verwendet worden, wie er im Parlament in den Jahren 1951 und 1953 geprägt worden ist. Ich verweise hierzu u.a. auf die Debattenbeiträge Konrad Adenauers vom 25.9.1951 und 4.3.1953. Er hat am 4. März 1953 anlässlich der ersten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über das Abkommen vom 10. September 1952 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Staate Israel folgendes ausgeführt:

"Wir haben es bei dem Ihnen heute vorliegenden Vertragswerk, das die Wiedergutmachung zugunsten der Juden behandelt, mit einem Teilabschnitt des Kapitels der Wiedergutmachung zu tun, allerdings vielleicht mit dem wichtigsten ..."

Und weiter heißt es:

"Damit gliedert sich das Israel-Abkommen in das große Gebiet der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts ein. Es ergänzt in einem wesentlichen Punkte die bereits erlassenen oder geplanten gesetzlichen Wiedergutmachungsmaßnahmen zugunsten derjenigen, die durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wegen ihrer politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung verfolgt worden sind".

Auch ein Blick in Rechts- oder Staatslexika lehrt, daß, wenn im Zusammenhang von Wiedergutmachungszahlungen an einen ausländischen Staat gesprochen wird, stets Israel gemeint ist. Ihre Ausführungen von Staffelsstein vom 13.12.1986 konnten also meiner Ansicht nach nur so verstanden werden, wie sie der "Vorwärts" verstanden hat. Sollten Sie mißverstanden worden sein, dann sind Sie es, der darlegen sollte, wessen ausländische Politik Sie meinen. Im übrigen bleibt auch dann noch das, was Sie gesagt haben - siehe den Text Ihrer "Gegendarstellung" - politisch völlig unakzeptabel.

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen
Hans W. Hoff



Lorenz Niegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

An den
Vizepräsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Heinz Westphal, MdB
im Hause

5300 Bonn 1, den 24.2.1987

Bundeshaus, NH 1123

Fernruf 0228 / 16 36 24

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

privat:

Saarstraße 26

8620 Lichtenfels

Fernruf 09571 / 48 51

25/2

Sehr geehrter Herr Vizepräsident!

Durch das Schreiben meines Fraktionskollegen Gerster vom
13. 1. 1987 erfuhr ich, daß der "Vorwärts" in seiner Ausgabe
Nr. 51/52 vom Dezember 1986 über ein von mir gehaltenes
Referat "berichtet" hat.

Ihr Schreiben an Herrn Gerster vom 22. 12. 1986 liegt
mir in Kopie vor, so daß ich auch von Ihren zweifelhaften
Aktivitäten in diesem Zusammenhang Kenntnis erlangt habe.
Die im "Vorwärts" als Zitat von mir gebrachte Äußerung
habe ich nicht getan. Der Staat Israel ist in diesem
Zusammenhang von mir nicht einmal erwähnt worden.

Nun hätte ich Verständnis gehabt, wenn Sie sich auf Grund
des "Vorwärts-Berichtes" an mich gewandt und um Auskunft
und um Stellungnahme gebeten hätten. Ihr Verhalten war
jedoch - gelinde gesagt - von Voreingenommenheit gegen mich
geprägt und darüber hinaus unverständlich.

Zunächst stellen Sie in Ihrem Brief den Bericht des
"Vorwärts" in Frage ("wenn es tatsächlich zutreffen sollte, daß..."),
um anschließend selbst die Bestätigung für die Korrektheit dieses
"Berichtes" zu geben und anzukündigen, daß Sie von diesem Vor-
gang verschiedene Persönlichkeiten, u.a. den israelischen Bot-
schafter, unterrichten.

Dieses Verhalten diskreditiert Sie als Kollege und als Parlamentsvizepräsident. Ihre Leichtgläubigkeit gegenüber dem wirtschaftlich wie politisch maroden "Vorwärts" spricht nicht für Ihre politische Klugheit, sie ist nicht "hinnehmbar".

Inzwischen habe ich durch einen Rechtsanwalt den "Vorwärts" aufgefordert, eine Gegendarstellung von mir abzudrucken, andernfalls ich dies gerichtlich erzwingen werde. Durchschläge dieser Schreiben füge ich zu Ihrer Kenntnisnahme bei.

"Sie werden verstehen, daß ich von diesem Vorgang auch die Vorsitzende unserer Parlamentariergruppe, Frau Vizepräsidentin Renger, den Botschafter des Staates Israel, Herrn Ben-Ari und den Präsidenten der DIG, Herrn Erik Blumenfeld, MdEP, unterrichte."

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'E. Renger', written in a cursive style.



Lorenz Niegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, den 16. 2. 1987

Bundeshaus, NH 1123

Fernruf 0228/16 36 24

Die Welt dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kann ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

privat:

Saarstraße 26

8620 Lichtenfels

Fernruf 09571/48 51

Gegendarstellung

In der Zeitschrift "Vorwärts", Ausgabe Nr. 51/52 vom 20. Dezember 1986 ist ein Artikel unter der Überschrift "Tiefschlag gegen die Wiedergutmachung" enthalten, der unwahre Behauptungen enthält, die ich wie folgt richtigstelle:

Unwahr ist die Behauptung, ich hätte bei einer Tagung der "Oberschlesischen Jugend" im Dezember 1986

"dem Staat Israel" vorgeworfen, "die deutsche Jugend mit Schuldkomplexen zu impfen, ein ganzes Volk erneut in Gewissensnöte zu stürzen, um finanzpolitische Vorteile gegen Deutschland einzuheimsen".

Wahr ist, daß ich auf der oben genannten Tagung ausgeführt habe:

"Ausländische Politik versucht über 40 Jahre danach, die deutsche Jugend mit Schuldkomplexen zu impfen, ein ganzes Volk erneut in Gewissensnot zu stürzen, um außenpolitische oder gar finanzpolitische Vorteile gegen Deutschland einzuheimsen, um die moralische Erpreßbarkeit der Deutschen zu verewigen."

(Lorenz Niegel, MdB)

BERNWARD OHM
RECHTSANWALT
ZUGELASSEN BEIM LANDGERICHT BONN

5300 BONN 2 16. 2. 1987
AM ROSENRAIN 30
TELEFON 0228-343160
Z - 4/87

Neue Anschrift
Paracelsus Str. 104
5300 Bonn 2
Tel.: 0228-331358

BERNWARD OHM, AM ROSENRAIN 30, 5300 BONN 2

An den Chefredakteur
des "Vorwärts"
Herrn
Gode Japs
Postfach 200910
Am Michaelshof 8
5300 Bonn-Bad Godesberg

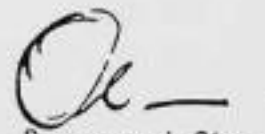
Sehr geehrter Herr Chefredakteur!

In der Anlage übersende ich eine Gegendarstellung meines Mandanten,
Herrn Lorenz Niegel, MdB, zu Ihrem Bericht "Vorwärts" vom
20. Dezember 1986 Nr. 51/52 unter der Überschrift

"Tiefschlag gegen die Wiedergutmachung"

mit der Aufforderung, die Gegendarstellung in der nächsten,
für den Druck noch nicht abgeschlossenen Ausgabe der Zeit-
schrift entsprechend den Vorschriften des § 11 LBG (NW)
zu veröffentlichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Bernward Ohm
(Rechtsanwalt)

17/2.97

Anlage

שמדור

368

נכנס

**
**
**
**

חוזם: 3,9671

אל: המשרד

מ-: בון, כר: 156, תא: 180387, דח: 1400, דח: כר, טג: ט
כד: ב

מ.7

שמדור/רגיל

אל: אירופה 1, מאו"ר

מאת: הציר - בון/כדור

ביוקר חבר הנוכדסטאג גרהרד יתן. שלכם 712 ב-16.3

1. הנ"ל שר משפטים לשעבר וידיד ישראל פעיל ונחלק
שביוקר בארץ עשרות פעמים מוכר היטב לצמרת הפוליטית
שביוקר במסלול העבודה.2. הפעם מתכוון לבלות חופשה פרטית בארץ ב-7 עד 26
באפריל עם אשתו השנייה (החדשה) ולהראות לה את הארץ.
בתכנית ביוקרו ובסידורים מטגל מר בולקר מדטן מחברת
בטיעות עמיל בת"א (טלפון 03-343535) שהציע לו ביוקר
של יום אחד במכון הישראלי למחקרי תעמולה בהרצליה שאינו
מוכר לנו ולו. כך סידרה ההגדה כביכול, עם דובר צה"ל
ב-12.4 תידרונ על המצב הבטחוני בצפון וסיוע בגולן.3. למרות שמדובר בחופשה, נתב לנהל מידור הוטיקים בארץ
שירצה לפגשהם. יבוא אלי ב-24.3 ויתן לי את השאלותיו.4. מציטים שתבדוק בינתיים עם חברת הנסיעות מה הבינו
לו ונודה על מידע על המכון הנ"ל.

כדור.

==שן

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

10-11-1964

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3632

1111

1111

381

מל: בון, נר: 712, מ: המשרד
דת: ד, סג: ט, תא: 160387, רח: 1430

זיה מס.7

רגיל/שמוד

ביקור חבר הוונדסטאט GERHARD JAHN
1. הנ"ל מגיע כאורח המכון הישראלי למחקרי תעמולה באמריקאים
2- 15.4.87

2. המכון הנ"ל פנה למטה"ח וביקש לסייע לו בארגון מידורו על
המצב הבמחוזי בצפון ולנקר בנפיש של צהר
3. בירונא עם יאהן מה במדויק לצונו ונעמח לסייע
אירופה ו/אמאיר

מך

תפ: ממנכל. אירא. חב"טל. מאור

$$\begin{array}{r} 62 \times 92 \\ 5124 \\ \hline 5704 \times 12 \\ 1134928 \\ 1134928 \\ \hline 44008 \end{array}$$

$$\begin{array}{r} 784 \\ 152 \\ \hline 10 \\ 530 \\ 154 \\ \hline 416 \end{array}$$

6224

תאריך: 13.03.37 משורר החוץ-מחלקת הקשר

שורר

** נכנס

**

**

**

הודעה: 6224/3

אל: המשורר

מדי: בון, נר: 112, תא: 110387, דח: 1800, דח: ר, טג: ט

נד: 8

שורר/רגיל

אל: אירופה 1

תא: השגריר - בון/בן ארי

נשיא המדלמנט ברמן

בהמשך לשלכם 336 מ-25.2 ועלי 38 מ-4.3

הביקור מאורגן על ידי מרכז לחינוך מולטימדיה לישראל

ב-2 באפריל. 3-6 באפריל - בחינה. 7 באפריל בתל-אביב.

8-15 באפריל - בירושלים. 16 באפריל - חזרה לופ'יג.

מכון למגוון אר יר'יו הכנסה בכל מועד הנחה לנו. היו

ברצון נמשיט עם נציגים של המלגה השונית. משתתפים

גם: סגנית הנשיא (S.P.D.) FRAU HELENE KNORR

המלמנטרים של ה- S.P.D.

WOLFGANG KLATT

DETLEF GRIESCHE

ראש טיעת ה- S.P.D.

MANFRED MAYER SCHWINKENDORF

הנ"ל ישתתפו במישה עם יר'יו.

בן-ארי.

==טן

תב: שהחמנכל,המנכל,אירא,אירב

שגריר

נכנס

**

**

**

**

הודעה: 3/2208

אל: המשרד

מ: -בון/נר: 39, תא: 040387, זח: 1300, דח: מ, טב: ש

נד: 8

זרמ 7.7

שגריר/מידע

אל: אירונה 1

מאת: השגריר - בון/בן ארי

גבי שמאלץ-י קובסון . לשלן 871

1. הטכסות מקבלת ההזמנה ברצון ובתודה. תודה על הכבוד
הגרמני ובגרמניה.

2. האם שגרירות רפ"ג עושה דבר מה בקשר לביקור זה?

בן ארי.

==שן

תפ: שנוג, אירא, אביסל, מאור, תרבות, הסברה

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE
FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION
WASHINGTON, D. C. 20535

MEMORANDUM FOR THE DIRECTOR
FROM: SAC, NEW YORK (100-100000)
SUBJECT: [Illegible]
[Illegible]

Reference is made to New York letter to Bureau dated 10/1/64.

Enclosed for the Bureau are two copies of a letterhead memorandum dated and captioned as above.

Very truly yours,
[Illegible Signature]

כ"ח טבת תשמ"ז
29 בינואר 1987

צוה
מ.7

אל : מר גד כהן, ברז

מאת : ט/מנהל אינדסה 1

הנדון : חתימות חבר הכונדסטאג ביגל לפי ה-"פורדורסט"
למכתבך 427 מ-26 דנא

תגובתו של ידיד טובתק וחשוב של ישראל - כפי שאתה מגדיר את חבר
הכונדסטאג גרסטר - היתה יכולה להיות חד משמעית יותר, להערכתך,
כיצד אתם קוראים את הדברים ? האם הדיווח של "פורדורסט" מהימן
עליכם ?

ב ב ר כ ה ,

מרים שמרת

100-1000000000
100-1000000000

300

F N

NO 100-1000000000
NO 100-1000000000

NO 100-1000000000
NO 100-1000000000

NO 100-1000000000
NO 100-1000000000
NO 100-1000000000
NO 100-1000000000

NO 100-1000000000

NO 100-1000000000



בון - כה' בטבת תשמ"ז
26.1.1987

427

אל : אירופה 1

מאת : השגרירות - בון

הנדון : התבטאות ימנית אנטי ישראלית בבונדסטאג

אני מצרף העתקי שלושה מכתבים ונספח אחד, שהחליפו ביניהם שני ידידים מובהקים וחשובים של ישראל בבונדסטאג הגרמני - האדונים ווסטפאהל (ס.פ.ד.) וגרסטר (צ.ד.או.).

המדובר בהתבטאות, שצוטטה בשבועון ה-ס.פ.ד. "פורוורטס", מפי חבר הבונדסטאג ניגל - איש הימין הקיצוני ב-צ.ס.או., שאירגן את יציאת אנשי הימין מאולם המליאה בעת נאום הנטיא פון-ויצסקר ב-8.5.85, בדבר "אי הכדאיות" שבחשלוש הפצויים ליהודי נפגעי השואה. ניגל עצמו, שהיה לי פעם "הכבוד" ללוותו בביקורו בארץ, רוכב על גל עכור שכזה מזה שנים ובונה עליו קריירה פוליטית, שהיא בדרך כלל אפורה מאד - יושב ספסלים אחוריים מובהק בסיעתו.

שני ידידינו, שוודאי שותפים לדעה בענין זה, לא היו יכולים להגיב אחרת משהגיבו - כולל גרסטר, שהזכיר וודאי חרה לו, אך מכיר באזלת ידו.

לידיעחכם.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן



העחק : מר י. ענוג, סמנכ"ל

HEINZ WESTPHAL
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 15.1.1987 Pr.
Bundesthaus
Telefon 15 3810 / 35 85

Herrn
Johannes Gerster, MdB

im Hause

W. Gerster MdB - 38

Sehr geehrter Herr Gerster !

Ich erhielt Ihre Antwort vom 13. Januar auf mein Schreiben vom 22.12.1986 und möchte Ihnen dazu sagen, daß mir diese Antwort für einen demokratischen Politiker, der sich in unserem Lande für Israel engagiert, nicht ausreichend erscheint. Ich hatte von Ihnen keine "besonderen politischen Taten" erwartet, sondern ein für einen Israel-Freund normales Engagement zur Korrektur eines nicht hinnehmbaren Fehlverhaltens eines Ihnen politisch nahestehenden Abgeordneten.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Westphal



Johannes Gerster
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe
Rheinland-Pfalz / Saarland

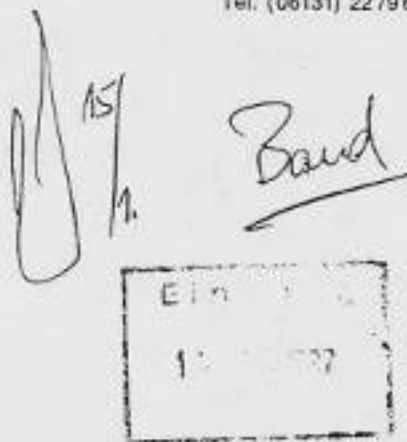
5300 Bonn 1, den 13.1.1987
Bundeshaus, NH 1032
Tel. (0228) 164822, 165813

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

6500 Mainz 1
Fischtorplatz 22
Tel. (06131) 227962

Herrn
Bundestagsvizepräsident
Heinz Westphal, MdB

im Hause



Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Dezember 1986.

Den "Vorwärts" zähle ich nicht zu den seriösen Quellen, die Anlaß
zu besonderen politischen Taten geben könnten.

Auch ohne besondere Rücksprache kann ich Ihnen versichern, daß die
CDU/CSU-Bundestagsfraktion voll zu dem vom 1. deutschen Bundeskanzler
eingeleiteten Weg der Wiedergutmachung und der Versöhnung mit dem
Staat Israel steht. Daran wird sich auch nichts ändern.

Mit freundlichem Gruß

Johannes Gerster

HEINZ WESTPHAL

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 22.12.1986
Bundesthaus
Telefon 163810/3569

Herrn

Johannes Gerster, MdB

im Hause

Kopie

An S.E. den Botschafter
des Staates Israel

mit der Bitte um Kenntnis-
nahme und freundlichen
Grüßen übersandt.

Sehr geehrter Herr Gerster,

beigefügt sende ich Ihnen einen Ausschnitt aus dem
"Vorwärts" vom 20.12.1986.

Wenn es tatsächlich zutreffen sollte, daß Ihr Fraktions-
kollege Niegel sich über die Wiedergutmachung und über
Israel so geäußert hat, wie es in diesem Bericht wört-
lich zitiert wird, dann erwarte ich von Ihnen als dem
Repräsentanten Ihrer Fraktion in der Deutsch-Israelischen
Parlamentarier-Gruppe eine deutliche öffentliche Distan-
zierung von den in diesen Äußerungen des Herrn Niegel
enthaltenen, nicht hinnehmbaren Ansichten.

Sie werden verstehen, daß ich von diesem Vorgang auch
die Vorsitzende unserer Parlamentariergruppe, Frau Vize-
präsidentin Renger, den Botschafter des Staates Israel,
Herrn Ben Ari und den Präsidenten der DiG, Herrn Erik
Blumenfeld, MdEP, unterrichte.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Westphal

Tiefschlag gegen die Wiedergutmachung

Lorenz Niegel, CSU-Bundestagsabgeordneter aus Kulmbach, hat sich indirekt gegen die Wiedergutmachungs-Zahlungen an Israel gewandt. Bei einer Tagung der „Oberschlesischen Jugend“ sagte Niegel: „Mittlerweile dürfte klar sein, daß deutsche Wiedergutmachungs-Zahlungen den gewünschten Prozeß der Versöhnung nicht beschleunigt haben, sondern eher das Gegenteil.“ Dem Staat Israel warf der CSU-Rechtsaußen vor, „die deutsche Jugend mit Schuldkomplexen zu impfen, ein ganzes Volk erneut in Gewissensnöte zu stürzen,



Lorenz Niegel.

um finanzpolitische Vorteile gegen Deutschland einzuheimsen“. Ähnlich kritisch gegenüber Juden hat sich bisher nur Niegels Fraktionskollege Hermann Fellner geäußert: Juden melden sich immer schnell zu Wort, „wenn in deutschen Kassen Geld klimpert“.

Foto: Datzinger, Thomas Klager, Japco-Sandhi

משרד החוץ-מחלקת הקשר

766

יוצא

ברמ"ס

אל: בון, נר: 872, מ: המשרד
דח: מ, סג: ב, תא: 270287, רח: 1200

ליו, 7.7

שמוד/מיידי

ביקור חבר הבונדסטאג שטרקן - יו"ר וועדת החוץ ויז"ר, IPU

לשלכם 191, 220

יו"ר הכנסת ישמח לארחו ביוני אך בגלל השבת יהיה קושי לקבלו
וממליץ שיגיע ב-7 ויאחר צאתו ביום, דהיינו ב-12 ביוני.
אירופה 1

גט

תפ: ענוג, אירא, יורכנסת

(J)

ליון 7.7.87

כד' בשבט התשפ"ז

23 בפברואר 1987

619

אל : מר גד כהן ברז

טאת : ס/מנהל אירוח 1.

הנדון : התבטאות חבר הבונדסטאג NIEGEL

למכתבך 444.

תודה על מכתבך וצירופיך שאמנם מוכיח שהנכתב ב--VORHAERTS
היה טבוטס.

הבונדסטאג אמנם מתברר באנשים מסוגו של היינץ ווסטפאל
אך, כפי שמסתבר, גם איש כניגל מוצא את קהל בוחריו.

בברכה,

מר ים שמרת.

3/14 F.201

cc: each member
to receive 1001
910

we - no in the air
and: 1001 1001 1.

1001 - 1001 1001 1001 1001
1001 1001.

1001 to 1001 1001 1001 1001 1001 1001
1001 1001.

1001 1001 1001 1001 1001 1001
1001 1001 1001 1001 1001 1001.

1001.

1001 1001.

בון - כד' בשבט תשמ"ז
23.2.1987

749

סגירות ישראל



אל : ד"ר י. בר-רומי, יועץ ליד תפוצות

מאת : הציר - בון

5

הנדון : ביטול החלטת העצרת "ציונות-גזענות"

לחוזר 192 מ-9.2.87

זיה M.7

1. מכתבן הינו פניה שלישית אלינו בנדון, במסך השנתיים האחרונות. הפניות הקודמות היו ממחלקות אחרות במשרד והשבנו להם תשובה זהה לחשובתי זו אליך.

2. בדקנו את הענין בצורה יסודית עם חברי הנהלת קבוצת הידידות הפרלמנטרית עם ישראל בבונדסטאג. עם כל רצונם העז לסייע בנדון, הסבירו לנו שתקנון הבונדסטאג, בניגוד לפרלמנטים אחרים כגון הקונגרס האמריקני, אינו מאפשר קבלת החלטות הצהרתיות.

3. ההסתדרות הציונית ברפ"ג עשתה לפני כשנה וחצי מבצע החתמת אישים על עצומה לאו"ם לביטול החלטת העצרת ביוזמת הנהלת ההסתדרות הציונית בירושלים ובעידודנו והתוצאות היו מאכזבות ביותר. מארגון הקהילות היהודיות ברפ"ג אין לצפות לפעילות כלשהי בנושא זה, כמו בנושאים אחרים הקשורים בישראל. הרקע מוכר לתפוצות ולאירופה ו.

בכר כה ,

י. פדון
L

העתק : אירופה ו

SECRET



RECEIVED NEW YORK

JAN 25 1961

TO : DIRECTOR, FBI

FROM : SAC, NEW YORK

SUBJECT: [Illegible]

RE: [Illegible]

See F.M.

1. [Illegible text]
2. [Illegible text]
3. [Illegible text]

1501



בון - כ' בשבט תשמ"ז
19.2.1987

745



אל : גבי מ. שמרת, ס/מנהל אירופה ו
מאת : הציר - בון

קבוצת ידידות פרלמנטרית עם ישראל
בלנדטאג של נורדרין-וסטפאלן
בהמשך למכתבי 651 מ-3.11.86

הנדון :

1. ביקרתי השבוע בלנדטאג של נורדרין-וסטפאלן בדיסלדורף וקיימתי שיחה ארוכה עם הגבי אינגבורג פריבה, סגן יו"ר הבלנדטאג ומרכזת קבוצת הידידות הפרלמנטרית. היא סיפרה לי שפנתה לראשי סיעות ה-צ.ד.או וה-פ.ד.פ בהצעה שחברי סיעותיהם יצטרפו לקבוצת הידידות. בינתיים קיבלה רק 5 פניות להצטרפות מה-צ.ד.או ואחת מחבר ה-פ.ד.פ. אי לזאת יש ביחד עם 41 חברי ה-ס.פ.ד. בסה"כ 47 חברים בקבוצה.
2. באשר לפעילות הקבוצה, אמרה שעתה, לאחר הבחירות לבלנדטאג, ראשם פנוי לנושא ובדעתם להתכנס בקרוב לסכס חכנית עבודה. היא חושבת על ארגון ביקור של הקבוצה בארץ למפגש עם קבוצת הידידות הפרלמנטרית בכנסת ועוד תכתוב לסגן יו"ר הכנסת מר ד. בן-מאיר. כן ביקשה שנודיע לה על אורחים מישראל שיטמחו לארח בלנדטאג. בנוסף היא חושבת על ארגון אירוע בלנדטאג שאליו תזמין את השגריר. סיכמנו שנקבל ממנה את הרשימה השמית של חברי הקבוצה כדי שנכניסם לרשימת התפוצה שלנו ושננצל את נכונותה למצוא לנו אכסניות להערוכות.
3. העבירי נא הנ"ל לידיעת סגן יו"ר הכנסת בן מאיר.

ב ב ר כ ה ,

ג. פדון



100-100000
100-100000
100-100000
100-100000
100-100000
100-100000

100-100000

100-100000
100-100000
100-100000



1. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

2. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

3. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

4. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

5. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

6. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

7. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

8. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

9. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

10. The following information was obtained from the records of the Central Intelligence Agency, Office of the Director, on the subject of the above captioned matter, and is being furnished to you for your information.

100-100000

100-100000



בון - יח' בשבט תשמ"ז
17.2.1987

444

יגל
דורי
אחרי

אל : גב' מ. שמרת, ס/מנהל אירופה ו
מאת : השגרירות - בון

הנדון : התבטאות חבר הבונדסטאג ניגל

להשלמת התמונה בענין חילופי המכתבים בין חבר הבונדסטאג
וסטפאהל וגרסטר בענין ציטוט חבר הבונדסטאג ניגל בשבועון
"פורוורטס", אני מצרף העתק מכתב נוסף שקבלנו מוסטפאהל, על
צדו, ושהוכנו מדבר בעד עצמו.

ניגל, אגב, נבחר מחדש לבונדסטאג ויש להניח שהעם היהודי וזרים
אחרים עוד יזכו לשמוע את דעתו בענינים שכאלה.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק: לשכת מר. י. ענוג, סמנכ"ל

WIKIPEDIA



WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

5.8.01

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

WIKIPEDIA

HEINZ WESTPHAL

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 22.1.1987 Fr.
Bundesthaus
Telefon 16 36 10/36 09

Frau

Annemarie Renger, MdB
Vizepräsidentin

S.E. Botschafter Ben Ari/

Erik Blumenfeld, MdEP

H.-J. Vogel, MdB

G. Jahn, MdB

Frau Dr. Timm, MdB

Frau Radhauer, DiG

Moshe Hess, Frankfurt

Heinz Strieck, Berlin

Betr.: Briefwechsel mit Herrn Gerster, MdB, über den
ich Sie durch Übersendung von Kopien vom 22.12.1986
und 15.1.1987 unterrichtet habe -

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde !

Ergänzend zu den Ihnen übersandten Kopien meines Brief-
wechsels mit Herrn Abgeordneten Gerster, möchte ich Sie
heute wissen lassen, daß ich mir inzwischen das Manuskript
der Rede des Abg. Lorenz Niegel, CSU, beschaffen konnte,
in dem die Zitate, die der "Vorwärts" wiedergegeben hat,
enthalten sind. Es handelt sich um ein vom Abg. Niegel selbst
an Bonner Journalisten am 12.12. 1986 verteiltes Redemanuskript,
das mit einer Sperrfrist ab Samstag, den 13.12.1986, 12.00 Uhr,
freigegeben wurde. Den entsprechenden Ausschnitt füge ich
zu Ihrer Kenntnisnahme fotokopiert bei.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Heinz Westphal

Anlage



Lorenz Niegel
Mitglied des Deutschen Bundestages

Vorsitzender des Arbeitskreises
Wirtschaft, Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten,
Verkehr, Post- und Fernmeldewesen,
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
der CSU-Landesgruppe

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses
ERP-Wirtschaftspläne

5300 Bonn 1, den 12.12.1986
Bundeshaus, NH 1123
Fernruf (0228) 163824 oder 165055

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluss.
Kommen ein Anschluss nicht zustande, bitte
Nr. 181 (Bundestagsverwaltung) anrufen.

privat:
Saarstraße 26
8620 Lichtenfels
Fernruf 09571/4851

Pressemitteilung - Sperrfrist: Frei ab Samstag, 13.12.1986
12.00 Uhr

Manuskript des Referats vor dem ost- und deutschlandpolitischen
Seminar der Oberschlesischen Jugend (OSJ) am 13.12.1986
in Staffelstein (Ofr.) :

"Ost- und Deutschlandpolitik aus der Sicht eines CSU-Abgeordneten"

Ausländische Politik versucht über 40 Jahre danach, die deutsche Jugend mit Schuldkomplexen zu impfen, ein ganzes Volk erneut in Gewissensnöte zu stürzen, um außenpolitische oder gar finanzpolitische Vorteile gegen Deutschland einzuheimsen, um die moralische Erpressbarkeit der Deutschen zu verewigen. Wer einseitig Schuldzuweisungen oder das Züchten von Schuldgefühlen zum Mittel der Politik macht, darf nicht erwarten, daß der Begriff der Versöhnung ernst genommen wird. Mittlerweile dürfte klar sein, daß deutsche Wiedergutmachungszahlungen den gewünschten Prozeß der Versöhnung nicht beschleunigt haben, sondern eher das Gegenteil. - Missdeutet werden sie als kollektives Schuldeingeständnis, als krämerischer Versuch, ein schlechtes Gewissen zu reinigen. Je länger man einseitig von deutscher Schuld sprechen kann, desto länger dauern die Zahlungen. Wir sind es unseren Kindern und Kindeskindern schuldig, daß dieser politische Teufelskreis durchbrochen wird.

BOTSCHAFT DES STAATES ISRAEL

בון - ד' בשבט תשמ"ז
6.2.1987



סגרירות ישראל

13-07

442

אל : גב' מ. שמרת, ס/מנהל אירופה ו
מאח : סגרירות בון

הנדון : התבטאות חבר הבונדסטאג ניגל

למכתבך מ-29.1.87 ולמכתבנו מ-26.1.87.

ה"פורוורטס" הוא בטאון מפלגתי מובהק, אך יחד עם זאת וותיק ומכובד למדי ואפשר, לדעתי, לקבל את המידע שלו כמהימין בדרך כלל. מצד שני, האדון ניגל עצמו מאפשר לי בהחלט לקבל את טענות העתון כלפיו, שכן הוא ידוע כנציג בולט של הימין הקיצוני ב-צ.ד.א, שכבר אמר ועשה לא אחת בנושאים דומים. השגריר מעיר, אגב, שניגל עושה לאחרונה מאמצים מיוחדים להתקרב אליו ומשבח את ישראל בכל הזדמנות - "רק את היהודים הוא לא אוהב כל כך".

ב ב ר כ ה ,

גד סהן



בון - כה' בטבת תשמ"ז
26.1.1987

427

זיוה 7-103

אל : אירופה ו
מאת : השגרירות - בון

הנדון : החבטאות ימנית אנטי ישראלית בבונדסטאג

אני מצרף העתקי שלושה מכתבים ונספח אחד, שהחליפו ביניהם שני ידידים מובהקים וחשובים של ישראל בבונדסטאג הגרמני - האדונים ווסטפאל (ס.פ.ד.) וגרסטר (צ.ד.או.).

המדובר בהחבטאות, שצוטטה בשבועון ה-ס.פ.ד. "פורוורטס", מפי חבר הבונדסטאג ניגל - איש הימין הקיצוני ב-צ.ס.או., שאירגן את יציאת אנשי הימין מאולט המליאה בעת נאום הנשיא פון-ויצטקר ב-8.5.85, בדבר "אי הכדאיות" שבחשלוש הפצויים ליהודי נפגעי השואה. ניגל עצמו, שהיה לי פעם "הכבוד" ללוותו בביקורו בארץ, רוכב על גל עכור שכזה מזה שנים ובונה עליו קריירה פוליטית, שהיא בדרך כלל אפורה מאד - יושב ספסלים אחוריים מובהק בסיעור.

שני ידידינו, שוודאי שותפים לדעה בענין זה, לא היו יכולים להגיב אחרת משהגיבו - כולל גרסטר, שהדבר וודאי חרה לו, אך מכיר באזלת ידו.

לידיעהכם.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : מר י. ענוג, סמנכ"ל



314 F-201

MEMORANDUM FOR THE DIRECTOR

SUBJECT: [Illegible]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

[Illegible text]

HEINZ WESTPHAL
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 15.1.1987 Pr.
Bundesthaus
Telefon 15 38 10 / 38 89

Herrn
Johannes Gerster, MdB

im Hause

N. Wahl 13
Sehr geehrter Herr Gerster !

Ich erhielt Ihre Antwort vom 13. Januar auf mein Schreiben vom 22.12.1986 und möchte Ihnen dazu sagen, daß mir diese Antwort für einen demokratischen Politiker, der sich in unserem Lande für Israel engagiert, nicht ausreichend erscheint. Ich hatte von Ihnen keine "besonderen politischen Taten" erwartet, sondern ein für einen Israel-Freund normales Engagement zur Korrektur eines nicht hinnehmbaren Fehlverhaltens eines Ihnen politisch nahestehenden Abgeordneten.

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Westphal



Johannes Gerster
Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe
Rheinland-Pfalz/Saarland

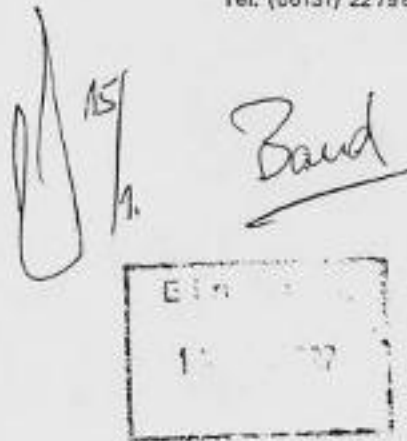
Herrn
Bundestagsvizepräsident
Heinz Westphal, MdB

im Hause

5300 Bonn 1, den 13.1.1987
Bundeshaus, NH 1032
Tel. (0228) 164822, 165813

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

6500 Mainz 1
Fischtorplatz 22
Tel. (06131) 227962



Sehr geehrter Herr Vizepräsident,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. Dezember 1986.

Den "Vorwärts" zähle ich nicht zu den seriösen Quellen, die Anlaß
zu besonderen politischen Taten geben könnten.

Auch ohne besondere Rücksprache kann ich Ihnen versichern, daß die
CDU/CSU-Bundestagsfraktion voll zu dem vom 1. deutschen Bundeskanzler
eingeleiteten Weg der Wiedergutmachung und der Versöhnung mit dem
Staat Israel steht. Daran wird sich auch nichts ändern.

Mit freundlichem Gruß

Johannes Gerster

HEINZ WESTPHAL
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

5300 Bonn, den 22.12.1986
Bundestag
Telefon 163810/3669

Herrn

Johannes Gerster, MdB

im Hause

Kopie

An S.E. den Botschafter
des Staates Israel

mit der Bitte um Kenntnis-
nahme und freundlichen
Grüßen übersandt.

Sehr geehrter Herr Gerster,

beigefügt sende ich Ihnen einen Ausschnitt aus dem
"Vorwärts" vom 20.12.1986.

Wenn es tatsächlich zutreffen sollte, daß Ihr Fraktions-
kollege Niegel sich über die Wiedergutmachung und über
Israel so geäußert hat, wie es in diesem Bericht wört-
lich zitiert wird, dann erwarte ich von Ihnen als dem
Repräsentanten Ihrer Fraktion in der Deutsch-Israelischen
Parlamentarier-Gruppe eine deutliche öffentliche Distan-
zierung von den in diesen Äußerungen des Herrn Niegel
enthaltenen, nicht hinnehmbaren Ansichten.

Sie werden verstehen, daß ich von diesem Vorgang auch
die Vorsitzende unserer Parlamentariergruppe, Frau Vize-
präsidentin Renger, den Botschafter des Staates Israel,
Herrn Ben Ari und den Präsidenten der DIG, Herrn Erik
Blumenfeld, MdEP, unterrichte.

Anlage

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Westphal

Tiefschlag gegen die Wiedergutmachung

Lorenz Niegel, CSU-Bundestagsabgeordneter aus Kulmbach, hat sich indirekt gegen die Wiedergutmachungs-Zahlungen an Israel gewandt. Bei einer Tagung der „Oberschlesischen Jugend“ sagte Niegel: „Mittlerweile dürfte klar sein, daß deutsche Wiedergutmachungs-Zahlungen den gewünschten Prozeß der Versöhnung nicht beschleunigt haben, sondern eher das Gegenteil.“ Dem Staat Israel warf der CSU-Rechtsaußen vor, „die deutsche Jugend mit Schuld komplexen zu impfen, ein ganzes Volk erneut in Gewissensnöte zu stürzen,



Lorenz Niegel.

um finanzpolitische Vorteile gegen Deutschland einzuheimsen“. Ähnlich kritisch gegenüber Juden hat sich bisher nur Niegels Fraktionskollege Hermann Fellner geäußert: Juden melden sich immer schnell zu Wort, „wenn in deutschen Kassen Geld klimpert“.

Foto: Ditzinger, Thomas Klinger, Jakob Sander



בון - כ' בטבת תשמ"ז
21.1.1987

424

אירוע מ-7
105/1
אין

אל : אירופה 1

מאת : השגרירות - בון

הנדון : הקצנה ימנית ברפ"ג - הגובת וילי בראנדט

יו"ר המפלגה הסוציאלדמוקרטית הגרמנית, וילי בראנדט, פרסם את המסמך המצורף, המביע דאגה נוכח ההקצנה הימנית והבעת הדעות בציבור בהקשר זה.

המסמך, שלא הופץ יחד עם קובץ מסמכי הסיעה בבונדסטאג וגם לא במסגרת העלון היומי של המפלגה, אלא כ"שירות לעתונות", שאינו מגיע לידינו כסדר, הועבר אלינו על ידי מנהל מחלקת קשרי החוץ של המפלגה. הוא נכתב והוסף, לדעתי, מתוך מניעים אמיתיים של דאגה וחששות הקיימים בקרב אנשים חושבים ברפ"ג ויש לראותו גם מחוץ ומעבר למערכת הבחירות הנוכחית.

אני ממליץ על קריאתו.

בברכה,

גד כהן

העתק: מר י. ענוג, סמנכ"ל



TOP SECRET

3/4 FM
3/11 1701

12

11/1

SECRET

TOP SECRET

SECRET

TOP SECRET

The following information is being furnished to you for your information only. It is not to be distributed outside your agency.

It is requested that you keep this information confidential and not discuss it with anyone outside your agency. If you have any questions, please contact the source of this information.

Very truly yours,

SECRET

TOP SECRET

SECRET



Gernot Fischer
Mitglied des Deutschen Bundestages

5300 Bonn 1, den 6.1.1987
Bundesthaus
Tel. 0228 / 167112

6522 Osthofen
Friedrich-Ebert-Str. 185
Tel. 06242 / 7084

S.E.

dem Botschafter des
Staates Israel
Herrn Jäitzhek Ben Ari

Simrockallee 2
5300 Bonn 2

h. 7 ditz

ישראל
ממשלה
מנהל
מנהל - הנהלה

Sehr geehrter Herr Botschafter,

für Ihre guten Wünsche zum Neuen Jahr und das wertvolle
Buchgeschenk danke ich Ihnen herzlich. Ich wünsche auch
Ihnen persönliches Wohlergehen und Ihrer verantwortungs-
vollen Arbeit den besten Erfolg.

Leider war unsere Begegnung beim Abschluß der Städtepartner-
schaft zwischen Tiberias und Worms nur sehr kurz. Sie werden
jedoch bei Ihrem Besuch festgestellt haben, daß man Ihr
persönliches Engagement beim Zustandekommen dieser Ver-
schwisterung in Worms zu würdigen weiß. Ich darf Ihnen
dafür noch einmal herzlichen Dank sagen.

Für die Stadt worms und ihre Bürger wäre es eine ganz
besondere Ehre und Auszeichnung, wenn Herr Staatspräsident
Chaim Herzog beim Staatsbesuch im April dieses Jahres nach
Worms, dem "kleinen Jerusalem", kommen würde. Ich wäre Ihnen
jedenfalls sehr verbunden, wenn Sie die derzeit laufenden
Bemühungen in diesem Sinne unterstützen würden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Gernot Fischer



בון - טז' בכסלו תשמ"ז
18.12.1986

393

ז"ה
מ.ד.א.

אל : אירופה 1 ✓

מאת : השגרירות - בון

הנדון : ביקור חבר הבונדסטאג מילר - "ירוקים"

אני מצרף מכתב שהתקבל היום ממשרדו של מילר, הכולל רשימת
המשתתפים בסיור (ללא שינוי) ותכנית, שהוכנה ככל הנראה
ע"י השגרירות בתל-אביב.
התכנית כוללת ביקור במשה"ח, עליו ידוע לכם ודאי, שאם לא
כן, הצטרפו לברר זאת עם שג' רפ"ג.
הכוונה להפגש עם היוצאים עוד טרם נסיעתם, לא תצא לפועל,
לדאבוני, מאחר וישיבות ועדת הבונדסטאג לחקירת עסקת הצוללות
לדרא"פ אינן מותרות למילר זמן פנוי וגם פרובסט מתקשה
להתפנות.
אנא דווחו לנו לאחר מעשה.

ב ב ר כ ה .

גד כהן



DEPARTMENT OF JUSTICE

OFFICE OF THE ATTORNEY GENERAL
WASHINGTON, D. C.

514

F.W.

1

UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE - MEMORANDUM

TO : THE ATTORNEY GENERAL
FROM : [illegible]
SUBJECT: [illegible]
[The following text is extremely faint and largely illegible due to the quality of the scan. It appears to be a memorandum detailing a legal matter, possibly related to the "F.W." and "514" notations.]

U.S.D.J.

100



Dr. Joachim Müller (Bremen)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Tel. 0228. 16 78 82

Hollerallee 91
2800 Bremen
Tel. 0421. 34 73 56

An den
Botschaftsrat der
Israelischen Botschaft
Herrn Coher
Simrockallee 2
5300 Bonn 3

17.12.86/MH

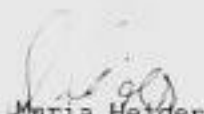
Betr.: Israel-Reise des Abg. Dr. Joachim Müller 2.-8.1.1987

Sehr geehrter Herr Coher,

anbei finden Sie das soweit endgültige Programm und eine Liste der endgültigen Teilnehmer der Delegation.

Wir hoffen, daß sich jetzt nichts Wesentliches mehr ändert; sollten Sie noch Bedenken oder Einwände haben, so wenden Sie sich bitte in den nächsten Tagen an uns. Herr Probst und ich sind auch über die hiesigen Feiertage privat oder dienstlich zu erreichen.

Mit herzlichem Dank für Ihre Bemühungen
verbleiben wir mit freundlichen Grüßen
i.A.


Maria Heider

Teilnehmer der Israel-Reise Dr. Jo Müller 2.-7.1.1987

I. Offizielle Delegation

1. Dr. Joachim Müller, MdB
Bundeshaus, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228/ 167882

Hollerallee 91, 2800 Bremen
Tel.: 0421/347356

2. Christine Müller (+ Tochter Ella)

dito

3. Lothar Probst, Fraktion DIE GRÜNEN
Bundeshaus, 5300 Bonn 1
Tel.: 0228/163713

Schönhausenstr. 46
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/73225

4. Dr. Cora Stephan, Journalistin
DER SPIEGEL, Dahlmannstr. 20
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/267030

5. Maria Heider, Fraktion DIE GRÜNEN
Bundeshaus, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/167882

Meckenheimer Str. 66
5354 Weilerswist 2
Tel.: 02254/5058

II. Begleitung

6. zu Lothar Probst: Gudrun Lüdemann,

7. zu Dr. Cora Stephan: Hannes Siege

Reiseplanung Israel-Reise 2.-7. /8.1.1987

Delegationsmitglieder und Flugzeiten

1. Jo Müller.: (MdB, Reisekosten trägt der BT)

2.1.87 Bremen ab: 7.10 Uhr Frankfurt an: 8.05 Uhr

Frankfurt ab: 10.20 Uhr Tel Aviv an 15.20 Uhr

per Flugzeug
7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr Frankfurt an 13.25 Uhr *FZ 42*
Frankfurt ab: 16.55 Uhr, Bremen an: 17.50 Uhr

2. Cora Stephan: (SPIEGEL, Reisekosten trägt die Redaktion)

2.1.87 Frankfurt ab: 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr, Frankfurt an 13.25 Uhr

3. Christine Müller (+ Tochter Ella) auf Fraktion

2.1.1987 Bremen ab 7.10 Uhr, Frankfurt an 8.05 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.1987 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 21.25 Uhr, Bremen an 22.20 Uhr

4. Lothar Probst (Fraktion DIE GRÜNEN)

1.1.1987 Bremen ab: 7.50 Uhr, Tel Aviv an 20.00 Uhr

8.1.1987 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 21.25 Uhr, Bremen an 22.20 Uhr

5. Gudrun Lüdemann (Begleitung Lothar Probst)

1.1.1987 Bremen ab: 7.50 Uhr, Tel Aviv an 20.00 Uhr

6.1.1987 Tel Aviv ab 16.00 Uhr

6. Hannes Siege (Ehemann Cora Stephan)

2.1.87 Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

7. Maria Heider (Fraktion)

2.1.87 Bonn ab 7.00 Uhr, Frankfurt 8.40 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 20.49 Uhr, Bonn an 22.23 Uhr

Stand: 16.12.87

Programm Israel-Reise 2.-7. Januar 1987

<u>Freitag, 2.1.87</u>	15.20 Uhr	Ankunft Flughafen Tel Aviv (Lothar Probst und Gudrun Lüdemann bereits 1.1.87) Empfang durch Herrn Dr. Brenner, Deutsche Botschaft, Wissenschaftsreferent Fahrt nach Jerusalem, Ankunft im Hotel Intercontinental
	Abends:	zur freien Verfügung
<u>Samstag, 3.1.87</u>	Sabbath	Privater Besuch Jerusalems (Führung wird vorbereitet)
<u>Sonntag, 4.1.87</u>	tagsüber	Gespräch mit Herrn Prof. Dr. Yehuda Bauer u.A. zum Themengebiet Antisemitismus/ Antisemitismusforschung
	Abends	Diskurs zum Thema Deutsch-israelische Beziehungen (Henryk Broder u.a.)
<u>Montag, 5.1.87</u>	10.30 Uhr	Besuch von Yad Vashem, Empfang durch Herrn Dr. Shlomi Barmor Kranzniederlegung, Besichtigung und Gespräch
	Mittags	Gespräch mit dem deutschen Botschafter Herrn Haas - evtl. zum Mittagessen-

Handwritten notes:
- 1.1.87
- 2.1.87
- 3.1.87
- 4.1.87
- 5.1.87
- 6.1.87
- 7.1.87

<u>Montag, 5.1.87</u>	Nachmittags	1. Gespräch im Israelischen Außenministerium, Europaabteilung
		2. Gespräch im Israelischen Wissenschaftsministerium zur bezgl. deutsch-israelische Stiftung zur Förderung von Forschung und Technologie
	Abends	noch offen
<u>Dienstag, 6.1.87</u>	Vormittags	Besichtigung der Solarenergieversuchsanlage Solar ponds
	Mittags	Essen im Kibbuz
	Nachmittags	Besuch von Massada (= länderkundlicher Teil, letzte Festung der jüdischen Widerstandskämpfer gegen die Römer um 70 n. Chr.)
		Badegelegenheit
	Abends	Hintergrundgespräch mit Vertretern der Presse und israelischen Publizisten
<u>Mittwoch, 7.1.87</u>	8.00 Uhr	Abreise des Abg. Dr. Müller
	tagsüber	Rest der Delegation evtl. Universität Haifa ?
<u>Donnerstag, 8.1.87</u>	16.30 Uhr	Abreise Rest-Delegation

משרד החוץ-מחלקת הקשר

2447

יוצא

בלמים

אל: בון, נר: 675, מ: המשרד
דח: מ, סג: ב, תא: 161286, רח: 1500

צוה מ.ד.

בלמים/מיד

קינר

גד כהן

ביקור מילר ופרובסט מיי הירוקימיי.

א. משרד המדע והפיתוח בשותף עם שגי רפיג ממפל בסעיף ב'
בשלכם 81.

ב. במידה שיש ענין בשיחה באגף אירופה הודיעונו
אירופה 1.

תפ: ענוג, אירא, מממדע

חסוי



חסוי

חסוי



חסוי



בון - יג' בכסלו תשמ"ז
12.12.1986

ש מ ר

383

א"מ 75.7

אל : אירופה 1

מאת : השגרירות - בון

הנדון : ביקור חבר הבונדסטאג מילר מ"הירוקים"

למברקנו 36 מ-3 דנא

למברקם 588 מ-8 דנא

למברקנו 81 מ-9 דנא

בנושא זה החל לטפל, בהעדראי, יהודי קינר. תודה על הטיפול עד הנה. קיימתי אתמול שיחה ארוכה עם חבר הבונדסטאג ד"ר יואכים מילר ועוזרתו, גברת היידר, שתלווה אליו, יחד עם חמישה אנשים נוספים וביתו החינוך. במהלך השיחה עלה, שאנטיסטים מילר אינה כה פרטית, כפי שהוצגה בתחילה. היא תוצאה של מאמצים שלו ושל חלק מחבריו לטיעה, לקדם את הדיאלוג עם ישראל ולתקן את שקולקל בביקור המשלח "הירוקה" לפני כשנתיים. דובר בתחילה על ביקור שני חברי בונדסטאג (מילר ושטרובלה) כמשלחת רשמית ורעיון זה ירד לאחר זמן מעל הפרק, מתוך חשש שבאווירת מסע הבחירות השוררת בעונה זו ברפ"ג, תפגע המטרה העיקרית של המסע. לאחר זמן הודיע מילר שהוא מתכוון לנסוע בכל אופן וביקש וקיבל את אישור הטיעה.

רשמית וכדי להבטיח את מימון הבונדסטאג, נוסע מילר בתפקידו כחבר ועדת התקציב וכמעוניין בשאלת שתה"פ הטכנולוגי והמדעי בין ישראל לרפ"ג. לשם כך ביקש משגרפי"ג להסדיר לו פגישות מתאימות. משרד המדע בירושלים פנה ליועצנו המדעי וקיבל המלצתנו לסייע ואני מבין שדברים אלה נמצאים בטיפול ויחקימו.

מטרתו העיקרית של הביקור היא, כאמור, לקדם את הדיאלוג עמנו - אף שאין אומרים זאת במפורש. מילר פנה להנריק ברודר בבקשה להסדיר לו מפגש עם קבוצת אנשים, שתוכל לנהל עמו דו-שיח והביע עניין בהשתתפות אנשי תקשורת במפגש שכזה. העלה בפני גם את האפשרות לקיים מסיבת עיתונאים או לצאת בהודעה. הצעתי לו במלים ברורות שלא להרחיק לכת כדי כך במגע ראשון שכזה וקיבל, עקרונית, את הצעתי. יחד עם זאת, הדגיש שיניח זר ביד ושם שעליו יהיה סרט "בשם סיעת הירוקים בבונדסטאג" ולא רק בשמו הוא. עקרונית הוא מעוניין בפרסום ביקורו.

הצעתי לו לפגוש נציג של משה"ח ולקבל חדרון רשמי ומסודר על המזה"ח ולא שש לכך. עוד נשוב לדבר על כך, אך נראה שהוא חושש בהקשר זה מתגובות של אנשי סיעתו (ניסיתי לסבר את אוזנו בנושא זה ואולי עוד אצליח - הוא אינו מסתיר את בורותו במדיניות חוץ בכלל ובנוהגים דיפלומטיים ופרלמנטריים בפרט). סיפר שטראוטויין ממשה"ח כאן, המתאם את ביקורו, יעץ לו שוב ושוב שלא לבקר בשטחים ובירושלים המזרחית - גם כאן ניסיתי להשכילו בלי ללחוץ עליו. דיברנו גם על אפשרות ביקור בצפון, בו יש לו עניין, אך ספק אם ימצא את הזמן הדרוש. יתכן ויבקר בלוחמי הגיטאות, מתוך רצונו להדגיש את אספקט



השואה במסעו ומכיון ששותפו לביקור, לוחאר פרובסט, מכיר מי מחברי המשק. הצעתי לטלב בכך גם ביקור בקיבוץ.

בכל תכנון הביקור מטפלת השגרירות, שגם תסייע לו ברכב. השגריר האס מתכוון להתלוות אליו ליד ושם.

על יו מילר עצמו יש לומר, שהוא אחד הסמנים הימניים והריאליסטיים במפלגתו ועומד, משום כך, לעתים קרובות במאבקים קשים בסיעה. הוא מכובד על חברי הבונדסטאג מסיעות אחרות משום מקצועיותו וחריצותו. אין כל ספק במחוייבותו לנושא העבר "המשותף" שלנו והוא ממחר להירתם להתנגדות להצהרות קיצוניות של מפלגתו בעניני ישראל וכבר מנע מספר התבטאויות מזיקות. לאחרונה היה בין יוזמי עצומת מחאה שפורסמה ע"י סיעתו נגד תערוכה פלסטינית, שאורגנה בחסות "ירוקה" בעיר רקלינגהאוזן. יחד עם זאת הוא ער במיוחד לדעות אחרות הרווחות בסיעה ונזהר להלך בין הטיפות.

מצטרפים אליו :

לוחאר פרובסט - איש הקשר לתקשורת של הסיעה בבונדסטאג ("דוברים" קרויים מי שהם למעשה ראשי הסיעה).

קורה סטפן - עתונאית, שלדברי מילר מקורבת אליו בהשקפותיה "ואינה כותבת כלל בסגנון השפיגל".

מריה היידר - עוזרת אישית של מילר, שהיא למעשה פעילה מלאה של המפלגה. אשתו ובתו הקטנה של מילר, ידידתו של פרובסט ובעלה של סטפן - נלווים ל"טיול".

שתי הערות חשובות - לסיום :

א. יו מילר לא יבחר לבונדסטאג הבא - הוא לא הצליח לקבל מיקום ריאלי ברשימת הירוקים במדינה שהוא מייצג (נידרזאכסן, על אף שמגוריו בברמן).

ב. כל הנסיעה עלולה להתבטל, שכן מילר נתמנה לנציג הירוקים בוועדת החקירה הפרלמנטרית שהוקמה אתמול לבדיקת מעורבות מספנות גרמניות באספקת חכניות בנין צוללות לדרא"פ. אם תקיים הוועדה ישיבות בימי ביקורו המתוכננים - 7.1.1987, יתכן ויאלץ לבטל הכל. אל לנו להגזים בחשיבות ביקור זה, אך יחד עם זאת הוא יוכל לשמש אותנו במסגרת הכללית של "עבודת המניעה" שאנו עושים כלפי הירוקים ויו מילר הוא דווקא שליח טוב למטרה זו.

אם יאפשר זאת לוח הזמנים של הנוגעים בדבר, נקיים בשבוע הבא בביתי "סמינר מזורז" על המזה"ת למשתתפי הנסיעה, שרובם ככולם בעלי ידע מוגבל ביותר בנושא הסכסוך.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : מר י. ענוג, סמנכ"ל

לוחה : העתק מכתבו של מילר לשגריר האס ורשימת הנוסעים.

Delegationsmitglieder und Flugzeiten

1. Jo Müller.: (MdB, Reisekosten trägt der BI)

2.1.87 Bremen ab: 7.10 Uhr Frankfurt an: 8.05 Uhr

Frankfurt ab: 10.20 Uhr Tel Aviv an 15.20 Uhr

7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr Frankfurt an 13.25 Uhr

Frankfurt ab: 16.55 Uhr, Bremen an: 17.50 Uhr

2. Cora Stephan: (SPIEGEL, Reisekosten trägt die Redaktion)

2.1.87 Frankfurt ab: 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr, Frankfurt an 13.25 Uhr

3. Chrissie Müller, Ella Müller (Ehefrau und Tochter, Reisekosten trägt Fraktion)

4. Lothar Probst (Bürgerschaft Bremen, Reisekosten trägt Fraktion)

5. Gudrun Lödermann (Begleitung Lothar Probst)

2.1.87 Bremen ab 7.10 Uhr, Frankfurt an 8.05 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.1987 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 21.25 Uhr, Bremen an 22.20 Uhr

6. Hannes Siege (Ehemann Cora Stephan)

2.1.87 Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

7. Maria Heider (Fraktion)

2.1.87 Bonn ab 7.00 Uhr, Frankfurt 8.40 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 20.49 Uhr, Bonn an 22.23 Uhr



Dr. Joachim Müller (Bremen)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Tel. 0228. 18 78 82

Hollerallee 91
2800 Bremen
Tel. 0421. 34 73 56

Herrn Botschafter
Wilhelm Haas (o.V.i.A.)
Embassy of the Federal
Republic of Germany
P.O.B. 16038
Tel Aviv
Israel

05.12. 1986

Betr.: Israel-Reise vom 3.-7. Januar 1987

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich möchte Ihnen hiermit mitteilen, daß ich mich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 3. bis zum 7. Januar 1987 in Begleitung meiner Frau und meines 5 Monate alten Kindes sowie eines Referenten meiner Fraktion in Israel aufhalten werde. Aller Voraussicht nach wird uns außerdem eine Journalistin begleiten.

Neben einer Reihe von Gesprächen, die ich zwecks Erweiterung meiner Kenntnisse über das deutsch-israelische Verhältnis bereits selber arrangiert habe, interessieren mich besonders einige deutsch-israelische Projekte, die im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Berichterstatter für den Einzelplan 30 (Forschung und Technologie) im Haushaltsausschuß sowie als Mitglied der Enquete-Kommission "Technikfolgenabschätzung" stehen. Dazu gehören beispielsweise die Aufgaben der deutsch-israelischen Stiftung zur Förderung von Forschung und Technologie (3003/686 08) oder die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungsinstituten (3003/686 09) im Einzelplan 30, sowie Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Sonnenenergie. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei der Vermittlung entsprechender Gesprächskontakte und Besichtigungsfahrten behilflich sein könnten.

Mit der israelischen Botschaft in Bonn habe ich bereits bezüglich eines Besuchs in der Gedenkstätte Yad Vashem und eines Gesprächs mit Vertretern des Forschungsministeriums in Israel Kontakt aufgenommen.

Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn im Rahmen meines 4-tägigen Besuches auch ein Gespräch mit Ihnen stattfinden kann. Ich bitte Sie, mir einen Terminvorschlag zu machen, so daß ich dieses Gespräch in meine Reisevorbereitungen einplanen kann.

Für eine Unterkunft in Jerusalem ist bereits gesorgt, so daß ich mich nur noch mit der Bitte an Sie wenden möchte, uns bei der Reisebewegung in Israel durch die Bereitstellung einer entsprechenden Fahrmöglichkeit während der vier Tage zu unterstützen.

Ich werde zusammen mit meiner Frau und meinem Kind am Samstag, den 3. Januar um 15.20 mit dem Lufthansa-flug in Tel Aviv eintreffen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine Abholung für die Fahrt nach Jerusalem organisieren könnten.

Falls Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an mein Büro, Hochhaus Tulpenfeld, Tel.: 16 7882 oder an Herrn Probst, der mich während der Reise begleiten wird (Tel.: 16 3713) und mit den Reisevorbereitungen beauftragt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Müller



Dr. Joachim Müller (Bremen)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Tel. 0228. 16 78 82

Hollerallee 91
2800 Bremen
Tel. 0421. 34 73 56

Herrn Botschafter
Wilhelm Haas (o.V.i.A.)
Embassy of the Federal
Republic of Germany
P.O.B. 16 0 38
Tel Aviv
Israel

9.12.1986

Betr.: Terminverschiebung Israelreise vom 2.-7. Januar 1987

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Als Korrektur meines Telegramms vom 5.12. dieses Jahres möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich nicht, wie ursprünglich angekündigt am 3.1. 1987, sondern bereits am 2. Januar 1987 in Tel Aviv, um 15.20 Uhr ankommen werde. Ich möchte Sie also für diesen Tag um eine Abholung für die Fahrt nach Jerusalem bitten.

Desweiteren kann ich Ihnen bereits mitteilen, daß wir am ^{um 10.30 Uhr} 5.1.1987 einen Termin in Jad Vashem haben.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Müller

משרד החוץ-מחלקת הקשר בלמיס

אל: בון, נד: 588, מ: המשרד
דח: ר, סג: ב, תא: 081286, רח: 1130

בלמס/רגיל

קינר

ביקור ב ייד ושמי י. שלך 36.

1. דייר שלמי ברמור יקבלם לשיחה וסיוור ב-5 בינואר שעה 1030.
2. אשר-נא.

אירופה 1

תפ: אירא

חוזט: 12,1767

אל: המשרד

ט-בון, נר: 36, תא: 031286, חז: 1600, זח: ר, טג: ב

נד: 8

בלמס/רגיל

אל : אירופה 1

מאת : שגירדות בון

ביקור ב-יוד ושם

התקשר עמי מר PROBST שהינו חבר בטיעת ה-יירוקים
 ** בונדסטאג (הוא עצמו אינו חבר בונדסטאג) וביקש
 עזרתנו לביקור ב-יוד ושם ' ב-5 ינואר , עדיף בבוקר.
 הנ"ל יבוא בלוויית חברתו ושם חבר הבונדסטאג מטעם
 היירוקים JOACHIM

MULLER ורעייתו. הדגיש שמדובר בביקור פרטי, במיוחד
 לאחר כשלון משלחת היירוקים לפני שנתיים בביקור בארץ
 . לתשומת לבכם , מילר השתתף כנציג היירוקים בוועידת
 ארגוני הידידות גרמניה-ישראל בתחילת נובמבר ונשא
 נאום אוהדל אן אף במקרה זה כאיש פרטי ולא בשם המפלגה).
 אמו יהודיה. מעדיפים להפגש עם דובר גרמנית , אן
 מטתדרים גם באנגלית. האם ניתן להפגישם עם אדו או
 אדמון . הודיעונו אם הצלחתם לקבוע את הפגישה והביקור.

קינר

==ממש

תפ: אירא, מאדור



בון - יג' בכסלו תשמ"ז
12.12.1986

ש מ ר

383

אירופה
מ.7

אל : אירופה

מאת : השגרירות - בון

הנדון : ביקור חבר הבונדסטאג מילר מ"הירוקים"

למברקנו 36 מ-3 דנא
למברקם 588 מ-8 דנא
למברקן 81 מ-9 דנא

בנושא זה החל לטפל, בהעדראי, יהודי קינר. תודה על הטיפול עד הנה. קיימתי אתמול שיחה ארוכה עם חבר הבונדסטאג ד"ר יואכים מילר ועוזרתו, גברת היידר, שתלווה אליו, יחד עם חמישה אנשים נוספים וביתו התינוקת. במהלך השיחה עלה, שנסיעת מילר אינה כה פרטית, כפי שהוצגה בתחילה. היא תוצאה של מאמצים שלו ושל חלק מחבריו לסייע, לקדם את הדיאלוג עם ישראל ולתקן את שקולקל בביקור המשלחת "הירוקה" לפני כשנתיים. דובר בתחילה על ביקור שני חברי בונדסטאג (מילר ושטרובלה) כמשלחת רשמית ורעיון זה ירד לאחר זמן מעל הפרק, מתוך חשש שבאורית מסע הבחירות השוררת בעונה זו ברפ"ג, תפגע המטרה העיקרית של המסע. לאחר זמן הודיע מילר שהוא מתכוון לנסוע בכל אופן וביקש וקיבל את אישור הסיעה.

רשמית וכדי להבטיח את מימון הבונדסטאג, נוסע מילר בתפקידו כחבר ועדת התקציב וכמעוניין בשאלת שת"פ הטכנולוגי והמדעי בין ישראל לרפ"ג. לשם כך ביקש משגרפי"ג להסדיר לו פגישות מתאימות. משרד המדע בירושלים פנה ליועצנו המדעי וקיבל המלצתנו לסייע ואני מבין שדברים אלה נמצאים בטיפול ויחקימו.

מטרתו העיקרית של הביקור היא, כאמור, לקדם את הדיאלוג עמנו - אף שאין אומרים זאת במפורש; מילר פנה להנריק ברודר בבקשה להסדיר לו מפגש עם קבוצת אנשים, שתוכל לנהל עמו דו-שיח והביע עניין בהשתתפות אנשי תקשורת במפגש שכזה. העלה בפני גם את האפשרות לקיים מסיבת עיתונאים או לצאת בהודעה. הצעתי לו במלים ברורות שלא להרחיק לכת כדי כך במגע ראשון שכזה וקיבל, עקרונית, את הצעתי. יחד עם זאת, הדגיט שיניח זר ביד וסם שעליו יהיה סרט "בשם סיעת הירוקים בבונדסטאג" ולא רק בשמו הוא. עקרונית הוא מעוניין בפרסום ביקורו.

הצעתי לו לפגוש נציג של משה"ח ולקבל תדריך רשמי ומסודר על המזה"ח ולא שש לכך. עוד נשוב לדבר על כך, אך נראה שהוא חושט בהקשר זה מתגובות של אנשי סיעתו (ניסיתי לסבר את אוזנו בנושא זה ואולי עוד אצליח - הוא אינו מסתיר את בורותו במדיניות חוץ בכלל ובנוהגים דיפלומטיים ופרלמנטריים בפרט). סיפר שטראוטויין ממש"ח כאן, המתאם את ביקורו, יעץ לו שוב ושוב שלא לבקר בשטחים ובירושלים המזרחית - גם כאן ניסיתי להשכילו בלי ללחוץ עליו. דיברנו גם על אפשרות ביקור בצפון, בו יש לו עניין, אך ספק אם ימצא את הזמן הדרוש. יתכן ויבקר בלוחמי הגיטאות, מתוך רצונו להדגיש את אספקט



314 F.W.

RECEIVED
JAN 10 1964

ALL INFORMATION CONTAINED
HEREIN IS UNCLASSIFIED
DATE 10-10-80 BY 1043
EX-100

On January 8, 1964, the following information was received from the [redacted] of the [redacted] in [redacted]. The [redacted] advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] also advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted].

The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] also advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted].

The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] also advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted].

The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] also advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted]. The [redacted] further advised that [redacted] had been [redacted] by [redacted] on [redacted] at [redacted].



השואה במסעו ומכיוון ששותפו לביקור, לותאר פרובסט, מכיר מי מחברי המשק. הצעתי לשלב בכך גם ביקור בקיבוץ.

בכל הכנון הביקור מטפלת השגרירות, שגם הסייע לו ברכב. השגריר האס מחכוון להתלוות אליו ליד ושם.

על יו מילר עצמו יש לומר, שהוא אחד הסמנים הימניים והריאליסטיים במפלגתו ועומד, משום כך, לעתים קרובות במאבקים קשים בסיעה. הוא מכובד על חברי הבונדסטאג מסיעות אחרות משום מקצועיותו וחריצותו. אין כל ספק במהוייבותו לנושא העבר "המשותף" שלנו והוא ממחר להירתם להתנגדות להצהרות קיצוניות של מפלגתו בענייני ישראל וכבר מנע מספר ההבטאות מזיקות. לאחרונה היה בין יוזמי עצומת מחאה שפורסמה ע"י סיעתו נגד תערוכה פלסטינית, שאורגנה בחסות "ירוקה" בעיר רקלינגהאוזן. יחד עם זאת הוא ער במיוחד לדעות אחרות הרווחות בסיעה ונזהר להלך בין הטיפות. מצטרפים אליו :

לותאר פרובסט - איש הקטר לתקשורת של הסיעה בבונדסטאג ("דוברים" קרויים מי שהם למעשה ראשי הסיעה).

קורה סטפן - עתונאית, שלדברי מילר מקורבת אליו בהשקפותיה "ואינה כותבת כלל בסגנון השפיגלי".

מריה היידר - עוזרת אישית של מילר, שהיא למעשה פעילה מלאה של המפלגה. אשתו ובתו הקטנה של מילר, ידידתו של פרובסט ובעלה של סטפן - נלווים ל"טיולי". שתי הערות חשובות - לסיום :

א. יו מילר לא יבחר לבונדסטאג הבא - הוא לא הצליח לקבל מיקום ריאלי בושימת הירוקים במדינה שהוא מייצג (נידרזאכסן, על אף שמגוריו בברמן).

ב. כל הנסיעה עלולה להתבטל, שכן מילר נתמנה לנציג הירוקים בוועדה החקירה הפרלמנטרית שהוקמה אתמול לבדיקת מעורבות מספרות גרמניות באספקת תכניות בנין צוללות לדרא"פ. אם תקיים הוועדה ישיבות בימי ביקורו המתוכננים - 7.1.1987 - 2, יתכן ויאלץ לבטל הכל. אל לנו להגזים בחשיבות ביקור זה, אך יחד עם זאת הוא יוכל לשמש אותנו במסגרת הכללית של "עבודת המניעה" שאנו עושים כלפי הירוקים ויו מילר הוא דווקא שליח טוב למטרה זו.

אם יאפשר זאת לוח הזמנים של הנוגעים בדבר, נקיים בשבוע הבא בביתי "סמינר מזורז" על המזה"ת למשתתפי הנסיעה, שרובם ככולם בעלי ידע מוגבל ביותר בנושא הסכסוך.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : מר י. ענוג, סמנכ"ל

לוטה: העתק מכתבו של מילר לשגריר האס ורשימת הנוסעים.

Delegationsmitglieder und Flugzeiten

1. Jo Müller.: (MdB, Reisekosten trägt der BT)

2.1.87 Bremen ab: 7.10 Uhr Frankfurt an: 8.05 Uhr

Frankfurt ab: 10.20 Uhr Tel Aviv an 15.20 Uhr

7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr Frankfurt an 13.25 Uhr

Frankfurt ab: 16.55 Uhr, Bremen an: 17.50 Uhr

2. Cora Stephan: (SPIEGEL, Reisekosten trägt die Redaktion)

2.1.87 Frankfurt ab: 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

7.1.87 Tel Aviv ab 10.10 Uhr, Frankfurt an 13.25 Uhr

3. Chrissie Müller, Ella Müller (Ehefrau und Tochter, Reisekosten trägt Fraktion)

4. Lothar Probst (Bürgerschaft Bremen, Reisekosten trägt Fraktion)

5. Gudrun Lödermann (Begleitung Lothar Probst)

2.1.87 Bremen ab 7.10 Uhr, Frankfurt an 8.05 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.1987 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 21.25 Uhr, Bremen an 22.20 Uhr

6. Hannes Siege (Ehemann Cora Stephan)

2.1.87 Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

7. Maria Heider (Fraktion)

2.1.87 Bonn ab 7.00 Uhr, Frankfurt 8.40 Uhr

Frankfurt ab 10.20 Uhr, Tel Aviv an 15.20 Uhr

8.1.87 Tel Aviv ab 16.30 Uhr, Frankfurt an 19.50 Uhr

Frankfurt ab 20.49 Uhr, Bonn an 22.23 Uhr



Dr. Joachim Müller (Bremen)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Tel. 0228. 16 78 82

Hollerallee 91
2800 Bremen
Tel. 0421. 34 73 58

Herrn Botschafter
Wilhelm Haas (o.V.i.A.)
Embassy of the Federal
Republic of Germany
P.O.B. 16038
Tel Aviv
Israel

05.12. 1986

Betr.: Israel-Reise vom 3.-7. Januar 1987

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich möchte Ihnen hiermit mitteilen, daß ich mich als Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 3. bis zum 7. Januar 1987 in Begleitung meiner Frau und meines 5 Monate alten Kindes sowie eines Referenten meiner Fraktion in Israel aufhalten werde. Aller Voraussicht nach wird uns außerdem eine Journalistin begleiten.

Neben einer Reihe von Gesprächen, die ich zwecks Erweiterung meiner Kenntnisse über das deutsch-israelische Verhältnis bereits selber arrangiert habe, interessieren mich besonders einige deutsch-israelische Projekte, die im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Berichterstatter für den Einzelplan 30 (Forschung und Technologie) im Haushaltsausschuß sowie als Mitglied der Enquete-Kommission "Technikfolgenabschätzung" stehen. Dazu gehören beispielsweise die Aufgaben der deutsch-israelischen Stiftung zur Förderung von Forschung und Technologie (3003/686 08) oder die Förderung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit ausländischen Forschungsinstituten (3003/686 09) im Einzelplan 30, sowie Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Sonnenenergie. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir bei der Vermittlung entsprechender Gesprächskontakte und Besichtigungsfahrten behilflich sein könnten.

Mit der israelischen Botschaft in Bonn habe ich bereits bezüglich eines Besuchs in der Gedenkstätte Jad Vashem und eines Gesprächs mit Vertretern des Forschungsministeriums in Israel Kontakt aufgenommen.

Selbstverständlich würde ich mich freuen, wenn im Rahmen meines 4-tägigen Besuches auch ein Gespräch mit Ihnen stattfinden kann. Ich bitte Sie, mir einen Terminvorschlag zu machen, so daß ich dieses Gespräch in meine Reisevorbereitungen einplanen kann.

Für eine Unterkunft in Jerusalem ist bereits gesorgt, so daß ich mich nur noch mit der Bitte an Sie wenden möchte, uns bei der Reisebewegung in Israel durch die Bereitstellung einer entsprechenden Fahrmöglichkeit während der vier Tage zu unterstützen.

Ich werde zusammen mit meiner Frau und meinem Kind am Samstag, den 3. Januar um 15.20 mit dem Lufthansa-flug in Tel Aviv eintreffen und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie eine Abholung für die Fahrt nach Jerusalem organisieren könnten.

Falls Sie Rückfragen haben oder weitere Informationen benötigen, wenden Sie sich bitte an mein Büro, Hochhaus Tulpenfeld, Tel.: 16 7882 oder an Herrn Probst, der mich während der Reise begleiten wird (Tel.: 16 3713) und mit den Reisevorbereitungen beauftragt ist.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Müller



Dr. Joachim Müller (Bremen)
Mitglied des Deutschen Bundestages

Bundeshaus
5300 Bonn 1
Tel. 0228. 16 78 82

Hollerallee 91
2800 Bremen
Tel. 0421. 34 73 56

Herrn Botschafter
Wilhelm Haas (o.V.i.A.)
Embassy of the Federal
Republic of Germany
P.O.B. 16 0 38
Tel Aviv
Israel

9.12.1986

Betr.: Terminverschiebung Israelreise vom 2.-7. Januar 1987

Sehr geehrter Herr Botschafter!

Als Korrektur meines Telegramms vom 5.12. dieses Jahres möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich nicht, wie ursprünglich angekündigt am 3.1. 1987, sondern bereits am 2. Januar 1987 in Tel Aviv, um 15.20 Uhr ankommen werde. Ich möchte Sie also für diesen Tag um eine Abholung für die Fahrt nach Jerusalem bitten.

Desweiteren kann ich Ihnen bereits mitteilen, daß wir am
um 10.30 Uhr
5.1.1987 einen Termin in Jad Vashem haben.

Mit freundlichen Grüßen

Joachim Müller



בון - א' בחשון תשמ"ז

3.11.1986

ש מ ר

(1) *הגב' אינגבורט פרייז*
 (2) *אסו איסט*

זינה ב.מ.

651



אל : גבי מ. שמרת, ס/מנהל אירופה 1

מאת : הציר - בון

הנדון : קבוצת ידידות פרלמנטרית עם ישראל ב-לאנדטאג
 של נורדריין-וסטפאלן

1. בשעה טובה ומוצלחת הוקמה בשבוע שעבר קבוצת ידידות פרלמנטרית של סיעת ה-ס.פ.ד. בלאנדטאג של נורדריין-וסטפאלן. נסיון להקים קבוצה משותפת עם ה-צ.ד.או לא עלה יפה וסיעת ה-ס.פ.ד. החליטה לפעול עצמאית בנדון. יו"ר הקבוצה הוא סגן יו"ר הלאנדטאג, הגב' אינגבורט פרייז שהיא ידית ישראל ותיקה. היא סיפרה לי שכמעט כל חברי סיעתה הצטרפו לקבוצת הידידות (41 חברים).
2. הרבה לא יוכלו לעשות לפני הבחירות בינואר, אך בינתיים כבר הספיקו קבוצת צעירי מפלגת העבודה לא להתארגן. אצל קבוצת הידידות וב-12.11 ירצה בפניהם ח"כ בן מאיר. אני עומד בקשר עמם לגבי מועד להרצאה שלי בפניהם.

ב ב ר כ ה ,

ג. סדר



3/4 F.M.



1. The first step in the process of identifying a suspect is to determine the time and place of the crime.

2. The second step is to determine the identity of the suspect.

3. The third step is to determine the motive for the crime. This is often the most difficult step, as it requires a thorough understanding of the suspect's personality and the circumstances of the crime. (141.3)

4. The fourth step is to determine the means by which the crime was committed. This involves identifying the weapons or tools used in the crime.

6811

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3900

יוצא

שמו

א: בון, נר: 503, מ: המשרד
דח: ד, סג: ש, תא: 011186, יח: 0800



זיה מ.ד.

שמו/רגיל

גד כהן

ביקור משלחת ועדת הוונדסטאג לנוער ובריאות
לשך 25 מ-10 דא

1. משרד החינוך קבע את הפגישות הבאות:
19.11 : בשעה 10:30 - פגישה מכון ון ליר עם אלוף הר-אבן על
יחסי יהודים - ערבים.

15:15-13:15: מרכז חרבות עמים לנוער, יארחוס אלישע בירנבאום
וצבי דגן מנהל המרכז.

16:00 - פגישה עם מנכ"ל משרד החינוך והתרבות ד"ר שמעון
שושני.

אירופה 1

1.1

פ: ענוג, אירא, שמורק, אורחים
תח: שובל/שמחיון גוראריה/שמחיון

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3466

יציא

בלמים

אלי: בון, נר: 811, מ: המשרד
דח: ר, סג: ב, תא: 311086, רח: 1200



רגיל/בלמים

קינר

ט: חבי דב בן מאיר - הכנסת

חגיגות ה-40 / חבי בן מאיר. לשלך 165.
המברק הועבר לידי חבי בן מאיר והוא מוסר אידבר עם דר' שוופה
כמוצט במברק.

אירופה 1

M.H

זיה 7.7/מ

תפ: אירא, יורכנסת

כ"ו בתשרי תשס"ז
29 באוקטובר 1986

382

ל"ה ז' 103

אל: הציר בבון
מאת: ט/מנחל אירופה 1

הנדון: ביקור ועדת הספורט של הבונדסטאג

המשלחת בביקורה בכנסת כללה את חברי הבונדסטאג BUECHNER, TILLMANN ו-LAMBINUS ומזכיר הועדה PIRO. (אחה"צ אמור לחצטרף אליה חבר הבונדסטאג SAUER). נלוותי למשלחה. בפגישתה עם יו"ר תת הועדה לספורט, ח"כ גולדשטיין נכח גם ח"כ מיכה רייסר, הממונה בשגרירות רפ"ג ד"ר פיק, וד"ר אורי זימרי. משום היות זה השבוע הראשון למושב החורף של הכנסת, נבצר מיתר חברי הועדה להיות נוכחים בפגישה וח"כ גולדשטיין התנצל על כך.

ניתן להגדיר את השיחה כטובה ופורייה, כאשר ח"כ גולדשטיין ביקש את המשך סיועה של רפ"ג בפיתרון בעיית שיוכה הגיאוגרפי של ישראל - דבר, שלדבריו, מונע התפתחות הכדורגל הישראלי. שני הצדדים ייחסו חשיבות רבה לחילופי הנוער בין ישראל ורפ"ג וחילופי משלחות ספורט של נוער. ח"כ ביכנר, בהיותו פעיל גם בוועדת חילופי הנוער (ח"כ גולדשטיין ט/יו"ר הועדה הציבורית הישראלית), ביקש לדעת אם קיימת הבטחה ח"כ חיים רטון לו, להסיר את תשלום מס נסיעות מנוער היוצא לרפ"ג במסגרת המועצה לחילופי נוער החל מסתיו '85. ח"כ גולדשטיין אישר שאכן הדבר נעשה ומס הנסיעות מוחזר לבני-הנוער הללו.

במשך, לבקשתם, ערכתי סקירת אופק קצרה על הדגשים במדיניות החוץ שלנו כיום. לפרידננד טבלמן היה זה ביקורו הראשון בישראל וכקאתולי אדוק היה נרגש למצפה לו בירושלים.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

נ.ב. חבר הבונדסטאג ביכנר, שהוא גם חבר מועצת אירופה, ישתתף בשבוע הבא בשיחות בכנסת עם משלחת מועצת אירופה. לידיעתכם

Werner PIECK 20. 26
03. 243111/5

1. Switch programmes from
between Wedn. 29/10 and
Friday 31/10.

2. General briefing at the
Ministry on Tuesday 28/11

3. Meeting with Mr. Yaviv OREN,
Head of Sport Authority at the
Wingate Institute Thursday
30/11.

210

משרד החוץ-מחלקת הקשר
שמור

נכנס **

**

**

539382

א/נ

27/10 - 1/11

חוזט: 10,8154

אל: המשרד

מ: בון, נר: 143, תא: 221086, זח: 1500, דח: מ, טג: ש

נד: 8



א"ח 7 מ

שמור/מידוי

אל: אירופה 1

זע: קשת'י'מ

מאת: בציר - בון / מזון

29/10 י"ט

31/10 י"ט

ביקור ועדת הספורט של הברנדוטטאג. בהמשך לשלי 109 מ
17.10

Ferdinand TILLMAN

1. נפגשתי אמש עם יו"ר ומזכיר הועדה ומסרתי להם חומר כללי על ישראל. התכנית של שגרפ"ג נראית להם וביקשו רק להחליף התכנית בין יום רביעי ליום שישי. מקשים מאד להתקבל לתורן כללי אצלכם בהיותם בירושלים ב-28.10. תאמו נא עם שגרפ"ג. הרכב המשלחת יוחלט סופית רק מחרתיום אך יהיו 6 איש.

2. העליתי בצורה כללית נושא הפוליטיזציה של הספורט ובעיית השיוך הגיאוגרפי של איגודי הספורט המקצועיים. הנושא מעניינם מאד וירצו לקבל תמונת מצב לגבי האיגודים השונים והבטיות העומדות על הפרק וישמחו לסיוע לנו. ממליץ שמנהל רשות הספורט יריב אורן שיכבש עימם במכון רינגייט ב-30.10, יעדכנם ויבין להם טבלה של המצב בענפים השונים, נשמח לקבל העתק.

בדון.

==שן

תפ: ענוג, אירא, שמורק, תרבות

א"ח 7 מ

27/10

31/10

1/11

א"ח 7 מ

22-

[illegible]

22. 23. 24.

5-1 - 29/10

200-220-230-240-250-260-270-280-290-300-310-320-330-340-350-360-370-380-390-400-410-420-430-440-450-460-470-480-490-500-510-520-530-540-550-560-570-580-590-600-610-620-630-640-650-660-670-680-690-700-710-720-730-740-750-760-770-780-790-800-810-820-830-840-850-860-870-880-890-900-910-920-930-940-950-960-970-980-990-1000-1010-1020-1030-1040-1050-1060-1070-1080-1090-1100-1110-1120-1130-1140-1150-1160-1170-1180-1190-1200-1210-1220-1230-1240-1250-1260-1270-1280-1290-1300-1310-1320-1330-1340-1350-1360-1370-1380-1390-1400-1410-1420-1430-1440-1450-1460-1470-1480-1490-1500-1510-1520-1530-1540-1550-1560-1570-1580-1590-1600-1610-1620-1630-1640-1650-1660-1670-1680-1690-1700-1710-1720-1730-1740-1750-1760-1770-1780-1790-1800-1810-1820-1830-1840-1850-1860-1870-1880-1890-1900-1910-1920-1930-1940-1950-1960-1970-1980-1990-2000-2010-2020-2030-2040-2050-2060-2070-2080-2090-2100-2110-2120-2130-2140-2150-2160-2170-2180-2190-2200-2210-2220-2230-2240-2250-2260-2270-2280-2290-2300-2310-2320-2330-2340-2350-2360-2370-2380-2390-2400-2410-2420-2430-2440-2450-2460-2470-2480-2490-2500-2510-2520-2530-2540-2550-2560-2570-2580-2590-2600-2610-2620-2630-2640-2650-2660-2670-2680-2690-2700-2710-2720-2730-2740-2750-2760-2770-2780-2790-2800-2810-2820-2830-2840-2850-2860-2870-2880-2890-2900-2910-2920-2930-2940-2950-2960-2970-2980-2990-3000-3010-3020-3030-3040-3050-3060-3070-3080-3090-3100-3110-3120-3130-3140-3150-3160-3170-3180-3190-3200-3210-3220-3230-3240-3250-3260-3270-3280-3290-3300-3310-3320-3330-3340-3350-3360-3370-3380-3390-3400-3410-3420-3430-3440-3450-3460-3470-3480-3490-3500-3510-3520-3530-3540-3550-3560-3570-3580-3590-3600-3610-3620-3630-3640-3650-3660-3670-3680-3690-3700-3710-3720-3730-3740-3750-3760-3770-3780-3790-3800-3810-3820-3830-3840-3850-3860-3870-3880-3890-3900-3910-3920-3930-3940-3950-3960-3970-3980-3990-4000-4010-4020-4030-4040-4050-4060-4070-4080-4090-4100-4110-4120-4130-4140-4150-4160-4170-4180-4190-4200-4210-4220-4230-4240-4250-4260-4270-4280-4290-4300-4310-4320-4330-4340-4350-4360-4370-4380-4390-4400-4410-4420-4430-4440-4450-4460-4470-4480-4490-4500-4510-4520-4530-4540-4550-4560-4570-4580-4590-4600-4610-4620-4630-4640-4650-4660-4670-4680-4690-4700-4710-4720-4730-4740-4750-4760-4770-4780-4790-4800-4810-4820-4830-4840-4850-4860-4870-4880-4890-4900-4910-4920-4930-4940-4950-4960-4970-4980-4990-5000-5010-5020-5030-5040-5050-5060-5070-5080-5090-5100-5110-5120-5130-5140-5150-5160-5170-5180-5190-5200-5210-5220-5230-5240-5250-5260-5270-5280-5290-5300-5310-5320-5330-5340-5350-5360-5370-5380-5390-5400-5410-5420-5430-5440-5450-5460-5470-5480-5490-5500-5510-5520-5530-5540-5550-5560-5570-5580-5590-5600-5610-5620-5630-5640-5650-5660-5670-5680-5690-5700-5710-5720-5730-5740-5750-5760-5770-5780-5790-5800-5810-5820-5830-5840-5850-5860-5870-5880-5890-5900-5910-5920-5930-5940-5950-5960-5970-5980-5990-6000-6010-6020-6030-6040-6050-6060-6070-6080-6090-6100-6110-6120-6130-6140-6150-6160-6170-6180-6190-6200-6210-6220-6230-6240-6250-6260-6270-6280-6290-6300-6310-6320-6330-6340-6350-6360-6370-6380-6390-6400-6410-6420-6430-6440-6450-6460-6470-6480-6490-6500-6510-6520-6530-6540-6550-6560-6570-6580-6590-6600-6610-6620-6630-6640-6650-6660-6670-6680-6690-6700-6710-6720-6730-6740-6750-6760-6770-6780-6790-6800-6810-6820-6830-6840-6850-6860-6870-6880-6890-6900-6910-6920-6930-6940-6950-6960-6970-6980-6990-7000-7010-7020-7030-7040-7050-7060-7070-7080-7090-7100-7110-7120-7130-7140-7150-7160-7170-7180-7190-7200-7210-7220-7230-7240-7250-7260-7270-7280-7290-7300-7310-7320-7330-7340-7350-7360-7370-7380-7390-7400-7410-7420-7430-7440-7450-7460-7470-7480-7490-7500-7510-7520-7530-7540-7550-7560-7570-7580-7590-7600-7610-7620-7630-7640-7650-7660-7670-7680-7690-7700-7710-7720-7730-7740-7750-7760-7770-7780-7790-7800-7810-7820-7830-7840-7850-7860-7870-7880-7890-7900-7910-7920-7930-7940-7950-7960-7970-7980-7990-8000-8010-8020-8030-8040-8050-8060-8070-8080-8090-8100-8110-8120-8130-8140-8150-8160-8170-8180-8190-8200-8210-8220-8230-8240-8250-8260-8270-8280-8290-8300-8310-8320-8330-8340-8350-8360-8370-8380-8390-8400-8410-8420-8430-8440-8450-8460-8470-8480-8490-8500-8510-8520-8530-8540-855

[illegible]

137 170 - 218 -

- 30/10

1933

- 281 1900-1901

30/10

1872-1873 63100 1872 200

11/11

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמו

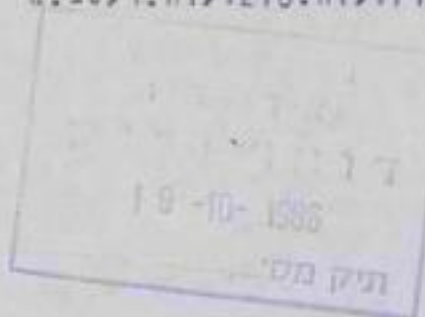
** נכנס

חוזט: 10,6572

אל: המשרד

מ: בון, נר: 109, תא: 171036, זח: 1210, דח: ר, טג: ש

נד: 9



שמו/רגיל

אל: אירופה 1

דע: קשתות

מאת: הציר - בון/מדון

ביקור ושדה הספורט של הוונדסטאג. שלכם 646 מ-10.10

1. דיברתי עם יו"ר הועדה טילמן שקיבל בינתיים משג' רפ"ג הצעת תכנית וסינמנו להפגש ב-21.10 הוא חייב לחזור כבר ב-31.10 אחת"צ וביקש משג' רפ"ג לסיים את החלק הרשמי בת"א ביום שישי. באום כנראה לא יבוא וטרם ברור אם יצטרף איש פ.ד.פ. אחר אן יתרוט עוד איש ט.פ.ד. ומזכיר הועדה.

2. הועדה כבר ביקרה בארץ בשנת 1984, אן עבור היו"ר וחלק מהמשתתפים יהיה זה ביקור ראשון. מטרת הביקור לראות מתקני ספורט וללמוד את מדיניות הספורט הממשלתית. ממליצים בשלב זה לכלול בתכנית תדרון כללי של אירופה 1 ותדרון רשות הספורט על הפרובלמטיקה של השתתפות איגודי ענפי הספורט במסגרות הענפיות הניאוגרפיות. לאחר פגישתי אבריק המלצות נוספות במידה ויהיו.

מדון.

==שן

תפ: ענוב, אירא, שמורק, תרבות, מאור

2555

nr10:2520,4f

25:11:12

[\[+prsr:907884:0151stn:0151st:r,04.r\]](#)

CE:

2007/06/05

附录: 参考文献

FBI - MEMPHIS

2008: 524R + 211A2777

THESE DATA INDICATE THAT THE EFFECTS OF THE TREATMENT WERE NOT SIGNIFICANT.

[illegible][illegible]

277

2002年10月

DOI: 10.1002/for

משרד החוץ-מחלקת הקשר

8399

**

יוצא

שטור

**

**

**



אל: בון, נר: 646, מ: המשרד
דח: מ, סג: ש, תא: 161086, רח: 1500

שטור/מיד

הציר.

דח: מרים גולן, דוד לב - הכנסת

ביקור ועדת הספורט של הבונדסטאג (1.11-27.10).

- א. משגירות רפ"ג נמסר לנו על כוונת הועדה לבקר בתאריכים הנ"ל.
- ב. משגירות רפ"ג ממפלת בביקור בשיתוף עם מכון וינגייט.
- ג. התבקשו להסדיר - והסדרנו - פגישה בכנסת עם ועדת הספורט בראשות ח"יב פנחס גולדשטיין ל-28.10 שעה 09.00.

BAUM

ד. לפי המידע בידינו יבואו חברי הבונדסטאג
1 - LAMBINUS, BUCHNER, NELLE, TILLMANN

אמת-נא

ה. היש לכם המלצות מיוחדות?

אירופה 1.==

תפ: טנוג, אירא, שטורק, אורחים, יורכנסת
תח: גולן כנסת

30.10

כנס כללי

18³⁰ - 20³⁰

Sport Ausschusses

27.10 - 1.11

אגודת

Tallmann

Büchner

Lambert

Nelle CDH

DR. WENDLER

Baum FDP (?)

28.10 900

הוצאות

הכנסות

הכנסות

212

הכנסות

הכנסות הוצאות

יד' בתשרי התשמ"ז
16 באוקטובר 1986

370

אלו גב' מרים גולן, הכנסת
מר דוד לב, מזכיר ועדת הספורט, הכנסת

מאת: ס/מנחל אירופה 1

הנדון: משלחת ועדת הספורט של הבונדסטאג
פגישה עם ועדת הספורט בכנסת 28.10.86 שעה 09:00

לחלן פרטים על חברי המשלחת:

1. יוסב ראש הוועדה וראש המשלחת הינו FERDINAND TILLMANN. יליד 1932, נשוי ואב לבת. חבר המפלגה הדמו-נוצרית (CDU). סיים לימודי טסחר. עצמאי. חבר הבונדסטאג מאז 1972. ✓
 2. PETER BUECHNER - יליד 1943. נשוי ואב לילד. מורה במקצועו. חבר המפלגה הסוציאל-דמוקרטית (SPD). חבר הבונדסטאג מאז 1971. חבר מועצת אירופה. יו"ר הוועדה לחברה ובריאות. ✓
 3. GERHARD RUDOLF BAUM - יליד 1932, נשוי ואב לשלושה. עורך דין במקצועו. חבר המפלגה הליברלית (FDP). מאז 1978 חבר נשיאות המפלגה. מאז 1982 ס/יו"ר המפלגה. חבר הבונדסטאג מאז 1972. 1972-1978 שר הפנים הפדרלי. מבקר לעתים מזומנות בישראל. ידיד ביקורתי. ✓
 4. UWE LAMBINUS - יליד 1941. נשוי, אב לשניים. חבר המפלגה הסוציאל דמוקרטית. סיים בי"ס מקצועי. חבר הבונדסטאג 1972-76 ומאז 1977. ✓
 5. ENGELBERT HELLE - חבר המפלגה הדמו-נוצרית. יליד 1933. נשוי ואב לשלושה. סיים לימודי חוראה לבי"ס מקצועי. חבר הבונדסטאג מאז 1980. ✓
- יצטרף לוועדה-מזכירה, שטרם הועבר לנו שמו. בשלב זה לא ידועים לנו תחומי עניין מיוחדים של חברי המשלחת. ✓
- Mass Ruediger PERO*
- חודיעונו-נא מקדם הפגישה בכנסת, ודאגו-נא לסיוור בכנסת בחששן לפגישה.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

100-100000-100000
100-100000-100000

100

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000



MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM

משרד החוץ
ירושלים

צוה 7.7.86

יד' בתשרי התשמ"ז
17 באוקטובר 1986

369

אל: גב' נירה גור ארית, לשכת סמנכ"ל שובל, משרד החינוך

מאת: ס/מנהל אירופה 1

הנדון: משלחת ועדת הבונדסטאג של רפ"ג לנוער,
משמחת נשים ובריאות
בהמשך לשיחתנו הטלפונית

חברי המשלחת באים לביקור בישראל, ביוזמתם, בתאריכים 15-20.11.86, בבקר יום ד', 19.11.86, היו מעוניינים להיפגש לשיחות עם השר נבון; סנכ"ל משרד החינוך, הד"ר שושניץ וראש אגף הנוער במשרד החינוך. כמו-כן, מעוניינת השגרירות שיכירו את "מרכז תרבות עמים נוער". מאד נודה את שיחות אלה יתאפשרו להם, כולן או בחלקן.

הנושאים בהם מתעניינים חברי המשלחת הם:

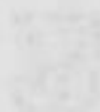
- חילופי נוער בין רפ"ג לישראל;
- תנועות נוער;
- מדיניות לגבי נוער;
- יחסי יהודים וערבים;
- בעיות התמכרות לסמים.

במצורף פרטים על חברי המשלחת.

ב ב ר כ ה,

טריס שטרט

העתק: הגברת טריס גולן, הכנסת



UNITED STATES
DEPARTMENT OF JUSTICE

WASHINGTON, D. C.
JANUARY 1, 1961

14-00000

LETTER TO THE
ATTORNEY GENERAL

1961

THE ATTORNEY GENERAL HAS BEEN ADVISED THAT THE
FEDERAL BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED
THAT THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

14-00000

1961

THE BUREAU OF INVESTIGATION HAS BEEN ADVISED

ירושלים, יד' בתשרי התשמ"ז
17 באוקטובר 1986

משלחת ועדת הבונדסטאג לנוער, משפחה, נשים
ובריארות (15-20.11.86)

1. ANI LIESE AUGUSTIN - חברת המפלגה הדמו-נוצרית (CDU). ילידת 1930, נשואה ואם לשניים. סיימה לימודי רוקחות. חברת הבונדסטאג מאז ינואר 1984.
2. KARL DELORME - חבר המפלגה הסוציאל-דמוקרטית (SPD) מאז 1946. יליד 1920, נשוי ואב לשניים, מדפיס במקצועו.
1939-1946 שירות צבאי ושבי.
- פעיל באגודת אכסניות הנוער ברפ"ג.
- חבר הוועד למען אי-חלוקתה של גרמניה.
חבר הבונדסטאג מאז 1983.
3. PROF. URSULA MAENNLE - חברת המפלגה הדמו-נוצרית, הפלב הבווארי (CSU) ילידת 1944. פרופסור למדע המדינה. חברת הבונדסטאג 1979-1980 ושוב מאז 1983.
4. DR. INGE SEGALL - חברת המפלגה הליברלית (FDP). ילידת 1930. אלמנה. סיימה לימודי כלכלה. חברת הבונדסטאג מאז 1984.
5. MARITA WAGNER - חברת מפלגת "הירוקים". ילידת 1952. רווקה. פיזיותרפיסטית. חברת הבונדסטאג מאז אפריל 1985.
6. מזכיר הוועדה, היועץ JUERGEN NEHRING.

מח' אירופה 1.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

8170

** יצא

שמו

**

**

**

אל: ברן, נד: 595, מ: המשרד
דח: ר, סג: ש, תא: 161086

צוה מ.ז

שמו/רגיל

השגריר.

- ביקור יורי בית הנבחרים בונדי. שלך 44.
1. לאחר בדיקה מדוקדקת בתיקים ולאחר פגישה עם יורי הבנסט לא הצלחנו להבהיר לשצמנו לאילו הזמנה התייחס בונדי.
 2. לא קבלנו מבס שום המלצה על אופי הביקור. גודל המשלוח חשיבותו בכלל ובמועד הנוכחי שנה לפני הבחירות כשלא הבידום אם הוא אמור להבחר שוב וכו'.
 3. לוח הזמנים של יורי הבנסט, שנחודש נובמבר יכהן גם במס' נשיא מדינה. צפוף ואין זה סביר להציע באמצע אוקטובר ביקור של עמית משוויץ לחודשים הקרובים.
 4. בעתיד מומלץ שלפני שתפנו למרים גולן או לכל גורם מחוץ למשרד, תבררו את הנושא העומד לדיון איתנו.
 5. בינתיים אל נא תאמר דבר לבונדי. הברקנא.
מנהל אירופה 1

ל/ח

תפ: שהח, מנכ"ל, ממנכ"ל, טנוג, אירא, יורבנסט, שמודק, אורחים

XX

4054

תאריך: 10.86. **משרד החוץ-מחלקת הקשר**

נכנס **
**
**
**

שומר

חוזם: 10,4054
אל: המשרד
מ-: ברן, כר: 75, תא: 101086, זח: 1200, דח: כר, טג: ש
נד: 8

מ. 7

שומר/רגיל
אירופה 1

ביקור ועדת הברנדסטאג.

מזכיר ועדת הברנדסטאג לנוער, משמחה, נשים ובריאות
הודיענו שהועדה החליטה לשגר משלחת מטעמה לביקור
וטיור מקצועי בארץ. אין שותף ישראלי לביקור והמארגנת
היא שג' רפ"ג בתל-אביב. המועד: 15-20.11.1986.
מתעניינים בעיקר בשאלות נוער ונשים.
כרטיס נוסעים עוד נשמע.
ישתתפו חמישה חברי הבית ומזכיר הועדה, כולקמן:

1. KARL DELORME - SPD
2. ANNELIESE AUGUSTIN - CDU (גב')
3. PROF. DR. URSULA MAENNLE - CSU (גב')
4. DR. INGE SEGALL - FDP (גב')
5. MARITA WAGNER - ** DIE GRUENEN ** (גב')
6. MINISTERIALRAT JUERGEN WEHRING - SEKRETAR

נואג להכניס ונודיענוס כרטיס נוסעים. מציעים שתתאמו
עם שג' רפג ממשל עם חברי כנסת ותורון במשרד.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

גד כהן- גון.

==דן

תפ: שח,מנכל,מנכל,ענדג,אירא,יורכנסת,מאור

AT 107- 271.

2007

THE UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

9770

** 0151

★★

★★

◆◆

9,2686:DTTN

電話號碼：714

W:20,7:HT,1150:HT,110986:MT,98:11,113:-0

0:11

7127/1160

$$1 - U^{(1)}(Z_N) = Z_N$$

דע: לשבת מסובב י"ל, אירדנה 1

103 12/112 - 120 : JND

נשק ישראל ליג לאסטמל

חבר בונדסטאג מחשפאל ו-ט.פ.ד. הנמנה על אהדינו הביקורתיים
ומתעניין במיוחד במיטותים מדוכאים, פנה אלי בועידת
המפלגה בטענה על מבירת נשק ישראלי למשטר בגואטמלה
המשתמש בו לזינוי פנימי. לדבריו, שהתפרסמו היום
מפורשת בערך היומי של המפלגה, נעלה ישראל על עצמה
את תפקידה של ארה"ב בארץ זו

החלטתו של בית דין זה, תהיה כפופה להחלטת בית דין זה.

דאס זעלבס

744444

20: שָׁחַח, מִנְכָּל, מִתְנַבֵּל, מְנוּג, אִירָא, גִּוְרָרִית, אִמְלֵט

REPORT OF THE
COMMISSIONER OF THE GENERAL LAND OFFICE

REPORT OF THE
COMMISSIONER OF THE GENERAL LAND OFFICE
FOR THE YEAR 1900

314 F.M.

LANDS IN THE STATE OF TEXAS

AND IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO

THE LANDS IN THE STATE OF TEXAS AND IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO
WAS FIRST SETTLED BY THE SPANISH IN 1541, AND THE FIRST
SETTLEMENT WAS MADE BY DON JUAN DE OROZCO, WHO
WAS THE FIRST TO SETTLE IN THE STATE OF TEXAS.
THE FIRST SETTLEMENT IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO
WAS MADE BY DON JUAN DE OROZCO, WHO WAS THE FIRST
TO SETTLE IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO.

THE LANDS IN THE STATE OF TEXAS AND IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO

WAS FIRST

SETTLED

THE LANDS IN THE STATE OF TEXAS AND IN THE TERRITORY OF NEW MEXICO

משרד החוץ-מחלקת הקשר

9309

0101

1007

מל: המשרד, זר: 192, מ: 1007
דח: ד, סג: ש, תא: 260886, זת: 1400

שטור/דג"כ

לוי 7.7

אכזאירופה 1, מאז"ר

מאת: הציר בון 1500

ביקור מטכ"ח ס.ף.ד. לשלכם 764 מ-260886.
1. HARDY FUSS שוורו האישי של חבר הבונדסטאג
KLAUS LENHARTZ ישתף ברכי מבני המטכ"ח. ההוצאות של חשבונות.
2. HORST JUNGMAH ב"טל העתפות.
3. השאר ללא שינוי.

==ד.א.

תפ: ענו, אירא, שטורק, אורחים

י"ז' באב התשמ"ו
22 באוגוסט 1986

322

לוי 7.7

אל: מר א. בנימין, בון
מאת: ס/מנחל אירופה ו

הנדון: חוק נגד מגעים עם אש"פ
למכתבך 431 מה-19 דנא

בהמצאת חומר כגון זה מטפל מדור תכנים במח' הסברה והם
שיעבירו לך את המידע המבוקש.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת



בון - יד' אב תשמ"ו

19.8.86



אל: אירופה 1

מאת: השגרירות, בון

הנדון: חוק בגד מגעים עם אש"פ.

חבר הבונדסטאג NORBERT GANSEL ביקש לקבל את הטקסט
(בשפה אירופאית) של החוק האוסר על מגעים בין אזרחים
ישראלים וחברי אש"פ, שנחקק לאחרונה.
נודה על עזרתכם בהשגת החומר.

ב ב ר כ ה,

א. בנימין
!.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

שמו

נכנס

**

**

**

**

חוזם: 8/1435

אל: המשרד

מ-: בון, נר: 53, תא: 080886, חז: 1300, דח: דר, סג: ש

נד: 8

א. ז. ז. ז.

אל: אברהם שנער/הקלאות (נר 18 לתל-אביב בנפרד)

דע: אריה זייב הקלאות אירופה 1.

מאת: היועץ לענייני כלכלה/בון.

שמו/רגיל

ביקור חבר הבונזסטאג-אלברט פול.

חבר הבונזסטאג אלברט פול, ס.פ.ד. מגיע לארץ ב-11.8

לביקור פרטי.

מר פול מכהן כחבר ועדת החקלאות בבונזסטאג ומבקש להפגש

בארץ עם נציגי משרד החקלאות. ישהה במלון מוריה, ים המלח

8-24-11 ובירושלים 8-29-24.

אנא התקשרו עמו למלון ביט המלח וקבעו עמו פגישה בעת

שהותו בירושלים

האיש מזכיר אנגלית.

==

תפ: שנוג, אירא, זרורי, כלכלית ב'

RECEIVED

11.11.22

RECEIVED BY: [illegible]

314 F.M.

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

RECEIVED BY: [illegible]

משרד החוץ-מחלקת הקשר

6709

1310

ממור

1310

1310

1310

אל: המשרד, נר: 011, מ: בון
דח: ד, סג: ש, תא: 040886, יח: 1152

זיג. 7. מ.

שמור/רגיל

אל: אירופה 1

מאת: הציר בון פדון

ביקור חברי הבונדסטאג בראשות שטיינהוארד שליכט 505 מ-8-2
1. תודה אמסור לשטיינהוארד הנמצאת בתופשה לבשאמרה
2. הנריקו נא פירוט התכנית ליומיים שבטיפול המשרד מניה
שמדובר ביום בירושלים ויום בצפון שיכלול הגולן ובסופו הלינה
בכפר גלעדי

H.T==

תפ: שהח, מנככ, ממנככ, ענוג, אירא, שמורכ, אורתיים, מקס

משרד החוץ-מחלקת הקשר

775

** יוצא

שמו

**

**

**

אל: בון, נר: 505, מ: המשרד
דח: ד, סג: ש, תא: 020886, יח: 0100

שמו/רגיל

צוה 7 מ.

הציר.

ביקור קבוצת חברי בונדסטאג סוציאליסטים בראשות ולטרמוד
שטיינהאואר. למכתבן 520.

1. כפי שסוכם בינינו משהיה יארח את הקבוצה בחאריכים 31.8
ו-1.9 כאשר יצאו לצפון.

2. האירוח כולל העמדת מיניבוס ומלווה לרשותם וכן ארוחות
צהריים ביומיים הליו. סוכם עם דוד מלכיור ממפלגת העבודה, שאם
חשבון הלינה בכפר גלעדי נחצי פנסיון בסך 28 דולר לאיש ישלמו
האורחים בעצמם.

3. ביקשנו עבורם שיחה אצל אמרוהמי ושהיה.

4. אנה העבר זאת לידיעת הקבוצה.

אירופה 1

ער

תפ: שהח, מנכל, ממנכל, ענוג, אירא, שמורק, אורחים, מקס

אל: בון

דף _____ סחוד _____ דפיס _____

סיווג בטחוני: בלמ"ס

דחיפות: מידי

תאריך וזמן רישום: _____

מס. מברק: _____

לסימון
מח
הקשר

לדבר

לדבר הבונקסאן
היום יבא

לדבר
לדבר

תאריך חסן חיבור (ימולא ע"י השולח) 25.7.86

לידיעת:

ירדן-רפ"ג בנושא יו"ט.

1. לפי ג'ורדן טיימס מ-24 דנא הכחיש שגריר רפ"ג בעמאן הרויג ברטלס ב-23 דנא את דברי שהביט רבין שבון כביכול הסכימה להעניק סיוע כלכלי נוסף לשטחים לפי בקשת ירדן. לפי העתון כינה השגריר הגרמני את דברי רבין כמידע לא נכון במכוון.

2. השגריר מסר בראיון לעתון שלא פנו לרפ"ג רשמית לסיוע לשטחים. הוא הכחיש דו"ח ישראלי שהנסיך חסן פנה בבקשה כזאת בבון. השגריר מסר שפנו לרפ"ג בבקשה להשתתף בועידה בינלאומית בנובמבר שתדון בתכנית החומש לירדן ולגדמ"ע. ~~ממשלת ישראל~~ ~~ישראל~~ סיפר שרפ"ג פועלת בשני מישורים בילטרלי ובאמצעות הקהילה.

ערב 2/ממ"ד

11.11

לדבר

אישור לשכת המנכ"ל:

אישור מנהל המחלקה:

מאיר רומם

(לציין תאריך וזמן חגיגה לקשר)

314 514
314 1.24

י"ד בתמוז תשמ"ו
21 ביולי 1988

אל : השגריר, בון

טאת : ס/מנהל אירופה

הנדון: פגישת חברי הבונדסטאג באוס והירש עם מ"מ רוה"מ
ושח"ח שמיר (17.7.86)
בחמש למברקנו 238

בהכנס האורחים למשרדו של השר "נטל את הפיקוד" חבר הבונדסטאג באוס
שטער פריסט שלום משח"ח גנשר והציג מייד שאלותיו מבלי לתת לשר שעות לקדם
האורחים בטלים משלו. להלן תמצית הדברים:

א. חבר הבונדסטאג באוס שאל לעמדת השר לגבי יש"ע ואם על רפ"ג להשקיע
שם כספים. סיפר שבביקורו בבון, ביקש הנסיך האסן מירדן השקעות גרמניות
בגדמ"ע בתנאי שהפרוייקטים יאושרו על ידי ירדן. עד כה הושקעו הכספים שנתנה
רפ"ג לירדן בגדמ"ע, טשום שירדן לא היתה מוכנה להעבירם לגדמ"ע.

מ"מ רוה"מ ושח"ח שמיר ענה שנבחין בין השקעות כלכליות במימדים של
כמה מאות אלפי דולארים, שמטרותן הומניטריות (כגון בניית בתי ספר, בתי חולים,
הכשרה מקצועית וסיוע לעניים) - כאשר ההשקעות נעשות תוך שת"פ עם ישראל -
ובמקרה זה לא רק נתמך אלא שגסייע למשקיעים, לבין השקעות שכוונתן מדינית.
אם הכספים יגיעו לידי אש"פ, הרי שהמצב הפוליטי לא ישתפר אם יגיעו לגורמים
מתונים הרי שהכספים עשויים לעזור. ישראל מחוייבת לתהליך ק.ד. ונתנגד
להשקעות אם הכוונה לחביא את השטחים לשליטת ירדן או שהכוונה לסייע לגורמים
ערביים להפריד השטחים מישראל, שהרי זה מנוגד למטרותינו. השר הסביר שהוא
חייב לדבר גלויות. אם המדובר בסכומים של מאות מליוני דולארים הרי שהדבר
עלול לפגוע בבטחונה של ישראל. אם הסיוע לא יועשה בשת"פ עם ישראל הרי
שנראה בכך פגיעה בנו. ידוע לנו שבקהיליה האירופית מדברים על סיוע ללא שיתופה
של ישראל.

לשאלת באוס ענה השר ששאלת האבטלה בגדמ"ע אינה חמורה מאשר בישראל
וציין את העליה המשמעותית ברמת החיים מאז '67. לא ניתן לקבוע בוודאות מראש
שהתקדמות כלכלית פותרת בעיות פוליטיות (באוס טסכים בנקודה זאת), מה עוד
שהערבים עצמם אוטרים שהבעיה אינה כלכלית אלא פוליטית. חצורה היחידה לפתור
שאלות כלכלה ומדיניות הינה באמצעות מ"מ, לדעת השר. ירדן מעוניינת בחיזוק
השפעתה בגדמ"ע, בקידום מדיניותה היא ולא בטובת התושבים. המלך חוסיין
שינה דעתו מספר פעמים ולכן אין ישראל יכולה לבנות על מדיניותו (כדוגמא
הביא הסכם ערפאת חוסיין מפברואר '85). אם סיוע לגדמ"ע יהיה תחת פיקוחה
של ירדן הרי שהדבר ישרת את עניינה של ירדן בלבד ואנו נתנגד לכך. באוס
העיר שירדן עומדת על כך שהסיוע יהיה תחת פיקוחה והוא צופה קשיים בתיאום
העמדות הישראלית והירדנית.

ג. לשאלת חבר הבונדסטאג הירש על סגירת משרדי אש"פ בירדן אמר מר שמיר
שלמלך כמה אי-הבנות עם אש"פ ואך אתמול (16.7) אמר שאש"פ מייצג את הפלשתינים
וכי ירדן לא תכרות שלום נפרד עם ישראל. מר שמיר אמר שנדמה לו שהוא מייצג
נאמנה דעתו של המלך אם יאמר שהמלך מאמין שהוא יכול לשחרר את השטחים עבור
הפלשתינים טוב יותר מאש"פ. מר שמיר הוסיף שאינו יכול לאמר שהמלך צודק או
שאינו צודק בנקודה זו.

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

100-100000-100000
100-100000-100000
100-100000-100000

ג. האורחים ציינו את חימושה של סוריה וצבאה הגדול יחסית למדינה בגודלה של סוריה המונה חצי מליון איש והסכימו עם השר שזה מהווה סיכון. שאלו אם השר יכול לחשב צעדיה של סוריה ונענו שסוריה טוענת שעליה להכין עצמה למלחמה נגד ישראל. קשה לדעת מתי המלחמה תהיה. אסאד הוא זהיר וחכם ולדעת השר יתחיל במלחמה אם ידע שבריה"מ תתמוך בו. לפי שעה תמיכה זו אינה נתונה לו והסובייטים ניסו להשפיע על אסאד לא להתקדם בציפיות המלחמיות שלו, אך לא ניתן לצפות צעדי בריה"מ או סוריה ויש לבחון תמידית את המצב והתנהגותם.

ד. לשאלת חברי הוונדסטאג אם יהיו שינויים פוליטיים כאשר השר ישמש בתפקיד רוה"ט, נענו שלא צופה שינויים במדיניות כלפי מדינות ערב, בגלל החששם הקואליציוני, והדבר נכון גם לגבי התנחלויות "ששום שאין לנו כסף". יש לבסס ישובים קיימים ולא להקים חדשים.

ה. לשאלה אם נשפר יחסינו עם מצרים נענו שאנו מנסים לעשות כן אך המצרים אינם מעוניינים בגלל בעיותיהם הפנימיות והחיצוניות. טמשלתם חלשה ומדאיגה עמדת אמצעי התקשורת הנוקטים בנימות אנטישמיות.

בהיפרדם ביקש השר לדרוש בשלומו של מר גנשר בשמו
"Whom I like very much"

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

העתק: סטנכ"ל יעל ורד

לוטח: לבון - קטעי עתונות על סיוע רפ"ג לשטחים

1. The first thing we should do when we start a new project is to define the scope of the project. This means we need to know what we are trying to achieve and what resources we have available. We should also consider the time and budget constraints. Once we have a clear understanding of the project, we can start to plan the work.

2. The next step is to create a project plan. This is a document that outlines the tasks that need to be completed, the order in which they should be done, and the resources that will be required. The project plan is a key tool for managing the project and ensuring that it is completed on time and within budget.

3. Once the project plan is in place, we can start to execute the project. This involves assigning tasks to team members, monitoring progress, and making adjustments as needed. It is important to communicate regularly with the team and stakeholders to ensure that everyone is on the same page.

4. The final step is to close the project. This involves evaluating the project's performance, identifying lessons learned, and celebrating the team's success. It is important to take the time to reflect on the project and to share the results with the team and stakeholders.

5. The next step is to create a project plan.

6. The next step is to create a project plan.

7. The next step is to create a project plan.

8. The next step is to create a project plan.

גרמניה העוניינת לסייע בפיתוח כלכלת השטחים

20.7.86

מאת דרני שקר -
כתב ידיעות אחרונות

פלגה הליברלית הגרמנית יורש העצר הורדני הנסדד חסן, בעת ביקורו בגרמניה לפני כחודש. לפי ההצעה תשתתף גרמניה יחד עם ארצות אירופיות אחרות, בתוכנית שנועדה להאיץ את פיתוח הכלכלי של הגדה ורצועת עזה. ירון הקציבה בתוכנית הזמנים שלה

סכום שנתי של 350 מיליון דולר לפי תוכן השטחים - אך נראה כי המלך מתקשה לממן את הסיוע מתקציבו. על רקע זה באה כנראה פנייתו למדינות אירופה ולא מן המזרח, שהוא יפנה בקצוב בבקשה דומה גם לארצות.

גרמניה המערבית מעניינת לסיוע בפיתוח פרויקטים כלכליים בטווחים סבירי לשל הפיתוח תחילת רבין שניים מחבריו הפרלמנט הגרמני, ה. בונדסטאג, דיר בורקסרין ודרס ולגרייט באים. השניים, כבאו ארצה כדי לבדוק את נכונותה של ישראל לשתף פעולה בתוכנית, כבר ריחונו לשל החוץ הגרמני, כי מצאו בישראל אחוז קטנת ונכונות לשתף פעולה. את התוכנית העלה בפני חברי המד

7.7.86
7.7.86

רבין נתן ברכתו להזרמת סיוע מגרמניה לשטחים

מרובר בעיקר בפרויקטים בתחום הבריאות

20.7.86

מאת אורי ניר

שרי האגף השטחים

נים מסר, כי בתגובה להצעה הגרמנית אשר רבין, אל תרבו - עשר.

הדגש בפגישה חשש בעיקר על פיתוח פרויקטים בתחום הבריאות חברי הבונדסטאג שידע שיש לסייע בממשלת גרמניה, והחיד לרבין, כי גרמניה מעניינת לתמוך במלך חסיד, ולחזק את מעמדו בגדה ורצועת עזה. שר הביטחון אמר, כי להתערבות גרמנית בכיוון זה תהיה השפעה חיובית בשל מעמדה המרכזי של גרמניה בקהילייה האירופית, הוא הביע תקווה כי מדינות אחרות באירופה ילוו בעקבות גרמניה, ושתתמו בסיוע הכספי לפיתוח הגדה ורצועת עזה. האוהים נפגשו גם עם ממלא מקום ראש הממשלה, יצחק שמיר, ועם שר התקשורת, אבנר ורבינר טיין.

שר הביטחון, יצחק רבין, נתן את ברכתו להזרמת סיוע כלכלי גרמני לשטחים ברוחב יד. בפגישה שקדם כיום ה בסיסוע סעמי עם שני חברי הבונדסטאג, בירסאטס דורס וגרייט באים, הביע רבין את הסכמתו להזרמת הסיוע ורם כי יהיה מוכן לסייע הקלת הפיקוח הישראלי על הזרמת הכספים אם וכאשר תצא החלטה אל הפרל. שני האוהים הגרמניים מראשי מכללת הליברלים החד משיים, נפגשו עם רבין בנסיוה לבי דוק את מידת העניינות של ישראל להזרמת סיוע כלכלי לשטחים, ואת לאור שידוש העבר של ירון, הנסדד חסן, ביקש מגרמניה בביקורו האחרון בזה, לסיוע לפיתוח הבריאות תיש בגדה ורצועת עקורות מדי

משרד החוץ-מחלקת הקשר
שמו

4382

0111

**
**
**

אל: המשרד, נר: 136, מ: בון
דח: מ, סג: ש, תא: 180786, רח: 1200

זוא מ.7

שמו/מיד

אל: אירופה 1

ת: הציר - בון/פדון

1. סגן יו"ר הבונדסטאג וסטפאל מבקש לדעת מתי ולכמה זמן אמורים להגיע לבון החייכים פרופי שבת וייס והרב מנחם הכהן כי ירצה לארחם.
2. דור מלכיוור ספר לאנשי ס.פ.ד. שהנייל יבקרו כאן הקיץ אך לא מסר מועד ובאיוה הקשר.
3. הבריכו נא תוצאות בירוריהם בהקדם כדי שנוכל לתדע את וסטפאל היוצא לחופשה באוגוסט.
פדון.

==ש

תפ: ענוה, אירא

החומר המופיע בדף זה הינו חשוד ומוגן על ידי משרד החוץ והוא אינו יכול להיחשף לציבור
החומר המופיע בדף זה הינו חשוד ומוגן על ידי משרד החוץ והוא אינו יכול להיחשף לציבור

DOI: 10.1002/for

י"א בתמוז התשמ"ו
18 ביולי 1986

264

ז"ה
מס. 7

אל: השגריר, בבוז

מאת: ס/מנהל אירופה I

הנדון: ביקור חברי הוונדסטאג הירש ובאוס
16-19.7.86

השנים מבקרים בארץ כאורחי קרן נאומן. הצלחנו להסדיר
להם פגישה עם מטרוה"מ ושה"ח שמיר, אך בהתראה כח
קצרה (24 שעות) לא ניתן היה לרוה"מ לפוגשם.

משגרירות רפ"ג ומקדן נאומן אני למדה שבביקורם יפגשו
עם חשרים רבין, רובינשטיין ושריר, ויאכלו צהריים
עם חשר פת; יפגשו עם ח"כ שרה דורון וארצי. יבקרו
במפעל לאנרגיה סולרית לוז; יפגשו עם נציגות תאומי
מנגלק ויערכו מסיבת עיתונאים.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת

THE UNITED STATES
OF AMERICA

1900

THE UNITED STATES
OF AMERICA

THE UNITED STATES
OF AMERICA

THE UNITED STATES
OF AMERICA

THE UNITED STATES
OF AMERICA

THE UNITED STATES

OF AMERICA

משרד החוץ-מחלקת הקשר

5205

*** יציא

7000

אלי בוי, נדו: 236, מ: המשרד
דח: ד, 20: ש, תאז: 180786, וח: 1300

זוה
מ.7

שמוד/רגיז

השגדיר

ביקור חברי הבנוודסטאג באום והירש

1. השנים התקבלו אמש אצל סמרוהם שמיר, באום שאכ לעמדת השר
לגבי סיון אירופי לשפטים ונענה שאם מדובר במימדים צנוטים שכ
סיון הוטניסרי שיגיע למרכזים מתונים באוכלוסיה הערבית, הרי
שנתמך ונסייע בכך, אם מדובר בטאות מליוני דולרים ובסיון
שלא בתיאום עם ישראל, העלוך להוביל לשליחת ידון בשפטים או
לכך שהשפטים יופדו מישואל, הרי שנתנגד לכך.
2. לא נתאפשרה שיחה אצל דוהם.

3. פרטים על ביקורם בדיפי.

אירופה 1

תפ: שהח, מובל, ממנבל, טנוג, אירא, אירב, ורד, שפטים.
מתאששפטים, שמורק, אורחים

כ

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS
JERUSALEM



משרד החוץ
ירושלים

י' בתמוז תשמ"ו
17 ביולי 1986
2.462

לוי
מ.7

אל : לשכת השר

מאת : ס/מנהל אירופה 1

הנדון: פגישה עם חברי הבונדסטאג הירש ו-באום 17.7.86
שעה 16:30

במצורף תולדות חיים ופרטים עליהם.

שגרירנו בבון התבקש ע"י לשכת סגן הקנצלר ושה"ח גנשר לסייע
בקיום הפגישה עם מ'מ רה"מ ושה"ח שמיר.

מוצע שמר שמיר ישוחח עמם על המצב באזורנו ובעיקר מעמד
אש"ף.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרת



DR. BURKHARD HIRSCH
חבר הבונדסטאג הגרמני

- יליד 1930 במגדבורג.
- עורך דין במקצועו.
- איש המפלגה הליברלית (FDP) מאז 1949.
- חבר הבונדסטאג 1972-1975 ומאז 1980.
- 1975-1980 - שר הפנים במדינת נורדרין-ווסטפליה.
- 1979-1980 - סגן רה"מ מדינת נורדרין-ווסטפליה.
- חבר ועד קרן פרידריך נאומן.
- קיבל פרס תיאודור הויס לשנת 1975.
- מתנגד מטעמי מצפון למכירות נשק של רפ"ג בכלל ולסעודיה בפרט וניתן לשגרירותנו להיעזר בו בנושא זה.
- רגיש לזכויות האזרח (DATENSCHUTZ), דהיינו שמירת זכויות הפרט בעידן המחשבים.



בון, ז' בתמוז, התשמ"ו
14 ביולי, 1986



אל : אירופה 1
טאת: משגריר, בון

הנדון: הרברט ווהנר

808.7/103

בעת טקס יום הולדת 80 של הרברט ווהנר קבלתי
מדוד מלכיאור מכתבו הרצ"ב של יו"ר הכנסת.

שלבתי את המכתב בנאום הברכה שלי ומסרתי את
המכתב להרברט ווהנר.

ב ב ר כ ה,

יצחק בן-ארי

לדעה.

100, 100, 100, 100
100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100
100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100
100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100
100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100

100, 100, 100, 100

DER VORSITZENDE DER KNESSET

Jerusalem, d. 11. Juli 1986
4. Tamus 5746

Lieber Freund,

Als Vorsitzender der Knesset, des Parlaments eines Landes, welches die Prinzipien der Demokratie einhält, fühle ich mich bevorzugt, unter denen sein zu dürfen, die Ihnen zu Ihrem 80ten Geburtstag Grüße Überbringen. Ihre lebenslängliche Bemühung um die Demokratie und Ihre hervorragenden menschlichen Prinzipien sind ein strahlender Lichtschein inmitten der durch die Kräfte des Bösen hervorgerufenen Dunkelheit, welche die eigentlichsten Grundlagen unserer Zivilisation bedrohen.

Ihre treue Freundschaft zu Israel ermutigt uns in unserer Anstrengung, Frieden, Fortschritt und Wohlfahrt unserer Region und letzten Endes allen friedliebenden Völkern zu fördern.

Im Namen meiner Kollegen übersende ich Ihnen diesen Gruss in tiefer Verbundenheit und Dankbarkeit. Mögen Ihnen viele Jahre in Gesundheit und Wohlergehen vergönnt sein.

Ihr ergebener

(gez.) Shlomo Hill41

Herrn Herbert Wehner



VISIT TO ISRAEL
OF

PROF. DR. WALDEMAR SCHRECKENBERGER
SECRETARY OF STATE IN THE BUNDESKANZLERAMT

FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY

6 - 12 July 1986

Sunday, 6 July

20.50 Arrival at Ben Gurion International Airport
Proceed to Jerusalem
Overnight at the King David Hotel, Jerusalem

Monday, 7 July

09.00 Tour of Jerusalem
12.30 Proceed to the Ministry of Foreign Affairs
13.00 Lunch with the Director General, Dr. David Kimche
16.00 Meeting with the Prime Minister, Mr. Shimon Peres
18.30 Meeting with Mr. Yitzhak Shamir, Vice Premier and Minister of Foreign Affairs
19.15 Proceed to Herzliya
20.30 Dinner hosted by H. Exc. Mr. Eilhelm Haas, Ambassador of the Federal Republic of Germany (at his Residence - 100, Haeshef St., Herzliya Pituach)
Return to Jerusalem
Overnight at the King David Hotel, Jerusalem

Tuesday, 8 July

09.30 Meeting with the Dean of the Faculty of Law at the Hebrew University, Prof. I. Engelhard
Proceed to the Ministry of Foreign Affairs
11.00 Meeting with the Director of the Center for Political Research, Mr. Aryeh Lewin and fellow researchers
13.00 Lunch with Mr. Hanan Bar-On, Deputy Director General, Ministry of Foreign Affairs
Tour of Jerusalem
20.30 Dinner with Justice G. Bach, Judge of the Supreme Court
Overnight at the King David Hotel, Jerusalem

Wednesday, 9 July

08.00 Leave for the Jordan Valley
13.30 Lunch at Kibbutz Ein Gev
Overnight at the Kfar Blum Guest House

Thursday, 10 July

09.00 Tour of the North of Israel

14.00 Proceed to Herzliya Pituach

Overnight at the Dan Accadia Hotel, Herzliya Pituach

Friday, 11 July

Private

Saturday, 12 July

Departure

כח' בסיון התשמ"ו

3 ביולי 1986

248

זיה
מ.7
מ.2
זיה

אל: הציר, בבון

מאת: ס/מנהל אירופה 1

הנדון: ביקור חבר הבונדסטאג CARSTEN VOIGT 9-13.7.86

ממפלגת העבודה התקשרו וביקשו להסדיר פגישה עבורו עם
ממרה"מ ושה"ח שמיר. נאמר לי שמגיע ביוזמתו כאורח
המפלגה. ביקר לאחרונה בישראל באמצע שנות ה-70. פגש
עם מזכ"ל ההסתדרות קיסר. יסעד צהרים עם חנא סניורה
ומסדירים לו פגישה עם אנשי גוש אמונים. עדיין אין אישור
לפגישות עם רוח"מ, שר הבטחון רבין, ח"כ אבא אבן ועם
ראש אמ"ן. נדווח על הפגישה עם מר שמיר.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרה

S.E.
Botschafter Jitzhak Ben-Ari
Botschaft des Staates Israel
Simrockallee 2

5300 Bonn 2



Bonn, den 5. Juni 1986

Lieber Miki

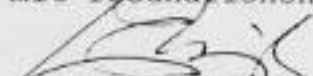
für Ihren so überzeugenden Beitrag zur Feierstunde
anlässlich des 20-jährigen Bestehens der Deutsch-
Israelischen Gesellschaft möchte ich mich bei Ihnen
sehr herzlich bedanken.

Die Deutsch-Israelische Gesellschaft wird sich, auch
angeregt durch die Fragestellungen, die Sie in Ihren
Ausführungen entwickelt haben, weiterhin verpflichtet
fühlen, einer breiteren Öffentlichkeit die Problematik
der deutsch-israelischen Beziehungen nahezubringen
und vorrangig Perspektiven für junge Deutsche und
Israelis zur Verständigung und zum Miteinander zu
entwickeln.

Nur wenn es uns gelingt, die junge Generation einzu-
beziehen, werden wir verwirklichen können, was die
Deutsch-Israelische Gesellschaft als ständigen Auf-
trag begreift.

Bitte, empfangen Sie nochmals den besonderen Dank
des Präsidiums unserer Gesellschaft, daß Sie es trotz
großer terminlicher Schwierigkeiten ermöglicht haben,
an unserer Feierstunde teilzunehmen und das Wort zu
ergreifen. Wir empfinden das als eine Auszeichnung.

mit freundlichen Grüßen


Erik Blumenfeld, MdEP

מושרד החוץ-מחלקת הקשר

4155

** יוצא

110

**
**
**
**

אבי: אמורה, בון, בריסק, האג, לוונדון, פריס, רומא,
מדריד, קופנהגן, ליסבון, נרי: חוום 1322, מ: המשרד
דח: מ, סג: ס, מ: 200586, וח: 1430

זיג, בן, מ.7, 3-4
סודי/מיד

שהיה ניצל שיחתו עם וטיאות הבונדסטאג כדי להתריע נגד
האפשרות כי שהיה הולנד יפגוש טרפאט.
ענוג שיחת עם שנגרמניה בנושא זה והסגידר הבטיח לפנות לבון
בנושא

אירופה 1.1

תפ: שהם, מונכ, סמנכל, ענוג, אירא, אירב, כלכלית



קונסוליה כללית טל-ישראל

CONSULATE GENERAL OF ISRAEL
ATLANTA, GEORGIA 30365-3801

Phone (404) 875-7851

805 Peachtree St., N.E.
Suite 656



35/107.1

אל: אירופה ו

ג' באייר תשמ"ו

מאח: אטלנטה

12 במאי 1986

הנדון: הקונכ"ל המערב גרמני באטלנטה

1. לפני כשבועיים נערכה באטלנטה קבלת פנים לכבוד פתיחת סניף של בנק גרמני במקום. אורחי הכבוד אמורים היו להיות חבר פרלמנט מגרמניה (שהגיע במיוחד לשם כך לארה"ב) והקונכ"ל הגרמני באטלנטה -

Alexander Von-Schmeling-Diringshofen

2. קבלת הפנים נערכה במועדון בו אסורה חברות של יהודים. משנודע הדבר לקונכ"ל הגרמני, ביטל את הופעתו, ואסר על חברי סגל הקונסוליה להשתתף בארוץ. לחבר הפרלמנט הגרמני אמר, שאינו יכול אלא להמליץ בפניו לא להשתתף בארוץ, ואכן האיש לא הופיע לקבלת הפנים!

3. המידע הנ"ל סופר לי ע"י הקונכ"ל הגרמני במהלך סיור כלכלי מטעם מושל מדינת ג'ורג'יה לנציגי הקונסוליות באטלנטה.

4. עוד אברר את שמו של חבר הפרלמנט הגרמני ואודיעכם.

בהנחה,

ארחור קול
סגן קונסול

העתק: סמכ"ל אגף אירופה

מצפ"א

הקונכ"ל, כאן

3.15.11

Mr. 123/90

Mr. 123/90



סמור

בון' 21.4.86
יב' ניסן תשמ"ו
227

ליו, 7.7.86

אל : אירופה 1
מאת: השגרירות, בון

הנדון: חבר הבונדסטאג נגד יצוא נשק לישראל.

חבר הבונדסטאג ארוין הורן, דובר סיעת הסוציאל-דמוקרטים בועדת ההגנה של הבונדסטאג, צוטט בראיון שהתפרסם בבטאון יומי של מפלגתו כמתנגד חריף של "שיתוף פעולה בתחום החימוש בין ישראל לרפ"ג". הדברים התפרסמו, ככל הנראה, על רקע הידיעות בדבר כוונות רכש ואף שיתוף פעולה, שנפוצו בטסגרת ובעקבות ביקור שר ההגנה הגרמני וורנר בישראל.

חבר הבונדסטאג הורן מנסק בראיון את התנגדותו בכך, שהיא עלולה להפריע לתהליך השלום במזרח"ת ובהתנגדות עקרונית לש"פ צבאי עם סדינה הסצויה באזור סתיחות. הוא מביע נאמנות לעקרון הסחוייבות הסיוחדת של גרמניה והגרמנים לישראל, אך רואה בתחום יצוא הנשק ושיתוף הפעולה הצבאי שדה לא-נכון לביסוי סחוייבות זו.

חבר הבונדסטאג הורן אינו מן הבולטים בפעילי מפלגתו וקולו אינו נשמע לעיתים תכופות בעניינים הסענינים אותנו. יחד עם זאת, עמדתו בועדת ההגנה בעלת משטעות לא טבוסלת וכך גם חברותו באסיפת ה"איחוד הסערב אירופי" ותפקידו כיו"ר הועדה הצבאית של האסיפה הצפון-אטלנטית. הבטאון שפרסם את הוברים ידוע כמבטא דעות השמאל ב-ס.פ.ד., הוא עצמאי בבחירת הנושאים והראיונות ולדעת רבים במפלגה אינו מבטא את הקו הסחייב והשפעתו אינה רבה.



שסור

- 2 -

גם אם נכוניש דבריט אלה, הרי שהורן סבסא ופה הרוחת בחוגים
 טונים ב-ס.פ.ד. וגם סחוצה לה - שיש לאסור יצוא סוצרי חיטוש
 לכל המדינות שאינן חברות בנאט"ו או "דוסות להן" (סערביות-סתקדסות,
 שאינן סצויות בסכסוך עם שכנותיהן). דעה זו תשמע, לדעתי, יותר
 ויותר גם מחוגי ידידנו כאן ובטיוחד בהקשר לנסיונות לסבוע אספקת
 סוצרי חיטוש לארצות ערב וסן הראוי יהיה לשקול אם להאבק בה,
 להסנע סהבעת דעה או אולי אפילו לתסוך בה, כדי להבסיח איסור
 אספקת בסק לאויבינו גסחיר (שאת גונבהו איבי יכול לקצוע) איסור
 יצוא בסק רפ"גי גם אלינו.

העתק הראיון סצורף.

בברכה

גר כהן

העתק: לטכת טר ח. בר-און, סשנה למנכ"ל
 לטכת טר י. פנוג, ססנכ"ל
 הסס"ד

Interview

Erwin Horn: Keine deutschen Waffen für Israel

Bonn (rs) Der Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Bundestages, Erwin Horn, hat Bonner Pläne, in eine Rüstungskooperation mit Israel einzutreten, scharf zurückgewiesen. In einem PPP-Interview unterstrich Horn, aus der besonderen Verantwortung der Deutschen für Israel lasse es sich nicht ableiten, mit diesem Staat derartige Vorhaben anzustreben. Der SPD-Verteidigungspolitiker vertrat zudem die Ansicht, daß sich eine deutsch-israelische Rüstungskooperation störend auf die Friedensbemühungen für den Nahen Osten auswirken müßten.

PPP: Herr Horn, im Zusammenhang mit dem Wörner-Besuch in Israel sind Pläne für eine Rüstungskooperation bekannt geworden. Wie beurteilen Sie dieses Vorhaben?

Erwin H o r n: Rüstungskooperationen innerhalb der NATO sind notwendig und sind dringlich geboten. Über den Bereich der NATO oder gleichgestellter Staaten - wie beispielsweise Österreich, die Schweiz und Schweden - hinaus, sollte dieses prinzipiell unterbleiben. Grundsätzlich ist es unmöglich in eine Rüstungskooperation mit einem Staat in einem Spannungsbereich einzutreten. Dieses würde gegen die Grundsätze unserer Rüstungsexportpolitik verstoßen. Aus diesen Gründen ist eine Kooperation mit Israel oder einem anderen Staat in einem Spannungsbereich nicht nur nicht angezeigt, sondern zu unterlassen.

PPP: Was würden Sie nun entgegnen, wenn man behaupten würde, das besondere Verhältnis, das die Deutschen auf dem historischen Hintergrund zu Israel haben, würde ein derartiges Vorhaben ermöglichen oder vielleicht sogar nahelegen?

Erwin H o r n: Es gibt eine besondere Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland und aller Deutschen gegenüber dem Staat Israel. Ich bin aber nicht der Ansicht, daß sich daraus das Erfordernis der Rüstungskooperation ergibt. Wir haben eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und müssen ihr gerecht werden. Dies bezieht sich auf verschiedene Bereiche der Kooperation, wie etwa Handel und Wirtschaft. Selbstverständlich müssen wir Israel jede moralisch-politische Unterstützung geben. Der Bereich der Rüstungspolitik, von der Kooperation bis zum Rüstungsexport, ist jedoch das ungeeigneteste Gebiet, um der besonderen Verantwortung der Deutschen gerecht zu werden. Hinzu kommt, daß sich die Bundesrepublik als Mittelstaat in Europa übernehmen würde.

PPP: Herr Horn, würde eine Rüstungskooperation mit Israel nicht auch das Bemühen konterkarieren, zu einer Friedenslösung in Nahost zu kommen...

Erwin H o r n: Eine Rüstungskooperation mit Israel würde einen Störeffekt für die Friedensbemühungen hervorrufen, und genau dieses kann nicht die Rolle Deutschlands sein. Auch die Israelis werden dauerhaft nicht nur auf die Waffen bauen können, um die Existenz ihres Staates zu sichern. Auch Israel muß im eigenen Interesse, und es ist ja auch auf dem Weg dahin, Lösungen suchen, die im politischen Bereich liegen. Eine Rüstungskooperation wäre aber - nach allen politischen und geschichtlichen Erfahrungen - Anlaß für Mißverständnisse, die sich störend und behindernd für eine solche Lösung auswirken müßten.

PPP: Wenige Tage bevor die Pläne mit Israel bekannt wurden, hieß es, die Volksrepublik China habe Interesse daran bekundet, Offiziere als Ausbilder Ihrer Armee zu bekommen. Sind dies Vorgänge, die letztlich mit einander zu tun haben?

Erwin Horn: Anscheinend hat die Wende in Teilbereichen der Hardthöhe schon Platz gegriffen, daß man glaubt, den Versuch einer Militarisierung der Außenpolitik übernehmen zu können. Hier muß man bestimmten Leuten auf die Finger schauen - und gegebenenfalls parlamentarisch-politisch auf die Finger klopfen. Der Auftrag der Bundeswehr ist ganz klar umrissen. Eine Rüstungskoooperation mit Israel ist danach ebenso ausgeschlossen wie die Entsendung von Ausbildern in die Volksrepublik China. Die Bundesrepublik Deutschland verfügt im übrigen über andere Möglichkeiten, über andere Güter, um mit anderen Staaten zu kooperieren oder ihnen zu helfen. Dies werden wir Sozialdemokraten im Parlament verdeutlichen, wenn die Bundesregierung wirklich daran geht, den Auftrag der Bundeswehr außer Acht zu lassen.

Interviewer: Rudolf Schwinn

Politik aktuell

DGB-Rechtsschutz zog Bilanz:

In vier Jahren 3,5 Mrd. DM erstritten

ppp Düsseldorf (pm) Als „unbestechlichen Gradmesser“ für die Zunahme sozialer Probleme und die Verschärfung des sozialen Klimas in der Bundesrepublik hat Gerd Muhr, stellvertretender Vorsitzender des DGB, die Rechtsschutzstatistik des DGB für die Jahre 1981 bis 1984 bezeichnet. Bei der Bekanntgabe der Ergebnisse wies Muhr am Montag in Düsseldorf darauf hin, daß die 350 Rechtssekretäre des DGB allein in den vier Jahren von 1981 bis 1984 im Arbeits- und Sozialrecht von den entsprechenden Gerichten der 1. und 2. Instanz für die von ihnen vertretenen Gewerkschaftsmitglieder 3.354.376.283 DM erstritten hätten. Das bedeutete eine Zunahme von 44,5 Prozent gegenüber den vier Jahren zuvor und sei die bisher höchste Erfolgssumme, die jemals in der Geschichte des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes errungen wurde. Insgesamt seien in den genannten Jahren von den Rechtsstellen des DGB 484.968 neue Prozeßverfahren anhängig gemacht worden, dies bedeute eine Zunahme von 39,92 Prozent, teilte Muhr mit.

SPD: Widerstand der älteren Frauen

gegen Babyjahr-Ausklammerung wächst

ppp Bonn (jr) Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Herta Däubler-Gmelin hat auf den wachsenden Widerstand der älteren

Frauen gegen ihre Ausklammerung aus der rentensteigernden Babyjahr-Regelung verwiesen. Dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe lägen bereits „mehrere hundert“ Verfassungsbeschwerden von älteren Frauen vor und bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein seien viele Frauen zuhause geblieben, die bisher CDU gewählt hätten. Offensichtlich merke nun auch die CDU, „daß die älteren Frauen sich das nicht mehr gefallen lassen“ und ihren „unüberhörbaren Ärger“ zum Ausdruck brächten, erklärte die SPD-Politikerin in einem PPP-Gespräch am Montag in Bonn. Bundesfamilienministerin Rita Süssmuth habe diese Seite „wohl verstanden“ und bemühe sich jetzt, „wenigstens nach außen den Schein zu wahren“.

In einer Grußbotschaft an den Bundesfrauenkongreß des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen (VdK) hatte die Ministerin wörtlich erklärt, die vom Reichsbund geforderte Einbeziehung auch der vor 1921 geborenen Mütter in das Babyjahr „bleibt auf der Tagesordnung - das möchte ich mit Nachdruck unterstreichen“. Dagegen hatte sich Bundesarbeitsminister Norbert Blüm unter Protest mehrerer hundert VdK-Delegierter erneut gegen ein Babyjahr für alte Frauen ausgesprochen, da es angeblich unfinanzierbar sei.

Landesregierungen nun gefordert

Nach den Worten von Herta Däubler-Gmelin ist es „geradezu peinlich“, wie Kohl und



בון - ו' בניסן תשמ"ו
15.4.1986

ש ו ר

221

103.7
א"ח

אל : אירופה ✓

מאת : השגרירות - בון

הנדון : ביקור חבר הבונדסטאג האנץ ומגעים עם מפלגת העבודה הישראלית

למכתבכם 140 מ-10.4.86

שוחחתי בטלפון עם חבר הבונדסטאג האנץ, שחזר מלא רשמים ומרוצה מביקורו בארץ. בנושא השריפה במלוננו גמר את השבח על הנהלת המלון ועובדיו ואין לו כל טענות ומענות. את הפגישה עם המועצה המקומית "תמר" לא יכול היה, לדאבונו, לקיים על אף ששוחח על כך עם איש המועצה שהעמיד עצמו לרשותו. בתיווך המועצה (ככל הנראה) קיים ביקור מעניין במיוחד במפעלי ים המלח, עליו הרוחב את הדיבור. ביקר גם ברמת הגולן - לא בפעם הראשונה וקיים סדרה ארוכה של פגישות בכנסת, עם דב בן-מאיר, נפתלי בלומנטל (וכנראה גם יהודא שער). נכח בוועידת מפלגת העבודה וגם בה מצא עניין רב. את הפגישות והביקורים הסדירו לו, ככל הנראה, אנשי אגודת הידידות וכן מר גזית (מרדכי). האנץ ניצל את ביקורו לטיפול בהכנת פרויקט משותף שמתכננת מפלגתו, ה-צ.ד.או, עם האגף הימני (כהגדרתו) של מפלגת העבודה הישראלית. הכוונה לקיים מפגש עוד בקיץ זה, ברפ"ג - בו ישתתפו כששה ישראלים ושהטיפול המעשי בו יהיה בידי קרן קונרד אדנאור. נושא המפגש יהיה "דיון בנושאים בעלי עניין משותף" (כך הגדיר זאת האנץ) והיוזם הוא, ככל הנראה, חבר הבונדסטאג יוהנס גרסטר, מחשובי ידידנו כאן. פגישת הכנה תתקיים אולי כבר בסוף חודש זה בבון. אני משער שהרעיון להקים קשר של ממש עם מפלגת העבודה, נובע מקשייהם של חברי צ.ד.או מסויימים לקיים קשר עם הליכוד ובעיקר עם מרכיב "חרות" שבו, שמדיניותו בנושאי חוץ ובסחון אינה קבילה לגביהם. שמעתי דברים אלה כבר פעמים מספר מידידים בבונדסטאג.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

נ.ב. - אנו מצטערים על הטרחה שיצאה לבטלה, אך נתבקשנו ע"י האנץ במפורש וביוזמתו שלו להכין לו את הפגישות והסיורים כאמור במכתבנו 137 מ-27.1.86.

א' בניסן התשמ"ו
10 באפריל 1986

140

זיוה 7.7
זיוה 2.2

אל: מר גד כהן, בון
מאת: ס/מנהל אירופה ו

הנדון: ביקורי חברי הבונדסטאג HANZ-1 VON SCHORLEMER

בנפרד תראו את העתק מכתב ההתנצלות לקק"ל על כי באו לשוא למלונה של משפחת פון שורלמר כדי לקחתם לטיור בנושא יעור מחדש, אותו ביקשו. הקק"ל דאגה למומחה דובר גרמנית ולמכוננית גדולה שתכיל את כל המשפחה. לא אכנס לפרטים, אך טענתו של חבר הבונדסטאג הנכבד, שטעה ביום, לפחות בעיני, נראית מוזרה.

פון שורלמר ביקר במשרד ונתקבל לשיחה ע"י מנהל אירופה ו ואנכי. שוחחנו על היחסים הביטורליים, ההתבטאויות האנטישמיות האחרונות ברפ"ג, המבקרים בישראל מרפ"ג וכו'. סיפר על המרשמות החיוביות של משפחתו מישראל.

החקשרתי לחבר הבונדסטאג האנץ והסתבר שאינו מעוניין בפגישות שאורגנו לו ע"י מאו"ר לפי בקשתכם. מלבד הפגישה במועצה האזורית - חמר. שאר הפגישות - כמו עם ח"כ דב בן מאיר - כבר הסדיר בעצמו "בצנורות אחרים" כפי שהסביר, כמו אגודת הידידות הפרלמנטרית. בשיחה נוספת עמו לאחר השריפה ב"גני מוריה", יאמר לשבחו, הפגין רוח טובה והומור למרות שחדרו היה בצמוד לחדרים שנשרפו ובגדיו ובגדי רעייתו שוגרו כולם לניקוי. ציין לטובה את התייחסות האנשים במלון לאחר השריפה.

אמנם אינכם יכולים להיות אחראים להחלטות האנשים עבודת אתם מבקשים לארגן פגישות, אך טוב נתקלנו בחופעה שהאמץ שהושקע ע"י מאו"ר ואירופה ו, הושקע לריק. נראה לי שאין להזדרז להציע לאנשים סיוע, אלא אם כן אנשים תבאית לבלות חופשה פרטית בישראל אמנם מעונינים לשלבה גם בשיחות עבודה ומודעים לכך שזה גם מחייבם לקיימן.

ב ב ר כ ה,

מריס שמרת

העתק: גבי חיה כהן, מאו"ר
גבי חנה דביר, מאו"ר

304 F.24

REF ID: A68079

[illegible][illegible]

SUBST: AC⁺, H⁺, OH⁻, DAI⁺
AC⁺, DEG, ES⁺O, DAI⁺C

ג' באדר ב' התשמ"ו
14 במרס 1986

103

מ.מ. 2.2

אל: השגרירות בבון
מאת: ס/מנהל אירופה ו

הנדון: משלחת הבונדסטאג לשיקום עירוני 1-2.3.86

התלוויתי למשלחת לפגישתם בכנסת עם היו"ר הלל ולארוחת הצהרים עם חברי הכנסת אורה נמיר, שרה דורון, נחמן רז, מרדכי וירשובסקי, מרדכי בר-און ודב בן מאיר. כמו-כן לשיחת שנערכה בעת ארוחת בקר, עם ראש אגף אירופה.

לבקשת האורחים דיבר מר הלל על עבודת הכנסת ובעת ארוחת הצהרים נערכה שיחת ערה, בה הוצגו העמדות חשובות של המפלגות ביחס לדרכים להשגת שלום באזור, בעיות הכלכלה בישראל, פער עדתי וחיכוך בין חילוניים ודתיים. מר ענוג שוחח על התהליך המדיני באזור.

האורחים הביעו בהיפרדם שביעות רצונם המלאה מהשהות בישראל ומן השיחות שקיימו, למרות שכאשר נגשתי לראשונה, היתה ניכרת אכזבתו של ראש המשלחת, חבר הבונדסטאג גלומביג, שהמשלחת אינה נסגשת ביחידות עם שרים, בנוסף למפגשים במסגרת הכנס.

ב ב ר כ ה,

מרים שמרח

2. 1977-1978
3. 1979-1980
4. 1981-1982

3. 1977-1978

1. 1976-1977
2. 1977-1978

1. 1976-1977 2. 1977-1978 3. 1979-1980

1. 1976-1977 2. 1977-1978 3. 1979-1980 4. 1981-1982 5. 1983-1984 6. 1985-1986 7. 1987-1988 8. 1989-1990 9. 1991-1992 10. 1993-1994 11. 1995-1996 12. 1997-1998 13. 1999-2000 14. 2001-2002 15. 2003-2004 16. 2005-2006 17. 2007-2008 18. 2009-2010 19. 2011-2012 20. 2013-2014 21. 2015-2016 22. 2017-2018 23. 2019-2020 24. 2021-2022 25. 2023-2024 26. 2025-2026 27. 2027-2028 28. 2029-2030 29. 2031-2032 30. 2033-2034 31. 2035-2036 32. 2037-2038 33. 2039-2040 34. 2041-2042 35. 2043-2044 36. 2045-2046 37. 2047-2048 38. 2049-2050 39. 2051-2052 40. 2053-2054 41. 2055-2056 42. 2057-2058 43. 2059-2060 44. 2061-2062 45. 2063-2064 46. 2065-2066 47. 2067-2068 48. 2069-2070 49. 2071-2072 50. 2073-2074 51. 2075-2076 52. 2077-2078 53. 2079-2080 54. 2081-2082 55. 2083-2084 56. 2085-2086 57. 2087-2088 58. 2089-2090 59. 2091-2092 60. 2093-2094 61. 2095-2096 62. 2097-2098 63. 2099-2100 64. 2101-2102 65. 2103-2104 66. 2105-2106 67. 2107-2108 68. 2109-2110 69. 2111-2112 70. 2113-2114 71. 2115-2116 72. 2117-2118 73. 2119-2120 74. 2121-2122 75. 2123-2124 76. 2125-2126 77. 2127-2128 78. 2129-2130 79. 2131-2132 80. 2133-2134 81. 2135-2136 82. 2137-2138 83. 2139-2140 84. 2141-2142 85. 2143-2144 86. 2145-2146 87. 2147-2148 88. 2149-2150 89. 2151-2152 90. 2153-2154 91. 2155-2156 92. 2157-2158 93. 2159-2160 94. 2161-2162 95. 2163-2164 96. 2165-2166 97. 2167-2168 98. 2169-2170 99. 2171-2172 100. 2173-2174 101. 2175-2176 102. 2177-2178 103. 2179-2180 104. 2181-2182 105. 2183-2184 106. 2185-2186 107. 2187-2188 108. 2189-2190 109. 2191-2192 110. 2193-2194 111. 2195-2196 112. 2197-2198 113. 2199-2200 114. 2201-2202 115. 2203-2204 116. 2205-2206 117. 2207-2208 118. 2209-2210 119. 2211-2212 120. 2213-2214 121. 2215-2216 122. 2217-2218 123. 2219-2220 124. 2221-2222 125. 2223-2224 126. 2225-2226 127. 2227-2228 128. 2229-2230 129. 2231-2232 130. 2233-2234 131. 2235-2236 132. 2237-2238 133. 2239-2240 134. 2241-2242 135. 2243-2244 136. 2245-2246 137. 2247-2248 138. 2249-2250 139. 2251-2252 140. 2253-2254 141. 2255-2256 142. 2257-2258 143. 2259-2260 144. 2261-2262 145. 2263-2264 146. 2265-2266 147. 2267-2268 148. 2269-2270 149. 2271-2272 150. 2273-2274 151. 2275-2276 152. 2277-2278 153. 2279-2280 154. 2281-2282 155. 2283-2284 156. 2285-2286 157. 2287-2288 158. 2289-2290 159. 2291-2292 160. 2293-2294 161. 2295-2296 162. 2297-2298 163. 2299-2300 164. 2301-2302 165. 2303-2304 166. 2305-2306 167. 2307-2308 168. 2309-2310 169. 2311-2312 170. 2313-2314 171. 2315-2316 172. 2317-2318 173. 2319-2320 174. 2321-2322 175. 2323-2324 176. 2325-2326 177. 2327-2328 178. 2329-2330 179. 2331-2332 180. 2333-2334 181. 2335-2336 182. 2337-2338 183. 2339-2340 184. 2341-2342 185. 2343-2344 186. 2345-2346 187. 2347-2348 188. 2349-2350 189. 2351-2352 190. 2353-2354 191. 2355-2356 192. 2357-2358 193. 2359-2360 194. 2361-2362 195. 2363-2364 196. 2365-2366 197. 2367-2368 198. 2369-2370 199. 2371-2372 200. 2373-2374 201. 2375-2376 202. 2377-2378 203. 2379-2380 204. 2381-2382 205. 2383-2384 206. 2385-2386 207. 2387-2388 208. 2389-2390 209. 2391-2392 210. 2393-2394 211. 2395-2396 212. 2397-2398 213. 2399-2400 214. 2401-2402 215. 2403-2404 216. 2405-2406 217. 2407-2408 218. 2409-2410 219. 2411-2412 220. 2413-2414 221. 2415-2416 222. 2417-2418 223. 2419-2420 224. 2421-2422 225. 2423-2424 226. 2425-2426 227. 2427-2428 228. 2429-2430 229. 2431-2432 230. 2433-2434 231. 2435-2436 232. 2437-2438 233. 2439-2440 234. 2441-2442 235. 2443-2444 236. 2445-2446 237. 2447-2448 238. 2449-2450 239. 2451-2452 240. 2453-2454 241. 2455-2456 242. 2457-2458 243. 2459-2460 244. 2461-2462 245. 2463-2464 246. 2465-2466 247. 2467-2468 248. 2469-2470 249. 2471-2472 250. 2473-2474 251. 2475-2476 252. 2477-2478 253. 2479-2480 254. 2481-2482 255. 2483-2484 256. 2485-2486 257. 2487-2488 258. 2489-2490 259. 2491-2492 260. 2493-2494 261. 2495-2496 262. 2497-2498 263. 2499-2500 264. 2501-2502 265. 2503-2504 266. 2505-2506 267. 2507-2508 268. 2509-2510 269. 2511-2512 270. 2513-2514 271. 2515-2516 272. 2517-2518 273. 2519-2520 274. 2521-2522 275. 2523-2524 276. 2525-2526 277. 2527-2528 278. 2529-2530 279. 2531-2532 280. 2533-2534 281. 2535-2536 282. 2537-2538 283. 2539-2540 284. 2541-2542 285. 2543-2544 286. 2545-2546 287. 2547-2548 288. 2549-2550 289. 2551-2552 290. 2553-2554 291. 2555-2556 292. 2557-2558 293. 2559-2560 294. 2561-2562 295. 2563-2564 296. 2565-2566 297. 2567-2568 298. 2569-2570 299. 2571-2572 300. 2573-2574 301. 2575-2576 302. 2577-2578 303. 2579-2580 304. 2581-2582 305. 2583-2584 306. 2585-2586 307. 2587-2588 308. 2589-2590 309. 2591-2592 310. 2593-2594 311. 2595-2596 312. 2597-2598 313. 2599-2600 314. 2601-2602 315. 2603-2604 316. 2605-2606 317. 2607-2608 318. 2609-2610 319. 2611-2612 320. 2613-2614 321. 2615-2616 322. 2617-2618 323. 2619-2620 324. 2621-2622 325. 2623-2624 326. 2625-2626 327. 2627-2628 328. 2629-2630 329. 2631-2632 330. 2633-2634 331. 2635-2636 332. 2637-2638 333. 2639-2640 334. 2641-2642 335. 2643-2644 336. 2645-2646 337. 2647-2648 338. 2649-2650 339. 2651-2652 340. 2653-2654 341. 2655-2656 342. 2657-2658 343. 2659-2660 344. 2661-2662 345. 2663-2664 346. 2665-2666 347. 2667-2668 348. 2669-2670 349. 2671-2672 350. 2673-2674 351. 2675-2676 352. 2677-2678 353. 2679-2680 354. 2681-2682 355. 2683-2684 356. 2685-2686 357. 2687-2688 358. 2689-2690 359. 2691-2692 360. 2693-2694 361. 2695-2696 362. 2697-2698 363. 2699-2700 364. 2701-2702 365. 2703-2704 366. 2705-2706 367. 2707-2708 368. 2709-2710 369. 2711-2712 370. 2713-2714 371. 2715-2716 372. 2717-2718 373. 2719-2720 374. 2721-2722 375. 2723-2724 376. 2725-2726 377. 2727-2728 378. 2729-2730 379. 2731-2732 380. 2733-2734 381. 2735-2736 382. 2737-2738 383. 2739-2740 384. 2741-2742 385. 2743-2744 386. 2745-2746 387. 2747-2748 388. 2749-2750 389. 2751-2752 390. 2753-2754 391. 2755-2756 392. 2757-2758 393. 2759-2760 394. 2761-2762 395. 2763-2764 396. 2765-2766 397. 2767-2768 398. 2769-2770 399. 2771-2772 400. 2773-2774 401. 2775-2776 402. 2777-2778 403. 2779-2780 404. 2781-2782 405. 2783-2784 406. 2785-2786 407. 2787-2788 408. 2789-2790 409. 2791-2792 410. 2793-2794 411. 2795-2796 412. 2797-2798 413. 2799-2800 414. 2801-2802 415. 2803-2804 416. 2805-2806 417. 2807-2808 418. 2809-2810 419. 2811-2812 420. 2813-2814 421. 2815-2816 422. 2817-2818 423. 2819-2820 424. 2821-2822 425. 2823-2824 426. 2825-2826 427. 2827-2828 428. 2829-2830 429. 2831-2832 430. 2833-2834 431. 2835-2836 432. 2837-2838 433. 2839-2840 434. 2841-2842 435. 2843-2844 436. 2845-2846 437. 2847-2848 438. 2849-2850 439. 2851-2852 440. 2853-2854 441. 2855-2856 442. 2857-2858 443. 2859-2860 444. 2861-2862 445. 2863-2864 446. 2865-2866 447. 2867-2868 448. 2869-2870 449. 2871-2872 450. 2873-2874 451. 2875-2876 452. 2877-2878 453. 2879-2880 454. 2881-2882 455. 2883-2884 456. 2885-2886 457. 2887-2888 458. 2889-2890 459. 2891-2892 460. 2893-2894 461. 2895-2896 462. 2897-2898 463. 2899-2900 464. 2901-2902 465. 2903-2904 466. 2905-2906 467. 2907-2908 468. 2909-2910 469. 2911-2912 470. 2913-2914 471. 2915-2916 472. 2917-2918 473. 2919-2920 474. 2921-2922 475. 2923-2924 476. 2925-2926 477. 2927-2928 478. 2929-2930 479. 2931-2932 480. 2933-2934 481. 2935-2936 482. 2937-2938 483. 2939-2940 484. 2941-2942 485. 2943-2944 486. 2945-2946 487. 2947-2948 488. 2949-2950 489. 2951-2952 490. 2953-2954 491. 2955-2956 492. 2957-2958 493. 2959-2960 494. 2961-2962 495. 2963-2964 496. 2965-2966 497. 2967-2968 498. 2969-2970 499. 2971-2972 500. 2973-2974 501. 2975-2976 502. 2977-2978 503. 2979-2980 504. 2981-2982 505. 2983-2984 506. 2985-2986 507. 2987-2988 508. 2989-2990 509. 2991-2992 510. 2993-2994 511. 2995-2996 512. 2997-2998 513. 2999-3000 514. 3001-3002 515. 3003-3004 516. 3005-3006 517. 3007-3008 518. 3009-3010 519. 3011-3012 520. 3013-3014 521. 3015-3016 522. 3017-3018 523. 3019-3020 524. 3021-3022 525. 3023-3024 526. 3025-3026 527. 3027-3028 528. 3029-3030 529. 3031-3032 530. 3033-3034 531. 3035-3036 532. 3037-3038 533. 3039-3040 534. 3041-3042 535. 3043-3044 536. 3045-3046 537. 3047-3048 538. 3049-3050 539. 3051-3052 540. 3053-3054 541. 3055-3056 542. 3057-3058 543. 3059-3060 544. 3061-3062 545. 3063-3064 546. 3065-3066 547. 3067-3068 548. 3069-3070 549. 3071-3072 550. 3073-3074 551. 3075-3076 552. 3077-3078 553. 3079-3080 554. 3081-3082 555. 3083-3084 556. 3085-3086 557. 3087-3088 558. 3089-3090 559. 3091-3092 560. 3093-3094 561. 3095-3096 562. 3097-3098 563. 3099-3100 564. 3101-3102 565. 3103-3104 566. 3105-3106 567. 3107-3108 568. 3109-3110 569. 3111-3112 570. 3113-3114 571. 3115-3116 572. 3117-3118 573. 3119-3120 574. 3121-3122 575. 3123-3124 576. 3125-3126 577. 3127-3128 578. 3129-3130 579. 3131-3132 580. 3133-3134 581. 3135-3136 582. 3137-3138 583. 3139-3140 584. 3141-3142 585. 3143-3144 586. 3145-3146 587. 3147-3148 588. 3149-3150 589. 3151-3152 590. 3153-3154 591. 3155-3156 592. 3157-3158 593. 3159-3160 594. 3161-3162 595. 3163-3164 596. 3165-3166 597. 3167-3168 598. 3169-3170 599. 3171-3172 600. 3173-3174 601. 3175-3176 602. 3177-3178 603. 3179-3180 604. 3181-3182 605. 3183-3184 606. 3185-3186 607. 3187-3188 608. 3189-3190 609. 3191-3192 610. 3193-3194 611. 3195-3196 612. 3197-3198 613. 3199-3200 614. 3201-3202 615. 3203-3204 616. 3205-3206 617. 3207-3208 618. 3209-3210 619. 3211-3212 620. 3213-3214 621. 3215-3216 622. 3217-3218 623. 3219-3220 624. 3221-3222 625. 3223-3224 626. 3225-3226 627. 3227-3228 628. 3229-3230 629. 3231-3232 630. 3233-3234 631. 3235-3236 632. 3237-3238 633. 3239-3240 634. 3241-3242 635. 3243-3244 636. 3245-3246 637. 3247-3248 638. 3249-3250 639. 3251-3252 640. 3253-3254 641. 3255-3256 642. 3257-3258 643. 3259-3260 644. 3261-3262 645. 3263-3264 646. 3265-3266 647. 3267-3268 648. 3269-3270 649. 3271-3272 650. 3273-3274 651. 3275-3276 652. 3277-3278 653. 3279-3280 654. 3281-3282 655. 3283-3284 656. 3285-3286 657. 3287-3288 658. 3289-3290 659. 3291-3292 660. 3293-3294 661. 3295-3296 662. 3297-3298 663. 3299-3300 664. 3301-3302 665. 3303-3304 666. 3305-3306 667. 3307-3308 668. 3309-3310 669. 3311-3312 670. 3313-3314 671. 3315-3316 672. 3317-3318 673. 3319-3320 674. 3321-3322 675. 3323-3324 676. 3325-3326 677. 3327-3328 678. 3329-3330 679. 3331-3332 680. 3333-3334 681. 3335-3336 682. 3337-3338 683. 3339-3340 684. 3341-3342 685. 3343-3344 686. 3345-3346 687. 3347-3348 688. 3349-3350 689. 3351-3352 690. 3353-3354 691. 3355-3356 692. 3357-3358 693. 3359-3360 694. 3361-3362 695. 3363-3364 696. 3365-3366 697. 3367-3368 698. 3369-3370 699. 3371-3372 700. 3373-3374 701. 3375-3376 702. 3377-3378 703. 3379-3380 704. 3381-3382 705. 3383-3384 706. 3385-3386 707. 3387-3388 708. 3389-3390 709. 3391-3392 710. 3393-3394 711. 3395-3396 712. 3397-3398 713. 3399-3400 714. 3401-3402 715. 3403-3404 716. 3405-3406 717. 3407-3408 718. 3409-3410 719. 3411-3412 720. 3413-3414 721. 3415-3416 722. 3417-3418 723. 3419-3420 724. 3421-3422 725. 3423-3424 726. 3425-3426 727. 3427-3428 728. 3429-3430 729. 3431-3432 730. 3433-3434 731. 3435-3436 732. 3437-3438 733. 3439-3440 734. 3441-3442 735. 3443-3444 736. 3445-3446 737. 3447-3448 738. 3449-3450 739. 3451-3452 740. 3453-3454 741. 3455-3456 742. 3457-3458 743. 3459-3460 744. 3461-3462 745. 3463-3464 746. 3465-3466 747. 3467-3468 748. 3469-3470 749. 3471-3472 750. 3473-3474 751. 3475-3476 752. 3477-3478 753. 3479-3480 754. 3481-3482 755. 3483-3484 756. 3485-3486 757. 3487-3488 758. 3489-3490 759. 3491-3492 760. 3493-3494 761. 3495-3496 762. 3497-3498 763. 3499-3500 764. 3501-3502 765. 3503-3504 766. 3505-3506 767. 3507-3508 768. 3509-3510 769. 3511-3512 770. 3513-3514 771. 3515-3516 772. 3517-3518 773. 3519-3520 774. 3521-3522 775. 3523-3524 776. 3525-3526 777. 3527-3528 778. 3529-3530 779. 3531-3532 780. 3533-3534 781. 3535-3536 782. 3537-3538 783. 3539-3540 784. 3541-3542 785. 3543-3544 786. 3545-3546 787. 3547-3548 788. 3549-3550 789. 3551-3552 790. 3553-3554 791. 3555-3556 792. 3557-3558 793. 3559-3560 794. 3561-3562 795. 3563-3564 796. 3565-3566 797. 3567-3568 798. 3569-3570 799. 3571-3572 800. 3573-3574 801. 3575-3576 802. 3577-3578 803. 3579-3580 804. 3581-3582 805. 3583-3584 806. 3585-3586 807. 3587-3588 808. 3589-3590 809. 3591-3592 810. 3593-3594 811. 3595-3596 812. 3597-3598 813. 3599-3600 814. 3601-3602 815. 3

משרד החוץ-מחלקת הקשר

3509

1010

1400



מל: בון - נר: 242, מ: המשרד
דח: ד: 10: ש - תא: 210286, ח:

שפוד/רגיל

ביקור משלחת הבונדסטאג לבנס שיקום פירנצי, פניצות
א 3 במרס בבנסת

13:30 ארוחת שהריים עם המכים שרה דורון, אורה נמיר, דב
בן מאיר, וירטובסקי, מדוכי בראון ונחמן רו
15:15 פנישה אצל היור

ב 7 מרס בהילמון:

08:00 תדרון מדינ בארוחת בוקר עם סמנכל אנף אירופה

אירופה 1 ==

תא: פנוג, אירא, יורכנסת



ד ח ו פ

אל : אירופה ו
מאת : השגרירות - בוןהנדון : משלחת הבונדסטאג לכנס שיקום השכונות

בהמשך לשיחתי הטלפונית עם מנהל המחלקה הבוקר, אני מבקש לחזור על ההתפתחויות

האחרונות כאן :

נפגשתי עם כל חברי המשלחת - שבעת הפרלמנטרים והמזכיר שילווה אותם - ושמעתי מהם בבירור, שהם מעוניינים בביקור כללי בישראל יוחר משהם מתעניינים בנושא הקונגרס, שישה מתוך השמונה (אליהם תלווה עוד בתי של ראש המשלחת גלומביג, משום נכותו), לא ביקרו מעולם בארץ ומעוניינים מאד לראות ולשמע דברים מן התחום המדיני.

לרשות המשלחת יעמוד מיניבוס לכל משך שהותה בארץ וכן מתרגם, שיהיה ודאי גם מורה דרך. **בערב הגיעם, שבת, ה-1.3.86, 'תארחו אצל שגריר רפ"ג.** למחרת יסעו לצפון ויגמרו בערב בירושלים. ביום הטיורים של הקונגרס ירצו, קרוב לוודאי, להשתתף רק בחלק קטן מהטיורים המקצועיים ויעדיפו לראות משהו ממראות ירושלים, מוסדות או פגישות. החליטו להסדיר דברים אלה בהיותם בארץ, בעזרת השגרירות. אם תמצאו פנאי ואפשרות, תדעו ודאי להשתלב בכך. המשלחת מתכוונת להאריך שהותה ביום אחד, עד שבת 8.3.86, כדי לנצל את יום שני (הפנוי) לסיור באזור ים המלח, אולי מצדה, רחצה בים המלח ובעיקר ביקור במרחצאות, המעניינים במיוחד את חבר הבונדסטאג וורנר, שהוא מרפא טבעי במקצועו ואת מר גלומביג, יו"ר ועדת העבודה והרווחה (אולי גם משום נכותו). גם כאן, כמו בשאר ימי הסיור, אין סיועכם נדרש, אלא שאם תמצאו אפשרות לצרף מלווה של המשרד - ולו גם צוער ולא דווקא דובר גרמנית - הרי שתועלחנו מכך ברורה.

הבהרתי שרונה"מ ושה"ח לא יוכלו להתפנות לפגישה וככל הנראה גם לא המנכ"ל "שיהיה עסוק בענייני טאבה" ומזכיר הועדה הסכים עמי, ששיחה מדינית עם סמנכ"ל ענוג בהחלט חספק את צרכיהם.

האורחים מבקשים להפגש עם שר הבינוי. הבעתי ספקות אם בעצם ימי הקונגרס יתפנה השר לפגישה כזו והצבעתי על בעיות שפה ועיסוקיו הנוספים של השר במפלגתו. אני מניח שהנושא לא יעלה שנית ואם יעלה - ודאי תמצאו דרך להפנותם **לא** לפגישה אחרת או עיסוק אחר.



- 2 -

אני מודע ללחץ בו אתם עומדים ולזרם המבקרים בזמן הקרוב, אך מבקש להדגיש שוב את חשיבות חסומת הלב והטיפול במשלחת זו, שאינה עולה לנו דבר, אך חוכל להוסיף לנו מספר ידידים או לפחות בעלי הבנה לעניננו.

נ ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : מאו"ר

נ.ב. יו"ר ועדת הפנים של הבונדסטאג, ד"ר ורניץ, הביע חקורות להפגש עם העוסקים בשאלות בטחון פנים ובעיקר בטחון התעופה, נושאים בהם עוסקת ועדתו באינטנסיביות ויש לנו, לדעתו, מה לומר וללמד בהם. לא יכולתי כמובן להבטיח לו דבר, אלא, שאעביר בקשתו ארצה ואם תמצא אפשרות - יפגישוהו. אם תחפנו לכך - האיש מוכן לעשות זאת בכל זמן שהוא ובלא להתחשב בתכנית הקונגרס או בתכניות חבריו למשלחת.

י' באדר א' תשמ"ו
19 בפברואר 1986

ז"ח 2

אל : מנהל לשכת המנכ"ל

מאת : מנהל אירופה 1

הנדון: אישור להוצאת אירוח של משלחת חברי פרלמנט מרפ"ג

משלחת של 7 חברי בונדסטאג שכל סיעות הבית ו-2 מלווים תשתתף
בכינוס הבינלאומי על שיקום עירוני. התבקשנו ע"י שגרירותנו לדאוג
לאירועים בכנסת ולארחם בעצמנו.

אנא אישורך להוצאות הבאות:

ארוחת בוקר, תדריך מטעם משה"ח במלון האורחים	45 שקלים
ארוחת צהרים בכנסת ל-16 איש	430 שקלים
	475 שקלים

ב ב ר כ ה,

דואל אלון

145

1000 1000 1000
1000 1000 1000

1000 1000 1000
1000 1000 1000

1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000
1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000
1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000
1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000
1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000 1000

1000 1000 1000
1000 1000 1000
1000 1000 1000

1000 1000 1000

1000 1000 1000



בון - ט' באדר א' תשמ"ו
18.2.1986

164



אל : אירופה 1 ✓

מאת : השגרירות - בון

הנדון : משלחת הבונדסטאג לכנס שיקום השכונות

אני מצרף תמונות וקורות חיים של שבעה חברי הבונדסטאג, שישתתפו במשלחת. עם שניים נפגשתי כבר לשיחות קצרות ועם האחרים אפגש ביומיים הקרובים. האדונים הופאקר וצירר לא היו מעולם בארץ ושמחים מאד להזדמנות. הם יוצאים מההנחה, שבצד הענין המקצועי, יזכו גם לראות ולשמוע את אותם דברים שאנו מצידנו דווקא נשמח להראות ולהשמיע להם. דומני אף, שדברים אלה חשובים להם יותר ממטרת הנסיעה הרשמית. דייר הופאקר הביע ענין לפגוש בהזדמנות כלשהי - למשל בערב, במלון - את Prélat Dr. Matthes, המכהן, כנראה, בנציגות הותיקן בירושלים. שני האדונים מקוים מאד לבקר במקומות הקדושים לנצרות.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : מאו"ר





GLOMBIG, Eugen
Angestellter
Jacobshagener Weg 13
2000 Hamburg 73

Hamburg
Wahlkreis 16
(Hamburg-Wandsbek)
SPD

Geboren am 23. Januar 1924 in Hamburg; verheiratet, eine Tochter. Besuch der Volksschule der orthopädischen Heil- und Lehranstalt „Alten Eichen“ in Hamburg-Stellingen wegen Erkrankung an spinaler Kinderlähmung im zweiten Lebensjahr (Lähmung beider Beine) und der Höheren Handelsschule der Freien und Hansestadt Hamburg mit dem Abschluß der mittleren Reife. 1940 bis 1942 Lehrzeit bei einer Ersatzkasse in Hamburg; anschließend bis 1945 deren leitender Angestellter; 1946 Angestellter beim Einwohnermelde- und Paßamt in Hamburg; 1947 Angestellter bei der britischen Militärregierung in Hamburg. Von Januar 1948 bis Dezember 1969 Fachreferent für Sozialpolitik beim Bundesvorstand des Reichsbundes der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V.

Seit 1946 Mitglied der DAG. Seit 1940 Mitglied im Reichsbund der Kriegsoffer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e. V. bzw. dessen Vorläuferorganisation; Mitglied des Landesverbandsvorstandes Hamburg des Reichsbundes.

Seit 1949 Mitglied der SPD. Mitglied des Kreisvorstandes Hamburg-Mitte. 1957 bis 1962 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

Mitglied des Bundestages vom 25. Januar 1962 bis November 1980 und seit 18. Dezember 1980.



WERNITZ, Dr. Axel
Akademischer Rat a. D.
Birkenweg 3
8800 Nördlingen
Postanschrift:
Bundeshaus
5300 Bonn 1

Bayern
Landesliste
SPD

Geboren am 17. April 1937 in Königsberg (Ostpreußen); evangelisch; verheiratet, zwei Kinder.

Besuch der Volksschule Wolfenstadt, Landkreis Donauwörth, anschließend Realgymnasium Nördlingen, Abitur. Studium der Wirtschaftswissenschaften, Geschichte und Publizistik an der Universität Erlangen-Nürnberg, dort Examen als Diplomkaufmann und Promotion zum Dr. rer. pol. Danach von 1967 bis zur Wahl in den Bayerischen Landtag 1970 Akademischer Rat im Fachbereich Geschichte-Gesellschaftspolitik der Universität Regensburg.

Mitglied der Gewerkschaft ÖTV, des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands (VdK), der Arbeiterwohlfahrt und der Naturfreunde.

Mitglied der SPD seit 1958. Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Nordschwaben. Von November 1970 bis zur Wahl in den Deutschen Bundestag Mitglied des Bayerischen Landtages.

Mitglied des Bundestages seit 1972.

HOFFACKER, Dr. jur. Paul
Rechtsanwalt
Plattenweiler 20
4300 Essen 10

Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis 90
(Essen III)
CDU



Geboren am 24. November 1930 in Wesel-Büderich; katholisch; verheiratet, fünf Kinder.

Abitur 1951. Zweites juristisches Staatsexamen 1960, Promotion zum Dr. jur. 1961. 1961 bis 1963 Referent für Recht und Finanzen beim Bistum Essen. 1963 bis 1965 Referent für Staatsbürgerliche Angelegenheiten beim Zentralkomitee der Deutschen Katholiken in Bad Godesberg. 1965 bis 1977 erster Geschäftsführer der Bischöflichen Aktion Adveniat, Essen (Entwicklungsarbeit für Südamerika). Seit 1977 Rechtsanwalt, zugelassen beim Land- und Amtsgericht Essen. Seit 1972 Vorsitzender des Zentralverbandes des Deutschen Kolpingwerkes (ehrenamtlich). Seit 1981 Akademiedirektor der Katholischen Akademie „Die Wolfsburg“ des Bistums Essen.

Mitglied der CDU seit 1958, Mitglied der Bezirksvertretung Essen IX von 1975 bis 1979.

Mitglied des Bundestages von 1976 bis 1980 und seit 21. Dezember 1982, Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit.

ZIERER, Benno
Diplomverwaltungswirt (FH)
Anno-Santo-Siedlung 17
8407 Obertraubling

Bayern
Wahlkreis 219
(Regensburg)
CSU



Geboren am 24. März 1934 in Lintach, Landkreis Amberg/Regensburg;
katholisch; verheiratet, drei Töchter.

Humanistisches Gymnasium, 1957 gehobener Verwaltungsdienst bei
der Stadt Regensburg, 1960 Examen an der Bayerischen Verwaltungs-
schule; kommunale Verwaltungstätigkeit, u. a. Referent für Umwelt-
schutz, zuletzt als Oberamtsrat Leiter des städtischen Fuhrparks in Re-
gensburg.

Syndikus im Oberpfälzer Kulturbund; Diözesanbeirat des Malteser-
Hilfsdienstes.

1960 Mitglied der Jungen Union und der CSU, 1965 bis 1971 Kreis-
vorsitzender der Jungen Union, 1969 bis 1971 stellvertretender Kreis-
vorsitzender der CSU, 1975 bis 1981 Kreisvorsitzender der CSA, seit
1975 Mitglied des CSU-Landesausschusses, Ortsvorsitzender der
CSU Obertraubling, stellvertretender Vorsitzender des CSU-Bezirks-
verbandes Oberpfalz, 1972 bis 1978 Mitglied des Kreistages Regens-
burg, 1970 bis 1982 Mitglied des Bezirkstages der Oberpfalz, Ge-
schäftsführer der CSU-Fraktion, Referent für kulturelle Angelegenhei-
ten.

Mitglied des Bundestages seit 1980.



MEININGHAUS, Alfred
Gewerkschaftssekretär
Preinstraße 129
4600 Dortmund 30
Postanschrift:
Bundeshaus
5300 Bonn 1

*Nordrhein-Westfalen
Wahlkreis 114
(Dortmund III)
SPD*

Geboren am 14. März 1920 in Dortmund; evangelisch; verheiratet, zwei Kinder.

Mittelschule; Kaufmännische Lehre. Von 1950 bis 1964 Industriekaufmann, 1964 bis 1976 Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Dortmund; 1943 Kriegsdienst, 1945 bis 1948 Gefangenschaft.

Seit 1948 Mitglied der Gewerkschaft, 1957 bis 1964 stellvertretender Betriebsratsvorsitzender.

Mitglied der SPD seit 1957. Ab 1962 Ortsvereinsvorsitzender, 1967 bis 1975 Stadtbezirksvorsitzender und Mitglied des Stadtverbandsvorstandes, seit 1975 Mitglied des Unterbezirksvorstandes, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik der SPD in Dortmund, 1962 bis 1969 Mitglied und Vorsitzender des Bürgerausschusses Dortmund-Wellinghofen, 1969 bis 1976 Mitglied des Rates der Stadt Dortmund, 1975 bis 1976 Bürgermeister der Stadt Dortmund.

Mitglied des Bundestages seit 1976.



NIEGEL Lorenz
Diplomingenieur (FH)
Saarstraße 20
8620 Lichtenfels

Bayern
Wahlkreis 22e
(Kulmbach)
CSU

Geboren am 20. Juni 1933 in Lichtenfels; katholisch; verheiratet; vier Kinder.

Gymnasium; Ausbildung zum Diplomingenieur für Landbau (Ackerbauschule-Fachhochschule Triesdorf); Praktikum im Ausland; Praktikant im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen; ab Oktober 1955 Tätigkeit beim Bayerischen Bauernverband, Geschäftsführer in den BBV-Geschäftsstellen Kulmbach, Bayreuth und Wunsiedel; seit 1962 Pressereferent im Generalsekretariat des Bayerischen Bauernverbandes in München (zur Ausübung des Mandats beurlaubt).

1955 Mitglied der CSU; 1956 bis 1960 Kreisvorsitzender der jungen Union Lichtenfels; 1959 bis 1963 Bezirksvorsitzender der jungen Union Oberfranken; 1963 bis 1971 Landesvorstandsmitglied der jungen Union Bayern; Mitglied des Parteyausschusses und Parteitages sowie des Bezirksvorstandes der CSU.

Mitglied des Bundestages seit 1969.

WERNER (Westerland),
Gerd Peter
Heilpraktiker
Paulstraße 1
2280 Westerland

Schleswig-Holstein
Landesliste
DIE GRÜNEN



Geboren am 10. September 1938 in Wernigerode/Harz; verheiratet, ein Kind.

1958 Abitur in Hamburg-Altona; bis 1962 Studium der Literatur- und Sozialwissenschaften. Nach Abbruch des Studiums Ausbildung zum Heilpraktiker an der Fachschule der „Deutschen Heilpraktiker e. V.“ in München (dreijährige Ganztagsfachschule). Seit 1969 niedergelassen in Westerland.

1971 Initiator der „Bürgerinitiative gegen eine städtebauliche Fehlplanung auf der Insel Sylt“, 1972 Gründungsmitglied des „Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU). 1975 bis 1981 Einsatz für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum auf Sylt.

1974 bis 1978 Stadtvertreter der „Westerländer Wählergemeinschaft“ in Westerland. 1978 bis 1982 Kreistagsabgeordneter im Kreistag Nordfriesland für die GRÜNE LISTE NORD-FRIESLAND. Gründungsmitglied der GRÜNEN LISTE SCHLESWIG-HOLSTEIN und des Landesverbandes der Partei DIE GRÜNEN. Beteiligung am Zustandekommen der Fusion der beiden Landesverbände.

- **eingetreten** am 10. April 1985
für den am 10. April 1985 ausgeschiedenen Abg. Sauerbäck

ז' באדר א' תשס"ו
16 בפברואר 1986

הג. 2 ז' 2

משלחת חברי הבונדסטאג
INTERNATIONAL CONFERENCE ON URBAN REVITALIZATION
ל- (מאורגן על ידי המכון הירושלמי לענייני ציבור)
Karl Weidmann

EUGEN GLOMBIG

ראש משלחת חברי הבונדסטאג. יו"ר ועדה העבודה והרווחה בבונדסטאג. חבר המפלגה הסוציאל-דמוקרטית מאז 1949. חבר הבונדסטאג מאז 1962. יליד 1924. סובל מחוצאות שיתוק ילדים מאז ילדותו ובמהלך עבודתו עסק בייצוג האינטרסים של נכים. למד בבית"ס למסחר.

DR. AXEL ERNITZ

יו"ר ועדה הפנים בבונדסטאג. חבר המפלגה הסוציאל דמוקרטית מאז 1958. למד כלכלה, היסטוריה ופובליציסטיקה. דוקטור בכלכלה. חבר הבונדסטאג מאז 1972. יליד 1937.

DR. PAUL MOFFACKER

יו"ר הוועדה לנוער, משטחה ובריאות בבונדסטאג. חבר המפלגה הדמו-נוצרית מאז 1956. תואר דוקטור במשפטים. לצד עבודה כעו"ד עבד במסגרת הכנסיה הקתולית בסיוע לפיתוח לדרום אמריקה ומילא פונקציות אחרות בעבודת הכנסיה. חבר הבונדסטאג מאז 1976 (עם הפסקה בשנים '82-'80). יליד 1930.

BENNO LIERER

חבר המפלגה הדמו-נוצרית (הפלג הבוארי CSU) מאז 1960. למד בבית"ס למנהל. חבר הבונדסטאג מאז 1980. יליד 1934.

LORENZ NIEGEL

חבר המפלגה הדמו-נוצרית (הפלג הבוארי CSU) מאז 1955. מהנדס אגרונום במקצועו. אח תקופת התמחותו בקואופרטיבים חקלאיים עשה מחוץ לרפ"ג. חבר הבונדסטאג מאז 1969. יליד 1933.

ALFRED MEINING AUS

חבר המפלגה הסוציאל-דמוקרטית מאז 1957. סיים בבית"ס למסחר. ראש העיר דורטמונד. חבר הבונדסטאג מאז 1976. יליד 1926.

GERD PETER ERNER

חבר מפלגת הירוקים. מרפא במקצועו. השתתף ביוזמות אזרחים לשיפור איכות הסביבה. חבר הבונדסטאג (ברוטציה) מאז אפריל '85.

מח' אירופה 1.

משרד החוץ-מחלקת הקשר

2179

1000

1000



אל: המשרד, נר: 34, מ: בון
דח: ר, סג: ש, מא: 050286, נח: 1000

שמואל/רג'ל

אל: אירופה 1

מאת: שגרירות בון

המלחת הבונדסטאג לכנס שיקום שכונות, למכתבנו מ-24/1-86.
1. ליו"ר המלחת נקבע גלומביג.

2. לגלומביג הובה תתלווה בחו. השגרירות נתבקשה להסדיר תנאים שיאפשרו השתתפותו בכל הארושים, אך בדור שצפויים קשיים ניכרים מאחר והאיש מסוגל לעמוד רק צעדים ספורים ומשתול להמנע מהדאות מוסע בעגלת נכים. 3. המלחת תגיע במוצאי שבת 1/3/86 ותתארח בכל הנראה אצל השגריר באותו ערב. למחרת יערכו סיוור בצפון הארץ במיניבוס שמארגנת השגרירות ויגיעו בערב לירושלים ממליצים שנוציג המשרד ישתתף בסיוור. 4. אפגש עם כל חברי המלחת מרם יציאתם.
5. הודיעונו נא במה נשתתף בתכניתם.
- גד בהן.

=====

תפ: ענוג, אירא, שמורק, אורחים



בון, יר' בשבט התשמ"ו
24 בינואר 1986

133



אל : ארומה 1

מאת: השגרירות, בון

הנדון: משלחת גרמנית לכינוס הבינלאומי על שיקום שכונות

יו"ר ועדת התכנון, הבניה ובנין הערים של הבונדסטאג הודיענו על החלטתם לשגר משלחת, שתשתתף בכינוס הבינלאומי על שיקום שכונות, שיחזיקים בירושלים ב-6.3.86.

הבונדסטאג מתכוון לשגר משלחת בת שבעה חברי בונדסטאג ועוד מלווה ממינהל הועדה. מבין שבעת החברים יהיו ארבעה חברי ועדת התכנון, הבניה ובנין הערים ועוד אחד מכל אחת מהועדות לענייני פנים, לעבודה וסדר סוציאלי ולנוער משפחה ובריאות. נפגשתי היום עם סגן מזכיר ועדת התכנון, שמסר לי את הרשימה המצורפת של שבעת החברים שנקבעו להשתתפות ובהם שלושה יושבי ראש ועדות בצד ארבעה חברי ועדת התכנון. איש שיחי עצמו יהיה המלווה מטעם מנגנון הבונדסטאג.

ביקור זה לא יעלה לנו מאומה ומן הראוי שננצל אותו לצרכי הסכרתנו. אנו מציעים שהחברי המשלחת יפגשו עם שר החוץ או המנכ"ל, עם חברי כנסת מקבוצת ישראל-גרמניה ומשום השתתפות שלושה יושבי ראש ועדות - שמה יאות יושב ראש הכנסת לארחם לארוחה. מכל מקום רצוי שיקבלו תדריך מדיני ישיר - אם מהמנכ"ל ואם מפקיד בכיר אחר במסדר.

חברי הועדה הביעו ענין ב"מבט" על ישראל מעבר להשתתפותם בכינוס ופנו כבר לשגרירותם בחל-אביב בבקשה לארגן להם גם סיור כלשהו.

המשלחת תגיע ארצה ב-1.3.86 בשעה 15.15 בטיסת לופסהנזה 604 ותעזוב את הארץ ב-7.3.86 בשעה 16.30 בטיסת לופסהנזה 605.

טרם נקבע יו"ר לקבוצה אך יהיה זה ודאי אחד משני הראשונים ברשימה המצורפת. לגבי הראשון נאמר לי גם שהוא נכה קשה ומתקשה בהליכה ויש להניח שתחלווה אליו בחו או מטפל אחר.

המעט הידוע לי על המשתתף ה"ירוק" הוא חיובי. זה אדם נח למדי, שלדברי איש שיחי שש להזדמנות לבקר בישראל.

אפגש עוד עם כל חברי המשלחת טרם נסיעתם ואמסור להם חומר כתוב. אנא הודיעונו מה מחוכנן.

ב ב ר כ ה

גר כהן

העתק: לשכת מר י. ענוב, סמנכ"ל
מאו"ר
מר רון פלזנטל, מש"ב



AFSA TRAINING

1. The purpose of this training is to provide a comprehensive overview of the AFSA program and its objectives.

2. The training will cover the following topics:

- Overview of the AFSA program
- Objectives and goals of the training
- Key components of the AFSA program
- Roles and responsibilities of participants

3. The training will be conducted in a series of sessions, each focusing on a specific aspect of the AFSA program. Participants are expected to attend all sessions and actively engage in the training activities.

4. The training will be held at the AFSA Training Center, located at [Address]. The training schedule is as follows:

Session	Topic	Date	Time
1	Overview of the AFSA program	10/10/2023	09:00 - 12:00
2	Objectives and goals of the training	10/11/2023	09:00 - 12:00
3	Key components of the AFSA program	10/12/2023	09:00 - 12:00
4	Roles and responsibilities of participants	10/13/2023	09:00 - 12:00

5. The training will be conducted in a series of sessions, each focusing on a specific aspect of the AFSA program. Participants are expected to attend all sessions and actively engage in the training activities.

6. The training will be held at the AFSA Training Center, located at [Address]. The training schedule is as follows:

7. The training will be conducted in a series of sessions, each focusing on a specific aspect of the AFSA program. Participants are expected to attend all sessions and actively engage in the training activities.

8. The training will be held at the AFSA Training Center, located at [Address]. The training schedule is as follows:

9. The training will be conducted in a series of sessions, each focusing on a specific aspect of the AFSA program. Participants are expected to attend all sessions and actively engage in the training activities.

10. The training will be held at the AFSA Training Center, located at [Address]. The training schedule is as follows:

11. The training will be conducted in a series of sessions, each focusing on a specific aspect of the AFSA program. Participants are expected to attend all sessions and actively engage in the training activities.

12. The training will be held at the AFSA Training Center, located at [Address]. The training schedule is as follows:

1 An den
Vorsitzenden des Ausschusses
für Arbeit und Sozialordnung
Herrn Eugen Glombig, MdB
im Hause

SPD

2 An den
Vorsitzenden des Innenausschusses
Herrn Dr. Axel Wernitz, MdB
im Hause

SPD

3 An den
Vorsitzenden des Ausschusses für
Jugend, Familie und Gesundheit
Herrn Dr. Paul Hoffacker, MdB
im Hause

CDU/CSU

Herren Abgeordnete
4 Benno Zierer
Zi. NH 1106

CDU/CSU

5 Lorenz Niegel
Zi. NH 1123

CDU/CSU

6 Alfred Meininghaus
Zi. NH 512

SPD

7 Gerd-P. Werner (Westerland)
Zi. HT 231
im Hause

DIE GRÜNEN

Betr.: Teilnahme an der Internationalen Konferenz über
die städtische Revitalisierung vom 02. bis 06.
März 1986 in Jerusalem

משרד החוץ-מחלקת הקשר

1282

**

נכנס

שמו

מ

**

**

אל: המשרד, נר: 22, מ: 100
דח: 1, סג: ש, מא: 090486, נח: 1200

צוה 7.7

שמו/בהור

שמו/בהור

אל: מידופה 1, מאויד

מאת: הציר - בון

ביקור יוניד הבונדסטאג לשלכם 58 מ-6.4
הבונדסטאג בפגרא עד 14.4 ואין עם מ' לדור עניינים
גנרון קבעתי פגישה לשבוע הבא

בון

תפ: ענוג, אירא, שמו, אורחים



ב' חש"ת באדר ב' תשמ"ו

9.4.1986

219



אל: אירופה ✓

מאת: השגרירות - בון

ג' 7.7.86

הנדון: ביקור חבר הבונדסטאג פון שורלמר

שוחחתי עם פון שורלמר לאחר שובו מביקורו בארץ. בשיחה הטלפונית
הקצרה הביע התפעלות מכל שראה ועשה, נהנה מפגישותיו והודה
מאד על טיוב שהוגש לו.
פגישתו עם נציג הקרן הקיימת לישראל לא יצאה לפועל משום טעות
שלו - סבר שמדובר ביום אחר של השבוע. התנצל על כך שוב ושוב
ומתכוון לכתוב גם לאיש הקרן הקיימת ולתקן המעוות. נהנה
במיוחד משיחתו עם קודמי ולמד מביקורו בכלל שפע דברים
שיטפחו, כדבריו, את גישתו הידידותית לישראל.
תודה לכל מי שסייע.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העק: מאו"ר

מר ש. לשם-שטיין, מצפ"א

לשבת יושב-ראש הכנסת

ה. ביקורים טכניים
אנשים

בברכה



103.7 נ"ע

Jerusalem, 6 April 1986
26 Adar 2 5746

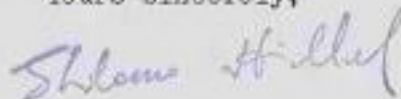
Dear Colleague,

Thank you for your letter of 14 March 1986, inviting a Knesset delegation headed by myself to visit Germany as guests of the Bundesrat.

I appreciate your kind invitation and suggest that a mutually convenient date for the visit and all further details will be arranged through the usual diplomatic channels.

Please accept, dear colleague, the assurances of my highest consideration.

Yours sincerely,



Shlomo Hillel

His Excellency
Dr. Ernst Albrecht
President of the Bundesrat
Bundeshaus
Federal Republic of Germany

*Der Präsident
des Bundesrates*

Bonn, den 14. März 1986

Seiner Exzellenz
dem Speaker der Knesset
Herrn Shlomo Hillel

Jerusalem

I s r a e l

Exzellenz, sehr geehrter Herr Kollege,

mit großer Freude habe ich von den wichtigen Gesprächen gehört, die die Delegation des Ständigen Beirats des Bundesrates im November 1985 in Ihrem Land führen konnte. Hinzu kam die außerordentlich freundschaftliche Aufnahme, die sie in Israel erfahren hat.

Ich habe es deshalb begrüßt, daß Herr Minister Hasselmann Sie zu einem Gegenbesuch in die Bundesrepublik Deutschland eingeladen hat.

Es ist mir ein bedeutendes Anliegen, nun auch meinerseits diese Einladung sehr herzlich an Sie und eine Delegation der Knesset zu richten.

Über den Termin sollte auf den üblichen diplomatischen Wegen verhandelt werden. Ich bin sicher, daß sich ein Zeitpunkt finden läßt, der Ihren Interessen und der Terminlage des Bundesrates entspricht.

Ich blicke Ihrem Besuch mit Erwartung und Freude entgegen und bin

mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung



(Dr. Ernst Albrecht)



יושב ראש הכנסת
SPEAKER OF THE KNESSET

Jerusalem, 6 April 1986
26 Adar 2 5746

Dear Colleague,

Thank you for your letter of 14 March 1986, inviting a Knesset delegation headed by myself to visit Germany as guests of the Bundesrat.

I appreciate your kind invitation and suggest that a mutually convenient date for the visit and all further details will be arranged through the usual diplomatic channels.

Please accept, dear colleague, the assurances of my highest consideration.

Yours sincerely,

Shlomo Hillel
Shlomo Hillel

His Excellency
Dr. Ernst Albrecht
President of the Bundesrat
Bundeshaus
Federal Republic of Germany



חכנסת

His Excellency
Dr. Ernst Albrecht
President of the Bundesrat



בון, 4.4.86
כד' אדר ב' תשס"ו



אור 7.7

לכבוד
מר אברהם שבער
מנהל המחלקה לקשרי חוץ
משרד החקלאות
הקריה
תל אביב

שלום רב,

הגבי מעביר אליך מכתב סיו"ר הבונדסטאג הרפ"גי לשגריר כאן
מר יצחק בן-ארי, הסודיע על ביטול הביקור המתוכנן של ועדת
החקלאות של הבונדסטאג בארץ בסאי 1986.

הם מציעים לדחות את הביקור לסאי 1987.

המכתב מדבר בעד עצמו.
אבקש עמדתכם.

בברכה
נח פלוג
יועץ חקלאי

העתק: גבי' חיה מן, הכנסת
כלכלית ב'
אירופה 1 ✓

מר אריה זייף, ססנכ"ל לסחר חוץ, חקלאות
מר צבי אלון, לשכת מר החקלאות

S.E. dem Botschafter
des Staates Israel
Herrn Jitzhak Ben-Ari
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Sehr geehrter Herr Botschafter,

es tut mir außerordentlich leid, Ihnen mitteilen zu müssen, daß die für dieses Frühjahr geplante agrarpolitische Reise einer Delegation des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Deutschen Bundestages nach Israel auf Einladung des Präsidenten der Knesset leider nicht zustande kommen kann. Der zunächst ins Auge gefaßte Termin Ende Mai 1986 würde mit dem Besuch des Präsidiums des Deutschen Bundestages kollidieren, ein für Anfang Mai vorgesehener Besuchstermin läßt sich wegen vielfältiger anderweitiger Verpflichtungen der Mitglieder des Ausschusses nicht verwirklichen. Im Hinblick auf die Bundestagswahl hat der Ausschußvorsitzende, Herr Dr. Schmidt (Gellersen) empfohlen, die Reise auf Mai 1987 zu verschieben.

Bitte übermitteln Sie, sehr geehrter Herr Botschafter, diese Nachricht den zuständigen Stellen Ihres Landes. Mit dem Ausschußvorsitzenden bedauere ich sehr, daß die Mühen, die man sich in Israel bereits mit der Vorbereitung der Reise der Delegation gemacht hat, vergeblich gewesen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Annemarie Renger
Amt. Präsident

משרד החוץ-מחלקת הקשר

2739

נכנס

1129



יבקר

אל: המשרד, נר: 199, מ: 1 בון
דח: מ, סג: ש, תא: 220286, דח: 1000

שמור/מיד

120-27 מיד 221000 פנר 86

אל: זייף, שנער/מחלקות ת"א

דע: אירופה 1, כלכלית ב', חיה מן לשי יור הבנסת.
מאת: הציר בון פון

ביקור הועדה החקלאית של הבונדסטאג

מוביל הועדה הודיענו היום על דחית הביקור לפי החלטת יו"ר
הבונדסטאג כי באותו מועד (22-18) יבקר הוא בארץ.
זרם הוצע מועד אחר.

א.ד==

מפ: שהח, מנכ"ל, ממנכ"ל, פנוג, אירא, דדורי, כלכלית ב', שמורק,
אורחים, יורכנסת

כס' בטבת תשנ"ו
10 בינואר 1986
12

ד"ר 2.2

אל: מר נח פלוג, בון
תא: ס/מנהל אירופה ו

הנדון: ועדת החקלאות של הבונדסטאג -
ביקור צפוי
למכתבך לנר אברהם סופר במשרד החקלאות
מ-3 דנא

הודה על העתק מכתבך, אותו העברתי גם לכתב ב'. התוכל
להשכילני מה מטרת ביקור הועדה וביוזמת מי היא מגיעה?

ב ב ר כ ה,

מרים שמרח

העתק: כלכליה ב' (בצירוף צילום הטכונים)

Mr. J. W. S.

1000
1000
1000

1000
1000

1000
1000
1000

1000
1000

1000

1000

1000

ביום 5.1.86
כב' חג המס'ו



לכבוד
מר אברהם שוורץ
מנהל המחלקה לעסקי חוץ
משרד החקלאות
תקריה
פל אביב

שלום רב,

הבדל מס' 1000 אליכם מכתב בוצעו ביקור מילתם
ועדו החקלאות של הבודסטמב הרפ"ב בארץ
במאי השנה.

בברכה
[Signature]
בת שלום
דודו חקלאי

העק: גב' חיה מן שנהלת
לשכת יו"ר הכנסת
מר אריה זינגר סמוכ"ל לסגר חוץ
אירופה 1

Handwritten notes in the top left corner, including "1/11/71" and "1/12/71".



Handwritten notes in the bottom right corner, including "1/11/71" and "1/12/71".

DEUTSCHER BUNDESTAG

Ausschuß für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten

— Der Sekretär —

5300 Bonn 1 , 9.12.1985

Bundeshaus
Fernruf 162580

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den
gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte
Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Telex 885808

Herrn Botschaftsrat
N. Flug
Botschaft des Staates Israel
Simrockallee 2

5300 Bonn 2

Besuch einer Ausschußdelegation in Israel

Sehr geehrter Herr Flug,

der Ausschußvorsitzende, Herr Abg. Dr. Schmidt (Gellersen), hat mich beauftragt, Ihnen verbindlich zu danken für Ihr Schreiben vom 15. November 1985 mit dem Programmvorschlag für die obige Informationsreise. Der Vorsitzende bittet um Ihr Verständnis, daß die Abgeordneten erst am Pfingstmontag, 19. Mai 1986 anreisen wollen. Die Rückreise soll aber wie vorgesehen am Sonntag, 25. Mai 1986, erfolgen.

Das vorgeschlagene Programm wird gern akzeptiert.

Zu Ihren Fragen habe ich den Auftrag, folgende Antworten zu übermitteln:

Die Delegation ist sehr an einem Treffen mit agrarpolitisch befaßten Abgeordneten der Knesset interessiert. Auch würde sie gern Gespräche mit Beamten des Landwirtschaftsministeriums führen, die mit dem Agraraußenhandel zwischen Israel und der BR Deutschland befaßt sind.

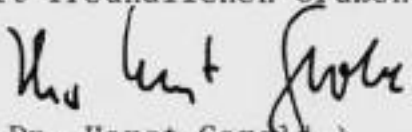
Zur Frage eines Privatbesuchs im Jordantal kann jetzt noch nichts gesagt werden.

Begegnungen mit Journalisten gegen Ende des Aufenthalts werden begrüßt.

Ehegatten nehmen an Delegationsreisen des Ausschusses nicht teil.

Ich werde bemüht sein, so schnell wie möglich zu erfahren, wen die Fraktionen als Teilnehmer benennen. Voraussichtlich werden 7 Abgeordnete im Fraktionsverhältnis 3 : 3 : 1 (FDP) teilnehmen.

Mit freundlichen Grüßen


(Dr. Horst Gerold)



בון - כג' באדר ב' תשמ"ו

3.4.1986



אל : מר איתן מרגלית, לשכת ראש אגף איגופה

מאת : השגרירות - בון

הנדון : מכסות ביגוד לעובדים בפרלמנטים

למכתבך 478/496 מ-5.3.86

א.ה.7.מ

הפנינו את שאלת מזכיר הכנסת בדבר מכסות ביגוד לעובדי הבונדס-טאג הגרמני למנהל לשכת מנהל הבונדסטאג וחשובתו המפורטת הנצח מצורפת. אני מניח שימצא בכנסת קורא גרמנית. בתשובה חסרה שאלת תכופות החלפת הביגוד ובירור טלפוני העלה, שקיימת הוראה מפורטת של משרד האוצר הגרמני בדבר בלאי בגדי עבודה ומשמעותה שבגדים אלה מוחלפים, ככלל, מדי ארבע שנים. איש שיחי הוסיף שהבונדסטאג גמיש במידה מסוימת ביישום הוראה זו ומחליף למרבית עובדיו את הבגדים מדי שלוש עד ארבע שנים. גם מכלל זה יוצאים נושאי מדי-השרד המוגבהקים (פראק וכיו"ב) שהופעתם ייצוגית ובולטת לעין בבניין הבונדסטאג. לעובדים אלה מחליפים את הביגוד לפי הצורך, בכל פעם שהם מאבדים צורתם. מצטער על העיכוב, אך בעונה זו של השנה לא היה עם מי לדבר בבונדסטאג ולא ראינו טעם לשלוח לך חשונה חלקית.

ב ב ר כ ה ,

גד כהן

העתק : אירופה 1

